




25 JAHRE

DEUTSCHER PRÄVENTIONSTAG



Bausteine für eine gesamtgesellschaftliche Gewalt- und Kriminalprävention

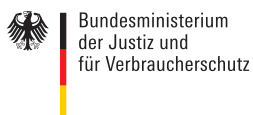
Festschrift 25 Jahre
Deutscher Präventionstag





25 Jahre Deutscher Präventionstag

gefördert durch:



Herausgeber

DPT – Deutscher Präventionstag
gemeinnützige GmbH
Kurt-Schumacher-Str. 29
30159 Hannover

Telefon: 0511 367394-10
Fax: 0511 367394-29
E-Mail: dpt@praeventionstag.de
Internet: www.praeventionstag.de

Gesamtredaktion

Dr. Claudia Heinzelmann

Redaktion, Satz und Layout

Tana Franke
Rolf Grimmer
Dr. Claudia Heinzelmann
Margo Molkenbur
Pascal Specht
Dr. Malte Strathmeier

Grafische Gestaltung

tabasco. media GmbH

Druck

QUBUS media

Hannover, 2021

Vorbemerkung

Anlässlich des 25. Jahreskongresses der Deutschen Präventionstag gGmbH möchten wir dieses Jubiläum nutzen, um auf gemeinsame Erfahrungen in der Präventionsarbeit zurückzublicken. Diese Rückschau bietet sodann eine Grundlage für den Blick nach vorne, auf wirksame Strategien für die anstehenden aktuellen Herausforderungen.

Mit der Unterstützung durch die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) sowie die finanzielle Förderung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) wurde uns ermöglicht, einerseits das Archivmaterial zu den vergangenen Kongressen zu sichten und andererseits mit vielen Akteur*innen der Präventionsarbeit erneut ins Gespräch zu kommen.

Entstanden sind zwei Produkte:

- Die hier vorliegende Festschrift in Schriftform. Sie bietet Ihnen zu jedem der vergangenen 25 Kongresse einen Text ergänzt durch Bildeindrücke.
- Die Festschrift-Webseite www.praeventionstag.de/go/festschrift. Hier finden Sie zusätzlich zu den Texten Videobeiträge, sowie Fotos und Links zu den Kongressprogrammen und Katalogen. Gerne können Sie dort auch kommentieren und Ihre persönlichen Erinnerungen und Anregungen teilen.

Die Beiträge sind auf unterschiedliche Weise zustande gekommen. Mit vielen Wegbegleiter*innen des Deutschen Präventionstages wurden Gespräche geführt, teilweise über Videokonferenztechnik, auch aufgrund der bestehenden Pandemie durch das COVID-19-Virus. Wir erhielten außerdem Textbeiträge und haben bestehendes Archivmaterial – wie einige der Kongresserklärungen – genutzt. An dieser Stelle sei allen, die uns bei diesem Projekt unterstützt haben, herzlich gedankt.

Dr. Claudia Heinzelmänn



EINLEITUNG

Mit großer Freude und Dankbarkeit schaue ich an dieser Stelle persönlich auf mehr als 25 Jahre Deutscher Präventionstag. Die Gelegenheit der Veröffentlichung dieser Festschrift in verschiedenen Formaten möchte ich insbesondere nutzen, um all jenen Menschen, Institutionen, Organisationen und Gebietskörperschaften sehr herzlich zu danken, die auf so vielfältige und engagierte Art diese Erfolgsgeschichte möglich gemacht haben.

Mehr als 2.500 Expertinnen und Experten sowie über 1.400 Fachorganisationen haben in den vergangenen Jahrzehnten für ca. 65.000 Teilnehmende und Gäste ihr umfassendes Präventionswissen zur Verfügung gestellt. Tausende Dokumente und Medien stehen frei zugänglich über die Webseite www.praeventionstag.de zur Verfügung.

Namentlich möchte ich persönlich sowie in meiner Geschäftsführerrolle posthum Karla Marks von ganzem Herzen für ihr unermüdeliches Engagement zur Weiter-Entwicklung des Kongresses zwischen 1999 und 2019 danken. Sie hatte voller Vorfreude das Lektorat dieser Festschrift übernommen, konnte unser kleines Jubiläum durch ihren plötzlichen Tod im Jahre 2019 aber leider nicht mehr erleben.



Erich Marks

Geschäftsführer Deutscher Präventionstag

Die Unterstützung durch die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) sowie die finanzielle Förderung durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) haben diese Festschrift ermöglicht und dafür danke ich an dieser Stelle sehr herzlich.

Ihr Erich Marks

Grußwort

der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention – eines langjährigen Kooperationspartners und Förderers des DPT

Als im Jahr 2001 die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit den Ländern Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen das Deutsche Forum für Kriminalprävention (DFK) als rechtsfähige Stiftung des bürgerlichen Rechts gründete, blickte der Deutsche Präventionstag bereits auf das siebte Jahr seines Bestehens zurück. Seitdem verbindet das DFK und den DPT eine enge und gelebte Partnerschaft. Denn beide Akteure verfolgen das Ziel, auf nationaler Ebene ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen Entstehungsbedingungen von Kriminalität und problematischen Formen von Devianz zu vorzukommen. Beide Institutionen einen Erkenntnis und Bestreben, im Dreieck zwischen Präventionspolitik, Präventionswissenschaft und Präventionspraxis mit Nachdruck auf die Notwendigkeit des Präventionsparadigmas hinzuweisen. Näheres zu der DFK und DPT verbindenden Programmatik findet sich im Beitrag auf Seite 166 dieser Festschrift.

An dieser Stelle gilt es, dem Deutschen Präventionstag und seinem stets hochengagierten Team herzlich zu gratulieren. Für ein Vierteljahrhundert Beharrlichkeit, für unermüdliche Impulse, auch und insbesondere in Richtung der politisch Verantwortlichen, und für den lebendigen Austausch, den der – mittlerweile weltweit – größte Kongress speziell für das Arbeitsgebiet der Gewalt- und Kriminalprävention sowie



Stefan Daniel
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DFK

angrenzender Präventionsbereiche seinen tausenden Teilnehmenden regelmäßig ermöglicht und auf diesem Wege Jahr für Jahr gleichsam als präventiver Jungbrunnen wirkt. Vor diesem Hintergrund war und ist für die Stiftung DFK die aus Mitteln des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz erfolgende Förderung der vorliegenden Festschrift Verpflichtung und Freude zugleich.

Wir wünschen dem Deutschen Präventionstag und seinen Verantwortlichen auch weiterhin reichlich Schaffenskraft, den erforderlichen langen Atem und nicht zuletzt die nötige Fortune.

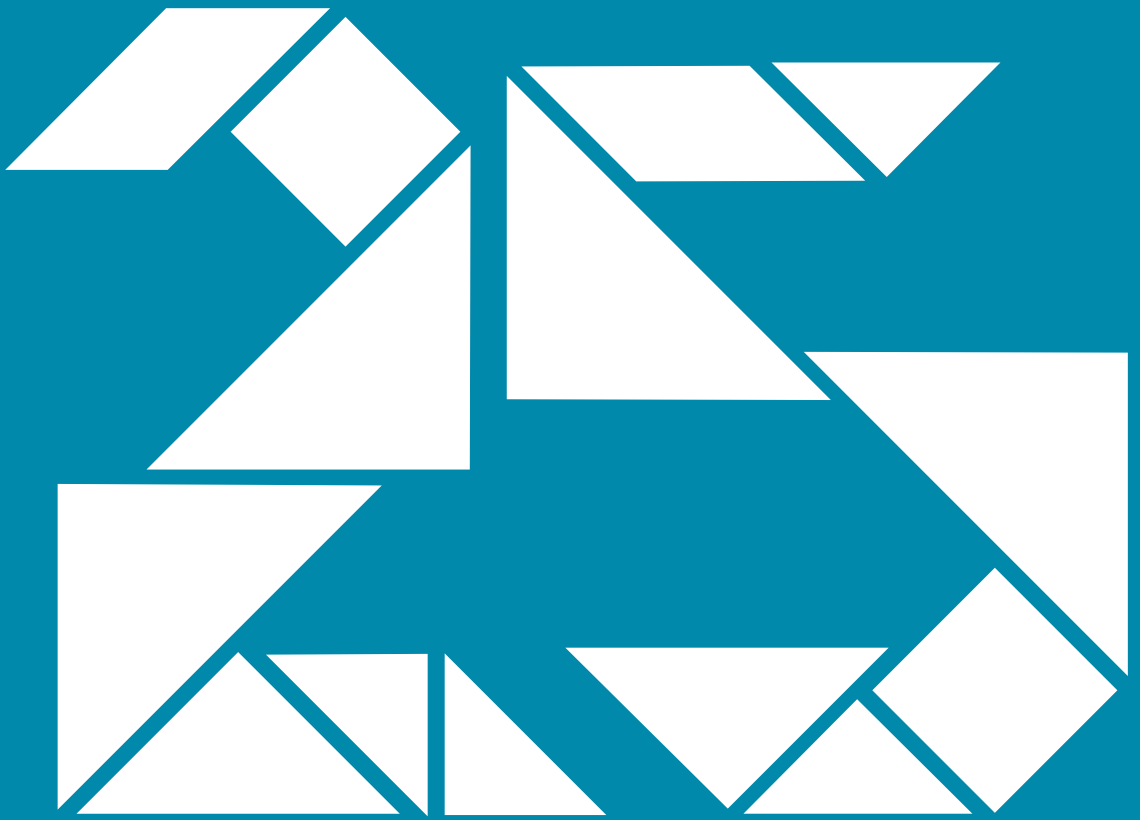
Für den Vorstand der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention

Stefan Daniel

KASSEL

27./28. APRIL 2020

≡ *Smart Prevention –
Prävention in
der digitalen Welt*



Der 25. „Jubiläumskongress“ fand am 28. & 29. September 2020 unter dem Schwerpunktthema: „Prävention in der digitalen Welt – Smart Prevention“ statt. Schirmherr des 25. DPT war Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier.

Bedingt durch die Coronapandemie wurde der ursprünglich für den 27. & 28. April 2020 im Kongress Palais Kassel geplante Kongress erstmals als reiner Online-Kongress digital ausgerichtet.

Das Kongressgutachten erschien passend als interaktive Microsite, mit insgesamt 68 Videoclips von 17 Expertinnen und Experten.

» In Hessen haben die Überlegungen zu einer gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention in den Jahren ab 1980 begonnen. In einem kriminalpolitischen Bericht für den Hessischen Minister der Justiz wurde 1988 dargelegt, dass die Kriminalprävention erfolgreicher sein könnte, wenn sie den Käfig von „Innen- und Justizpolitik“ verließ. Die Umsetzung dieser Idee war nicht leicht. Hilfreich waren kommunale Präventionsaktivitäten, die auch heute noch die Hauptlast der Präventionsarbeit tragen. Nachdem ich 1992 als nebenamtlicher Geschäftsführer die Sachverständigenkommission für Kriminalprävention der Hessischen Landesregierung (Landespräventionsrat) mit ins Leben rufen durfte, war ich sehr glücklich, dass 1995 der Deutsche Präventionstag gegründet wurde. Damit war es länderübergreifend erstmals möglich, gesamtgesellschaftliche Präventionsaktivitäten breit zu diskutieren und einer interessierten Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Seitdem steht ein stetig wachsendes Forum für die Praxis zur Verfügung, das einen breiten, inzwischen auch seit langem internationalen, Erfahrungsaustausch gewährleistet und die Möglichkeit gibt, Umsetzungsstrategien zu diskutieren und Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft zu erarbeiten und anzusprechen.

Der 25. DPT hatte das Schwerpunktthema „Smart Prevention“. Was ist damals nach Ihrer Einschätzung der Anlass für diese Themensetzung gewesen? Worum drehte sich die Debatte im Wesentlichen?

» Das Schwerpunktthema „Smart Prevention“, das handlungsleitend für den 25. DPT in Kassel und damit zugleich für den dritten Deutschen Präventionstag in Hessen sein sollte, wurde zu einem Zeitpunkt ausgewählt als an die Corona-Pandemie noch nicht zu denken war. Die Digitalisierung unseres Alltags stand im Mittelpunkt, weil das Zusammenleben der Menschen sich hierdurch an vielen Stellen grundlegend verändert und die Digitalisierung auch direkte Auswirkungen auf die gesamtgesellschaftliche Gewalt- und Kriminalprävention hat. Allein die Schlagworte „Cyber-Grooming“ und „Hate speech“ belegen dies eindrucksvoll. Wenn etwa allein in der Nacht des rechtsextremistischen Terroranschlags von Hanau über 50 Hassbotschaften im digitalen Netz landen, ist dies ungeheuerlich. Die Wichtigkeit des Themas hat sich dann unglücklicherweise durch den Ausbruch der Corona-Pandemie bestätigt. Die Durchführung des Kongresses konnte am 28. und 29. September 2020 als 25. DPT-Digital gelingen. An dieser Stelle hat sich dann in beeindruckender Weise auch die positive Seite der Digitalisierung für die Kriminalprävention gezeigt.



Prof. Dr. Helmut Fünfsinn

Generalstaatsanwalt a.D.; Vorsitzender des LPR Hessen; Beauftragter der Hessischen Landesregierung für Opfer von schweren Gewalttaten und Terroranschlägen

Ist dieses Thema auch heute noch aktuell? Findet sich ein roter Faden, der sich auch heute noch aufnehmen lässt?

» Die Aktualität des Themas „Smart Prevention“ ist meines Erachtens unbestritten. Es wird auch eine tragende Rolle beim 26. DPT spielen, der ja als Hybridkongress geplant ist. Die bleibenden Themen sind: Konzepte für ein gewaltfreies, friedliches Zusammenleben, im Einzelnen: Verhinderung häuslicher Gewalt, Sicherheit für ältere Menschen, Schutz vor Vernachlässigung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Sicherheit im öffentlichen Raum, kluge und effektive Extremismusbekämpfung, erfolgreiche Integrations- und Opferschutzkonzepte.

Im Jahr 2007 fand der 12. Deutsche Präventionstag in Wiesbaden statt. Sie haben damals als veranstaltendes Land teilgenommen. Wenn Sie an die Veranstaltung zurückdenken, was ist Ihnen als besonders kennzeichnend nachhaltig in Erinnerung geblieben?

» Insbesondere das Thema „Starke Jugend – Starke Zukunft“ als Motto des 12. Deutschen Präventionstags, dass wir nach kurzer Diskussionszeit gefunden haben, war für mich überzeugend. Bis zu diesem Zeitpunkt ging es doch vor allem um die Frage, wie Jugendkriminalität repressiv zu verhindern sei. Die Resilienzforschung war kaum bekannt und hier wurde erstmals den Stärken der Jugend breiter Raum eingeräumt. Im Übrigen ist hier anzumerken, dass wir den Ansatz der Stärken einzelner Gruppen vermehrt in den Blick nehmen sollten. Dies gilt insbesondere auch bei den

Überlegungen zu Fragen der Sicherheit für ältere Menschen. Hier gilt es, das riesige Potential dieser Personengruppe nicht aus dem Auge zu verlieren.

Wir blicken gemeinsam auf 25 Jahre Gewalt- und Kriminalprävention zurück. Wie hat sich dieses Fachgebiet in dieser Periode insgesamt verändert? Was wurde erreicht? Lassen sich rückblickend Konjunkturen bestimmter Debatten erkennen?

» Die Wahrnehmung der gesamtgesellschaftlichen Gewalt- und Kriminalprävention hat sich deutlich geändert, sowohl als übergreifende Idee als auch in einzelnen Feldern. Während in den 1980er und 1990er Jahren Kriminalprävention nur vereinzelt wahrgenommen wurde, ist die Idee inzwischen auch in der Politik und nachfolgend in der Gesetzgebung angekommen. Der von der Bundesregierung eingesetzte Runde Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“, das Programm „Demokratie leben“ und der Kabinettausschuss „Extremismus“ wäre auf Bundesebene in diesen Konstruktionen so nicht zustande gekommen. Fest verankert ist die gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention in den Debatten zur häuslichen Gewalt, zur Sicherheit älterer Menschen, zur Sicherheit im öffentlichen Raum, zur Vernachlässigung von Kindern und Jugendlichen, zur Extremismusbekämpfung, zur Integration und zum Opferschutz. Diese Debatten sind beinahe konjunkturunabhängig. Einzelne Ereignisse, wie die militärischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan in den 1990er Jahren, die

zu uns geflüchteten Menschen 2015 verstärken dann die Wahrnehmung einzelner Debatten, hier also Integration und Extremismus.

Was sind aus Ihrer Sicht die aktuell wichtigen Themen und Herausforderungen für die Prävention?

» Die Digitalisierung des Lebens, beschleunigt durch die Corona-Pandemie. Das auch dadurch bedingte Alleingelassenwerden, insbesondere der besonders vulnerablen Personengruppen, wie Kinder und ältere Menschen, aber auch das schwierigere Wahrnehmen von häuslicher Gewalt und die Beschränkungen der Aktivitäten Jugendlicher. Auf diese Herausforderungen sollte auch die gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention Antworten finden.

Welche strategische Ausrichtung würden Sie abschließend für die nächsten 25 Jahre Präventionsarbeit in Deutschland und Europa empfehlen?

» Ein weiterer Ausbau gesamtgesellschaftlicher gewalt- und kriminalpräventiver Strategien ist zwingend. Wenn in Hessen ein Asylkonvent eingerichtet worden ist, wo ressortübergreifend – unter Führung des Ministerpräsidenten – und unter Beteiligung aller gesellschaftlich maßgeblicher Kräfte Integrationskonzepte für geflüchtete Menschen erarbeitet werden, dann zeigt dies, dass die Politik das Instrument kennt. Es sollte nur häufiger bei gesamtgesellschaftlichen Problemen Anwendung finden und die Präventionsakteure mehr Anerkennung erlangen.

KURZ UND KNAPP

- » 14 Prävinare (Online-Seminare) mit insgesamt 1.885 Teilnehmenden
- » Prevention-Slam 2020
- » 1 Paneldiskussion und 1 SDG-Cube-Lounge
- » Infopool mit insgesamt 1.233 Medien (Videos, PDFs, Links, Audiodateien, Fotos)
- » Traffic auf der DPT-Webseite von 1.617 GB
- » DPT-Open-House als digitales Netzwerktreffen



BERLIN

20./21. MAI 2019

≡ *Prävention &
Demokratieförderung*



Am 20. & 21. Mai 2019 tagte der Kongress im Estrel Congress Center Berlin zum Schwerpunktthema „Prävention & Demokratieförderung“.

Schirmherrin war die Bundesministerin für Familie, Senioren Frauen und Jugend Franziska Giffey.

Da der Abendempfang ebenfalls im Estrel Center gehalten wurde, wo auch viele der Teilnehmenden direkt logierten, war es eine Veranstaltung quasi unter einem Dach.

»Hallo und herzliche Grüße aus dem Europäischen Parlament in Brüssel!

Zunächst einmal ganz herzlichen Dank an den Deutschen Präventionstag zum 25-jährigen Jubiläum. Es ist mir eine große Freude, mich heute aus diesem Anlass zu dem so wichtigen Thema der Prävention zu Wort melden zu können.

Wie wichtig Prävention ist, das haben wir alle in den vergangenen zwei Jahren unter ganz besonderen Bedingungen diskutiert, nämlich unter dem Aspekt der Gesundheit. Durch die Pandemie und das Corona-Virus ist eine völlig neue, globale Gefährdungslage entstanden, die uns alle in Deutschland und hier in der EU viel zu unvorbereitet getroffen hat.

Moderne und grenzüberschreitende Prävention kann helfen, auf kommende Krisen und Herausforderungen besser vorbereitet zu sein. Diese Herausforderungen betreffen eine ganze Reihe von sehr unterschiedlichen Bereichen: Cyber-Angriffe beispielsweise, Desinformation, Terrorismus. In all diesen Bereichen sehen wir Gefährdungslagen, denen wir bereits jetzt mit einer effektiven Prävention entgegenreten können und müssen. Solch eine effektive Prävention verlangt einen Blick nach vorn, voraus-



©Katarina Barley / www.katarina-barley.de

Dr. Katarina Barley

Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

schauend, aber natürlich auch den Blick nach hinten, um zu lernen aus den Fehlern, aber natürlich auch aus den Erfolgen der Vergangenheit. Jede Vorbereitung, die wir treffen, muss auf den vergangenen Erfahrungen beruhen. Wir brauchen evidenzbasiertes Handeln. Nur so können unsere Fehler und Erfolge – zum Beispiel in der Corona-Pandemie – Wegweiser für die künftige Krisenprävention sein. Was wir gelernt haben, schmerzlich gelernt haben, auch in der Corona-Krise ist, dass ein Rückzug auf das Nationale uns nicht hilft. Und das gilt in den allermeisten Bereichen. Im Gegenteil, wir brauchen grenzüberschreitende Zusammenarbeit, mindestens europäisch, meistens auch global, um Krisen effektiv bekämpfen zu können. Denken wir nur an die Klimakrise oder das World Wide Web, das nicht umsonst so heißt. So haben wir es bei der Corona-Krise gehalten und tun es noch. Die Beschaffung von Impfstoffen durch die EU ging ruckelig los. Aber die gemeinsame Koordination von Reisebestimmungen, die schnelle Bereitstellung finanzieller Hilfen und auch die Einigung auf ein gemeinsames Covid-Zertifikat sind Maßnahmen, auf die wir stolz sein können und auf die wir bei künftigen Pandemien zurückgreifen können, von denen wir natürlich hoffen, dass sie nicht vorkommen werden.

Gleichzeitig merken wir, dass wir noch stärker in solchen Fragen zuhören müssen. Und zwar den Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft. Hier sehen wir ganz schwierige Entwicklungen, wenn es darum geht, verschiedene Meinungen zu gewichten. Wir sehen Herausforderungen wie Fake-News und Verschwörungstheorien. Und wir sehen auch Diskussionen in den Medien: Wie gehen wir um mit den Einen, die die Wissenschaft vertreten, und den Anderen, die sich darauf nicht stützen wollen? Sind das gleichwertige Meinungen, die man gleichwertig präsentieren muss? Hierüber gibt es großen Streit und ich finde, wir müssen dort als Gesellschaft auch klarer werden.

Wir müssen die Wissenschaft auch herausziehen aus dem Elfenbeinturm, beziehungsweise sie muss heraustreten. Das tut sie durch die Pandemie. Das ist eine Errungenschaft, die wir uns bewahren müssen.

Die besten Präventionskonzepte bringen allerdings nichts, wenn wir nicht über die geeigneten Ressourcen verfügen, um diese Konzepte auch umzusetzen. Prävention, auch die Kriminalprävention, benötigt gut ausgebildetes, motiviertes, gut ausgestattetes Personal. Gerade im Bereich Kriminalprävention. Polizist*innen, Staatsanwält*innen, Mitarbeiter*innen von Behörden sind immer wieder Anfeindungen, Bedrohungen, sogar tätlichen Angriffen ausgesetzt und verdienen unseren größten Respekt. Den erreicht man nicht nur mit Worten, sondern auch durch Taten. Durch bessere Arbeitsbedingungen, durch eine

angemessene Entlohnung für die Personen, die sich diesen Gefahren aussetzen müssen.

Was wir auch brauchen, sind die richtigen Rechtsgrundlagen. Auch die müssen wir immer wieder überprüfen und anpassen. Im Moment liegt unser Fokus, was Prävention betrifft, ganz stark auch auf den jungen Menschen, auf den Schulen. Auch dort müssen wir mehr einsetzen. Die effektivste Prävention erfolgt durch Aufklärung und zwar am besten in jungen Jahren. Wir müssen den jungen Menschen vermitteln, dass Hass, Rassismus, Anfeindungen sich weiterentwickeln: aus Worten werden Taten. Wir sehen eine nie dagewesene Polarisierung des politischen Diskurses, vor allen Dingen auf Social-Media, wo sich vor allen Dingen auch junge Menschen tummeln. Wir müssen dafür sorgen, dass in den Schulen solche Themen angesprochen werden, sowohl die tagesaktuellen politischen als auch der Umgang mit Social-Media, Hate-Speech und Fake News.

Und wir müssen uns schützen, indem wir den Staat und die Strukturen stärken, die unsere Demokratie und unsere Rechtsstaatlichkeit schützen. Ohne diese beiden Grundpfeiler kann sich kein Staat vor künftigen Angriffen und Gefahren schützen. Das gilt auch auf der Ebene der Europäischen Union. Die Europäische Union sieht sich Angriffen von außen ausgesetzt was Rechtsstaatlichkeit und Demokratie betrifft, aber eben auch von innen. Es ist wichtig, dass wir sie klar benennen und das wir einzig sind, dass wir alle in dieselbe Richtung schauen und das gleiche Ziel verfolgen.

Vielleicht war die Bedeutung von Prävention noch nie so groß wie heute. Neue und teils unbekannte Bedrohungen, auch gerade durch das Netz, haben bei vielen ein neues Gefühl der Angst und der Unsicherheit ausgelöst. Für andere ist gerade dieses Netz der Ort, wo sie sich frei fühlen alles einzubringen, was sie möglicherweise auch an wirren Thesen vertreten. Prävention kann der Angst entgegenwirken und kann unsere Gesellschaft widerstandsfähiger machen gegen Fake-News und Hate Speech. Prävention ist essenziell für unsere Sicherheit. Repressionen und Strafverfolgung sind wichtig, bewahren uns aber nicht vor künftigen Angriffen. Das kann nur eine effektive Prävention.

Wer sich konstant bedroht fühlt, handelt nicht frei. Auch das ist eine Aufgabe von Prävention: Menschen die Sicherheit zu geben, dass sie gesehen werden, dass sie unterstützt werden, wenn sie sich selbst gegen solche Bedrohungen wenden.

Der Deutsche Präventionstag widmet sich seit Langem diesem Thema und ich bin sehr beeindruckt, auch von der Breite in der dies geschieht. Sie beschränken sich nicht nur auf den Bereich der Kriminalprävention, sondern betrachten es gesamtgesellschaftlich. Vielen herzlichen Dank dafür! Sie tragen so einen sehr wichtigen Grundstein zu Sicherheit und Freiheit bei. Das sind keine Gegensätze.

Für diese wertvolle Arbeit bedanke ich mich ganz herzlich bei Ihnen und wünsche dem DPT auch für die kommenden Jahre das Allerbeste!«

KURZ UND KNAPP

- » 3.133 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 136 internationale Teilnehmende aus 45 Staaten
- » 296 Referierende
- » 178 Vortragsbeiträge
(Vorträge, Forum „Demokratie leben!“, Forum „Politische Bildung“, Projektspots, Presentation on Demand)
- » 13. Annual International Forum (AIF)
- » Präventionsrede 2019 „Polarregionen und Tiefsee: Wie entdecken und schützen wir unbekanntes Leben“ von Prof. Dr. Antje Boetius
- » 2. Prevention-Slam
- » 241 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » 22 Begleitveranstaltungen



DRESDEN

11./12. JUNI 2018

≡ *Gewalt und Radikalität
– Aktuelle Herausforderungen für die
Prävention*





Mit dem Thema „Gewalt und Radikalität – Aktuelle Herausforderungen für die Prävention“ befasste sich der Deutsche Präventionstag am 11. & 12. Juni 2018 in Dresden.

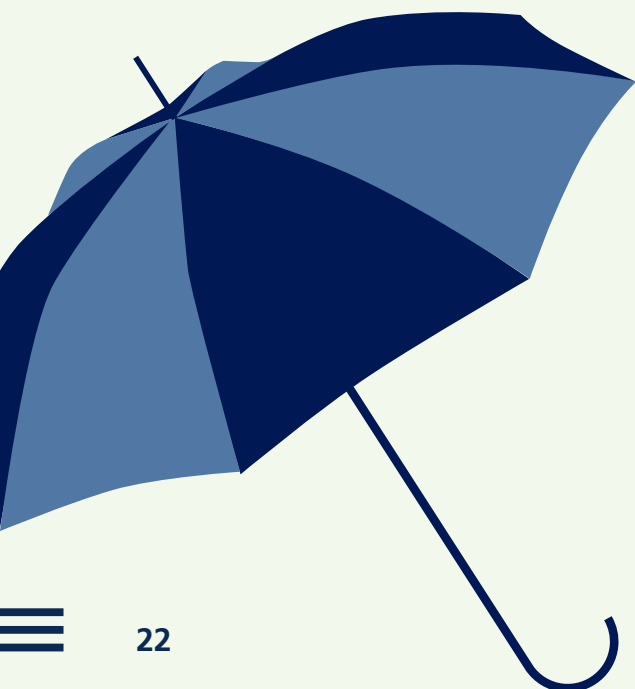
Die Veranstaltung im Internationalen Congress Center (ICC) stand unter der Schirmherrschaft des Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen, Michael Kretschmer.

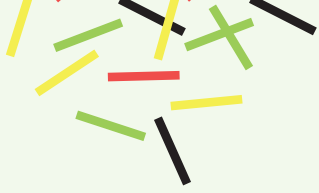
Bei der Abendveranstaltung im DDV-Stadion Dresden wurde auch das 10jährige Jubiläum des Landespräventionsrates Sachsen gefeiert.

Der DPT als europäischer Kongress hat sich über die Jahre zu einer absoluten Institution entwickelt. Die gemeinsame Ausrichtung des DPT23 im Juni 2018 durch die DPT GmbH mit all ihren Partnern und uns, dem Landespräventionsrat Sachsen (LPR SN), war ein großartiges Ereignis. So war es möglich, der Prävention im Freistaat Sachsen bei den Präventionsakteuren, in der Politik und in der Öffentlichkeit sehr große Aufmerksamkeit zu geben. Insgesamt über 3.000 Teilnehmende und besonders viele internationale Gäste setzten ein quantitatives Signal. Das Thema – Gewalt und Radikalität – nicht zufällig gewählt, konnte in seiner Breite wissenschaftlich und präventions-praktisch betrachtet werden.

Rolle der Abendveranstaltung

Grundsätzlich gehört eine gute Abendveranstaltung zu einem gelungenen DPT einfach dazu. Zwei anstrengende und fachlich fundierte Kongresstage können so miteinander verbunden werden. Und ich spreche jetzt von einer Zeit vor der Corona-Pandemie: unkomplizierte persönliche Gespräche, Kontakte knüpfen und sich vernetzen. Dies scheint etwas sehr nach Entspannung und Unterhaltung zu klingen, bringt jedoch durch die entstehenden oder sich festigenden Verbindungen am Ende der Prävention etwas.

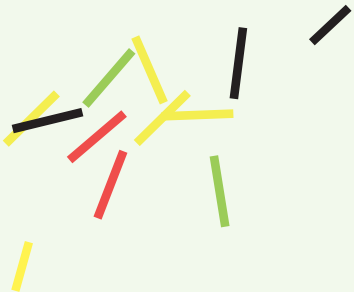




Sven Forkert

*Diplom-Ingenieur für Medientechnik (FH),
seit fast 20 Jahren im Feld der Prävention tätig
und seit dem Jahr 2010 Geschäftsführer des
Landespräventionsrates Sachsen (LPR SN)*

In Dresden hatten wir das Glück, dass sich die Landeshauptstadt massiv in die Abendveranstaltung einbrachte und in das Fußball-Stadion von Dynamo Dresden einlud. Dieser Einladung folgten unglaubliche fast 2.000 Kongressteilnehmende, wurden durch Oberbürgermeister Hilbert und Staatsministerin Klepsch begrüßt, genossen bei bestem Wetter die Atmosphäre dieses besonderen Ortes sowie neben tollen Speisen und Getränken auch Sachsens beste Ska- & Reggaeband „Yellow Umbrella“. So konnte die Dresdner DPT23-Abendveranstaltung sich in die Reihe der besonders in Erinnerung bleibenden einreihen, wie bspw. Frankfurt/Main, Leipzig, Hannover, u.a. Und wir konnten das 10-jährige Jubiläum und den 4. LandesPräventionstag Sachsen (LPT4) so perfekt mit dem DPT23 und der Abendveranstaltung verbinden.



25 Jahre Gewalt- und Kriminalprävention

Ich kann mir mit meiner Vita kein Gesamturteil erlauben. Jedoch ohne Frage wurde in diesem Vierteljahrhundert viel erreicht. Auch wenn es dem grundsätzlichen Präventionsverständnis – vorbeugend, langfristig/nachhaltig sowie evidenzbasiert – nicht immer gerecht wird, so ist mediale, politische und öffentliche Konjunktur



bestimmter Probleme und somit auch von Präventionsthemen (Gewalt, Extremismus, Sucht, Mobbing, sexualisierte Gewalt, Ausschreitungen beim Fußball, Mobbing usw.) zunächst einmal Realität. Diese kann man auch als Chance nutzen; vor manchem Reflex dieser „aufgeregten“ Debatten müssen wir uns auch schützen und die Vorteile wirkungsvoller Prävention ohne aktuellen Anlass aufzeigen.

Für Sachsen kann ich sagen, dass Prävention in den letzten Jahren ausgebaut wurde. Ob man bspw. die Bundesprogramme „Frühe Hilfen“ oder das Feld Extremismusprävention und Demokratiestärkung betrachtet. Oder auch Strategien, die explizit durch den LPR unterstützt werden, wie schulische Prävention über den Ansatz „Prävention im Team“ (www.pit.sachsen.de) oder kommunale Prävention über die Landesstrategie ASSKomm – „Allianz Sichere Sächsische Kommunen“ (www.asskomm.de). Nicht zuletzt auch zu sehen anhand innovativer Leuchttürme wie dem neuen Studiengang „Präventionsmanagement – Kompetenzen für soziale Interventionen – Diversität und Vielfalt durch bedarfsgerechte Präventionsarbeit aktiv mitgestalten“ an der TU/TUCed Chemnitz.

Insgesamt ist vor allem vor Ort im Bewusstsein etwas vorangekommen, bei NGOs, Kommunen, Kommunalverwaltungen und -politik, in Kitas, Schulen und bei Landeseinrichtungen. Trotzdem stehen wir bei einem allgemeinen, flächendeckenden Präventionsverständnis und in den Regelstrukturen umfassend gelebter Prävention noch am Anfang. Mein Bild ist

dafür gern ein Prozentwert im einstelligen Bereich von den 90 oder gar 100 Prozent, die wir gern erreichen möchten. Es ist also viel geschafft, der Weg vor uns jedoch noch um ein Vielfaches weiter.

DPT23 – Schwerpunkt Gewalt und Radikalität

In der Prävention sind die Themen immer aktuell. Die Probleme, mit denen wir uns beschäftigen, liegen in der Natur des Menschen. Eine komplett gewalt- oder suchtmittelfreie oder völlig verkehrssichere Gesellschaft wird es nicht geben – dies sind, dies wären, womöglich auch befremdliche Utopien.

Für einige aktuelle Entwicklungen des religiös motivierten Extremismus, das Erstarken von Radikalisierungen im Bereich von s. g. „Wutbürgern“, „Querdenkern“, „Reichsbürgern“ und ähnlichen Strömungen, die sich nicht mehr simpel klassischen Extremismuskategorien zuordnen lassen oder auch bestimmte neue Tendenzen im Linksextremismus kam der DPT23 im Jahr 2018 zu einem guten Zeitpunkt, um sich ausführlich und wissenschaftlich fundiert mit den Themen und Präventionsmöglichkeiten zu beschäftigen. Und dies gerade in Sachsen, was seit vielen Jahren durch einen starken Rechtsextremismus immer wieder in die Schlagzeilen gerät und andersherum, vielerorts über die Jahre gute Entwicklungen in der Bekämpfung und Vorbeugung genommen hat.



„Prävention ab Nabelschnur“ Studiengang Präventionsmanagement

Dieses Zitat des Kinderarztes Jürgen Schmetz vom 4. DPT beseelt auch unsere Sicht auf Prävention. Und trotz guter Umsetzung bspw. des bundesweiten Programms „Frühe Hilfen“ in Sachsen, sind wir an manchen Stellen noch nicht soweit, wie wir gern wären. Bspw. bei unserem LPR-Ansatz „Prävention im Team“ ist der Teil schulischer Prävention im Fokus und der Weg der frühkindlichen Prävention noch weiter ausbaubedürftig. Doch wie sagte mein Vater immer: „mühsam nährt sich das Eichhörnchen“. Mit Geduld kommen wir auch dort weiter voran. Die Herausforderungen vor uns sind größer als das bisher erreichte. Ich denke, wir müssen weiter den Präventionsfokus auf die Regelsysteme legen und nicht so stark in „Sondersystemen“, Modellprojekten, Spezialpräventionsansätzen denken.

Im Jahr 2019 konnte eine innovative Idee endlich ihre Umsetzung beginnen, die Prof. Dr. Udo Rudolph schon viele Jahre vorbereitet hatte. Der berufsbegleitende Studiengang „Präventionsmanagement – Kompetenzen für soziale Interventionen – Diversität und Vielfalt durch bedarfsgerechte Präventionsarbeit aktiv mitgestalten“ an der TU/TUCed Chemnitz als Bachelor- und Masterstudiengang wurde eingeführt. Mit Unterstützung des Bundesfamilienministeriums, des Instituts B3 und ein klein wenig des LPR Sachsen hat Prof. Rudolph mit seinem Team diese Idee in die Tat umgesetzt. Trotz Corona-Pandemie läuft das Studium und erfreut sich guter Nachfrage – und wir freuen uns auf die demnächst fertig ausgebildeten Präventionerinnen und Präventioner. Es braucht unseres Erachtens neben der breiten



Prävention der Regelstrukturen auch in manchen Bereichen Spezialistinnen/-en (<https://www.tuced.de/studiengaenge/ma-praeventionsmanagement/>).

Corona-Pandemie

Die Pandemie bestimmt unser aller Alltag. Und trotz vielfältiger Probleme und großen Leids, hat die Lage auch positive Dinge gebracht: bspw. den Ausbau guter digitaler Kommunikation, das Reduzieren von langen, weiten Dienstreisen, die intensive Online-Dokumentation etc. Der DPT musste davon bei den aktuellen Kongressen Gebrauch machen und auch wir haben unseren 5. LandesPräventionstag Sachsen (LPT5) online durchgeführt.

Der starke Ressourcenansatz zur Pandemiebekämpfung wird jedoch an vielen Stellen Einschränkungen bringen, nahezu zwangsläufig auch für Präventionsansätze.

Und einige gesellschaftliche Entwicklungen sind in der momentanen Krise noch stärker geworden, die auch vorher schon schwer zu bearbeiten waren: demokratiefeindliche Strömungen im Bereich s. g. „Reichsbürger“, „Querdenker“ etc. bis hin zu Gewalt gegen Einsatzkräfte, Schul- und medizinisches Personal von Gegnern der Anti-Corona-Maßnahmen der Politik und Exekutive.

Und was noch ganz unklar ist: welche Auswirkungen werden Lockdowns, Kita-/Schulschließungen und soziale Distanzen bei Kindern und Jugendlichen hinterlassen? Welche neuen Herausforderungen werden auf die Prävention zukommen?

Die nächsten 25 Jahre

Zum Abschluss ziehe ich noch einmal den Kreis, den mich vor allem der DPT und der LPR Niedersachsen in den letzten Jahren gelehrt haben. Der Fokus muss in der Prävention auf dem Stärken der Regelsysteme liegen: Kitas, Schulen, Ausbildungs- und Studiengänge. Das Fundament müssen wirkungsvolle Lebenskompetenzprogramme für alle Kinder sein. Dies durch das Fokussieren auf evidenzbasierte Programme bzw. das Entwickeln solcher, wo diese noch fehlen (oder neue Situationen diese erfordern). Für Sachsen wünsche ich mir bestimmte Themen mit noch mehr Präventionskraft zu versehen, bspw. Kinderschutz vor sexualisierter Gewalt.

Und für das Bewusstsein und die Selbstverständlichkeit der Prävention braucht es Debatten und Symbole, wie den Deutschen Präventionstag – und nicht nur die nächsten 25 Jahre, sondern wohl immer. Danke DPT und weiter so!

KURZ UND KNAPP

- » 3.138 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 170 aus 54 Staaten
- » 241 Referierende
- » Präventionsrede 2018 „Gewalt und Radikalität, heute und gestern“ von Prof. Dr. Ute Frevert
- » 12. Annual International Forum (AIF)
- » 1. Prevention-Slam
- » 165 Vortragsbeiträge (Vorträge, Projektspots, Presentation on Demand)
- » 174 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnen- und Kinderuni-Programm
- » 11 Begleitveranstaltungen



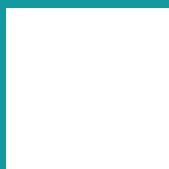
19./20. JUNI 2017



≡ *Prävention & Integration*



HANNOVER



Am 19. & 20. Juni 2017 fand der 22. Deutsche Präventionstag im Hannover Congress Center (HCC) unter der Schirmherrschaft des Niedersächsischen Ministerpräsidenten Stephan Weil statt.

Das Schwerpunktthema „Prävention & Integration“ wurde im Eröffnungsplenum durch den „Chor der Nationen“ eingeleitet.

Der Abendempfang führte die Teilnehmenden in das Neue Rathaus an Hannovers Maschsee.

Am 19. und 20.6.2017 fand der 22. deutsche Präventionstag in Hannover statt. Sie haben damals als Gast und Referentin teilgenommen. Wenn Sie an die Veranstaltung zurückdenken, was ist Ihnen als besonders kennzeichnend nachhaltig in Erinnerung geblieben?

» Ich war damals Justizministerin in Niedersachsen. Der Deutsche Präventionstag „residierte“ in meinem damaligen Haus. Deswegen sind alle Präventionstage mit dem Justizministerium eng verbunden gewesen. Ein Präventionstag in der eigenen Stadt war dann natürlich etwas ganz Besonderes. Ich habe die Eröffnung in der Stadthalle als besonders festlich und die Grußworte z.B. des Ministerpräsidenten als besonders gelungen in Erinnerung. Aber emotional am bewegendsten war der Auftritt des mit Flüchtlingen gegründeten internationalen Chors. Wir dürfen nicht vergessen, dass im Sommer 2017 die Geflüchteten-Bewegung noch dramatisch den Alltag – den medialen wie den politischen Alltag – prägte. Dieser Chor zeigte, dass Geflüchtete nicht nur ein Organisations- und Integrationsproblem darstellen, sondern eine Bereicherung sind bzw. sein können, wenn dafür die Möglichkeiten geboten werden.

Im Nachhinein kommt es mir schon sehr besonders vor, dass ich mich in meinem Referat nicht an die Teilnehmenden wenden konnte, sondern nur an eine Kamera, weil ich terminlich nach der Eröffnung verhindert war. Im Nachhinein war es eine gute Übung für die gegenwärtigen Pandemiebedingungen. Ein bisschen frech war es von mir, mich nicht zum Thema Prävention und Integration zu äußern, sondern zu meinem Lieblingsthema, dem Opferschutz. Prävention ist der beste Opferschutz, schließlich ist es immer das Beste, nicht Opfer einer Straftat zu werden. Aber meine Rede hatte schon den konkreten Umgang mit denjenigen zum Thema, die Opfer geworden waren, Prävention also keinen Erfolg gehabt hatte. Das Thema ist mir nach wie vor auch persönlich sehr nah und Gegenstand meiner gegenwärtigen Arbeit.



Antje Niewisch-Lennartz

Präventionspolitikerin; Verwaltungsrichterin und Niedersächsische Justizministerin a.D.

Wir blicken gemeinsam auf 25 Jahre Gewalt und Kriminalprävention zurück. Wie hat sich dieses Fachgebiet in dieser Periode insgesamt verändert? Was wurde erreicht? Lassen sich rückblickend Konjunktoren bestimmter Debatten erkennen?

» Wenn wir auf den Beginn der intensiven Diskussion um Kriminalprävention zurückschauen, dann führt uns das vor Augen, dass wir es verlernt haben uns zu freuen und Erfol-

ge zu feiern. Die gute Nachricht ist: Prävention wirkt! Wenn wir die Kriminalitätsstatistik aus den Anfangsjahren der Prävention und der kommunalen Präventionsräte über die letzten 25 Jahre betrachten, wird dies drastisch deutlich. Ich empfehle die einschlägigen Untersuchungen des Kriminologischen Forschungsinstitutes – KFN aber auch die allgemeine Polizeistatistik. Jugendgewalt ist deutlich zurückgegangen. Aber die Schlagzeilen in den klassischen wie den sozialen Medien sind wirkmächtiger als derartige Untersuchungen. Das Neue an den Präventionskonzepten von Beginn an war die Erkenntnis, dass der Verweis auf Statistiken allein nicht hilft. Gute Prävention bedeutet eben auch, die realen Ängste der Bevölkerung wahrzunehmen und das Handeln darauf auszurichten. Die Statistik hilft nicht, wenn man abends Angst hat vor die Tür zu gehen. Eine besondere Konjunktur hatten die Berichte über Straftaten und damit einhergehend das gesteigerte Bedrohungsgefühl nach der Krise nach 2015. Beginnend mit der Silvesternacht auf der Domplatte in Köln und Berichten über sexuelle Übergriffe und Gewaltdelikte junger Geflüchteter lag die Notwendigkeit einer Debatte über Prävention im Bereich der Integration auf der Hand. Das Thema wurde zu Recht das Thema des Präventionstages in Hannover!

Ist dieses Thema auch heute noch aktuell? Findet sich ein roter Faden der sich auch heute noch aufnehmen lässt?

» Das Thema ist heute so aktuell wie 2017. Jeder Bericht über Gewalttaten, insbesondere im Bereich der Sexualstraftaten, findet immer

dann eine besondere Beachtung in der Öffentlichkeit, wenn sie durch Geflüchtete oder von Menschen mit ausländischen Wurzeln begangen wurde. Wird von einem deutschen Täter berichtet, wird dies immer besonders betont, quasi als ob in der Regel davon auszugehen sei, dass diese Straftat von einem Menschen mit ausländischen Wurzeln begangen wurde. Das beruht sicher auch darauf, dass gerade den Medien nach der großen Begeisterung über die Solidarität mit Geflüchteten vorgeworfen wurde, negative Ereignisse wie zum Beispiel Straftaten zu unterschlagen oder verschämt zu verbrämen. Wenn es auch nicht schlagzeilentauglich ist: ausschlaggebend bleibt, die Realität nüchtern zur Kenntnis zu nehmen und Probleme durch kluge Präventionsarbeit anzugehen. Wichtige Ideen und Wege dazu wurden durch den DPT in Hannover aufgezeigt und diskutiert. Leider zieht sich als roter Faden durch die letzten 25 Jahre, dass die erfolgreichen Bemühungen um Prävention in der Öffentlichkeit nicht hinreichend wahrgenommen werden. Sicherlich: „Bad News are good News“. Gute Nachrichten, noch dazu solche, die nur auf lange Perspektive funktionieren und keine schnellen Ergebnisse zeitigen, sind viel schwerer zu platzieren. Das kann allerdings kein Grund sein, darin nachzulassen.

Was sind aus ihrer Sicht die aktuell wichtigen Themen und Herausforderungen für die Prävention?

» Auch wenn es schon bald in der Wiederholung in allen Ansprachen der Repräsentanten unserer Demokratie Ermüdung hervorruft: der

Kampf gegen rechte Gewalt und rechtes Gedankengut und das Eindringen seiner Thesen in den allgemeinen Diskurs. Natürlich sind solche Ansprachen und die Platzierung des Themas wichtig. Noch wichtiger sind Konsequenzen. Und die bedeuten, das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen, um entsprechende Präventionskonzepte gut aufzusetzen und nicht kurzatmig in Projektfinanzierung zu zwingen. Prävention funktioniert eben nur auf langer Strecke, ist ein Marathon und für den Sprint von Drei-Jahres-Projekten ungeeignet. Deren Start lässt sich medienwirksam verkünden, um dann nach Ablauf trübsinnig zu resümieren, dass die Lage sich noch nicht grundlegend geändert hat.

Welche strategische Ausrichtung würden sie abschließend für die nächsten 25 Jahre Präventionsarbeit in Deutschland und Europa empfehlen?

» Da kann ich nur wiederholen was ich oben gesagt habe: Marathon statt kurze Strecke, und das auf Grundlage evidenzbasierter Konzepte. Das was gut klingt muss noch nicht gut sein. Und wenn man täglich zum Thema auf dem Laufenden bleiben möchte.: Abonnieren Sie die täglichen Präventions-News von Erich Marks. Da finden Sie genügend Anregungen. Und das jeden Tag!

KURZ UND KNAPP

- » 3.065 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 97 aus 45 Staaten
- » 249 Referierende
- » Präventionsrede 2017 „Integration als kulturelle Adoleszenz!“ von Prof. em. Dr. med. Wielant Machleidt
- » 11. Annual International Forum (AIF)
- » 192 Vortragsbeiträge (Einzelvorträge, Themenboxen, Projektsots)
- » 193 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnenveranstaltungen und Schüleruniversität
- » Filmforum
- » 12 Begleitveranstaltungen

≡ *Prävention und Freiheit.
Zur Notwendigkeit eines
Ethik-Diskurses*

MAGDEBURG

6./7. JUNI 2016



Das weitläufige Ausstellungs- und Tagungszentrum der Messe Magdeburg mit der offenen Seebühne war Austragungsort des 21. Jahreskongresses am 6. & 7. Juni 2016.

Das Schwerpunktthema lautete „Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses“.

Die Schirmherrschaft hatte der Ministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Reiner Haseloff, inne. Im Magdeburger Maritim Hotel fand der Abendempfang statt.

Als Rückblick wird die Kongresserklärung des 21. Deutschen Präventionstages hier abgedruckt. Die Magdeburger Erklärung fasst die zentralen Diskussionspunkte und Forderungen der Veranstaltung prägnant zusammen.

Der Deutsche Präventionstag hatte schon in den Vorjahren immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass Kriminalprävention auch riskante Aspekte haben kann. Darunter sind insbesondere diejenigen Entwicklungen der Kriminalprävention bedenklich, die geeignet sind, die menschliche Handlungsfreiheit bedrohlich einzuschränken. Der Deutsche Präventionstag hat deshalb eine Diskussion des Themas „Präventionsethik“ für dringend erforderlich gehalten, darauf in seiner „Frankfurter Erklärung“ zum 20. Deutschen Präventionstages hingewiesen und nun „Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses“ zum Schwerpunktthema des 21. Jahreskongresses gemacht.

Die Sprecherin des Internationalen Zentrums für Ethik in den Wissenschaften (IZEW) der Eberhard Karls Universität Tübingen, Professorin Dr. Regina Ammicht Quinn, hat im Vorfeld des Kongresses zusammen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern das Gutachten „Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses“ erstellt.



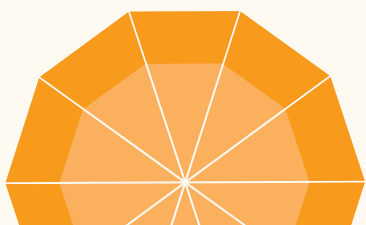
Magdeburger Erklärung des 21. Deutschen Präventionstages: Prävention und Freiheit

Auf der Basis dieses Gutachtens sowie der Verhandlungen des 21. Deutschen Präventionstages erklärten der Deutsche Präventionstag und seine diesjährigen Veranstaltungspartner am 7. Juni 2016:

»Ethik als Perspektive auf Sicherheit und Prävention: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

Das Gutachten stellt die vielfältigen Fragen nach Sicherheit und Prävention in den Kontext der Ethik. „Ethik ist die kritische Reflexion und Analyse herrschender gelebter Moral ... Ethik ist eine Perspektive auf Sicherheit neben anderen Perspektiven, aber eine entscheidende Perspektive: Denn sie stellt Sicherheit in den Kontext richtigen Handelns und guten Lebens.“ Sie stellt „eine doppelte Frage: Zum einen die Frage nach richtigem Handeln, vor allem in Konfliktsituationen, zum andern die Frage nach dem ‚guten Leben‘, die immer wieder heißt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben?“

„In den letzten Jahren ist in vielen Lebensbereichen eine Werteververschiebung hin zu ‚Sicherheit‘ zu beobachten ... Sicherheit als Grundwert, der die politischen Debatten bestimmt, nimmt Einfluss auf die Lebensgestaltung.“



Dabei ist Sicherheit unter ethischer Perspektive „ambivalent: Zum einen ist Sicherheit ein hoher Wert, so dass die Herstellung von Sicherheit ethisch geboten ist. Ohne ein Grundmaß an Sicherheit ist keine Handlungsplanung möglich, keine grundlegende kulturelle Entwicklung, keine Gerechtigkeit.

Zum andern sind aber mit der Verfolgung des Zieles ‚Sicherheit‘ häufig Einschränkungen auf anderen Gebieten verbunden,“ insbesondere mit Gütern wie Freiheit, Gerechtigkeit und Privatheit. „Im Versuch, jeweils mehr Sicherheit herzustellen ... (können diese) Güter verletzt oder eingeschränkt werden. Abwägungsüberlegungen fragen danach, welchen Preis – in Form von Geld, Freiheit, Gerechtigkeit oder Privatheit – wir bereit sind, für den Wert ‚Sicherheit‘ zu bezahlen.“

„Die Produktion von Sicherheit ruft oft Nebenfolgen hervor, die einen negativen Einfluss“ auf das ‚gute Leben‘ „ausüben und damit die Gesellschaft ... in eine weniger lebenswerte (aber dafür, widersprüchlicherweise mutmaßlich sicherere) verwandeln ... Sicherheitspolitik und Sicherheitsdenken, Sicherheitstechnologien und Sicherheitspraktiken – sie alle haben das Potential ... genau die Werte zu gefährden, die ursprünglich geschützt werden sollten.“

Damit – so das Gutachten – „lautet eine Faustregel für jedes Sicherheitshandeln: Die Lösung eines Problems soll nicht größere Probleme verursachen als ursprünglich vorhanden waren.“

»Sicherheit und Prävention sind keine voneinander abweichenden Konzepte

„Die Herstellung von Sicherheit ist notwendigerweise immer präventiv, da auf die Verhinderung von zukünftigen Bedrohungen ausgelegt“ ... „Sicherheit ist die Prognose über zukünftige Unsicherheit und Prävention die daraus resultierende Handlung mit dem Ziel, diese zukünftige Unsicherheit zu unterbinden“ ... „Prävention ist damit gewissermaßen die notwendige Bedingung von Sicherheit ... Es ist nicht die Frage, ob Prävention an sich richtig oder falsch ist, sondern die Frage, wie sich Prävention ... so gestalten lässt, dass sie möglichst wenige negative (Neben-)Folgen produziert.“

„Präventive Praktiken müssen“ – so das Gutachten – „in diesem Sinne also auf ihre sozialen Konsequenzen und (Neben-)Effekte hin untersucht werden: Im Hinblick auf mögliche Verletzungen von Menschen- und Bürgerrechten, Unterdrückung von ethnischen und ökonomischen Minderheiten, Gewalt und Diskriminierung.“ Das „Spannungsverhältnis zwischen Sicherheit und Prävention (zeigt sich genau dann), wenn unter der Prämisse der Vermeidung von ungewollten Zukünften in der Gegenwart Handlungen legitimiert werden, die Menschen in ihrer Privat- und Intimsphäre und in ihrer Freiheit einschränken.“

Allerdings stehen „die meisten Begriffe von Sicherheit nicht in Konkurrenz zu einem bürgerrechtlichen Verhältnis zu Freiheit, sondern sind Bausteine einer sozialen Ordnung mit verteilten

Rollen, Kompetenzen und Regeln, die letztlich für die Sicherheit der gesellschaftlichen Institutionen und jeder/s Einzelnen sorgt.“ Freiheitseinschränkende Maßnahmen „zum Ziel der Herstellung von Sicherheit (beziehen sich) auf ein bestimmtes umgrenztes, aber sehr dominantes Feld“: Auf das „Feld der Prävention und der Abwehr von kriminellen und terroristischen Gefahren.“

Ein Gegengewicht hierzu und zugleich „bestimmender Beitrag zur Herstellung einer sicheren Gesellschaft“ können „demokratische Verfahren und die hiermit verbundene Wertordnung sein ... Demokratische Partizipation schafft Bindungen an Gemeinschaften, Personen und Werte, die zur Verhinderung von Kriminalität – und ... auch von Terror – einen wichtigen Beitrag leisten.“

Mit dem Konzept der Kommunalen Kriminalprävention, der „Stärkung kommunaler und bürgerschaftlicher Elemente“, nimmt „die Kri-

minalprävention Überlegungen zur Verwirklichung von Demokratie in ihre Konzepte auf ... Teilhabe an demokratischer Verantwortung bedeutet immer auch Einbindung in soziale Gemeinschaften.“ „Partizipation schafft Sicherheit.“ Und auch wenn „eine im vollen Wortsinne partizipative Prävention von Unsicherheit selbst immer mit der Unsicherheit politischer und gesellschaftlicher Konflikte belastet sein wird“, lohnt es „sich, dieses Risiko einzugehen.“

»Beitrag der Prävention zur Integration

Diese Aussagen des Gutachtens bestärken den Deutschen Präventionstag in seiner Einschätzung der Kommunalen Kriminalprävention als einer „Idee von bestechender Vernünftigkeit“. Deswegen hält er an seiner Zielvorstellung fest (siehe dazu die Karlsruher Erklärung des 19. Deutschen Präventionstages), dass Politik und Praxis aufgefordert sind, entsprechende Gremien einzurich-



ten. Sie sollten flächendeckend und auf eine institutionalisierte Sicherheitspolitik hin ausgerichtet sein. Beispiele dafür sind „Stabsstellen für Kriminalprävention“ oder ressortübergreifende und interdisziplinäre Präventionszentren.

Diese Forderung gewinnt vor dem Hintergrund des Anstiegs der Zahl von Schutzsuchenden seit Beginn des Jahres 2015 noch erheblich an Bedeutung. Denn zum einen stehen vor allem die Kommunen vor der Aufgabe, die Integration dieser mehr als einer Million Menschen zu bewältigen, da das Zusammenleben der Menschen vor Ort, in den Städten und Gemeinden stattfindet. Zum andern kann – und muss deshalb auch – Prävention zur Bewältigung dieser Aufgabe einen wichtigen Beitrag leisten.

Wieso das so ist, stellt bereits die „Hannoveraner Erklärung“ des 12. Deutschen Präventionstages 2009 zum Schwerpunktthema „Solidarität leben – Vielfalt sichern“ fest:

„Wenn Kriminalprävention auf Inklusion, auf soziale Teilhabe und Partizipation gerichtet ist, den öffentlichen Raum sichert und das Sicherheitsgefühl verbessert, dann ist und schafft sie auch soziales Kapital: Eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des sozialen Vertrauens, der Verlässlichkeit der gemeinsam geteilten Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt des Vertrauens in die Institutionen des Staates.“

Dadurch leistet Kriminalprävention einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Gewährleistung von Vielfalt, gerade in ‚unsicheren Zeiten‘. Es geht namentlich darum, die Pluralität sozialer sowie ethnisch-kultureller Gruppierungen, Lebensstile, Verhaltensweisen, Werte und Normen zu sichern.“

In Anbetracht der derzeitigen Entwicklung mit ihren gewaltigen Aufgaben ist auch der Appell des 12. Deutschen Präventionstages „an die



Verantwortlichen in der Politik, in den Medien sowie zivilgesellschaftlichen Gruppierungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene“ äußerst aktuell, nämlich „den Beitrag der Kriminalprävention zu sozialer Teilhabe, Integration und Solidarität wahrzunehmen, zu würdigen und diesen bewährten Weg der Verdeutlichung gesellschaftlich verbindlicher Normen und Werte zu unterstützen und auszubauen.“

Neben diesen grundsätzlichen, für die Integration relevanten Merkmalen der Prävention gehört weiter zu ihrer Leistungsfähigkeit, dass Präventionsarbeit – zumindest auf der kommunalen Ebene – seit Jahrzehnten gesamtgesellschaftlich, ressortübergreifend und interdisziplinär angelegt ist sowie auf erprobte Konzepte und Maßnahmen zurückgreifen kann.

Mit dem Ziel der Integration von Flüchtlingen gibt es bundesweit bereits eine Vielzahl von Projekten und Initiativen, auch und gerade auf kommunaler Ebene. Zum einen richten sie sich darauf, den Flüchtlingen ganz konkret zu helfen – durch Spracherwerb, Arbeitsmarktintegration, Bildung etc. Zum andern aber – und das ist an der Schnittstelle der Prävention zur Integration besonders wichtig – zielen sie als universell ausgerichtete Strategien der Prävention darauf ab, Vorurteile, Ängste, Befürchtungen oder auch Ablehnung und Feindseligkeit abzubauen und ein gesellschaftliches Miteinander herzustellen.

»Prävention durch direkt und indirekt wirkende (kriminal-)präventive Strategien, Programme und Maßnahmen

Prävention kann diesen Beitrag zur Integration vor allem dann leisten, wenn Sicherheitsfragen und soziale Fragen bewusst getrennt werden. Wie vom Deutschen Präventionstag bereits mehrmals gefordert, sollte zwischen direkt und indirekt wirkenden (kriminal-)präventiven Strategien, Programmen und Maßnahmen unterschieden werden:

Direkte kriminalpräventive Strategien, Programme und Maßnahmen zielen durch verhaltensorientierte und sicherheitstechnische Maßnahmen auf die Beeinflussung von Personen und Situationen mit dem Ziel, das Risiko zu vermindern, dass (wieder) Straftaten begangen und Menschen (wieder) zu Tätern oder Opfern von Kriminalität werden. Ein Beispiel dafür ist die Verhinderung bzw. Verminderung von Wohnungseinbrüchen durch die Förderung richtigen – sicherheitsbewussten – Verhaltens und den Einsatz (bereits einfacher) sicherheitstechnischer Maßnahmen.

Indirekte präventive Strategien, Programme und Maßnahmen etwa der Jugend-, Familien-, Gesundheits-, Sozial-, Bildungs- oder Arbeitsmarktpolitik, haben zwar nicht das Ziel und die Motivation, kriminalpräventiv zu wirken, sind aber für die Kriminalprävention unverzichtbar. Denn eine sozialstaat-



liche Absicherung der verschiedenen sozialen Risiken kann dabei helfen, Kriminalität und Kriminalitätsfurcht entgegen zu wirken. Kriminalpräventive Arbeit kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie in eine sozial gerechte Gesellschaftspolitik – Lebenslagenpolitik – eingebettet ist.

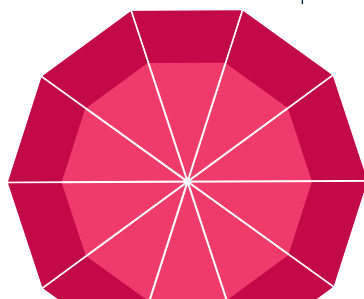
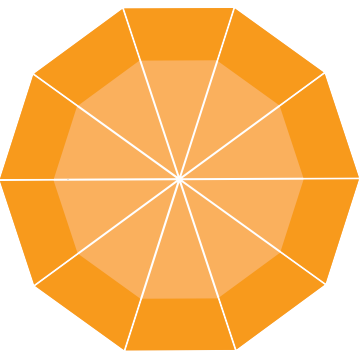
Wegen dieser engen Zusammenhänge und Verflechtungen zwischen direkt und indirekt wirkenden (kriminal-)präventiven Maßnahmen wiederholt der Deutsche Präventionstag seine Forderung nach der Entwicklung integrativer Präventionsstrategien, nach einer Zusammenarbeit aller Akteure der Prävention: Von zivilgesellschaftlichen Einrichtungen, von Jugendhilfe, Polizei und Justiz, von Bildungs- und sozialpolitischen Einrichtungen, der Bereiche Public Health, Medien, Wirtschaft etc.

Mit diesen Aufgaben und Zielen sollten nach Auffassung des Deutschen Präventionstages ressortübergreifende Präventionszentren auf allen politischen Ebenen eingerichtet werden, in den Kommunen, in den Bundesländern und auf der Ebene des Bundes. Alle Präventionsbereiche könnten im Rahmen solcher Präventionszentren effektiv zusammenarbeiten und die Grundlage für eine systematische, gesamtgesellschaftliche und insbesondere nachhaltige Präventionsstrategie und Präventionspolitik legen. Der Deutsche Präventionstag regt an, entsprechende Modellprojekte zu erproben und – etwa für die kommunale Ebene – Fördermittel bereitzustellen.

Magdeburg, 7. Juni 2016“

KURZ UND KNAPP

- » 2.580 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 107 aus 42 Staaten
- » 194 Referierende
- » Abschlussvortrag „Autonomie – Zur Verteidigung der Freiheit“ von Prof. Dr. Harald Welzer
- » 10. Annual International Forum (AIF)
- » 144 Vortragsbeiträge (Einzelvorträge, Themenboxen, Projektsots)
- » 183 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnenveranstaltungen und Schüleruniversität
- » Filmforum
- » 9 Begleitveranstaltungen



FRANKFURT/MAIN

8./9. JUNI 2015

≡ *Prävention rechnet sich.
Zur Ökonomie der
Kriminalprävention*



Am 8. & 9. Juni 2015 tagte der DPT im Congress Center Messe Frankfurt unter der Schirmherrschaft des hessischen Ministerpräsidenten Volker Bouffier.

Im Schwerpunkt ging es um das Thema „Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention“.

Die Kongressteilnehmenden waren zum Abendempfang in das Gesellschaftshaus Palmengarten geladen.

Am 08. Juni 2015 fand der 20. Deutsche Präventionstag in Frankfurt/Main statt. Sie haben damals als Gutachter teilgenommen. Wenn Sie an die Veranstaltung zurückdenken, was ist Ihnen als besonders kennzeichnend nachhaltig in Erinnerung geblieben?

» An meine Teilnahme als Gutachter für den Deutschen Präventionstag erinnere ich mich gern zurück. Mein Thema „Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention“ hatte bereits in der Vorbe-

» eitung zu spannenden Diskussionen geführt, spiegelte aber auch die Offenheit der Veranstalter wider, sich aus verschiedenen Perspektiven den zentralen Themen zu nähern. Ökonomische Betrachtungen, gerade in Bereichen, in denen viele die Schäden – aber auch den Aufwand – zunächst als kaum oder nicht zu beziffern bzw. monetär bewertbar ansehen, können eine gewisse Skepsis auslösen.

Der ökonomische Denkansatz ist aber nur mittelbar an einer monetären Bewertung interessiert: Sie dient dem Zweck, Abwägungsentscheidungen zwischen unterschiedlichen Prioritäten bei knappen Ressourcen zu ermöglichen. Dabei können kurz- und langfristige Folgen von Gewalt und Kriminalität sowie der

notwendige Aufwand für eine Verringerung oder Verhinderung in die Betrachtung einbezogen und mit anderen öffentlichen Aufgaben verglichen werden. Er leistet somit einen Ansatz zur Objektivierung und kann zum Verständnis und zur Begründung von Prävention in besonderer Weise beitragen.

Mein persönlicher Eindruck auf dem Präventionstag war daher auch uneingeschränkt positiv. Neben der Offenheit zu dem Thema im Plenum kam ein konstruktiver Austausch mit den Leitern der LKAs und des BKA, der mir persönlich in guter Erinnerung geblieben ist.

Wir blicken gemeinsam auf 25 Jahre Gewalt- und Kriminalprävention zurück. Wie hat sich dieses Fachgebiet in dieser Periode insgesamt verändert? Was wurde erreicht? Lassen sich rückblickend Konjunkturen bestimmter Debatten erkennen?

» Aus meiner persönlichen und damit sicher subjektiven Sicht hat der Deutsche Präventionstag insbesondere durch seine Stetigkeit und die wechselnden Leitthemen der einzelnen Jahre einen sehr wichtigen Beitrag für die Entwicklung des Fachgebiets geleistet. Als Ort des Austauschs zwischen den beteiligten und interessierten Akteuren hat er für die Bedeutung der Kriminalitätsverhütung und Kriminalprävention sensibili-



Prof. Dr. Stephan Thomsen
*Institut für Wirtschaftspolitik
Leibniz Universität Hannover*

siert, informiert und wichtige Impulse gesetzt. Standen zu Beginn der Arbeit in den 1990er Jahren zunächst Schritte zur grundsätzlichen Wahrnehmung des Themas im Mittelpunkt, rückten um die Jahrtausendwende inhaltliche Fragen der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention in den Vordergrund. Mit wechselnden Schwerpunkten wurden dabei unter anderem die Aspekte der kommunalen Kriminalprävention (z.B. 1995, 1996, 1998, 2004), der Prävention von Gewalt im Sport (z. B. 2000, 2006), für Personen mit Migrationshintergrund (z. B. 2003, 2009, 2017) und immer wieder auch der Schutz von Kindern und Jugendlichen (z. B. 2005, 2007, 2010) über die Jahre hinweg erörtert und diskutiert. Die beiden letzten Präventionstage haben durch die Bedeutung der Demokratieförderung und der Smart Prevention zentrale Themen aufgegriffen, die uns noch länger und intensiver beschäftigen werden. Diese Auswahl zeigt, dass Themen immer wieder einmal stärker in den Mittelpunkt rückten, um Entwicklungen zu begleiten oder Impulse zu setzen. Grundsätzlich sehe ich aber neben den Leitthemen die Vielfalt, die im offenen Programm vorgestellt wird, als mindestens gleichbedeutend an. Zeigt sich doch in besonderer Weise die Breite und Verbreitung von Themen und Fragen bei nationalen und zunehmend internationalen Akteuren.

Neben diesen inhaltlichen Schwerpunktsetzungen wurde zudem früh mit der Diskussion, Schaffung und systematischen Bereitstellung von Informationen zur Prävention begonnen. Beginnend mit den Ansätzen zur Dokumentation der Ergebnisse und Erfahrungen (1997)

wurden bereits im Düsseldorfer Gutachten im Jahr 2001 Grundgedanken der Wirkungsforschung in der Kriminalprävention formuliert. Zeitgleich wurden weitere Informationsquellen vorgestellt.

Der 20. DPT hatte das Schwerpunktthema „Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention“. Was ist damals nach Ihrer Einschätzung der Anlass für diese Themensetzung gewesen? Worum drehte sich die Debatte im Wesentlichen?

» Aus meiner Sicht war die Themenstellung durch drei Dinge motiviert: Erstens ist es kennzeichnend für den Präventionstag, den Blick auf die Gewalt- und Kriminalpräventionen durch die Wahl der Leitthemen zu weiten und immer wieder neue Perspektiven einzunehmen, um ein besseres Verständnis des Nutzens, aber auch über die Limitationen zu erhalten. Da die ökonomische Betrachtung – sicher auch aufgrund der institutionellen Verankerung des Themas – vorher eher ein Randthema war, lag es nahe, diesem Bereich einmal eine breitere Aufmerksamkeit zu widmen.

Und hier schließt sich der zweite Grund an: In den angelsächsischen Ländern haben Wirkungsforschung und Effizienzanalysen eine lange Tradition, wenn über die bestmögliche Verwendung öffentlicher Mittel entschieden wird. Nutzbarkeit und Wirksamkeit müssen hierbei nach strengen wissenschaftlichen Kriterien festgestellt werden. So ermöglichen sie jedoch einen wohlfahrtssteigernden Einsatz und die Vermeidung von Schäden an der Be-

völkerung. Denn nicht alles, was gut gemeint ist, ist dann am Ende auch gut gemacht. Zugleich erlaubt diese Vorgehensweise die Objektivierung kritischer Entscheidungen. Wirkungsforschung und Kosten-Nutzen- bzw. Kosten-Wirksamkeitsanalysen haben in Deutschland in anderen Politikbereichen (insb. Arbeitslosenunterstützung, Familienpolitik) bereits seit längerem Einzug gefunden. Für die Vorteile dieses Ansatzes im Zusammenspiel mit allen übrigen Disziplinen zu werben, war das Ziel der Debatte.

Der dritte Grund ist am Ende sicher der nahest liegende: Kriminalität führt zu ganz erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden. Beispiele hierfür sind z.B. die Verluste von Kriminalitätsoffern, die öffentlichen und privaten Ausgaben der Prävention oder die öffentlichen Ausgaben für Polizei, Justiz, Strafvollzug und Bewährungshilfe. Die optimale Vorbeugung und Bekämpfung der Kriminalität ist daher ein traditionelles volkswirtschaftliches Allokationsproblem: Knappe öffentliche Ressourcen müssen einer möglichst effizienten Verwendung zugeführt werden.

Ist dieses Thema auch heute noch aktuell? Findet sich ein roter Faden, der sich auch heute noch aufnehmen lässt?

» Das Thema war, ist und bleibt aktuell. Alle drei eben genannten Gründe haben weiterhin Gültigkeit und erfordern vor dem Hintergrund der stetigen Veränderung der Gesellschaft, aber auch durch immer neue Formen der Kriminalität (z.B. über das Internet oder im Be-

reich persönlicher Daten) eine permanente Auseinandersetzung und Weiterentwicklung der Methoden.

Die ersten grundlegenden Arbeiten dazu hat der Ökonom und spätere Nobelpreisträger Gary Becker in den 1960er Jahren vorgenommen, in dem er eine Übertragung der ökonomischen Prinzipien von rationalen Wahlscheidungen auf den Bereich der Kriminalität formulierte. Dies war die theoretische Basis, um die bis heute vordringliche Frage zu beantworten, wie der Staat durch geeignete Festlegung der Präventions- und Abschreckungsinstrumente den sozialen Schaden aus Kriminalität minimieren kann. Dieser soziale Schaden betrifft dabei durch unmittelbare und mittelbare Kanäle die Gesellschaft insgesamt. Da Prävention und Abschreckungsinstrumente aber selbst auch Kosten verursachen – neben direkten Kosten insbesondere auch Opportunitätskosten – setzt er Aufwand und Ertrag in Beziehung. Dies erlaubt ein Verständnis, welcher soziale Schaden zu akzeptieren bzw. wie viel Kriminalität gesellschaftlich zu tolerieren ist.

Diese grundlegenden Arbeiten haben dann eine eigene Teildisziplin in der Ökonomik begründet, die sich der Beantwortung von vielfältigen und immer zeitgemäßen Fragen widmet. Beispiele sind u.a., ob der Schaden durch Mord und Totschlag größer ist als der Schaden, der durch Diebstähle entsteht? Welchen Aufwand sollte der Staat betreiben, um Kriminalität einzudämmen? Haben Investitionen in frühkindliche Bildung einen größeren präventiven Effekt auf die Kriminalitätsvermeidung als Investitio-

nen und Aufwendungen für den Justizvollzug? Sollten dann weniger Haft- und mehr Geldstrafen bei Vergehen eingesetzt werden? Welchen Beitrag leisten soziale Medien zur Radikalisierung und Gewaltbereitschaft bei bestimmten soziodemographischen oder sozioökonomischen Gruppen und was würde eine Kontrolle kosten? Sind traditionelle Präventionsmaßnahmen hierbei wirksam bzw. neue möglich?

Eine objektive bzw. objektivierbare Antwort auf diese Fragen erfordert die Gegenüberstellung der Kosten bzw. Kosten-Nutzen-Relationen der zu beurteilenden Taten bzw. der alternativen Verwendungen in einer einheitlichen Einheit. Die wirtschaftswissenschaftlichen Verfahren der Kosten-Nutzen-Analysen und Kosten-Wirksamkeits-Analysen sind hierbei Mittel der Wahl. Wenn sie sorgfältig erarbeitet sind, kann ihre Verwendung im gesellschaftlichen Dialog zu einer Versachlichung und Evidenzbasierung in der Ausgestaltung der Politik beitragen.

Herausforderungen, denen sich die Wissenschaft stellt, liegen dabei insbesondere in der Messbarkeit und Operationalisierung der Kosten und Nutzen. Der gesellschaftliche Wandel erfordert entsprechende regelmäßige Anpassungen der Größen und Methoden. Gerade die Themen der letzten beiden Präventionstage – d.h. Fragen der Demokratie und der digitalen Welt – verdeutlichen, dass hier weiterhin hoher Forschungs- und Erkenntnisbedarf besteht.

Was sind aus Ihrer Sicht die aktuell wichtigen Themen und Herausforderungen für die Prävention?

» Aus meiner Sicht nimmt neben den traditionellen Bereichen die Bedeutung der digitalen Welt und der damit verbundenen Themen zu. Dies sind z.B. Fragen der Radikalisierung, des Datenschutzes und des Datenmissbrauchs, die zu Straftaten führen. Außerdem verschieben auch die Sars-Cov2-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen die Schwerpunkte der Kriminalität und machen ein entsprechendes Bewusstsein erforderlich. Wirtschaftlich sehen wir bereits heute eine zunehmende Ungleichheit mit allen damit verbundenen mittel- und langfristigen Effekten. Hinzu kommen Risiken häuslicher Gewalt, aber auch eine Zunahme von Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz. Außerdem sehe ich Fragen der Radikalisierung über das Internet durch Vereinsamung, Isolation und Filterblasen als konkrete Themen, denen sich Prävention stärker widmen muss.

Neben den bekannten Formen von Gewalt und Kriminalität, die durch Ungleichheit und wirtschaftliche Unsicherheit entstehen, führt die Digitalisierung aber auch zu neuen Formen, deren Schäden und Entwicklung noch gar nicht genau beziffert bzw. verstanden wird. Dies impliziert dann auch eine Unsicherheit über geeignete Maßnahmen zur Vermeidung.

Letztlich werden perspektiv außerdem Fragen der Akzeptanz notwendiger Maßnahmen und ihre Finanzierbarkeit weiter an Bedeutung gewinnen. Die hohen wirtschaftlichen und fiskali-

schen Belastungen der Pandemie werden die öffentlichen Mittel und Haushalte längerfristig verknappen.

Welche strategische Ausrichtung würden Sie abschließend für die nächsten 25 Jahre Präventionsarbeit in Deutschland und Europa empfehlen?

» Gerade die Vergleichbarkeit der Gefahren in vielen europäischen Ländern, z.B. durch Veränderungen in der Demokratie, der Wandlung kultureller Identitäten oder der grenzüberschreitenden Kommunikation im Internet, eröffnen eine vielversprechende Perspektive, den begonnenen Weg noch intensiver auf europäischer Ebene fortzusetzen. Hierbei sollte sich noch stärker über Ansätze, Erfahrungen und Instrumente ausgetauscht werden.

Wichtig ist außerdem, Daten und Informationen für die Prävention und über die Kriminalität international zu verknüpfen und vor allem schneller verfügbar zu machen. Die jüngsten Beispiele von Radikalisierungen und daraus ausgelösten Angriffen und Terrorakten zeigen, dass hier Staatsgrenzen nur auf Seite der Behörden existieren. Hier bleibt aber auch auf nationaler Ebene noch einiges zu tun: Vereinheitlichungen der Informationsübermittlung und Informationsbereitstellung sollten trotz des föderalen Systems möglich sein und an ihnen muss konsequent gearbeitet werden.

Das sind für mich zentrale, da grundlegende Aspekte der strategischen Präventionsarbeit in Deutschland und Europa für die kommenden Jahre.

KURZ UND KNAPP

- » 3.115 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 118 aus 44 Staaten
- » 291 Referierende
- » Abschlussvortrag „Erschöpfte Kinder – erschöpfte Gesellschaft“ von Prof. Dr. Michael Schulte-Markwort
- » 9. Annual International Forum (AIF)
- » 182 Vortragsbeiträge (Einzelvorträge, Themenboxen, Projektslots)
- » 188 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnenveranstaltungen
- » Filmforum
- » 13 Begleitveranstaltungen

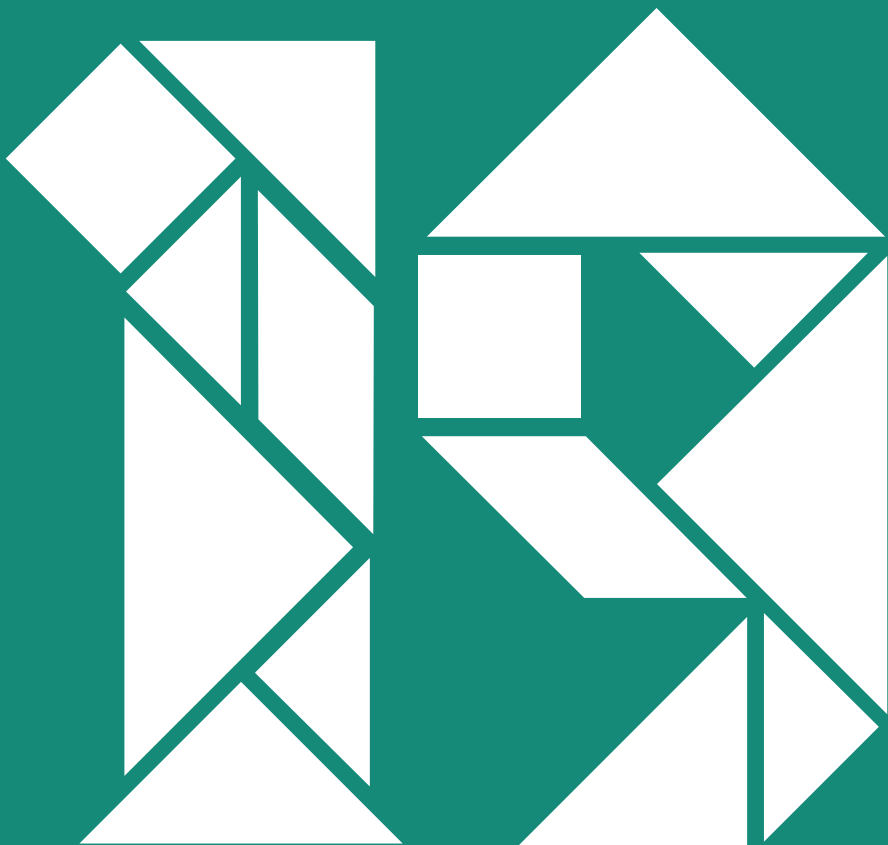
8./9. JUNI 2014



≡ *Prävention braucht Praxis,
Politik und Wissenschaft*



KARLSRUHE



Der 19. Jahreskongress fand am 12. & 13. Mai 2014 im Kongresszentrum Karlsruhe unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg statt. Das Schwerpunktthema lautete „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“. Zum Abendempfang waren die Teilnehmenden in die Gartenhalle des Kongresszentrums geladen.

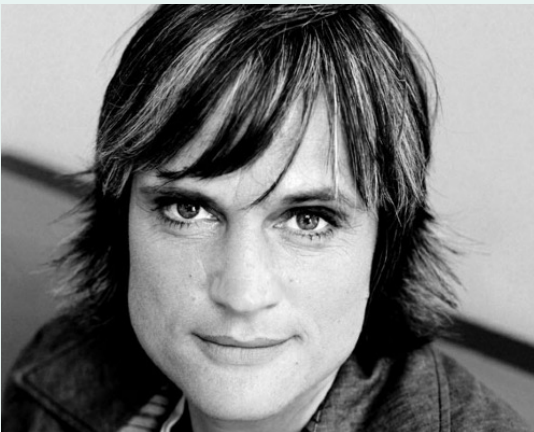
Digitaler Kinderschutz im Zeitalter des digitalen Exhibitionismus – Eine (un-)lösbare Herausforderung?

Ein kurzer Blick ins Jahr 2014

Anfang Mai 2014 ging die Polizei in Aschersleben mit mehr als 100 Einsatzkräften gegen ein Missbrauchsnetzwerk vor¹. Festgenommen wurden zehn Männer im Alter zwischen 22 und 60 Jahren sowie eine 57 Jahre alte Frau.

Ebenfalls Anfang Mai 2014 nahm Interpol ca. 60 Betreiber eines globalen Sextortion-Rings² fest, der den Opfern zigtausende US-Dollar abverlangte und einen 17jährigen jungen Mann aus Schottland in den Suizid trieb.

„Operation Spade³“ in Kanada hatte insgesamt 45 Terabyte an Daten mit Missbrauchsdarstellungen ermittelt. Ausgedruckt auf Papier und hochkant aneinandergelegt entsprach das einem Papierstapel von 1.125 Kilometern Höhe – das entspricht der Strecke Berlin – Venedig. Ins Visier der Ermittler geriet auch der damalige MdB und Vorsitzende des NSU-Ausschusses, Sebastian Edathy⁴. Ein Fall, der in Deutschland für viel Aufmerksamkeit und eine wichtige Debatte sorgte, nämlich um die Frage,

**Julia von Weiler**

Psychologin; arbeitet seit 1991 zum Thema sexuelle Gewalt an Mädchen und Jungen. Seit 2003 leitet sie die inhaltliche Arbeit von Innocence in Danger e.V.

warum es legal sein sollte, Nacktbilder oder -videos von Kindern kommerziell zu handeln.⁵

Thema war auch die wachsende Zahl intimer Selfies und ihre risikoreiche Verbreitung im Netz.⁶ Eine Kurz-Untersuchung⁷ der „Internet Watch Foundation“ aus Großbritannien analysierte und verfolgte über den Zeitraum von vier Wochen insgesamt 12.224 sexualisierte Selbstabbildungen und Videos auf 68 Websites: 7.147 Bilder, 5.077 Videos und 5.001 Kombinationen von Bildern und Videos. Die IWF fand 10.776 dieser verfolgten Abbildungen/Filme auf sogenannten parasitären, häufig pornografischen Webseiten wieder. Das bedeutet, 88% der Inhalte wurden der originalen Quelle entnommen und auf anderen Seiten in anderen Zusammenhängen eingefügt. In sehr kurzer Zeit bestätigte die IWF, sobald ein Foto oder Film online ist, geht jegliche Kontrolle darüber verloren. Die Daten werden kopiert, verändert, verbreitet. Es gilt: Einmal im Netz – immer im Netz!

Laut KIM Studie besaßen 26,9 % der 6-9jährigen sowie 68,9% der 10-13jährigen ein eigenes Smartphone.⁸ 79% der 12-13jährigen verfügten über Internetzugang.⁹

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder im digitalen Zeitalter – ein Blick in die Gegenwart

An der folgenden kurzen Auflistung einiger ‚spektakulärer Fälle‘ und Schlagzeilen der vergangenen fünf Jahre (2016 bis 2021) sehen wir: In den meisten Fällen sexualisierter Gewalt an Mädchen und Jungen spielen digitale Medien längst eine (Haupt-)Rolle. Eine Tatsache der wir uns dringend stellen müssen.

- Elysium (Wikipedia)¹⁰
- Staufener Missbrauchsfall (Wikipedia)¹¹
- Stiftung Warentest: Spiele-Apps im Test. Alles andere als kindgerecht (24.09.2019)¹²
- New York Times: Video Games and Online Chats are ‘Hunting Grounds’ for Sexual Predators (07.12.2019)¹³
- Tagesspiegel: Wie Gaming-Chats zunehmend Pädokriminelle anlocken (08.12.2019)¹⁴

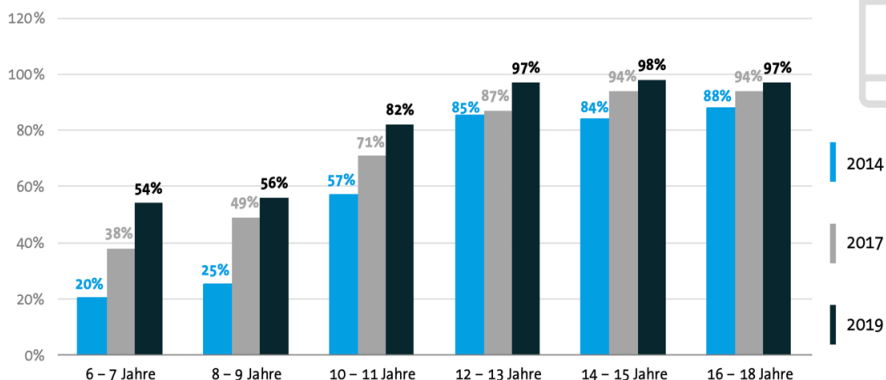
- Missbrauchsfall Lügde (Wikipedia)¹⁵
- Missbrauchskomplex Bergisch-Gladbach (Wikipedia)¹⁶
- ZDF: Mehr als 400.000 Mitglieder. BKA sprengt Kinderporno-Plattform im Darknet (03.05.2021)¹⁷
- Deutschlandfunk: Cybergrooming: Online-Chats und -Spiele als Einfallstor für sexuellen Missbrauch (24.05.2020)¹⁸
- WDR: Bundesweiter größter Missbrauchskomplex wird vor einem Jahr in Münster publik (07.6.2021)¹⁹
- FAZ: Gefahr Cybergrooming: Täter im Kinderzimmer (28.06.2021)²⁰

Sexualität und sexuelle Gewalt im Zeitalter des digitalen Exhibitionismus

„Es ist schon erstaunlich. Alle leben wir unsere Beziehungen digital und dann denken wir ausgerechnet sexuelle Beziehungen finden nur

Kinder nutzen immer früher ein Smartphone

Wer zumindest ab und zu ein Smartphone nutzt.



Basis: 6- bis 18-Jährige | n=915 | Mehrfachnennungen möglich
 3 Quelle: Bitkom Research

analog statt?“, fragt selbstkritisch verwundert eine Fachfrau und Mutter während einer Fortbildung von Innocence in Danger e.V.

Eine gute Frage, die aufzeigt, wie sehr sich Pädagogik und psychosoziale Versorgung der digitalen Dimension menschlicher Interaktion immer noch verwehren.

Heute ist mindestens eine*r von drei Internetnutzer*innen minderjährig.²¹ Die US-Soziologin Jean Twenge spricht gar von der iGeneration. Damit meint sie die erste Generation, die ihre gesamte Adoleszenz mit dem Smartphone verbringt. Laut Twenge führe dies zu vielen Wellenbewegungen bezüglich des Wohlbefindens, der sozialen Interaktionen und der Art, wie die iGen über die Welt denke. Festzuhalten seien ein messbar niedrigeres Wohlbefinden nach mehr Stunden der Bildschirmzeit im Vergleich zur analogen Interaktion mit Freund*innen.²²

Digitales sexuelles Handeln

Digitale Medien erweitern den sexuellen Handlungsspielraum. Dies können Menschen für sich in Anspruch nehmen oder auch nicht. Findet die digitale sexuelle Handlung auf Augenhöhe und einvernehmlich statt, ist alles in Ordnung. Schwierig wird es dann, wenn Druck, Drohungen und (andere) Formen der Gewalt ins Spiel kommen. Und wenn intime Bilder oder Filme des Partners bzw. der Partnerin ohne Einvernehmen an andere weitergeleitet werden.

Genau da liegt das Risiko digitaler sexueller Handlungen. Nicht in Schwangerschaften oder

der Übertragung von Krankheiten, sondern in der fotografischen oder filmischen Dokumentation eines intimen Moments. Wir gehen das Risiko ein, dass diese intimen Momente an Dritte weitergeleitet werden. Ohne unsere Zustimmung oder auch nur unser Wissen.

Es stellt sich also die grundsätzliche Frage, wie digitale Beziehungen beschaffen sind, wenn sie von Anfang an kompromittierbar scheinen. Oder, einfacher: Wie sehr vertraue ich digitaler Intimität?

Sprechen wir von Sexting – ein Wortspiel aus Sex und Texting, dem englischen Wort für „SMS schreiben“ –, kommt es in aller Regel zu vielen Missverständnissen. Anstatt aufzuklären, so wie wir über Sex aufklären, wird das Verhalten als solches problematisiert. Kommt es dann zu ungewollter Weiterverbreitung intimer Bilder, findet häufig fast automatisch eine dramatische Schuldumkehr statt. Das Opfer, also die Person, deren Bild nun ungewollt weiterverbreitet wird – so der unausgesprochene Vorwurf –, ist doch eigentlich selber schuld. „Das weiß man heute doch nun wirklich besser.“ Auch die Aufklärung richtet sich immer an potentielle Opfer und nimmt die Haltung ein, Sexting sei per se schädlich. Das ist in etwa so, als sagten wir: „Knutzen ist gefährlich“ und „Sex sollte man am besten nicht haben“. Kaum eine Prävention jedoch richtet sich an diejenigen, die intime Bilder weiterverbreiten und damit großen Schmerz zufügen. Also die Verursacher, die Verbreiter, die Täter. Wir nennen die Weiterverbreitung intimer Bilder „Sharegewaltigung“.²³ Wer intime Bilder anderer verbreitet, fügt den Opfern Traumata zu. Verantwortung dafür tragen immer die,

die das Bild weiterverbreiten, und nicht etwa das Opfer. Diese wichtige Tatsache sollte dringend in der Prävention, aber auch bei der Intervention beachtet werden. Wir sollten über Risiken digitaler Sexualität aufklären. Darüber, wie man und frau gut und achtsam in einer sexuellen Beziehung mit sich selbst und ihrem Gegenüber umgehen. Darüber, was geschieht, wenn ich meinem Gegenüber Gewalt antue – nicht nur darüber, was geschieht, wenn mir Gewalt angetan wird. Wir sprechen von der dringend notwendigen Vermittlung digitaler Beziehungskompetenz. Etwas, das in keiner Aufklärungs- und Präventionseinheit für die iGen mehr fehlen darf.

Gefährdungen durch digitale Medien im Alltag von Kindern und Jugendlichen

Kinder und Jugendliche setzen sich ungewollt aufgrund ihres Bedürfnisses nach Anerkennung, ihrer Neugier, ihrem Erprobungsdrang und Kommunikationsverhalten digital häufig Risiken aus, die sie aufgrund ihres Alters und ihrer Reife überhaupt nicht erkennen können. In der Erprobung der digitalen Welt werden sie allerdings viel zu häufig allein gelassen. Nach wie vor scheuen sich die Erwachsenen, digitale Spiele auszuprobieren oder gar „Let’s Plays“ zu schauen, um zu sehen, wie das Spiel funktioniert. Von „Tik Tok“ haben viele noch nie gehört und auch „Fortnite“ ist nicht so recht bekannt. Obwohl das Orte sind, an dem viele Kinder und Jugendliche sich aufhalten und die zugleich die potentiell gefährlichsten Spielplätze sind, die es derzeit gibt. Denn geht es um das Digitale, verwechseln wir

allzu gern Anwenderkompetenz mit Lebenskompetenz. Wir verdrängen, dass Kinder und Jugendliche allein aufgrund ihrer hirnpfysiologischen Entwicklung nicht in der Lage sein können, ihr (digitales und damit hochkomplexes) Handeln wirklich zu reflektieren und zu verstehen. Der präfrontale Cortex, die Hirnregion, die für eine situationsangemessene Handlungssteuerung und die Regulation emotionaler Prozesse zuständig ist, ist erst mit Anfang 20 vollends ausgebildet. Internetfähige Handys bekommen Kinder jedoch bereits ab sechs Jahren.

Die Veränderung der Beziehungsgestaltung verändert auch die Peer-Gewalt, Gewalt unter Gleichaltrigen. Das gilt für Erwachsene genauso wie Jugendliche. Der Begriff „Revenge Porn“ („Rache Porno“) wurde nicht für Jugendliche, sondern für Erwachsene geprägt. Der Anteil derer, die sich aktiv über digitale Wege übergriffig und gewalttätig verhalten, steigt – auch bei Kindern und Jugendlichen. Die digitale Verbreitung hämischer, verleumderischer oder intimer Inhalte um zu verletzen, entwickelt digital eine wuchtvollere Eigendynamik, der wir unbedingt begegnen müssen, um Kinder zu schützen und Täterkarrieren zu vermeiden.²⁴

Digitale Medien ermöglichen Missbrauch-Tätern oder -Täterinnen zum Beispiel den direkten, ungestörten Kontakt zu Kindern und Jugendlichen. Nie war das soziale Nahfeld so groß wie heute im Zeitalter sozialer Netzwerke und Online-Spiele. Nie hatten es Täter und Täterinnen leichter, in unmittelbaren und vor allem ungestörten Kontakt mit Kindern zu kommen

wie über Online-Spiele, Soziale Netzwerke oder Messenger-Dienste. Gleichzeitig gewähren ihnen Profile auf Sozialen Netzwerkseiten oder in Messenger-Gruppen viele Einblicke, die sie zu ihrem Vorteil nutzen. Laut der MiKADO-Studie sind Online-Täter und Täterinnen gut gebildet, eher jung, haben sexuelles Interesse an Jugendlichen und sind überwiegend männlich. Knapp 25% sind Frauen (2015).²⁵

(Cyber-)Grooming

Täter und Täterinnen nutzen häufig den direkten digitalen Draht zu ihren Opfern. Sie suchen digital nach Opfern und/oder nutzen die Medien, um einen bestehenden Kontakt zu intensivieren. Sie bauen Vertrauen auf, erpressen, und sie verbreiten nicht selten Sexting-Fotos oder gar Missbrauchsdarstellungen. Dabei wird das Smartphone zum ultimativen Tatmittel. Mit dem Smartphone ist das Kind für Täter und Täterinnen immer, direkt und vollkommen unbeobachtet erreichbar.

Eine Untersuchung der „Internet Watch Foundation“ (2018) zu sog. „Livestream Missbrauch“ – Missbrauch via Webcam – zeigt, 98 Prozent der Opfer sind jünger als 13 Jahre alt. In 96 Prozent der Fälle werden sie digital zu Hause bzw. im eigenen Zimmer missbraucht.²⁶

Wir halten fest, Täter und Täterinnen nutzen immer alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um zu missbrauchen. Dazu gehören natürlich auch die digitalen. Rechnet man die Daten der MiKADO Untersuchung zu sexuellen Onlinekontakten von Erwachsenen

mit Kindern hoch, so haben in Deutschland ca. 728.000 Erwachsene sexuelle Onlinekontakte zu ihnen unbekanntem Kindern²⁷. Die Studie führt weiter aus, endet ein sexueller Onlinekontakt zwischen Erwachsenen und einem Kind in einer analogen Verabredung, führt dieses Treffen in 100 Prozent der Fälle zu einem physischen sexuellen Kindesmissbrauch.²⁸

Digitale Medien erleichtern Grenzverschiebungen

Digitale Medien führen zu einer Vielzahl von Grenzverschiebungen. Plattformen wie Facebook, WhatsApp, Snapchat, Instagram oder TikTok laden ein zur Selbstdarstellung, ja sie verordnen geradezu den digitalen Exhibitionismus. In der „Generation Selfie“ posten bereits 26 % der Jungen und 28 % der Mädchen im Alter von elf Jahren Selfies.²⁹ Werden sie zwölf Jahre alt, sind es 38 % der Jungen und 46 % der Mädchen. Und mit 13 Jahren sind es 41 % der Jungen und 61 % der Mädchen. Gleichzeitig stellt die Studie fest, sind nur 52 % der Mädchen und 67 % der Jungs mit ihren Körpern zufrieden. 23 % der befragten Mädchen und 16 % der befragten Jungen haben mit dem Posten ihrer Selfies bereits negative Lebenserfahrungen gemacht. Gleichzeitig produzieren und verbreiten sie so selbst missbrauchbare Bilder und Filme von sich und anderen. Eine treibende Kraft dabei ist die Suche nach Anerkennung. 40 % der britischen Jugendlichen zwischen 12 und 20 Jahren gaben in einer Untersuchung an, sich wie ein Niemand zu fühlen, wenn sie keine Likes für ein Selfie erhielten³⁰ und 70 % der befragten Jugendlichen gaben

zu, sich selbst anderen gegenüber online schon erniedrigend und abschätzig verhalten zu haben. Selbstgenerierte Bilder (Selfies) machen es grenzverletzenden Menschen leicht, sich verletzend oder gar ätzend zu äußern.

Exkurs: Mädchen und Jungen, deren sexueller Missbrauch verbreitet wurde

Opfer sexualisierter Gewalt sind zunehmend damit konfrontiert, dass die Täter den Missbrauch dokumentieren und ins Netz stellen. In 2019 meldeten Technologie-Unternehmen über 45 Millionen Missbrauchsdarstellungen von Kindern, mehr als doppelt so viel wie im Vorjahr (New York Times, 28.09.2019).

Diese Verbreitung führt zu einer Endlosschleife der Traumatisierung für die Opfer. Es fühlt sich für sie an, „als sei ihr Missbrauch eine öffentliche Tatsache“, die nie mehr gelöscht werden kann.

Forderungen für einen funktionierenden digitalen Kinderschutz

Wir von Innocence in Danger e.V. fordern, dass

- Anbieter geschützte Nutzungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche schaffen.
- Informationen und Hinweise zu Rat und Hilfe für kindliche und jugendliche und deren Eltern sichtbar und verständlich auf den jeweiligen Plattformen bereitgestellt sind.
- aktiv verbindliche Kooperationen für den digitalen Kinder- und Jugendschutz eingegangen werden.
- Anbieter ein gutes Beschwerdemanagement einführen. Dazu gehört u.a.
- der sofort erkennbare Kontakt (z.B. Button) für Beschwerden,

- ausgebildetes und bezahltes Fachpersonal einzusetzen (schnelle, qualifizierte Rückmeldung),
- die tatsächlich konsequente Weiterverfolgung der Beschwerden und/oder Meldungen bei der Polizei).

Wir fordern vom Gesetzgeber Verantwortung zu übernehmen, indem Unternehmen und Anbieter sozialer Netzwerke und Online- Spiele etc., staatlich kontrolliert und verpflichtet werden,

- die Qualitätsstandards der Beschwerdemöglichkeit einzuhalten und zu sichern sowie
- sich aktiv für digitalen Kinder- und Jugendschutz einzusetzen.

Fazit

Digitale Medien verändern Gesellschaft und auch Phänomene wie Gewalt und sexuelle Gewalt nachhaltig. Aus „Sexting“ wird „Sharegewaltigung“ und „Missbrauch“, aus „Pöbelei“ wird „Cybermobbing.“ Insbesondere für Kinder und Jugendliche bergen die digitalen Medien, Sozialen Netzwerke und Kommunikationsplattformen enorme Herausforderungen. Neben vielen Chancen finden sich dort mindestens ebenso viele Risiken für Mädchen und Jungen. Wie sollen sich Kinder und Jugendliche befreien, wenn sie in eine „digitale Falle“ getappt sind?

Kinder und Jugendliche brauchen Menschen, die ihnen die Freude am Internet zugestehen, sie begleiten und sie auf mögliche Risiken bei der Nutzung des Internets aufmerksam machen. Sie brauchen Menschen, die ihnen sagen, wie Täter oder Täterinnen vorgehen und wie sie sich am besten schützen können. Sie brauchen Erwachsene, die sie verstehen,

ihnen zuhören und helfen – in der digitalen Welt umso mehr.

Es ist wichtig zu begreifen, welchen Einfluss die digitale Dynamik auf unser Leben, unsere Beziehungen und Bindung hat. Wir sollten fragen: Wie beeinflussen digitale Medien die Entwicklung und Wahrnehmung des Selbstbewusstseins? Was bedeutet intimstes digitales sexuelles Handeln, wenn es schon so schwerfällt, analoge Gesprächskultur in die digitale WhatsApp-Gruppe zu transferieren? Wie kann eine gute, gesunde analogdigitale Beziehungsgestaltung gelingen? Fragen, bei denen es sich sehr lohnt, sie auch mit Kindern und Jugendlichen zu besprechen. Dabei helfen die Präventionsprojekte von „Innocence in Danger e.V.“ (www.innocenceindanger.de).

Begleiten wir Kinder in Not, müssen wir selbstverständlich auch ihre digitalen Lebensbedingungen mit in Betracht ziehen, um ihnen bei der Bewältigung der Herausforderungen oder gar verletzender Lebensereignisse gut zu helfen. Wir sollten begreifen, was z. B. die digitale Verbreitung intimer Bilder oder gar die Darstellung von Missbrauch für Betroffene bedeutet, und lernen, diese gut in der Bewältigung dieser schmerzlichen Realität zu unterstützen.

Wie das gehen kann, vermittelt zum Beispiel die Interventionsschulung von Innocence in Danger e.V.: Stoppt Sharegewalt (www.stoppt-sharegewalt.de).

KURZ UND KNAPP

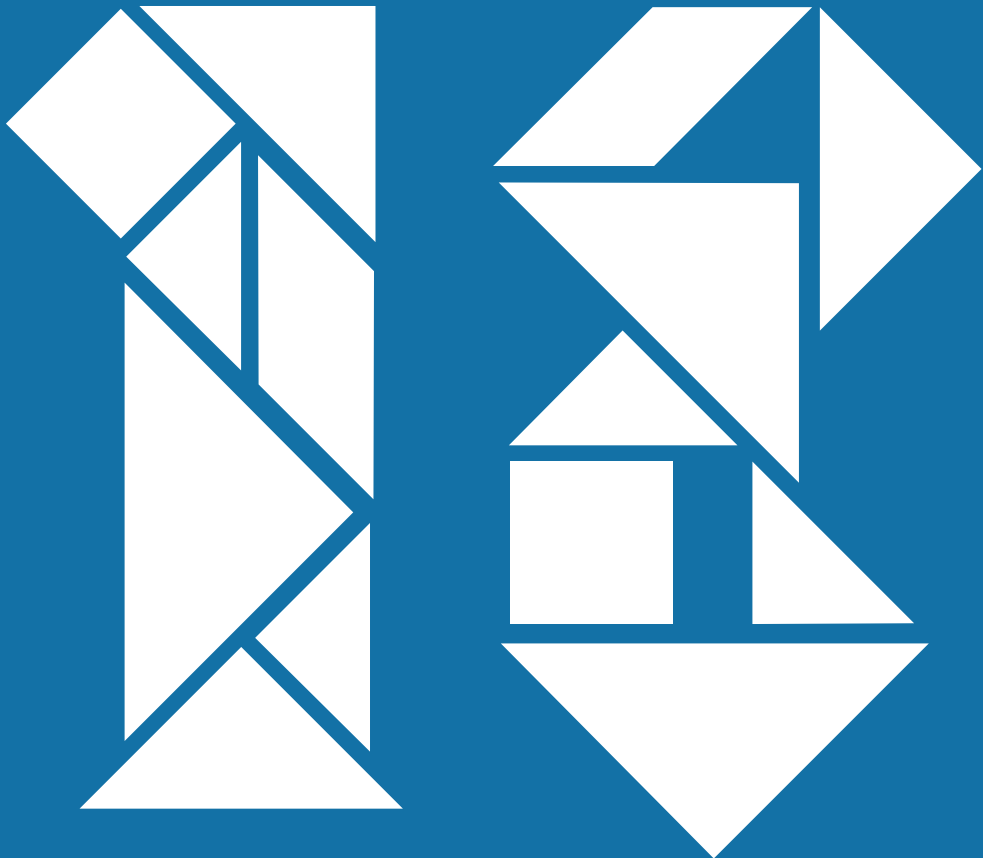
- » 3.363 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 119 aus 28 Staaten
- » 297 Referierende
- » Abschlussvortrag „Big Data – Chancen und Risiken in der Prävention“ von Prof. Dr. Viktor Mayer-Schönberger
- » 8. Annual International Forum (AIF)
- » “Day of Debates“ organisiert in Kooperation mit dem European Forum for Urban Security - Efus
- » 110 Vortragsbeiträge (Vorträge, Sonderveranstaltungen, Projektslots)
- » 218 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnenveranstaltungen und Schüleruniversität
- » Filmforum
- » 9 Begleitveranstaltungen

≡ *Mehr Prävention –
weniger Opfer*



BIELEFELD

22./23. APRIL 2013



Am 22. & 23. April 2013 bildete die Stadthalle Bielefeld in Nordrhein-Westfalen den Austragungsort des 18. Jahreskongresses.

Unter der Schirmherrschaft der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft widmete sich das Präventionsfachpublikum dem Schwerpunktthema „Mehr Prävention – weniger Opfer“.


Das Bielefelder Präventionsforum bot in der Woche vor dem Kongress bereits ein vielfältiges Programm für die Bielefelder Bürgerinnen und Bürger.

„Prävention ist der beste Opferschutz. Und auch deshalb ist sie wichtig für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft.“ Mit diesen Worten hatte die Schirmherrin des Kongresses, die Ministerpräsidentin von NRW Hannelore Kraft, 2013 das zentrale Thema dieses Kongresses beschrieben.

Ich selbst habe in Bielefeld als Gründungsmitglied und Vorstand des „Aktionsbündnis Amoklauf Winnenden“, das 2009 nach dem Amoklauf in Winnenden und Wendlingen gegründet wurde, mit einem Vortrag zum Thema „Was brauchen unsere Kinder, damit sie Gewalt nicht brauchen“ teilgenommen.

Opferschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Haltung, die eine Gesellschaft gegenüber den Menschen einnimmt, die von Mitgliedern dieser Gesellschaft geschädigt wurden, ist kennzeichnend für ihren Zusammenhalt. Das Schwerpunktthema in diesem Jahr verdankte sich dabei einer Entwicklung, die gegen Ende der 1970er Jahre begann und durch die Zuwendung zu den Opfern von Straftaten gekennzeichnet war. Diese zum Zeitpunkt des Kongresses 25 Jahre andauernde Entwicklung wurde in Form einer Zwischenbilanz zusammengefasst und in ihrer prospektiven Entwicklung diskutiert.

Auf Basis der „Bielefelder Erklärung des 18. Deutschen Präventionstages“ und den Erkennt-



nissen des Gutachtens von Dr. Wiebke Steffen „Opferzuwendung in Gesellschaft, Wissenschaft, Strafrechtspflege und Prävention: Stand, Probleme, Perspektiven“ seien hier einige wesentliche Ergebnisse des Bielefelder Jahreskongresses kurz dargestellt.

Die empirische Datenlage zur Opferwerdung und Opferbedürfnissen

Es besteht eine deutliche Diskrepanz zwischen der gesellschaftlichen Wahrnehmung und den vorliegenden empirischen Befunden. Die gesellschaftliche Wahrnehmung gilt vor allem Opfern von Gewalttaten und hier den sogenannten „idealen“ Opfern: Kindern, Frauen, Älteren und Pflegebedürftigen. Junge Männer werden als Opfer gewalttätiger Übergriffe nicht zureichend berücksichtigt.

Die Forderung des Deutschen Präventionstages bezieht sich daher neben einer opferberücksichtigenden Erweiterung der täterorientierten Kriminalstatistiken auf regelmäßige, repräsentative Opferbefragungen, die auch Opferbedürfnisse und die Folgen von Viktimisierungen erfassen.

Opferzuwendung in der Strafrechtspflege

Die Erweiterung der Opferrechte durch die Anpassung der Opferschutzgesetze steht in Widerspruch zu der unverändert beklagten sekundären Viktimisierung von Opfern im Rah-



Gisela Mayer

Psychologin; Initiatorin und Vorsitzende der „Stiftung gegen Gewalt an Schulen“

men von Strafverfahren. Auch in diesem Bereich ist die Datenlage unzureichend.

Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Strafrechtspflege prinzipiell den Wünschen und Bedürfnissen von Opfern nicht gerecht werden kann, insofern sie täterorientiert ist und die Aufgabe des Geschädigten als Opferzeuge notwendig mit Belastungen verbunden ist.

Die Forderung des Deutschen Präventionstages bezieht sich daher auf eine Evaluierung der Opferschutzgesetze sowie quantitative wie qualitative kriminologisch-viktimologische Untersuchungen im Hinblick auf die Belastung von Geschädigten durch die Strafrechtspflege.

Als ohne Einschränkung zu berücksichtigen werden folgende Bedürfnisse und Wünsche von Opfern von Straftaten erachtet:

- Information (insbesondere über den Fortgang des Verfahrens)
- Schadensersatz, Wiedergutmachung
- Anerkennung des ihnen, den Opfern, widerfahrenen Unrechts.

Soziale Unterstützung, Hilfe und Wertschätzung außerhalb der Strafrechtspflege

Emotionaler Beistand und soziale Unterstützung werden vor allem durch den sozialen Nahraum und professionelle Opferhilfeeinrichtungen erbracht.

Als besonders wichtig hat sich das Opferinteresse nach Anerkennung der widerfahrenen Straftat

als zugefügtes Unrecht erwiesen. Wesentlich ist für Opfer dabei auch die Befreiung von vermutter Mitschuld durch naives, provozierendes oder anderweitig auffallendes Verhalten.

Die Problematik männlicher Gewaltbetroffenheit wird im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs zu wenig berücksichtigt, insbesondere unter dem Aspekt des Opfer-Täter Statuswechsels.

Perspektivisch wird seitens des Deutschen Präventionstages vorgeschlagen, die Konzeption der „Parallel Justice“ als einer zusätzlichen, zeitgleichen, ressort- und instanzenübergreifenden opferzentrierten Reaktion zu prüfen und gegebenenfalls in den Gremien kommunaler Kriminalprävention zu implementieren.

Prävention ist der beste Opferschutz

Insofern selbst opferbezogene Strafrechtspflege und Opferschutz wie Opferhilfe die physischen und psychischen wie die materiellen Folgen der Opferwerdung nicht ausgleichen können, bleibt die klassische Kriminalprävention im Sinne einer Verhinderung von Straftaten der wirkungsvollste Opferschutz.

Opferbezogene Kriminalprävention bedeutet dabei nicht eine Form der Prävention, die vom Opfer zu vollziehen ist, sondern umfasst die Aufgaben klassischer Kriminalprävention unter besonderer Berücksichtigung der Gefahr von Re-Viktimisierung und sekundärer Viktimisierung. In diesem Zusammenhang ist besonders darauf zu achten, dass keine Ängste hinsichtlich erneuter Opferwerdung entstehen und dem

Opfer keine Mitschuld an der erfolgten Straftat gegeben wird (vgl. Bielefelder Erklärung, 2014).

Die Ergebnisse und Erkenntnisse aus den Debatten im Jahr 2013 in Bielefeld sind zum einen als Zusammenfassung einer 25 Jahre andauernden Entwicklung zu verstehen, die die Opfer von Straftaten in den Blick nimmt, zum anderen aber vor allem als Aufforderung, die Probleme des Opferschutzes und der Opferhilfe im Rahmen der Strafrechtspflege wie in gesellschaftlichen Kontexten zu benennen und ihre Bewältigung voranzutreiben.

Seit dem 18. Deutschen Präventionstag sind sieben Jahre vergangen. Was hat sich seitdem für die Opfer in Gesellschaft und den anderen genannten Bereichen getan? Sind die damals genannten Probleme beseitigt oder zumindest verringert worden? Sind neue Probleme aufgetaucht? Was sind die gegenwärtig wesentlichen Perspektiven für eine positive Weiterentwicklung?

Auch wenn Strafrechtspflege aufgrund ihrer Täterorientierung prinzipiell ungeeignet bleibt, die Opferinteressen insgesamt zu berücksichtigen, wurden die Rechte der Opfer im Zusammenhang mit Strafverfahren gestärkt.

Durch das Gesetz zur Stärkung der Rechte von Opfern sexuellen Missbrauchs (StORMG) wurden mit Wirkung vom 1. September 2013 neben anderen Verbesserungen auch die kostenlose Beiordnung eines Opferanwalts und das Recht des Opferzeugen, sich zu den Tatfolgen zu äußern, erweitert. Die Bestimmungen über die richterliche Videovernehmung anstelle

einer belastenden Vernehmung in der Hauptverhandlung wurden dem Schutzinteresse der Opferzeugen angepasst.

Die EU-Opferschutzrichtlinie vom 25.10.2012 war Anlass für das 3. Opferrechtsreformgesetz vom Dezember 2015, in dem vor allem die Informationsrechte des Verletzten erweitert und die psychosoziale Prozessbegleitung für besonders schutzbedürftige Opfer eingeführt wurden. Opfer haben das Recht auf Ersatz erlittenen materiellen Schadens und auf Schmerzensgeld (vgl. WEISSER RING, Allgemeine Opferrechte, www.weisser-ring.de).

Seit dem 11. April 2018 ist ein Beauftragter der Bundesregierung für die Anliegen von Opfern und Hinterbliebenen terroristischer Straftaten zuständig.

Die Rechte der Opfer von Straftaten wurden damit insgesamt gestärkt. Dabei war vor allem das Interesse an Information, Beteiligung und Schadensersatz/Wiedergutmachung handlungsleitend.

Was ist mit dem Wunsch der Opfer von Straftaten nach Anerkennung erlittenen Unrechts?

Häufig wird angenommen, zu den Hauptinteressen der Opfer von Straftaten zählen Straf- und Genugtuungswünsche. Sie sind jedoch von eher geringer Bedeutung im Vergleich zu dem Wunsch nach Anerkennung des erfahrenen Unrechts sowie der Benennung der Taten und der Täter. Es geht den Opfern um die eindeutige



Anerkennung ihres Opferstatus durch das soziale Umfeld, aber gerade auch durch die Strafverfolgungsbehörden (vgl. Steffen, 2014, 86).

„Die Anerkennung der Strafbarkeit bedeutet die Anerkennung, dass Unrecht geschehen ist. (...) Der Täter durfte nicht tun, was er getan hat. Das Opfer hat nicht nur Schaden erlitten, sondern ihm ist Unrecht geschehen“ (Reemtsma, 2006, 17). Die in der Strafe des Täters liegende formelle Missbilligung hat die Funktion, gegenüber dem Opfer zum Ausdruck zu bringen, dass ihm Unrecht geschehen sei und es nicht verpflichtet war, das Verhalten des Täters zu akzeptieren (vgl. Weigend, 2010, 43).

Die Anerkennung erlittenen Unrechts ist jedoch eng gebunden an den Begriff des Opfers als des unschuldigen Leidtragenden in einer Situation, die durch eine oder mehrere andere Personen verursacht und dominiert wurde.

Der Begriff des Opfers ist jedoch, unabhängig davon, ob er von dem Geschädigten selbst oder durch andere zugeschrieben wird, problematisch.

Die Ambivalenz des Opferbegriffs

„Der Status des Opfers ist stets etwas – von der Person selbst aber auch vom Umfeld und der Gesellschaft – Zuschriebenes (...) (und diese Zuschreibung) ist nicht frei von Ambivalenzen. Auf der individuellen Ebene oszillieren die damit verbundenen Haltungen zwischen Sympathie und Hilfsbereitschaft auf der einen und Abwertung und Ablehnung auf der anderen Seite“ (Görgen, 2012, 90).

Opfer sind „schwach“ Der Begriff des „Opfers“ wird mit Vorstellungen wie „schwach“, „hilflos oder hilfsbedürftig“, „abhängig“, „passiv“ assoziiert und wertet die geschädigte Person in ihrem sozialen Status ab. Dem Opfer wird nicht nur Empathie und Unterstützung, sondern auch Abwertung und Ablehnung entgegengebracht.

Die gesellschaftliche Abwehrhaltung charakterisiert Margarete Mitscherlich zutreffend mit Verweis auf Abgrenzungsversuche hinsichtlich eigener Defizite. „Opfer sind peinlich, denn sie erinnern uns an unsere eigene Schwäche und Niederlage“ (in: Maercker, 2006, 53).

Opfer sind „unschuldig“ Opfer sind diejenigen, die ohne eigenes Verschulden verletzt oder missbraucht wurden und die unsere Aufmerksamkeit auf sich ziehen. Der Begriff „Opfer“ steht im Allgemeinen für öffentlich gemachten, privaten Schmerz, der diejenigen, als die „zu Unrecht Verletzten“ moralisch adelt und ihnen damit eine besondere Form der Macht verleiht: die der Ohnmächtigen. Es geht dabei um eine besondere Form der Ohnmacht: die Unschuld.

In der Wahrnehmung der Öffentlichkeit sind es diese „idealen“ Opfer – Kinder, Frauen (insofern sie sich nichts „zuschulden“ kommen lassen), Ältere, Pflegebedürftige – denen Empathie und Respekt entgegengebracht werden (vgl. Steffen, 2014, 55).

Geschädigte, die nicht dem Personenkreis der „idealen Opfer“ angehören, erfahren häufig soziale Ausgrenzung und Abwertung. Die sozi-

ale Anerkennung der Straftat als erlittenes Unrecht wird eingeschränkt oder sogar verweigert. Dies ist insofern bedenklich, als die Befunde der Kriminalstatistik im Hellfeld und die Forschung der Viktimologie im Dunkelfeld höhere Opferzahlen gerade bei Männern und bei jüngeren Menschen ergeben.

Opfer sind „passiv“ Ein Opfer ist jemand, der passiv Unrecht erleidet. In der modernen Leistungsgesellschaft wird das Opfer nicht mehr als Subjekt wahrgenommen, das autonomer Gestalter des eigenen Lebens ist. Ein Opfer versteht sich selbst, oder zugeschrieben durch andere, als Spielball globaler Kräfte, die sein Leben bestimmen. Passivität wird zum Schlüssel des eigenen Selbstverständnisses. Diese Passivität speist sich paradoxerweise aus zunehmender Aktivität hinsichtlich der Erzählungen, deren Autor*innen die Opfer selbst, die Medien oder andere Kommentatoren sind.

„Der öffentliche, namentlich mediale Diskurs wird zunehmend durch die Beschäftigung mit Verbrechenopfern geprägt. In Presse, Funk, Fernsehen wird über Opferschicksale berichtet; in Talk-Shows treten Opfer und deren Angehörige auf. Es scheint nicht übertrieben, von einem Zeitalter des Opfers zu sprechen. Die Solidarität mit dem Opfer verbindet das Gemeinwesen; die Gesellschaft wird „viktimär““ (Barton/Köbel, 2012, 14).

„Opfersein ist in der viktimären Gesellschaft mit Prestige, mit Anerkennung, Aufmerksamkeit, Rechten und Privilegien verbunden ... Überspitzt ließe sich für die viktimäre Gesell-

schaft sogar sagen: „Alle wollen Opfer sein““ (Barton, 2012, 117).

Opfersein wird zum Referenzpunkt für die Zuschreibung individueller Eigenschaften, das schwache, leidende Opfer wird zum Grundmodell der Typisierung von Individuen. Damit die Identität als Opfer nicht ihre Existenzberechtigung verliert, muss das Leid erinnert und erzählt werden. Dieses Ritual der Rede vom „Opfer“ trägt dazu bei, die Ambivalenz der menschlichen Existenz zu reduzieren. Die moralische Unschuld des Opfers wird mit der moralischen Schuld des Täters kontrastiert. Beides dient der Orientierung in einer komplexen modernen Gesellschaft.

Dabei sind die Interessen der Opfer von Straftaten selbst „tendenziell dilemmatisch“ (Reemstma, 2006, 18). „Wer Opfer eines Verbrechens geworden ist, will, dass sich die Umwelt darauf einstellt – und will gleichzeitig nicht auf diese Rolle festgelegt werden“ (Reemstma, 2006, 18).

Der Umgang mit Opfern von Straftaten in einer Gesellschaft ist demzufolge weit davon entfernt, einen Bereich zu beschreiben, der an Teile der Gesellschaft und deren professionelle Vertreter, die Strafrechtspflege und Opferschutz- und Opferhilfeorganisationen, delegiert werden könnte. Der Umgang mit Opfern dient der Orientierung und Identitätssicherung der Gesellschaft selbst. Opferkulturen haben dabei die Tendenz, den Status der Opfer zu perpetuieren.

Bernhard Schlink (2005) setzt in diesem Zusammenhang dem normativen Paradigma: „Auf welchen Ansprüchen darf und muss ich als ungerecht Behandelte bestehen, bevor ich selbst aktiv werde?“ das pragmatische Paradigma entgegen: „Was kann ich – auch als ungerecht Behandelte – selbst dafür tun, damit ich unter den gegebenen Umständen wieder würdig und entsprechend meinen legitimen Ansprüchen leben kann?“

Ziel jeder Unterstützung von Opfern von Straftaten muss es deshalb sein, es den Betroffenen zu ermöglichen, Abschied von der Opferrolle zu nehmen sowie Autonomie und Handlungsverantwortlichkeit wieder zu erlangen (vgl. Steffen, 2012, 143).

Die öffentliche Anerkennung erlittenen Unrechts als Unrecht, als nicht hinzunehmende Tat eines Einzelnen oder Mehrerer, dient nicht nur der Rehabilitation der Identität des Opfers als des moralisch Unschuldigen, sondern sie dient vor allem der Selbstvergewisserung und Identitätssicherung der Gesellschaft. Angesichts der Komplexität der Welt und moderner Gesellschaften muss immer wieder verdeutlicht werden, dass es eine eindeutige Grenze zwischen berechtigtem und insofern hinzunehmendem Verhalten und Unrecht als nicht hinzunehmendem Verhalten innerhalb der Gesellschaft gibt. Diese Grenzziehung dient nicht nur der Rehabilitation dessen, der Unrecht erfahren hat, sie dient vielmehr dem Selbstverständnis einer Gesellschaft.

Opferbezogene Prävention kann aus diesem Grund nur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden und nicht an professionelle

Gremien delegiert werden. Die Aufgabe der Zukunft wird darin bestehen, Opfer von Straftaten als integralen und identitätsstiftenden Bestandteil jeder Gesellschaft zu begreifen. Sollte die Integration der Opfer von Straftaten in die Gesellschaft nicht gelingen, läuft eben diese Gesellschaft – unabhängig davon, ob die Ausgrenzung in Überfürsorge oder in Abwertung besteht – Gefahr, erneut Gewalttaten und somit weitere Opfer zu provozieren.

Jede Form der Ausgrenzung, sei es durch Ritualisierung der Opfererzählung und Perpetuierung des Opferstatus durch Hilfsangebote oder die Abwehr der Anerkennung des Opferstatus aufgrund eigener Vermeidungsstrategien, tangiert die „Schmerzgrenze“ des Opfers und löst Aggression aus.

„Wenn die Schmerzgrenze eines Lebewesens tangiert wird, kommt es zur Aktivierung des Aggressionsapparates und zu aggressivem Verhalten ... Zugehörigkeit und Akzeptanz zählen zu den lebenswichtigen Ressourcen. Demütigung und Ausgrenzung werden vom menschlichen Gehirn wie körperlicher Schmerz erlebt, sie tangieren die Schmerzgrenze. Daher führen beim Menschen nicht nur die Zufügung körperlicher Schmerzen oder eine physische Bedrohung zu Aggression, sondern auch alle Erfahrungen, die aus der Sicht des Betroffenen eine soziale Ausgrenzung oder persönlichen Demütigung gleichkommen“ (Bauer, 2011, 65).

Joachim Bauer beschreibt diesen Zusammenhang an anderer Stelle wie folgt: „In modernen Gesellschaften stehen sich auf Zusammenhalt

gerichtete und auseinanderstrebende Kräfte gegenüber. Besondere Gefahren drohen dem Zusammenhalt einer Gesellschaft von Menschen, die ausgegrenzt sind, sich ausgegrenzt fühlen oder denen man eingeredet hat, sie seien ausgegrenzt. Viele dieser Menschen sammeln sich in Gruppen, deren Kennzeichen ein ständig aggressiver Ton, ... ist“ (Bauer, 2020, 121). Es gibt heute bereits Opfergruppen mit Opfervertreter*innen, die ihre Aufgabe in dieser aggressiv vorgetragenen Schuldzuweisung an öffentliche Institutionen oder Personen sehen.

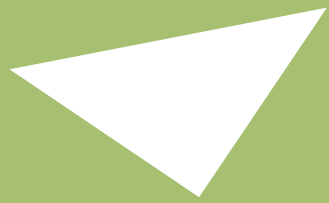
Die Perpetuierung des Opferstatus und die mediale Zurschaustellung der Opfer, die Ausgrenzung der Opfer von Straftaten zur eigenen Identitätssicherung als „denjenigen, denen „so etwas“ nicht passieren kann“, wird weder den Interessen der Opfer von Straftaten noch den Interessen der Gesellschaft nach Zusammenhalt und Identität gerecht. Es geht vielmehr darum, zugefügtes Unrecht als solches zu benennen und zu ahnden und damit die Opfer in ihrem Bestreben nach Anerkennung und zugleich Auflösung ihres Opferstatus zu unterstützen.

Im Hinblick auf die Kernaufgabe der Prävention, die Verminderung von Gewalt und Verhinderung von Straftaten, sollte uns allen daran liegen, Ausgrenzung zu vermeiden. Es geht bei der opferbezogenen Prävention keineswegs nur darum, denjenigen, die Unrecht erlitten haben, angemessen zu begegnen, es geht vielmehr um uns alle.

KURZ UND KNAPP

- » 2.796 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 63 aus 20 Staaten
- » 169 Referierende
- » Abschlussvortrag „Parallel Justice“ –
Warum brauchen wir eine Stärkung des
Opfers in Recht und Gesellschaft?“ von
Prof. Dr. Christian Pfeiffer
- » 7. Annual International Forum (AIF)
- » 122 Vortragsbeiträge (Vorträge,
Projektspots)
- » 168 Ausstellungsbeiträge (Infostände,
Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnenveranstaltungen
- » Filmforum
- » 9 Begleitveranstaltungen





MÜNCHEN



*Sicher leben in
Stadt und Land*





16./17. APRIL 2012

Das Internationale Congress Center ICM in München beherbergte am 16. & 17. April 2012 den 17. Deutschen Präventionstag inklusive des Abendempfanges.

Die Schirmherrschaft hatten der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude und der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer gemeinsam inne.

Schwerpunkt der Debatten war das Thema „Sicher Leben in Stadt und Land“.

From Punishment To Prevention: Beyond Science To Secrets For Ending Violent Crime

In 2012, the evidence and logic for shifting funding from punishment to prevention to reduce crime victimization was clear but not yet used by anyone but the pioneers. In 2020, the evidence and logic is stronger, essentials to get it used effectively are associated with some city successes and lack of their use leads to government failures, and now the ways to get buy-in are clear.

We need to shift from what works to how to get what works implemented. The challenge is to change status quo political culture that pays more and more for what does not work to investing in what works, saves lives, protects women, and saves taxes. This requires a new way of thinking among those who want prevention to realise its dividends. Some of us and our national networks must focus on raising awareness, training prevention advocates, collaborating with movements wanting to save lives. A part of that narrative is that prevention is affordable, popular, fair and invests positively in people.

In 1985, the governments of the world at the UN General Assembly resolved to implement social, health, including mental health, education, economic and specific crime prevention policies to

reduce victimization. The aim was to reduce the unacceptable numbers of victims of crime and reduce the consequences and costs of crime.

By 2012, the German Prevention Congress was attracting thousands of participants, but the investment to act on the UNGA resolution across the world was limited to a patchwork of actions by a small group of pioneering governments, regional governments, and cities. There were also networks like the European Forum for Urban Security that shared an interest in urban safety but were not demonstrating whether they were achieving results.

In 2012, I had the privilege to give the plenary address (for the first time in English) on my book *Less Law, More Order: The Truth about Reducing Crime*,¹ which had recently been translated and published in German. The book used the best evidence and best practice, at that time, from across the world, to conclude that the harm to victims and society from current levels of crime is not inevitable but preventable. It focused on sharing four evidence based truths that logically demonstrated that prevention is the most effective and cost effective way to reduce crime.

1. Escalating expenditures on police and incarceration on our current system of justice focused on punishment, incapacitation and



Prof. Dr. Irvin Waller

emeritierter Kriminologieprofessor (Ottawa/Kanada); global tätiger Berater, Autor und Präventionsforscher



rehabilitation of offenders does little to reduce crime any further. These costs are increasingly expensive. It is also a system that punishes and allows victimisation disproportionately of the poor and racial minorities and fails to protect women from violence.

2. Several strategies that tackle risk factors before crime happens have been evaluated scientifically and so we know which are proven to reduce crime. Where cost benefit analysis is available it confirms that these are much more cost effective than the status quo. In addition to saving taxes, those that invest in social development are also beneficial for the futures of young men and their families.

3. Governments of the world have agreed on the best ways to apply proven preventive strategies and so reduce victimization, use diagnosis, planning and mobilising different sectors that best situated to tackle the causes of crime. These agreements started at international conferences involving many different governments and cities in Europe and the Americas but now have been agreed by all UN governments at UN Economic and Social Council (ECOSOC).

4. Rebalancing funding from only paying for more police, courts and corrections to investing adequately in proven prevention and problem solving policing gives a dividend of less crime and savings to taxpayers. The equivalent of ten percent of the police and incarceration budget spent smartly on proven strategies using the agreed planning strategies will pro-

vide savings in quality of life and taxes much greater than the original investment.

Science and Secrets of Ending Violent Crime²

In 2019, I published my last book focused on Science and Secrets of Ending Violent Crime. This updated the quantity of the evidence available from an expanding number of prestigious sources. It clarified the guidelines on implementation from more prestigious sources and added more examples of cities that had succeeded and governments that failed with prevention. It pioneered a new section on the secrets of how to shift policy from over reliance on ineffective spending on police, courts and incarceration to get buy-in. This brought together the best thinking on how to get the transformations from the status quo to more positive investments in people that save lives, protect women and avert trauma, while saving billions of dollars.

The book brings together and analyses three of the four evidence based realities of the first book but adds this new section and sets these in the context of the management by results aspirations of significant violence reduction within the UN Sustainable Development Goals. It proposes decisive actions now to get results within the next decade.

1. It is not just that the status quo systems of police, courts and corrections are not achieving but that this allows significant suffering. The victimization by crime of citizens creates human tragedies that impose financial losses,

injuries, and emotional trauma, which leads to serious health and mental consequences. These impacts on people and their families are widespread, are expensive to taxpayers, and in developing countries decrease GDP. These impacts are not reduced significantly by escalating expenditures on criminal justice, which are crowding out solutions that work.

2. It is not just that we know what works but we are able to achieve significant reductions in suffering. The compelling and empirical evidence, that identifies strategies that have been proven to prevent crime, has become more solid, publicly available and agreed. Several of these strategies have prevented crime at 50% better than the current system and so saved lives and taxes. But this is not enough for the strategies to be used and so more is needed as set out under item 4.

3. It is not just that we know what reduces suffering but we know that its application to achieve the sustained outcomes is not just short term projects but a transformation to crime prevention and community safety planning. Governments of the world have agreed, at the UN ECOSOC and among some Latin American government experts, on the best way to plan and organise to apply the knowledge in order to reduce victimization. But few governments have invested in proven actions that prevent crime. A slowly growing number of cities have used the key ingredients to achieve and sustain a 50% reduction in violent crime. Much more is needed as set out under item 4.

4. It is not just that we know what does not decrease suffering, that we know what does, that we know how to plan its successful implementation, but we need more to overcome the resistance to change. Those secrets of getting the transformations and buy-in include:

- raising awareness about the solid natures of science of violence prevention and what it identifies as working, as well as the essentials for its successful application. Training is needed for the proponents of prevention so that they can raise awareness among the public and influence politicians to choose to make the transformations needed;
- making the compelling case for investment that it saves lives, protects women and averts trauma while being affordable and popular with important increases in GDP for poorer countries;
- uses government commitment to targets for SDG 16 and others, to get decisive action now;
- uses social media and other marketing strategies as well as collaborating with street and social media movements such as Black lives matter and Me Too to get action on the necessary transformations.

The four items in this new section 4 identifies some essential steps if we are to see sustained and adequate investment in actions that will reduce violent crime. These are discussed in more detail in this book. Here are some brief comments.

In 2015, government leaders at the UN General Assembly made the commitment to achieve the UN Sustainable Development Goals by 2030. Among the goals are two that include a



focus on significant reductions in violence against women and girls, violence against children, and homicides and violent crime. These goals about a new way of doing business that requires governments and cities to commit to the goals and work out how they can take actions now and over the years to achieve them by 2030. The goals are measurable and what gets measured gets done.

The principle resistance to making the transformations come from political systems that have set up bureaucracies to continue the system, regardless of whether it is working. This includes the persons who work in that system and are often unionised.

Among the ways to get political decisions might be called the bandwagon Effect. It requires special efforts to make politicians aware of the knowledge and options and convince them it is possible. But an important way to do this is to get them to join networks where other politicians are making the changes. This will require significant and skilled investment using the four strategies in the fourth section to move from in principle commitment to in action success.

At the government level, the UNODC and WHO meetings provide a forum for this to take place. Some governments have begun to work on the INSPIRE framework and some governments have become path finder governments to reduce violence against children. Governments committed to the SDGs in 2015 but have not yet taken the decisive actions to make the transformations.

Latin America and the Caribbean are facing particular problems because their levels of homicides and violent crime known to the police are much higher than other parts of the world. Senior government and city representatives, organized by UN Institute on Crime Prevention and Criminal Justice (ILANUD) have begun to bring government ministers, mayors and other officials to discuss the evidence and success stories.

At the city level, both the Peace in Our Cities campaign and the Global Parliament of Mayors have increasingly got progressive mayors to make a commitment to reduce violence by 50% by 2030. The next step is to identify the actions needed now to realise their commitment.

Street Demonstrations, Religious Pressure and Social Media have an important role to play. In the USA, movements such as Me too, Black Lives Matters, Marching for our Lives and others are focusing on victims of violence and a flawed system of justice and so calling for transformations. These are bringing pressure on politicians and at least greater discussion of possible transformations. Some of the discussion is about seemingly attractive solutions that have already been shown not to work but some is about evidence based solutions.

A new organization has started to bring the world's major religions together around advancing change to achieve SDG16. The Faith Based Coalition for Crime Prevention and Justice is raising awareness and exchanges between faith leaders and experts. It is hoped that it will

mobilise faith based organizations to raise awareness, engage locally and pressure nationally.

Transformations imply shifts in employment. Policing accounts for many of the jobs in the status quo criminal justice system. The fairest way to transition to a prevention framework will be to stop hiring new officers and retrain some of those already hired to deal with new types of crime relating to the environment and cyber security. Lawyers will be able to shift to specialities dealing with environment and cyber security as well as other non-crime related fields. Prison staff, particularly in the USA, will be needed much less. Some of this can be managed through retirement but some of it will need retraining into other fields, including working in prevention related jobs.

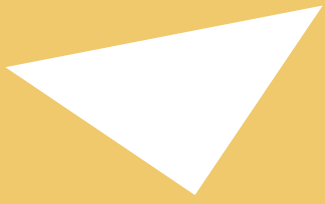
Conclusion

Reducing crime, particularly violent crime, significantly is eminently achievable and only through prevention. It requires a new way of thinking among those who want prevention to realise its dividends. Some of us and our national networks must focus on raising awareness, training prevention advocates, collaborating with movements wanting to save lives, and working around national and city budgeting. One part of that is about the solid science and essentials for implementation. The other and new part is about marketing prevention in the face to face and online world by emphasising the momentum around successes as well as the logic that it is affordable, popular, fair and invests positively in people.

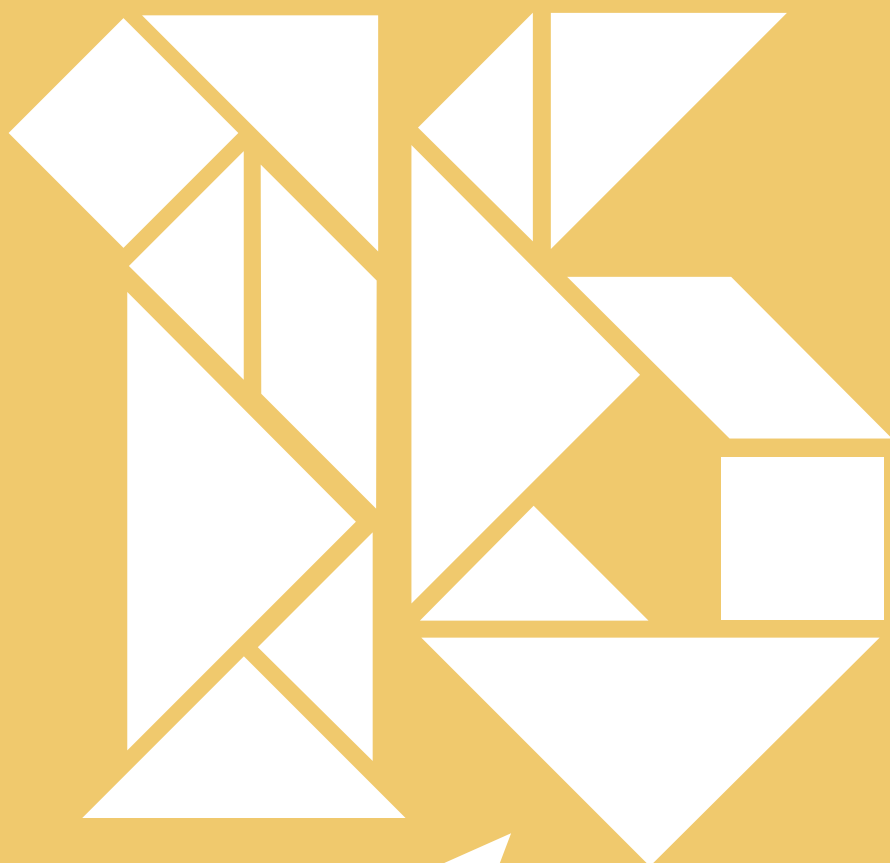
KURZ UND KNAPP

- » 3.690 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 199 aus 37 Staaten
- » 201 Referierende
- » Impulsreferat "Balanced Investing in Proven Crime Prevention: A Crime Victim Right" von Prof. Dr. Irvin Waller
- » Abschlussvortrag „Wege der Sicherheitsgesellschaft“ von Prof. Dr. Axel Groenemeyer
- » 6. Annual International Forum (AIF)
- » 118 Vortragsbeiträge (Vorträge, Projektpots)
- » 198 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnenveranstaltungen
- » Filmforum
- » 14 Begleitveranstaltungen
- » Offene Sonderveranstaltung „Sicher im Öffentlichen Personen- und Nahverkehr“





≡ *Neue Medienwelten –
Herausforderungen für
die Kriminalprävention?*



OLDENBURG

30./31. MAI 2011



Am 30. & 31. Mai 2011 war die Weser-Ems-Halle Oldenburg in Niedersachsen Zentrum des 16. Jahreskongresses.

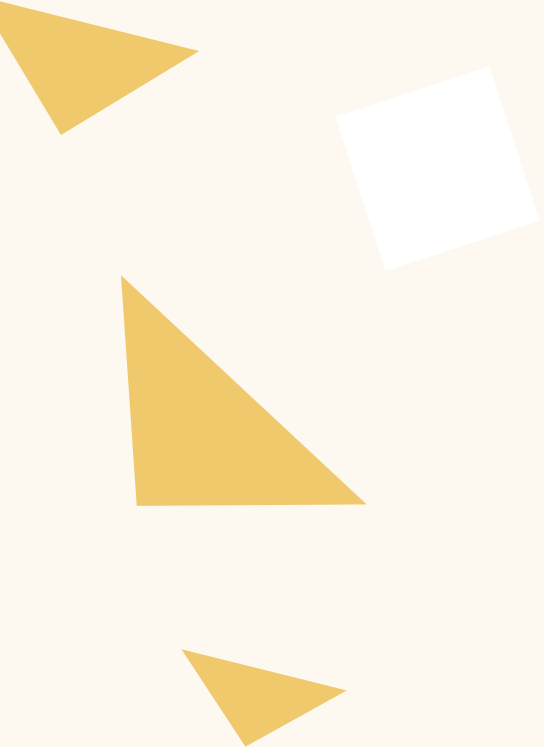
Unter der Schirmherrschaft des damaligen Ministerpräsidenten David McAllister ging es um das Schwerpunktthema „Neue Medienwelten – Herausforderungen für die Kriminalprävention?“

Organisiert durch den Präventionsrat Oldenburg wurden im gesamten Stadtgebiet vielfältige öffentliche Zusatzveranstaltungen angeboten, getreu dem Motto „Eine ganze Stadt macht Prävention“.

Als Rückblick wird die Kongresserklärung des 16. Deutschen Präventionstages hier abgedruckt. Die Oldenburger Erklärung fasst die zentralen Diskussionspunkte und Forderungen der Veranstaltung prägnant zusammen.

Der 16. DPT befasste sich mit den neuen Medien, den digitalen Welten, die seit dem Ausgang des 20. Jahrhunderts das gesellschaftliche Leben und das Leben der Einzelnen grundlegend verändert haben. Die digitalen Medien, allen voran das Internet und das Handy, sind selbstverständlich geworden und aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Sie beinhalten neben ihren unbestrittenen positiven Anwendungsmöglichkeiten auch problematische Bereiche, Risiken und Gefahren bis hin zur Kriminalität.

Auf der Basis des Gutachtens „Neue Medienwelten – Herausforderungen für die Kriminalprävention“ von Dr. Wiebke Steffen erklärten der Deutsche Präventionstag, seine ständigen Veranstaltungspartner und seine diesjährigen gastgebenden Veranstaltungspartner am 31. Mai 2011:



Oldenburger Erklärung des 16. Deutschen Präventionstages: Neue Medienwelten – Herausforderungen für die Kriminalprävention?

»Die „digitale Revolution“ bringt nicht nur große Potenziale, sondern auch Gefahren und Risiken mit sich

Wie in der analogen Welt gibt es auch in der digitalen Welt Regelverletzungen und Normverstöße bis hin zur Kriminalität. Grundsätzlich gibt es alle Kriminalitätsgefahren, die außerhalb des Internets bestehen, nun auch im Internet. Dazu kommen problematische, in irgendeiner Form schädliche Verhaltensweisen, die durch das Internet erst ermöglicht ggf. auch gefördert werden. Außerdem können sie durch die für das Internet typischen Rahmenbedingungen an Brisanz gewinnen. Zu nennen sind hier etwa die Automatisierbarkeit, die räumliche Entgrenzung, die Anonymität, die schnelle Verbreitung der Inhalte, ihre Kopierbarkeit und Weiterverbreitung, die (dauerhafte) Speicherung („das Netz vergisst nichts“). Insgesamt gilt das Gefährdungs- und Schadenspotenzial der Internet-Kriminalität als hoch mit deutlich zunehmender Tendenz, auch weil sich die Täter veränderten technischen Gegebenheiten sehr schnell anpassen und enorme Innovationsfähigkeiten zeigen.



- *Der Deutsche Präventionstag fordert nachdrücklich, das Internet nicht zum rechtsfreien Raum werden zu lassen. Es gilt, eine Balance zwischen dem Recht auf Informations- und Meinungsfreiheit und den berechtigten Schutzbedürfnissen der Internetnutzer zu finden. Gerade weil ein großes wirtschaftliches und politisches Interesse an der Nutzung digitaler Medien und dem freien, ungehinderten Zugang zum Internet besteht, müssen die Internetnutzer darauf bauen können, dass der Rechtsstaat durch Rahmenbedingungen die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme sicherstellt.*

- *Davon unabhängig gilt es, weiterhin alle Anstrengungen zu unternehmen, die Internetnutzer – und zwar alle Anwendergruppen – über die möglichen Folgen der zunehmenden Online-Kriminalität und hier insbesondere über die des Identitätsdiebstahls aufzuklären, sie noch stärker für die Risiken zu sensibilisieren sowie sinnvolle Schutzmaßnahmen zur Verfü-*

gung zu stellen. Wegen der – gerade auch in zeitlicher Hinsicht – begrenzten Wirkung (sicherheits)technischer Ansätze und Maßnahmen muss das menschliche Verhalten als wichtiger kriminogener Faktor in Zusammenhang mit Delinquenz im Internet in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt werden.

»Wenig gesichertes Wissen zu den Risiken und Gefahren der digitalen Medien

Die Warnungen vor den nahezu ungebremsten Anreizen und Möglichkeiten des Internets in Hinblick auf seine missbräuchliche Nutzung stehen in deutlichem Widerspruch zum tatsächlichen Wissen über die mit dem Internet verbundenen Gefahren und Risiken. Das liegt zum einen an dem hier – im Vergleich zur „analogen“ Kriminalität – möglicherweise noch größeren Dunkelfeld. Zum andern liegt es aber auch an der Neuheit vieler Gefahren im Sinne

einer allgemeinen – oder auch spezifischen, etwa altersspezifischen – Bedrohung sowie der rasanten Entwicklung der digitalen Medien und den schnellen Veränderungen im Nutzungs- und Nutzerverhalten. Viele Medienangebote sind erst eine viel zu kurze Zeit auf dem „Markt“, um sie in Hinblick auf ihre mittel- oder gar langfristige Wirkung beurteilen zu können. Es fehlen breit angelegte, repräsentative kriminologische Studien ebenso wie langfristig angelegte Panel- und Längsschnittuntersuchungen. Die Aufgeregtheit der Debatte steht in keinem Verhältnis zum Wissen über die Risiken und deren mögliche (dauerhafte) Auswirkungen.

- Der Deutsche Präventionstag hält es für äußerst wichtig, sowohl breit angelegte repräsentative kriminologische Studien als auch langfristig angelegte Panel- und Längsschnittuntersuchungen durchzuführen. Eine evidenzbasierte Kriminalpolitik erfordert eine hinreichend verlässliche Datengrundlage, die es dringend zu schaffen gilt. Dabei ist zu prüfen, ob die Untersuchung der neuen Medien nicht auch neue (empirische) Methoden und Vorgehensweisen erforderlich macht.

»Hohe Aufmerksamkeit findet das Internet als Risiko für die Heranwachsenden

In der öffentlichen Wahrnehmung stellt das Internet vor allem für die Heranwachsenden ein großes Risiko dar. Zu den Risiken zählen vor allem ein allzu sorgloser Umgang mit den eigen-

nen Daten, Auswirkungen von Gewaltdarstellungen und insbesondere von Computerspielen auf das eigene Verhalten, übermäßiger Medienkonsum bis hin zur Computersucht, Konfrontation mit Pornographie und sexueller Belästigung, politisch motivierte Kriminalität und Extremismus, Cybermobbing und Cyberbullying, aber auch Verletzung von Persönlichkeits- und Urheberrechten. Allerdings liegen bislang kaum verlässliche Angaben darüber vor, wie viele Heranwachsende tatsächlich schon mit problematischen Inhalten in Berührung gekommen sind und welche Auswirkungen diese Inhalte auf sie haben (oder auch nur haben könnten) bzw. ob, wie häufig und wie lange die jungen Menschen riskantes, zu sorgloses oder sogar strafrechtlich relevantes Verhalten zeigen.

- Der Deutsche Präventionstag warnt davor, beim „digitalen-Medien-Risikodiskurs“ die Fallstricke und Argumente des „herkömmlichen“ medialen und kriminalpolitischen Diskurses über Jugendkriminalität und Jugendgefährdung zu wiederholen. Es wäre falsch hinsichtlich der digitalen Medien Probleme vor allem bei „der Jugend“ zu vermuten, sie für normloser und bedenkenloser zu halten als die Erwachsenengeneration und zu befürchten, „die könnten so bleiben, wie sie jetzt sind“.

- Der Deutsche Präventionstag weist nachdrücklich darauf hin, dass die meisten Jugendlichen offensichtlich vernünftig mit dem Computer umgehen können und durchaus die Balance zu anderen Aktivitäten finden – so wie sie auch in der analogen Welt im allgemeinen die Herausforderungen ohne größere Auffäl-

igkeiten bewältigen und gut ins Leben finden (Wiesbadener Erklärung des 12. DPT). Es gibt für den Deutschen Präventionstag keinen Grund anzunehmen, dass die „digitale“ Jugendkriminalität und Jugendgefährdung anderen Bedingungen und Gesetzmäßigkeiten unterliegt als die „analoge“ Jugendkriminalität. Deshalb sollte sie hier wie dort mit „Augenmaß“ betrachtet und beurteilt werden.

- Der Deutsche Präventionstag hält es gleichwohl für erforderlich, die Sorgen um die Medienkompetenz der jungen Generation, die Ängste vor Risiken und Gefahren im Netz sowie das Misstrauen gegenüber ihrem „digitalen“ Verhalten aufzugreifen. Dringend erforderlich sind möglichst langfristig angelegte kriminologische Untersuchungen zum Medien- und Kommunikationsverhalten der Heranwachsenden. Besonders berücksichtigt werden sollten dabei die Aspekte „Nutzungsmotive“ und „individuelle Wahrnehmungsprozesse“.

»Kriminalprävention in der digitalen Welt: Menschen befähigen, Schutzmechanismen schaffen

Unter der Voraussetzung, dass auch in der digitalen Welt das entscheidende – konstitutive – Merkmal von Kriminalprävention gegeben ist, ein klares Verständnis darüber zu haben, was als „erlaubt – nicht erlaubt“ bzw. „erwünscht – nicht erwünscht“ gelten soll – die digitale Welt also nicht für sich in Anspruch nimmt, ein rechts- und regelungsfreier Raum zu sein –, kann Kriminalprävention in der digitalen Welt

vor allem drei Strategien verfolgen, um die Gefahren und Risiken zu verhindern bzw. zu vermindern: Kriminalprävention durch rechtliche sowie (sicherheits)technische Regelungen, Maßnahmen und Empfehlungen; Kriminalprävention durch Jugendmedienschutz; Kriminalprävention durch Medienkompetenz.

- Auch wenn die Internetnutzer und ihr Verhalten für Wirkung und Wirksamkeit kriminalpräventiver Anstrengungen und Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sind, fordert der Deutsche Präventionstag nachdrücklich, die Kriminalprävention durch rechtliche, sowie (sicherheits)technische Maßnahmen und Empfehlungen zu verstärken und nicht zu minimieren. Politik wie Wirtschaft müssen sich ihrer Verantwortung für den Schutz der Anwender, für ihr Vertrauen in die Sicherheit des Netzes, ihrer Persönlichkeitsrechte und ihrer Daten bewusst sein und entsprechend handeln. Dem Staat kommt die Aufgabe zu, das Internet als freiheitliches Medium zu schützen; die Bürger müssen darauf bauen können, dass der Rechtsstaat durch Rahmenbedingungen die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme sicherstellt. Insbesondere sind auch die Anstrengungen der polizeilichen Kriminalprävention auszubauen und zu verstärken mit dem Ziel, die Sicherheit im Umgang mit den neuen Medien zu verbessern, über Gefahren und Straftaten zu informieren sowie mit anderen Akteuren auf diesem Feld zu kooperieren.
- Der Deutsche Präventionstag hält den in Deutschland vorhandenen gesetzlichen Jugendmedienschutz für grundsätzlich geeig-

net, um problematische Inhalte von Kindern und Jugendlichen fernzuhalten – gerade vor dem Hintergrund, dass die Einflussnahme vieler Eltern auf den Medienumgang ihrer Kinder abnimmt bzw. sich nicht wenige Eltern tendenziell aus der Verantwortung verabschiedet haben, weil sie hinsichtlich des Umgangs mit den neuen Medien nicht über das erforderliche Wissen verfügen. Auch deshalb hält es der Deutsche Präventionstag für erforderlich, die Voraussetzungen für ein Risikomanagement im Jugendschutz weiter zu verbessern.

- Der Deutsche Präventionstag begrüßt alle Anstrengungen, die Medienkompetenz aller Nutzer digitaler Medien weiter zu verbessern mit dem Ziel, die Chancen der digitalen Medien nutzen und ihre Risiken vermeiden zu können. Hinsichtlich der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen fordert der Deutsche Präventionstag, ihren medialen Nutzungs- und Ausdrucksformen Wertschätzung entgegen zu bringen, anzuerkennen, dass sie den Medien keineswegs hilflos ausgeliefert sind und den Freiraum der digitalen Welt brauchen. Gleichwohl brauchen sie auch Unterstützung. Da nicht davon ausgegangen werden darf, dass diese Unterstützung in allen Fällen von den Eltern erbracht werden kann, ist insbesondere die Schule gefordert, Medienkompetenz zu vermitteln. Der Deutsche Präventionstag fordert, Schulen und Lehrkräfte entsprechend zu befähigen und den Prozess der Integration digitaler Medien in die schulische Alltagspraxis evaluierend zu begleiten.

(...)

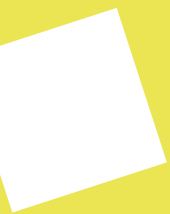
Oldenburg, 31. Mai 2011“

KURZ UND KNAPP

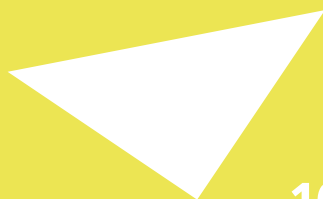
- » 10.496 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 81 aus 20 Staaten
- » 197 Referierende
- » Keynote „Neue Medienwelten – Herausforderungen für die Prävention“ von Prof. Dr. Elisabeth Pott
- » Abschlussvortrag „Neue Medien, Wertebildung, Verhalten und Kontrolle“ von Prof. Dr. Dr. Manfred Spitzer
- » Plenum am Nachmittag, Plenum am Vormittag
- » 5. Annual International Forum (AIF)
- » 122 Vortragsbeiträge (Vorträge, Projektspots)
- » 210 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnenveranstaltungen und Schüleruniversität
- » Filmforum
- » 11 Begleitveranstaltungen
- » Oldenburger Rahmenprogramm „Eine ganz Stadt macht Prävention“



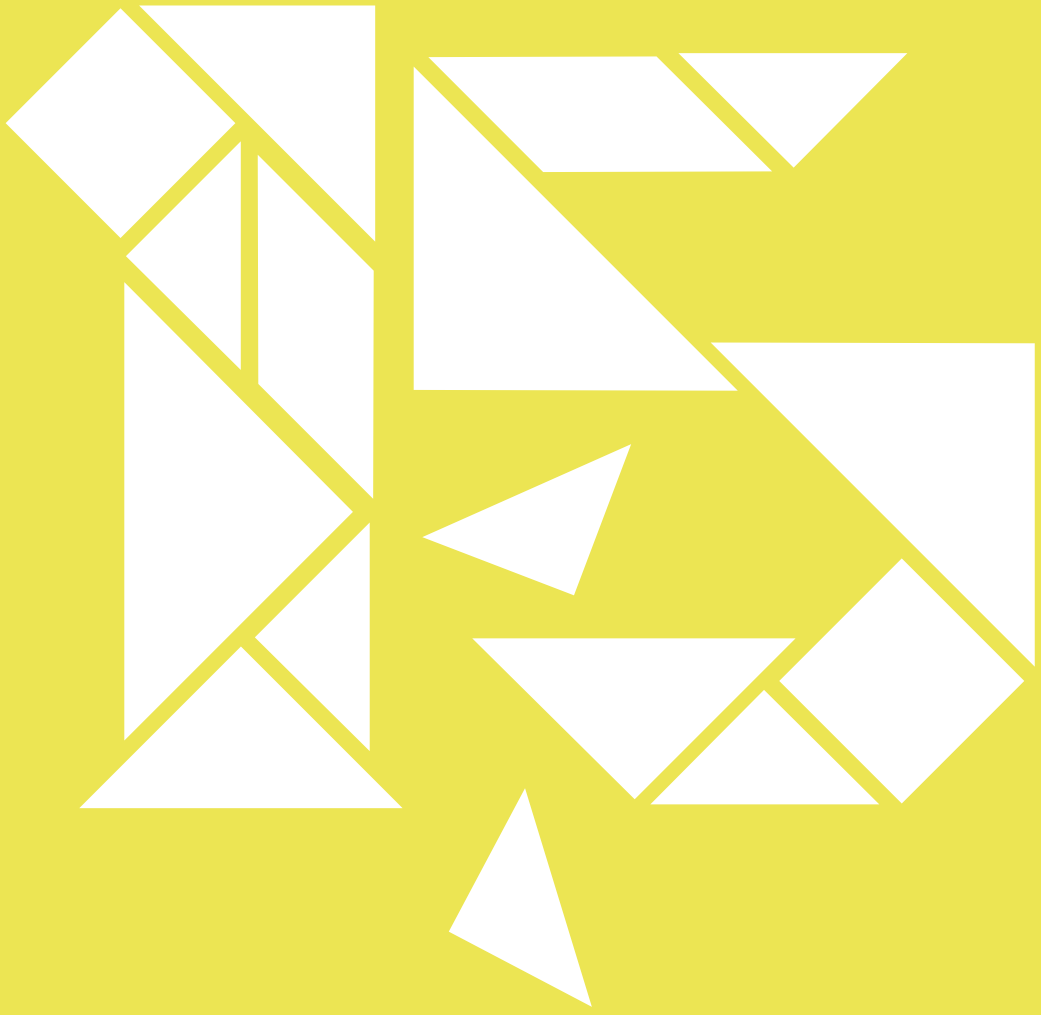
BERLIN



≡ *Bildung – Prävention –
Zukunft*



10./11. MAI 2010



Der 15. Deutsche Präventionstag fand am 10. & 11. Mai 2010 erstmalig in der Hauptstadt Berlin statt.

Die Schirmherrschaft hatte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit übernommen.

Das Schwerpunktthema lautete „Bildung – Prävention – Zukunft“.

Ort der Veranstaltung und des Abendempfanges war das Internationale Congress Centrum Berlin (ICC), das mittlerweile schon Geschichte ist.

Wir blicken gemeinsam auf 25 Jahre Gewalt- und Kriminalprävention zurück. Wie hat sich dieses Fachgebiet in dieser Periode insgesamt verändert? Was wurde erreicht? Lassen sich rückblickend Konjunkturen bestimmter Debatten erkennen?

» In den letzten 25 Jahren ist erfreulicherweise zunehmend ein Anschluss an internationale Standards in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Deutschland zu beobachten. Und Erkenntnisse, Maßnahmen usw. aus Deutschland werden auch vermehrt im internationalen Kontext wahrgenommen oder sogar ange- bzw. übernommen. Während die Erforschung von Gewalt und Kriminalität lange Zeit eine Domäne der Soziologie oder Sozialpsychologie gewesen ist, beschäftigen sich zunehmend auch andere Fachrichtungen, wie zum Beispiel die Klinische und Entwicklungspsychologie, weitere Sozialwissenschaften aber auch – im Sinne eines biopsychosozialen Verständnisses – z.B. die Neurowissenschaft mit der Thematik. In den letzten 25 Jahren hat sich zunehmend differenziert, WAS wir unter Gewalt und Kriminalität verstehen – als Beispiel sei hier die Mobbingforschung erwähnt, die immer differenzierter unterschiedliche Formen von Mobbing thematisiert hat. Als Entwicklungspsychologin bin ich erfreut über das zunehmende Verständnis von Gewalt und Kriminalität als



© banane design GmbH Bremen

Prof. Dr. Herbert Scheithauer

Professor für Entwicklungs- und Klinische Psychologie an der Freien Universität Berlin; Präventionsforscher und Entwickler verschiedener Präventionsprogramme

einem Lebensspannenphänomen – sowohl die Entwicklung zu kriminellem und gewalttätigem Verhalten, als auch damit die notwendige Gestaltung von Präventions- und Interventionsmaßnahmen sind aus einer Entwicklungsperspektive besser zu verstehen.

Damit hat sich auch eine international ausgerichtete und differenzierte Präventionslandschaft in Deutschland etabliert, flankiert von der Orientierung an internationalen Standards, z.B. Wirksamkeitsevaluierung mit Hilfe kontrollierter Studien oder z.B. der Qualitätssicherung in der Umsetzung von Maßnahmen. Es haben sich Maßnahmen zur entwicklungsorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention etabliert, die nicht nur problematische Outcomes „prävenieren“ wollen, sondern zugleich im Kindes- und Jugendalter wichtige Kompetenzen (z.B. soziale Kompetenzen) fördern, die nicht nur Risikofaktoren für Gewalt und Kriminalität avisieren, sondern auch verstärkt Schutzfaktoren ansprechen. Eine Umsetzung und Abstimmung (z.B. Communities that Care) der Präventionsmaßnahmen in unterschiedlichen Lebenswelten, wie Kita, Schule, Gemeinde (Community), Prävention in Präventionsketten usw. sind positiv zu nennende Veränderungen in den letzten beiden Dekaden. Zunehmend sind in den Lebenswelten Kita und Schule Akteure hinzugekommen, die bei der Präventionsarbeit unter-



stützen (z.B. Schulsozialarbeiter*innen), zunehmend haben sich Pädagog*innen zu Multiplikator*innen in der Umsetzung von Präventionsmaßnahmen in Bildungseinrichtungen Fort- und Auszubildenden lassen. Schließlich ist erfreulich, dass eine fachliche „Institutionalisierung“ und damit auch Professionalisierung der Präventionslandschaft stattgefunden hat: Herausragende Aktivitäten des Deutschen Forums für Kriminalprävention (DFK), die Etablierung des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention (NZK), die Etablierung der „Grünen Liste Prävention“ und nicht zuletzt auch die wichtigen Aktivitäten rund um den Deutschen Präventionstag sind hier stellvertretend für andere positive Entwicklungen hervorzuheben.

Der 15. DPT hatte das Schwerpunktthema „Bildung – Prävention – Zukunft“. Was ist damals nach Ihrer Einschätzung der Anlass für diese Themensetzung gewesen? Worum drehte sich die Debatte im Wesentlichen?

» Meines Erachtens – und dies hat ja auch Niederschlag in der Berliner Erklärung gefunden – wurde zunehmend deutlich, welche Rolle Bildung und Qualifizierung bei der Entstehung von Gewalt und Kriminalität spielt, aber auch in der und für die erfolgreiche Prävention. Zudem wurde auf die Bedeutung der sozialen Herkunft und auf den Bildungserfolg hingewiesen: „In Deutschland wird der Bildungserfolg jedoch in hohem Maß von Schicht und Herkunft bestimmt. Einkommens-, Bildungs- und Integrationsarmut, die Erfahrung sozialer Ungerechtigkeit und sozialen Ausschlusses

können Kriminalität, insbesondere Gewaltkriminalität begünstigen. Bildungsgerechtigkeit, gleiche Chancen beim Zugang zu Bildung, sind deshalb auch ein Beitrag zur Prävention von Gewalt und Kriminalität“ (Berliner Erklärung).

Ist dieses Thema auch heute noch aktuell? Findet sich ein roter Faden, der sich auch heute noch aufnehmen lässt?

» Leider sind diese Themen, wie sie auf dem Deutschen Präventionstag 2010 thematisiert und in der zugehörigen Berliner Erklärung deutlich formuliert wurden, nach wie vor aktuell und vielleicht sogar noch aktueller. Nach wie vor ist hier die Politik gefragt, übergeordnet und langfristig an Lösungen zu arbeiten, die m.E. mit „einfachen“ Präventionsmaßnahmen alleine nicht zu erbringen sind. Es wäre somit eine Verschränkung der unterschiedlichen Zuständigkeiten (z.B. die verschiedenen Ressorts der Bundesministerien, Bund und Länder) notwendig, um sinnvolle Lösungen unabhängig von Partei- und Ressortzugehörigkeit zu erwirken. Nach wie vor macht sich bei mir der Eindruck breit, dass zwar die Probleme auch schon 2010 klar benannt wurden, sich jedoch nicht wirklich dieser Sache angenommen wird. Eine sozialpolitische Schaufensterpolitik wird damit zu gesellschaftlichen Nischenbildungen, Abgrenzungsphänomenen und langfristigen Verhärtungen der Probleme beitragen, wie wir dies ja in unterschiedlichen Phänomenen der letzten Jahre auch beobachten können.

Was sind aus Ihrer Sicht die aktuell wichtigen Themen und Herausforderungen für die Prävention?

» Nachdem nun verstanden wurde, dass (insbesondere flächendeckend umzusetzende) Präventionsmaßnahmen zunächst einen Wirksamkeitsnachweis brauchen, müssen wir uns verstärkt mit den Bedingungen beschäftigen, die eine gelingende Umsetzung (z.B. Qualitätssicherung) im Feld bestimmen – ein reiner Wirksamkeitsnachweis sagt nichts über die Wirkung unter realen Bedingungen, im Feld, aus. Erkenntnisse aus der Prevention Science, z.B. zur Bereitschaft in Kommunen und Bildungseinrichtungen, überhaupt Maßnahmen als relevant zu erachten und umzusetzen, müssen bei der Umsetzung von Maßnahmen beachtet werden. Ebenso brauchen wir gute Konzepte, um mit möglichen Umsetzungsbarrieren – auf gesellschaftlicher, aber auch auf individueller oder institutioneller Ebene – umzugehen. So ist es verwunderlich, dass beispielsweise die

Förderung sozialer Kompetenzen in allen mir bekannten Landesschulgesetzen als wichtiger Kompetenzbereich genannt wird, Lehrkräfte aber nach wie vor nicht in der grundständigen Lehrkräftebildung darin ausgebildet werden und nicht jede Bildungseinrichtung über „selbstverständliche“ Fördermaßnahmen verfügt. Wir müssen uns stärker mit den genauen Wirkmechanismen der Maßnahmen beschäftigen (Core Elements), mit iatrogenen Effekten, und auch entschieden entbehrliche Maßnahmen aus dem Kanon der regelmäßig umzusetzenden Maßnahmen entfernen. Stärker noch muss eine Umsetzung von Maßnahmen sich an wirksamkeitsevaluierten und qualitätsgesicherten Ansätzen orientieren. Somit könnten geringe finanzielle aber auch zeitliche Ressourcen optimal genutzt werden. Die Erfolge der letzten Dekaden, die z.B. – meiner Meinung nach – auch zu einem Rückgang an Gewaltkriminalität und Gewalt beispielsweise in Schulen, zu einer erhöhten Sensibilität geführt haben, laufen nun schlimmsten Falls Gefahr ins Wanken





zu geraten, da beispielsweise der Lehrkräftemangel oder der Mangel an Erzieher*innen unter Umständen mit Rückschritten in der Qualifizierung von Pädagog*innen in der Umsetzung von Präventionsmaßnahmen führen könnte – schlichtweg aus Mangel an Ressourcen. Und ich muss nicht sagen, dass die aktuelle, seit 2020 bestehende Pandemiesituation sicherlich diese Entwicklung negativ unterstützen wird.

Welche strategische Ausrichtung würden Sie abschließend für die nächsten 25 Jahre Präventionsarbeit in Deutschland und Europa empfehlen?

» Desiderata für die zukünftige Präventionsarbeit in Deutschland sind m.E. u.a. darin zu sehen, stärker entwicklungsorientiert vorzugehen und die insbesondere für die Outcomebereiche „Gewalt“ und „Kriminalität“ unschöne Trennung von universeller, indizierter und

selektiver Prävention, Entwicklungs- und Kompetenzförderung sowie Gesundheitsförderung aufzubrechen, und stattdessen im Sinne einer Synthese dieser Konzepte und Ansätze, Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen. Dafür wäre es wichtig, auch im Sinne der Ressourcenbündelung, in den verschiedenen Lebenswelten und auf Gemeindeebene übergeordnete Konzepte zu erarbeiten und anzugehen, die auch mit der verbesserten Qualifikation der Akteure (z.B. grundständige Lehrkräftebildung, Ausbildung von Erzieher*innen) einhergehen muss. So wären flächendeckende Angebote denkbar, die sich einerseits an wirksamkeits-evaluierten, qualitätsgesicherten Ansätzen orientieren, andererseits aber auch auf die individuellen Problemlagen und Bedürfnisse der jeweiligen Gemeinde bzw. Einrichtung eingehen können. So können fachlich professionalisierte Netzwerke entstehen, die Institutionen und Akteure miteinander verbinden (z.B. in allen Schulen schulische Krisenpräventionsteams,

verbunden mit Akteuren in der Schulpsychologie, Jugendsozialarbeit usw.) oder z.B. stärker Prävention und Intervention (z.B. im Bereich des Schulmobbings) miteinander verknüpfen. Natürlich müssen neue Probleme und Phänomene bedacht und einbezogen werden: Radikalisierung, Cybermobbing, überhaupt Phänomene, die im Zusammenhang mit Neuen Medien neue Formen von Kriminalität und Gewalt hervorbringen. Eine zunehmende Digitalisierung wird es notwendig machen, dass auch alle Akteure im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention zunehmend über entsprechende Kompetenzen, Ressourcen und digitale Souveränität verfügen müssen.

KURZ UND KNAPP

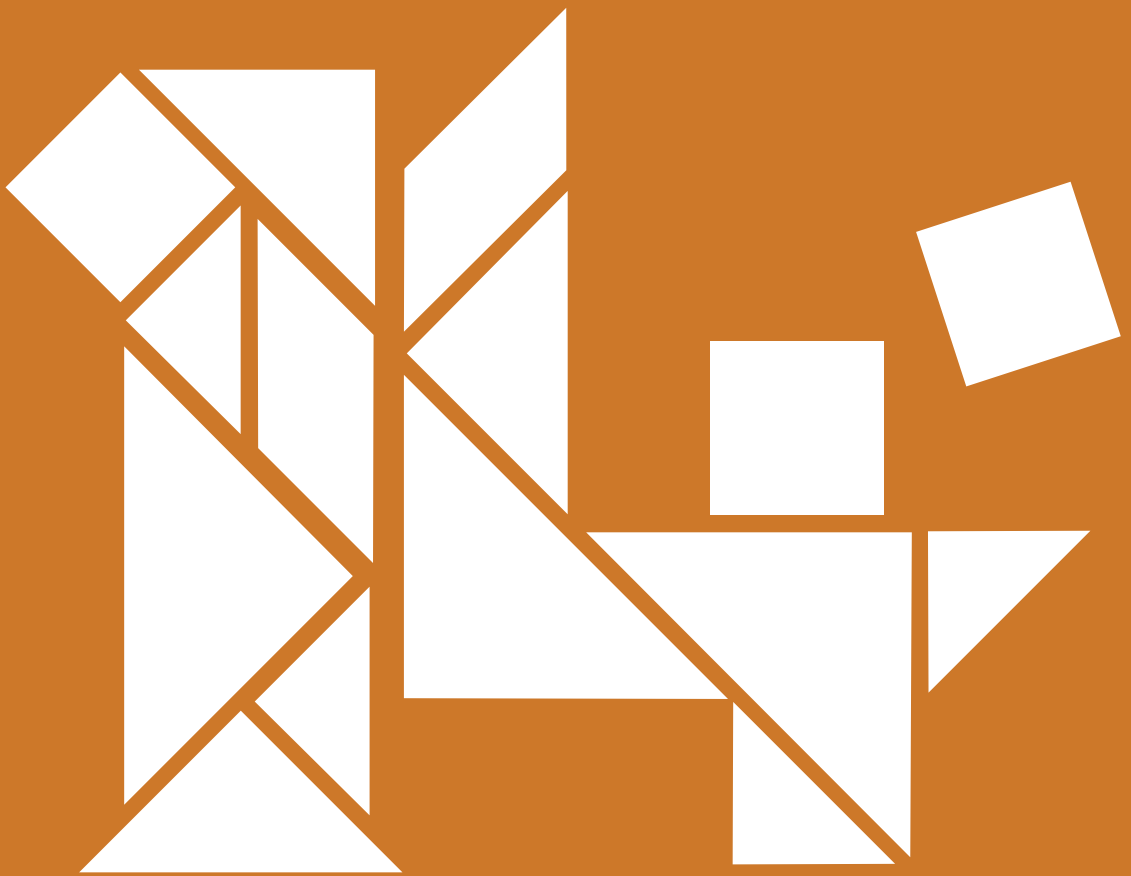
- » 4.419 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 192 aus 36 Staaten
- » 240 Referierende
- » Eröffnungsvortrag „Was prägt uns, Wissen oder Erfahrung?“ von Prof. Dr. Gerald Hüther
- » Abschlussvortrag „Cradle to Cradle und Prävention von Umweltkriminalität“ von Prof. Dr. Michael Braungart
- » 4. Annual International Forum (AIF)
- » 188 Vortragsbeiträge (Vorträge, Projektslots)
- » 208 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnenveranstaltungen und DPT-Universität
- » Filmforum
- » 10 Begleitveranstaltungen



≡ *Solidarität leben –
Vielfalt sichern*

HANNOVER

8./9. JUNI 2009



Am 8. & 9. Juni 2009 wurde der 14. Jahreskongress im Hannover Congress Centrum (HCC) abgehalten und war somit zum dritten Male in der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover zu Gast.

Die Schirmherrschaft lag erneut bei Ministerpräsident Christian Wulff.

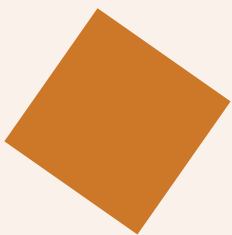
Der Festvortrag wurde vom damaligen Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble gehalten.

Dies erfolgte unter dem Schwerpunktthema „Solidarität leben – Vielfalt sichern“.

Der Deutsche Präventionstag (DPT) besteht nun 25 Jahre und dies ist ein Anlass zum Feiern und zur Gratulation an die Organisatorinnen und Organisatoren, allen voran Erich Marks, die eine unbezahlbare Plattform für unzählige Praktikerinnen und Praktiker geboten haben. Der DPT war und ist – aus einer gewissen Distanz betrachtet – ein besonderes Kommunikationsereignis und vielfach wichtiger als die Fachvorträge selbst. Das muss wahrlich kein Nachteil sein, wie die eigenen Erfahrungen von zahllosen Konferenzen im Wissenschaftsbereich zeigen

Bei Jubiläen befindet sich ein Kommentator unter einem gewissen Nettigkeitszwang, der dazu führen kann, nachsichtig kritische Anregungen für Weiterentwicklungen zu unterlassen. Nun sind die Organisatorinnen und Organisatoren rund um Erich Marks sicherlich selbstkritisch genug, um nicht nur Nettos zu erwarten.

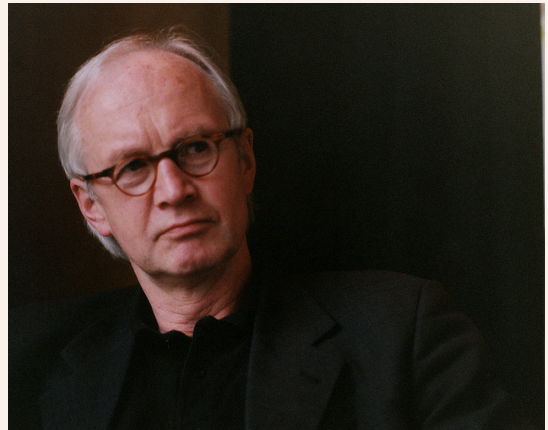
Deshalb möchte ich kurz das Verhältnis von Vielfältigem und Konstantem zur Sprache bringen. Ganz offenkundig ist notwendigerweise das Kennzeichen des DPT die Vielfältigkeit von Präventionsideen, konzeptionellen Ansätzen und umgesetzter praktischer Arbeit in vielen Lebensbereichen, in denen Schädigungen von Kindern und Jugendlichen vorkommen. Ob dabei immer klar ist, was proaktive Prävention ist (wenn also z.B. noch nichts Zerstörerisches passiert ist, obwohl das Potential der Zustände es vermuten lässt) und reaktiver Intervention (wenn also z.B. weiteres Zerstörerisches verhin-



dert werden soll) lasse ich mal offen, weil diese notwendigen Unterscheidungen auch verschiedene Konzepte verlangen – und die Förderungsquote sinken könnte, wenn Potentielles im Schwange ist, aber Politik immer nur nachträglich aktiv wird, weil alles andere eher mit Verschwendung von Steuergeldern assoziiert wird. Dies gehört zur verquastesten Logik des politischen Förderbetriebes.

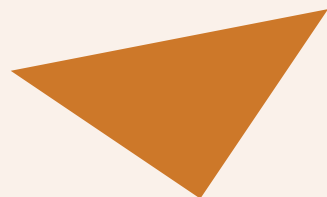
Die positive Vielfältigkeit hat aber auch Nachteile, wenn sie nicht in Verbindung mit Konstanten betrieben wird. Hier setzen zwei kritische Impulse an, die für stärkere zukünftige Konstanten werben wollen.

Der erste betrifft die „fortschreibende“ wissenschaftliche Berichterstattung über gesellschaftliche Zustände am Anfang eines jeden DPT. Darin sollten Beschreibungen von neuen oder verstärkten problematischen Entwicklungen enthalten sein, die idealerweise mit Reflexionen von praktischer Seite begleitet sein sollten, denn es ist wahrlich eine offene Frage, ob z.B. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eigentlich die relevanten Folgerungen aus gesellschaftlichen Zuständen für die Problemlagen etwa in der Sozialarbeit, der politischen Bildung etc. angemessen beschreiben. Das Ansinnen ist es, das komplizierte Verhältnis von Wissenschaft und Praxis neu – entlang von aufgetauchten oder verschärften Problemlagen – zu denken. Die Paradigmen von Wissenschaft und Praxis haben bekanntlich ganz unter-



Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer

*Soziologe und Erziehungswissenschaftler,
Gewalt- und Präventionsforscher; Initiator und
Forschungsprofessur des Instituts für
interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung
(IKG) der Universität Bielefeld*



schiedliche Belohnungslogiken. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler werden belohnt, wenn ihre Theorien oder empirischen Arbeiten möglichst weitreichend sind, also z.B. viele Tatbestände erklären. Dazu müssen sie häufig die Komplexität von Problemen reduzieren. Praktikerinnen und Praktiker dagegen erhalten ihre Belohnung dadurch, dass sie den Einzelfall mit all seiner Komplexität lösen oder zumindest so bearbeiten, dass es keine weitere Verschärfung von Problemlagen gibt.

Diesem Problemfeld – so die „Werbung“ – sollte sich der DPT verstärkt widmen, weil in Zeiten schnellen Wandels kein schlichtes Weiter-So möglich ist. Wie notwendig das wäre, lässt sich z.B. an den massiven Qualitätsveränderungen rechter Bedrohungsallianzen aufzeigen, die in der Praxis von Prävention und Intervention aufgegriffen werden müssten, um nicht den „Innovationen“ in diesem gesellschafts- und demokratiegefährdenden Bereich hinterher zu hecheln. Dazu gehören u.a. die Ausdifferenzierung des politischen Angebotes auch für die rohe Bürgerlichkeit, Modernisierungen historischer Ideologien, neue Ausweitungsstrategien von Resonanzen in sozialräumlichen Kontexten, Flexibilisierung von Kommunikationsformen, Steigerung der Mobilisierungsfähigkeit, um nur einige zu nennen¹. Diese Qualitätsänderungen erfordern erhebliches Umdenken auch in „eingefahrenen“ Präventions- und Interventionsansätzen, denn Kontinuität ist kein „Wert an sich“. Also, ein „Weiter wie bisher“, kann es so nicht geben, weil die rechten Bedrohungsallianzen durchaus teilweise in die Offensive gekommen sind und an Normalisierungsprozessen arbeiten.

Dann hilft gar nichts mehr, denn es gilt ja: Alles was zu einem bestimmten Zeitpunkt als normal gilt, kann man nicht mehr problematisieren.

In der Konsequenz würde das für den DPT bedeuten, die Gelegenheit zu bieten, diese Qualitätsveränderungen auch in anderen Bereichen wahrzunehmen und konzeptionell umzusetzen.

Und hier setzt der zweite kritische Impuls an. Er betrifft die elaborierte Evaluationsforschung². Es ist ein altes, ungelöstes Thema: Das Verhältnis zahlreicher „Präventionsakteure“ zu einer elaborierten Evaluationsforschung, die auch manche Fehlentwicklungen aufdecken kann, ist immer noch zu sehr auf Abwehr getrimmt. Das ist kein Ausdruck von Professionalität, denn es ist ein Gemeinplatz, dass soziale Prozesse gewissermaßen „vollgestopft“ sind mit unkalulierbaren Einflüssen, die nicht jede Aktivität zum Erfolg werden lassen.

Da ist es immer noch merkwürdig, dass sich diese Abwehr in der Praxis mit einer gewollten Vernachlässigung von elaborierter Evaluation bei den politischen Finanzgebern verbindet.

Dies ist eine unheilige Allianz, die eines nicht befördert: die Verbesserung von Praxis – einschließlich einer notwendigen Beendigung von Maßnahmen, wenn sie nichts dergleichen erkennen lassen.

Die Probleme beginnen schon bei der Entwicklung von Förderprogrammen. Die Forderung ist nicht neu, aber vor den Förderentscheidungen müssten die Evaluationsstrategien feststehen, bevor die Antragsteller ihre Anträge stellen, so dass diese wissen, worum es gehen wird.

Dadurch wird auch eine Art „Schrottschuss-Logik“ verhindert zur Prävention: „Irgendwas wird schon zutreffen“.

Dagegen steht auch eine Logik des politischen Förderbetriebes. Sie besagt, dass alle Aktivitäten von Regierenden, in diesem Fall der Förderung von Präventionsprojekten, als ein Erfolg dargestellt werden müssen, denn man will ja wiedergewählt werden. Dies ist kein Ausweis von Souveränität bei politischen und ministerialen Entscheidern.

Insofern gibt es immer noch eine klammheimliche Koalition von ablehnungsstarken Präventionsakteuren und legitimationsheischenden Förderentscheidern. Eine positive Fehlerkultur gibt es weder auf der einen noch der anderen Seite – und die Evaluationsforschung sitzt zwischen allen Stühlen.

Auch ein „Demokratiegesetz“ zur langfristigen Förderung von Prävention und Intervention z.B. gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextremistische Umtriebe wird keine Fortschritte bringen, wenn weder der erste noch der zweite Impuls hinreichende Berücksichtigung findet.

Was bedeutet dies für den DPT? Es wäre dringend geboten, dass der DPT gewissermaßen als „Trommler“ für eine andere Sicht auf die elaborierte Evaluationsforschung auftritt – und sich gegen Alibi-Evaluationen stellt.

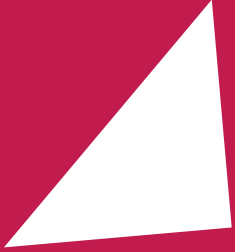
Dem DPT wäre beim 50jährigen Jubiläum zu wünschen, dass dann solche kritischen Anmerkungen als absurd und überflüssig abgetan werden könnten. Ich werde mir den Termin schon mal vormerken.

KURZ UND KNAPP

- » 2.847 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 80 aus 27 Staaten
- » 121 Referierende
- » Festvortrag des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble
- » Abschlussvortrag „Verantwortung in der Wirtschaftskrise – Wie belastbar ist die Soziale Marktwirtschaft?“ von Prof. Dr. Dr. Michael Aßländer
- » 3. Annual International Forum (AIF)
- » 107 Vortragsbeiträge (Vorträge, Projektspots)
- » 139 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen)
- » Bühnenveranstaltungen und DPT-Universität
- » Filmforum
- » 5 Begleitveranstaltungen



LEIPZIG



2./3. JUNI 2008

≡ *Engagierte Bürger –
sichere Gesellschaft*



Der 13. DPT fand am 2. & 3. Juni 2008 im Congress Center Leipzig unter der Schirmherrschaft des damaligen Sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt statt.


Der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung lud in das Neue Rathaus zum Abendempfang.

Das Schwerpunktthema lautete „Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft“.

Als Rückblick wird die Kongresserklärung des 13. Deutschen Präventionstages hier abgedruckt. Die Leipziger Erklärung fasst die zentralen Diskussionspunkte und Forderungen der Veranstaltung prägnant zusammen.

Der 13. DPT befasste sich mit bürgerschaftlichen Engagement, da dieses für die Sicherheit der Bevölkerung einen wichtigen, sogar unerlässlichen Beitrag leistet. Das Ausmaß, in dem die Bürger*innen sich an öffentlichen Aktivitäten beteiligen und zu freiwilligem Engagement bereit sind, gibt Hinweise auf die Qualität einer Gesellschaft, so die grundlegende These.

Auf der Basis des Gutachtens „Bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention“ von Dr. Wiebke Steffen erklärten der Deutsche Präventionstag, seine ständigen Veranstaltungspartner und seine diesjährigen gastgebenden Veranstaltungspartner am 3. Juni 2008:



Leipziger Erklärung des 13. Deutschen Präventionstages: Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft

» **Bürgerschaftliches Engagement ist in Deutschland weit verbreitet**

- *In Deutschland sind fast 70% der Bevölkerung ab 14 Jahren über ihre privaten und erwerbsbezogenen Zwecke hinaus in Vereinen, Organisationen, Gruppen und Einrichtungen am öffentlichen Leben beteiligt. Etwa die Hälfte von ihnen (36% der Bevölkerung) engagieren sich in dem Sinne freiwillig, dass sie in diesen gesellschaftlichen Gruppen längerfristig bestimmte Aufgaben übernehmen.*
- *Zusätzlich zu diesen mehr als 23 Millionen, die sich bereits freiwillig engagieren, gibt es ein großes Potenzial für die Ausdehnung und Intensivierung des bürgerschaftlichen Engagements.*
- *Außerdem bedeutet bürgerschaftliches Engagement nicht nur das „klassische Ehrenamt“, nicht nur die regelmäßige freiwillige Tätigkeit einer Person oder überhaupt ihre Beteiligung am öffentlichen Leben – also nicht nur das Engagement der eben genannten 70% der Bevölkerung –, sondern es gibt noch weit mehr Formen, in denen sich Engagement ausdrücken kann. Etwa durch Zivilcourage, durch Geldspenden, durch die Beteiligung an einer Bürgerstiftung.*

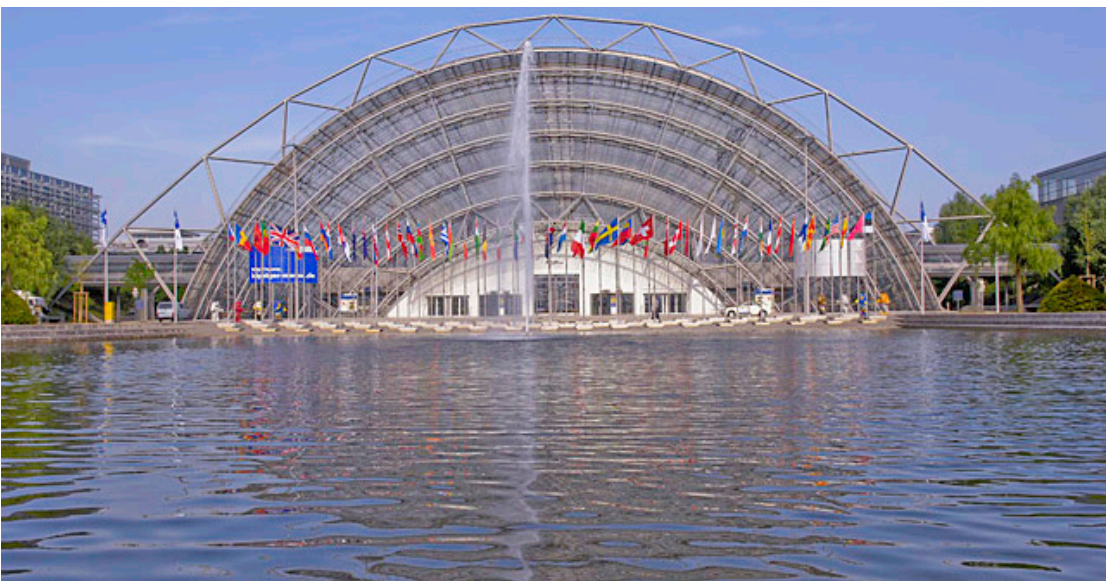
- Das Spektrum des Engagements umfasst nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Viele davon sind auf dieses Engagement angewiesen, manche würden ohne es vielleicht gar nicht mehr existieren.

- Allerdings ist für das bürgerschaftliche Engagement in den letzten Jahrzehnten ein erheblicher Strukturwandel festzustellen: Bürgerschaftliches Engagement ist seltener als früher ein „Engagement auf Lebenszeit“, die Menschen wollen sich nicht nur im Verband oder Verein engagieren, sondern auch in neuen, informellen Strukturen und dabei ihr Arbeitsfeld selbst gestalten, Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten erhalten; erforderlich sind neue Zugänge zu Mitwirkungsmöglichkeiten, die das individuelle Engagementangebot und den gesellschaftlichen Engagementbedarf aufeinander abstimmen.

» Bürgerschaftliches Engagement ist das soziale Kapital unserer Gesellschaft, es kann Kriminalität verhindern und Kriminalitätsfurcht vermindern

- Wenn in Deutschland so viele Bürger öffentlich aktiv sind, dann ist das auch ein Indikator für ein hohes Maß an Sozialkapital, an sozialem Zusammenhalt und sozialer Qualität der deutschen Gesellschaft.

- Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur ein Bestandteil dieses Sozialkapitals, es schafft auch soziales Kapital: Die Verbundenheit und das Verständnis zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft, die Verlässlichkeit gemeinsam geteilter Regeln, Normen und Werte und nicht zuletzt das Vertrauen in die Institutionen des Staates.



Dadurch wirkt es sich auch positiv auf die Sicherheit einer Gesellschaft und das Sicherheitsgefühl ihrer Bürger aus – und zwar schon ganz generell, ohne dass sich Bürger konkret im Bereich der Kriminalitätskontrolle engagieren.

» Erfolgreiche Kriminalprävention ist ohne bürgerschaftliches Engagement nicht möglich

- *Kriminalprävention gilt nach allgemeinem Verständnis als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, an der sich auch und gerade engagierte Bürger beteiligen können.*
- *Dass sich Bürger an der Kriminalprävention nicht nur beteiligen können, sondern sollen, ja sogar müssen, wenn Straftaten verhindert bzw. in ihren Folgen vermindert und die Sicherheitslage sowie das Sicherheitsgefühl verbessert werden sollen, lässt sich beispielhaft darstellen an dem bürgerschaftlichen Engagement für Kriminalprävention durch Zivilcourage, Hilfe- und Anzeigebereitschaft, durch Opfer-, Straffälligen- und Bewährungshilfe, durch Netzwerke für Sicherheit auf kommunaler Ebene.*
- *Diese Beispiele zeigen, dass bürgerschaftliches Engagement in der Kriminalprävention etabliert ist und positive Auswirkungen auf die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl hat. Ohne engagierte Bürger wäre eine sichere Gesellschaft nicht möglich.*

» Engagementpotenziale für die Kriminalprävention nutzen

- *Allerdings ist die Engagementquote – im Vergleich zu der in anderen gesellschaftlichen Bereichen – noch relativ niedrig, das Engagementpotenzial bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Damit bestehen große Möglichkeiten – und auch Notwendigkeiten – bürgerschaftliches Engagement für Kriminalprävention auszuweiten und zu intensivieren. Dabei gilt es insbesondere*
- *den Strukturwandel des bürgerschaftlichen Engagements zu berücksichtigen, der einem bürgerschaftlichen Engagement in der Kriminalprävention entgegen kommt, in der eher die anlass- und problembezogene Mitarbeit gefragt ist als „lebenslanges“ Engagement und neue, informelle Strukturen entstanden sind.*
- *eine Anerkennungskultur zu entwickeln, die der Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Engagementformen im Bereich der Kriminalprävention gerecht wird und den Engagierten glaubhaft deutlich macht, dass es wirklich auf sie ankommt. Zur Anerkennungskultur gehören auch die Aus- und Weiterbildung für die engagierten Bürger sowie die Evaluation kriminalpräventiver Maßnahmen und Projekte.*



» Engagierte Bürger – sichere Gesellschaft

Der Deutsche Präventionstag appelliert an die Verantwortlichen in der Politik, in Vereinen, Verbänden und sonstigen zivilgesellschaftlichen Gruppierungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene

- Alle Möglichkeiten zu nutzen, um kriminalpräventives Engagement in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Medien, darzustellen, sichtbar zu machen, anzuerkennen und zu würdigen.
- Dabei insbesondere auch den Vorurteilen zu begegnen, die immer noch gegenüber Menschen bestehen, die sich kriminalpräventiv für Sicherheit engagieren.
- Weitere Engagementmöglichkeiten zu eröffnen und in den für Kriminalprävention relevanten öffentlichen Bereichen zu einer stärker bürgerschaftlich ausgerichteten Kultur des Planens und Entscheidens zu kommen.
- Dem Bedürfnis der Engagierten nach Selbstbestimmung und Mitgestaltung zu entsprechen, bereits bestehende Angebote und Maßnahmen der Qualifizierung weiterzuentwickeln und zusätzliche zu schaffen, Projekte und Maßnahmen zu evaluieren sowie Netzwerke und Infrastrukturen aufzubauen.
- Das kriminalpräventive Engagement von Unternehmen und der Mitarbeiter von Unternehmen zu stärken und zu fördern.

Der Deutsche Präventionstag begrüßt nachdrücklich

- *Den Bericht „Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft“ der vom Deutschen Bundestag eingesetzten Enquetekommission und regt eine dauerhafte Beobachtung bürgerschaftlichen Engagements an, insbesondere auch in der Kriminalprävention.*
- *Die Fortsetzung der vom Bundesministerium für Familie und Senioren, Frauen und Jugend in Auftrag gegebenen „Freiwilligensurveys“ und regt eine vertiefende, differenziertere Erfassung des freiwilligen Engagements im Bereich der Kriminalprävention an.*

Leipzig, 3. Juni 2008“

KURZ UND KNAPP

- » 4.144 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 73 aus 33 Staaten
- » 88 Referierende
- » Eröffnungsvortrag „Prävention durch bürgerschaftliches Engagement?“ von Prof. Dr. Christian Pfeiffer
- » Abschlussvortrag „Prävention aus neurobiologischer Sicht“ von Prof. Dr. Gerald Hüther
- » 2. Annual International Forum (AIF)
- » 51 Vorträge
- » 149 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnenveranstaltungen und DPT-Universität (Kinder-, Jugend- und Seniorenuni)
- » Filmforum
- » 4 Begleitveranstaltungen



WIESBADEN



≡ *Starke Jugend –
starke Zukunft*



18./19. JUNI 2007



In Wiesbaden tagte am 18. & 19. Juni 2007 der 12. Jahreskongress.

Veranstaltungsort waren die Rhein-Main-Hallen.

Unter der Schirmherrschaft des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch war der Kongress dem Schwerpunktthema „Starke Jugend – starke Zukunft“ gewidmet.

Dazu passend ergänzte eine DPT-Universität für Schülerinnen und Schüler sowie auch Eltern das Programm.

Kriminalitätsprävention im Jugendalter: Eine Bilanz im Horizont des 12. Deutschen Präventionstags

In Erinnerung an Wiebke Steffen

In der mittlerweile beachtlichen Geschichte der Deutschen Präventionstage (DPT) stellt der 12. Präventionstag 2007 mit seinem Schwerpunktthema „Starke Jugend – Starke Zukunft“ bis heute einen bemerkenswerten Sonderfall dar: Obwohl in der langen Historie der Präventionstage die Altersgruppe junger Menschen immer und in vielfältiger Weise¹ thematisiert wurde, ist der 12. DPT der einzige, der Jugendliche auch im Titel in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt hat.

Ein nur cursorischer Blick auf die jährlichen inhaltlichen Schwerpunkte der Präventionstage belegt dies.² Diese haben sich im vergangenen Vierteljahrhundert durch eine breite Themenvielfalt ausgezeichnet, die immer wieder neue Themen auf die „Agenda der Prävention“ gesetzt hat: Von der kommunalen und gesamtgesellschaftlichen Kriminalitätsprävention, über Gewalt, Migration und Vielfalt, zivilgesellschaftliches Engagement, Bildung und

**Dr. Christian Lüders**

bis Ende 2020 Leiter der Abteilung Jugend und Jugendhilfe am Deutschen Jugendinstitut in München

**Bernd Holthusen**

Politikwissenschaftler und Jugendhilfeforscher; Fachgruppenleiter beim Deutschen Jugendinstitut (DJI)

Wissenschaft, zur Evaluation und Ethik von Prävention, zu sozialen Medien und zur Digitalisierung bis hin zur Extremismusprävention und Demokratieförderung. Interessanterweise wurde im ersten Jahrzehnt bei den Kongress-themen regelmäßig der Begriff Kriminal(itäts)prävention (bzw. Gewaltprävention) in den Titeln genutzt, anschließend wurde in den Schwerpunktthemen allgemein von Prävention gesprochen, ohne explizit Bezug auf Kriminalität zu nehmen. Man kann darin eine thematische Erweiterung, unter kritischer Perspektive auch eine Entgrenzung erkennen. Darüber hinaus zeichnete der DPT sich immer auch dadurch aus, Erfahrungen aus anderen Ländern in die deutsche Fachdebatte einzubringen. Über die Jahre wurde die internationale Ausrichtung fortgesetzt institutionalisiert.

Auch wenn Jugend nur ein einziges Mal als explizites Schwerpunktthema des Präventionstags benannt worden ist, so war Delinquenz im Kindes- und Jugendalter in ihren verschiedenen Varianten und den darauf bezogenen Präventionsstrategien kontinuierlich auf allen DPT Gegenstand der Befassung. Bereits auf dem ersten Präventionstag fand ein auf Jugend und Gewalt ausgerichteter Arbeitskreis statt, in den nächsten Jahren gefolgt von Workshops und Foren zu Jugendlichen. Darüber hinaus rückten zunehmend auf Kinder und Jugend bezogene

Praxisfelder und Institutionen wie die Kinder- und Jugendhilfe, die Schule und die Jugendstrafjustiz – mit eigenen Veranstaltungsformaten – in den Blick der Debatten. Teils wurde das Kindes- und Jugendalter im Rahmen der jeweiligen Schwerpunktthemen, aber auch im allgemeinen Programm thematisiert. Im Ergebnis lassen sich allein im DPT-Map – dem Suchportal des DPT für Präventionsthemen – unter dem Stichwort Jugend quantitativ beeindruckende 300 Maßnahmen und Projekte, 505 Fachorganisationen, 306 Personen und 1.201 aktuelle Nachrichten finden.³

Die jugendtheoretische Perspektive des 12. Deutschen Präventionstags

Trotz der oben ausgeführten Dauerpräsenz des Jugendalters auf den Präventionstagen nimmt aus jugendtheoretischer Perspektive der 12. DPT eine Ausnahmestelle ein: Zum ersten und bis heute einzigen Mal⁴ wurde nicht nur der Blick bewusst auf eine Altersgruppe gelenkt, sondern auch der Versuch unternommen, die Daten zur Delinquenzbelastung der 14- bis 21-Jährigen jugend- und sozialisationstheoretisch zu interpretieren, um von dort aus Folgerungen für die Präventionspraxis zu ziehen. Explizit nachvollziehbar wird dieses Anliegen sowohl anhand des Gutachtens zum 12. DPT am 18. und 19. Juni 2007 von Dr. Wiebke Steffen (2008)⁵ als auch auf der abschließenden sogenannten Wiesbadener Erklärung (Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner 2008), die auf diesem Gutachten basiert.⁶

Ausgehend von der Diskrepanz zwischen öffentlicher Wahrnehmung und vorhandenen Befunden zur Jugenddelinquenz unternimmt das Gutachten den Versuch, einerseits das Thema Jugenddelinquenz und Gewalt im Jugendalter ernst zu nehmen, ohne aber andererseits vorschnell einer Verschärfung der gesetzlichen Vorgaben das Wort zu reden. Das ist schon deshalb erwähnenswert, weil damals eine intensive Debatte um eine Verschärfung des Jugendstrafrechtes die Öffentlichkeit beschäftigte, die – dies sei am Rande erwähnt – nicht zuletzt von dem damaligen hessischen Ministerpräsidenten und Schirmherrn des 12. DPT (sic!) Roland Koch immer wieder befeuert wurde (vgl. z. B. FAZ vom 28.12.2007)⁷.

Auch heute noch liest sich das Gutachten wie eine ausdrückliche Gegenposition zu derartigen Forderungen – und erweist sich damit als ein ausgesprochen jugend- und kriminalpolitisches Gutachten. Schon mit den ersten Sätzen wird mit leichter Ironie Distanz hergestellt: „Klagen über die Jugend gehören offensichtlich zur Menschheitsgeschichte. Seit den ersten schriftlichen Überlieferungen finden sich dafür zahlreiche Belege. Es scheint zur – eher ungluten – pädagogischen Tradition zu gehören, die jeweils nachwachsende Generation für normloser und gewalttätiger zu halten als die vorangegangene – und jetzt urteilende! – Generation“ (Steffen 2008, S. 233).⁸

Noch eindeutiger wird diese Gegenposition in dem folgenden Abschnitt: „Dieser traditionell sorgenvolle bis verzweifelte, ja ängstliche Blick der Erwachsenen auf die junge Generation

lässt sich für die Wahrnehmung in Deutschland auf die Formel bringen: ‚Immer mehr, immer jünger, immer schlimmer‘. Jugendkriminalität und insbesondere Jugendgewalt nähmen dramatisch zu, die Täterinnen und Täter würden immer jünger, Kinder und Jugendliche immer gewalttätiger und brutaler – und: ‚nothing works‘, man könne nichts dagegen tun, könne dieser Kriminalität nicht vorbeugen, könne sie allenfalls mit polizeilichen und strafrechtlichen Mitteln repressiv eindämmen“ (a. a. O.).

Was folgt, ist eine systematische Kritik dieser Wahrnehmung – auch im Horizont der These von dem „politisch-publizistischen Verstärkerkreislauf“ (vgl. Scheerer 1978) – auf der Basis der verfügbaren Daten einerseits und jugendtheoretischer Überlegungen andererseits. Diagnostiziert wird dabei zunächst auf der Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) und Dunkelfeldbefunden zur Jugendkriminalität in Deutschland über verschiedene Deliktbereiche und Adressat*innengruppen hinweg eine „gehäuftes strafrechtlich relevantes Verhalten junger Menschen“ (Steffen 2008, S. 234). Das Ergebnis ist eindeutig: „Die empirischen Befunde widersprechen der Wahrnehmung einer immer häufigeren, immer jüngeren und immer schlimmeren Jugendkriminalität, sie stützen sie zumindest nicht: Insgesamt geht die Registrierungshäufigkeit von Jugendkriminalität eher zurück, deutlich im Bereich der Eigentums- und Raubdelikte. Die kriminalstatistischen Zunahmen im Bereich der Gewalthandlungen zeigen sich nicht im Dunkelfeld und haben ihre Ursache offensichtlich auch in einer Steigerung der Anzeigebereitschaft bei Delik-

ten von geringerem Schweregrad. Eine zunehmende Brutalisierung der Jugendlichen ist im Hellfeld ebenso wenig zu erkennen wie im Dunkelfeld – und auch nicht die Wahrnehmung, die Täter und Täterinnen würden immer jünger“ (Steffen 2008, S. 239f).

Die differenzierte Auseinandersetzung mit den Daten belegt darüber hinaus erneut – Wiebke Steffen verweist u. a. auf das Gutachten zum 8. Deutschen Präventionstag 2003 (vgl. Bannenberg 2003) – eine höhere Belastung im Bereich der Gewaltdelikte vor allem bei männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Eingebettet wird dies – u. a. mit Bezug auf den zweiten Periodischen Sicherheitsbericht (Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz 2006, 427f.) in eine sozialisationstheoretische Perspektive, die bis heute nichts an ihrer Aktualität verloren hat: „Auf die entscheidende Ursache für diese höhere Belastung, die Kumulation von Risikofaktoren bei männlichen Jugendlichen mit Migrationshintergrund – wie familiäre Faktoren, insbesondere Gewalterfahrungen, soziale Benachteiligungen und Belastungen, Schwierigkeiten der Integration, Orientierung an gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen und einer Kultur der Ehre – und ihre Konsequenzen gerade für die Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft der ‚zweiten und dritten Generation‘, hat zumindest ein Teil der kriminologischen Forschung seit Jahrzehnten aufmerksam gemacht und entsprechende Interventions- und Integrationsmaßnahmen eingefordert“ (Steffen 2008, S. 249).



Einen weiteren wichtigen Beitrag zur Fachdiskussion leistet das Gutachten – das sei hier noch am Rande betont –, indem es ausführlich nicht nur die Seite der Täter*innen in den Blick nimmt, sondern einen eigenen Abschnitt zum Thema „Jugendliche als Opfer von Kriminalität“ widmet (vgl. Steffen 2008, S. 240-242) und dabei auch auf das Phänomen des Täter-Opfer-Statuswechsel aufmerksam macht (Steffen 2008, S. 241) – ein bis heute wichtiger, aber immer wieder gerne übersehener Aspekt und zentraler Ausgangspunkt für pädagogische und präventive Angebote an junge Menschen.

Jugend-, kriminal- und präventionspolitisch aber noch wichtiger als die Interpretation der aktuellen Datenlagen ist eine weitere, eigentlich auch schon länger bekannte Beobachtung: „Kennzeichnend für diese ‚altersspezifische‘ Jugendkriminalität sind ihre weite Verbreitung („Ubiquität“), ihre Episodenhaftigkeit – für die ganz überwiegende Zahl der Jugendlichen ist das normabweichende Verhalten eine vorübergehende Auffälligkeit im Verlauf ihres Entwicklungs- und Reifungsprozesses –, ihre Nicht-Registrierung – nur ein geringer Teil der Jugenddelinquenz wird den Instanzen der formalen Sozialkontrolle bekannt – und die Spontanbewährung – die weitaus meisten Jugendlichen hören von selbst wieder damit auf, strafbare Handlungen zu begehen. Die jugendtypische Delinquenz hat viel mit temporären Entwicklungsproblemen und Einflüssen der Peer-Gruppe zu tun, aber relativ selten mit gravierenden Störungen oder Erziehungsdefiziten“ (Steffen 2008, S. 265; vgl. hierzu auch Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspart-

ner 2008, S. 320f.). Die Autorin schließt daraus: „Der überwiegende Teil der in den letzten Jahren entwickelten Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalters lässt sich als pädagogische Strategien kennzeichnen. Diese Ausrichtung wird der Tatsache gerecht, dass die Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter es mit Aufwachsenden zu tun hat. Gewalt im Jugendalter kann vorrangig durch Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb bewältigt werden. In diesem Sinne sollte gewalttätiges Handeln in der präventiven Arbeit mit Kindern und Jugendlichen als Lernchance verstanden werden“ (Steffen 2008, S. 267; vgl. auch Lüders/Holthusen 2008).

Delinquenz im Kindes- und Jugendalter wird hier also in einem jugendsoziologischen Sinne als Moment des Aufwachsens in einer spätmodernen, d. h. hochgradig individualisierten, pluralisierten und komplexen Gesellschaft ohne klare Referenzen begriffen. Der sicherheitspolitische Blick wird in ein Verhältnis zu den Bedingungen des Aufwachsens und den damit verbundenen gesellschaftlichen Kernherausforderungen wie etwa Qualifizierung, Verselbstständigung und Positionierung (vgl. hier Deutscher Bundestag 2017, S. 65ff.) gesetzt. Und die Antwort darauf ist erst mal Pädagogik und nicht Strafe. Die klare und weitsichtige Positionierung des 12. DPT ist auch aus heutiger Perspektive hochaktuell und für den öffentlichen, aber auch für den Fachdiskurs immer wieder hervorzuheben.

Eine Folge dieser Perspektive ist, dass der Präventionsbegriff und seine Implikationen vor allem mit Blick auf junge Menschen in den Blick geraten. Unter der Überschrift „Prävention der altersspezifischen Jugendkriminalität“ wird in dem Gutachten argumentiert, dass die „normale, alterstypische (Gewalt-)Kriminalität von Kindern und Jugendlichen [...] als Lernchance verstanden und mit „Augenmaß“ betrachtet und beurteilt werden [sollte]. So wichtig es ist, Normverstöße und insbesondere Rohheit und Vandalismus nicht hinzunehmen, jungen Menschen die Grenzen des Erlaubten deutlich zu machen, so wichtig ist es auch, mehr Verständnis für delinquente und gewalthaltige Handlungen zu wecken, wie sie im Alltag von jungen Menschen andauernd vorkommen und ihre Funktionen für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu sehen. Normverstöße, Lernen durch das Ausreizen von Grenzen und aus Fehlern, gehören zum Heranwachsen und sollten zwar der Anlass für ein-

deutig missbilligende Reaktionen sein – wenn auch keineswegs notwendigerweise mit Mitteln des Strafrechts –, aber nicht der Anlass zu Sorge oder gar Dramatisierung. Die nicht zuletzt durch die Etablierung der Kriminalprävention bewirkte Vor-Verlagerung der Aufmerksamkeit für ‚kriminelle‘ und insbesondere ‚gewalthaltige‘ Verhaltensweisen junger Menschen sollte nicht (weiter) dazu führen, dass immer mehr und immer häufiger jugendtypische Verhaltensweisen kriminalisiert werden. Deshalb sollten auch Programme und Maßnahmen der sozialen Prävention, die sich an **alle** [Herv. i. O.] Kinder und Jugendlichen richten – etwa mit den Zielen von Erziehung, Lernen und Kompetenzerwerb –, nicht unter der Bezeichnung Kriminal- oder Gewaltprävention durchgeführt werden“ (Steffen 2008, S. 261).

Diese Passage ist in mehrfacher Hinsicht zentral. Als erstes wird unterschieden zwischen Formen der Delinquenz, denen auch mit den



Mitteln des Jugendstrafrechts deutlich begegnet werden muss, und Normverstößen, die zum Aufwachsen dazugehören und die insofern für das Aufwachsen funktional sind, weil das eigene Ausloten und Erfahren von Grenzen gerade in spätmodernen Gesellschaften eine Form der Positionierung in der Welt darstellt. Daraus ergibt sich zweitens, dass auch die Präventionsstrategien differenziert werden müssen. Weder erscheint es angemessen, alle jungen Menschen unter den Verdacht zu stellen, irgendwann Straf- bzw. Gewalttäter*in zu werden, um ihnen dann entsprechend mit Präventionsangeboten zu begegnen. Was hier anklingt, ist angesichts des vorübergehenden Charakters von Delinquenz bei den allermeisten Jugendlichen nicht nur eine generelle Skepsis gegen general- bzw. primärpräventive Strategien im Kindes- und Jugendalter im Bereich Kriminalität, sondern auch die Warnung davor, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Es gilt also zu differenzieren zwischen sich abzeichnenden, möglicherweise dauerhaft problematischen Handlungsweisen einerseits und alters-typischen Grenzauslotungen andererseits.

Drittens schließlich formuliert die Passage eine deutliche Kritik an der Idee der permanenten Vorverlagung präventiver Angebote, die im Bereich Delinquenz und Gewalt vor allem Kinder und Jugendliche tangieren. Denn angetrieben durch scheinbare Alltagsevidenz, dass man nur früh genug ansetzen muss, um Probleme zu vermeiden, wurde und wird in der Präventionspraxis immer wieder für frühe Interventionen, am besten primärpräventiv, argumentiert (vgl. u. a. Holthusen/Hoops

S.13). Die dabei im Hintergrund stehende Verdachtslogik, die mehr oder weniger latenten Stigmatisierungen der Zielgruppen als potentielle Gewalttäter*innen und kriminelle Jugendliche wird gerne übersehen bzw. als vernachlässigenswert auf die Seite gelegt.

Plädoyer für ein eingehegtes Präventionsverständnis auf dem 12. Deutschen Präventionstag

Demgegenüber plädiert das Gutachten für ein eingehegtes Präventionsverständnis. Es fokussiert Prävention auf jene Bereiche, für die man mit guten Gründen von sich abzeichnenden problematischen Entwicklungen sprechen kann – also in der klassischen Dreiteilung vor allem sekundäre, ggf. tertiäre Prävention. Prävention wird dabei in ihrer eigenen Handlungslogik im Sinne einer Verhinderungslogik ernst genommen und gegenüber anderen Handlungslogiken wie etwa Empowerment oder z. B. Bildung abgegrenzt (vgl. hierzu z. B. Holthusen u. a. 2011; Holthusen 2020).

Historisch betrachtet war diese eine durchaus unbequeme Perspektive, die sich gleichzeitig gegen drei andere Positionen wendete. Sie wendete sich zum einen gegen jene Protagonist*innen, die allein in der Verschärfung des Strafgesetzes eine wirksame Antwort auf die Daten der PKS sahen, indem sie die Möglichkeiten von Prävention betonte und jugendsoziologisch den Entwicklungsaspekt und die pädagogischen Möglichkeiten hervorhob. Sie war skeptisch gegenüber einem entgrenzten Präventionsoptimismus und argumentierte stattdessen – wie angedeutet – für ein eingehegtes Ver-

ständnis von Prävention. Und schließlich sah sich dies mit der Kritik konfrontiert, die die immmanenten Probleme des Präventionsbegriffes (vor allem: Logik des Verdachts) nutzt, um diesen generell abzulehnen, die aber nicht für Strafe plädiert, sondern für Bildung als Alternative (vgl. z. B. Lindner 1999; Lindner/Freud 2001).

Das Gutachten und die Erklärung waren sicherlich nicht die ersten Texte, die die zuvor skizzierten Positionen formulierten. Vieles war bereits einerseits in der kriminologischen Forschung (vgl. dazu u. a. Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz 2001; Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz 2006) und andererseits in den Diskursen zu den Präventionsstrategien im Jugendalter seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre angelegt. Als Grundlagenpapiere des 12. DPT indizierten sie jedoch einen zumindest in weiten Teilen der Fachszene verbreiteten Konsens und erwiesen sich damit als wichtige fachpolitische Bezugspunkte, die bis heute – allerdings mit erkennbaren Unterschieden – ihre Gültigkeit haben. So lässt sich im Fall der Debatten um eine Verschärfung des Jugendstrafrechtes zunächst festhalten, dass sie deutlich abgenommen haben – sicherlich auch unterstützt durch seit Jahren „aushaltbare“ Belastungsquoten (vgl. Arbeitsstelle 2021). Der Konsens reicht derzeit weit in die demokratischen Parteien – was nicht heißt, dass dieser Konsens bei deutlich steigenden Zahlen sich nicht wieder verflüchtigen könnte.⁹

Als etwas komplizierter erweist sich die Sachlage in Bezug auf das Präventionsverständnis. Hier zeigt sich eine gemischte Diskurslage. Auf

der einen Seite stehen jene, die nach wie vor an dem zurückhaltenden und pädagogischen Verständnis von Prävention festhalten (vgl. z. B. DJI 2011; zum pädagogischen Verständnis von Prävention im Kindes- und Jugendalter vgl. Steffen 2012). Auf der anderen Seite trifft man selbst im engeren Fachdiskurs immer auf Standpunkte, die den Präventionsbegriff sehr weit fassen. Als ein prominentes Beispiel ist hier die Position des Deutschen Forums Kriminalprävention zu nennen, die sich deutlich von dem von Steffen (2012) formulierten Präventionsverständnis abgrenzt (Kahl 2012).

Die damit einhergehenden Kontroversen zum Präventionsverständnis gehen weit über den Bereich Kriminalität und Delinquenz hinaus. So sah sich z. B. die Kommission für den 16. Kinder- und Jugendbericht, der sich mit der Förderung demokratischer junger Menschen befasste (Deutscher Bundestag 2020), auch im Horizont der einschlägigen Programmbereiche zur Extremismusprävention der Bundes- und Länderprogramme (vgl. als erste Übersicht: Deutscher Bundestag 2020, S. 514ff.; vgl. auch BMFSFJ 2021) veranlasst, an die Unterschiede zwischen politischer Bildung und Extremismusprävention zu erinnern: „Die Logiken, nach denen sie aktiv werden, unterscheiden sich deutlich: Während Prävention per Definition einer Verhinderungslogik folgt, wird Demokratiebildung von einer Ermöglichungs- bzw. Gestaltungslogik bestimmt: Geht es ersterer aus der Defensive eines Bedrohungsszenarios heraus primär reaktiv um Vorbeugung und Vermeidung von Problemen, Gefährdungen und Gefahren, die

als bedrohlich wahrgenommen und eingestuft werden, strebt letztere eher proaktiv und offensiv gewendet die Befähigung zum aktiven Erhalt und zur Fortentwicklung von demokratischen Verhältnissen an. Das Interesse konzentriert sich hier nicht problem- und defizientzentriert auf Distanzerhalt zu oder Dekonstruktion von antidemokratischen Haltungen, sondern darauf, Konstruktionsarbeit an Demokratie zu initiieren und zu fördern. Im Vordergrund stehen hier nicht Fragen öffentlicher Sicherheit, sondern Bedürfnisse und Interessen nach individueller und kollektiver Lebensgestaltung im Rahmen der Herstellung, Durchsetzung und Infragestellung allgemein verbindlicher und öffentlich relevanter Regelungen“ (Deutscher Bundestag 2020, S. 128).

Weitere Entwicklungslinien nach dem 12. DPT im Feld der Prävention von Delinquenz im Kindes- und Jugendalter

Als Abschluss dieses Rückblicks liegt es knapp eineinhalb Jahrzehnte nach dem 12. Deutschen Präventionstag nahe, –zumindest kursorisch– zu bilanzieren, wie sich in den Folgejahren bis heute der oben skizzierte spezifische Zugang einerseits behauptet und andererseits aber auch verändert hat.

Thematisch ist in den letzten Jahren vor allem eine Erweiterung des Präventionsfeldes auf den politischen Extremismus und politisch motivierte Gewalt erfolgt (mit entsprechenden Schwerpunkten auf dem 23. und 24. DPT). Demgegenüber traten die Themen nicht-politisch bzw. nicht-weltanschaulich motivierte

Jugendkriminalität und -gewalt geradezu in den Hintergrund. Zugleich muss konstatiert werden, dass in den Folgejahren kein weiterer eigenständiger altersgruppenbezogener thematischer Fokus für die DPT gesetzt wurde; die Altersgruppe der Kinder und Jugendlichen wurde allerdings als besonders gefährdete Gruppe in spezifischen Bereichen z. B. Digitalisierung/soziale Medien thematisiert. Hinzugekommen ist der Themenbereich des Kinderschutzes: Dieser hat beständig an Bedeutung gewonnen und sich zunehmend ausdifferenziert. Fortgesetzt wurden auch die Themen Migration/Flucht/Einwanderungsgesellschaft und immer differenzierter bearbeitet.

Die auf dem 12. DPT eingeschlagene thematische Einhegung des Präventionsbegriffs konnte sich in den Folgejahren in den anderen Themenfeldern des DPT nicht durchsetzen. Stattdessen lassen sich weite und nicht selten wenig bis gar nicht reflektierte Präventionsverständnisse in den verschiedenen Fachpraxen beobachten. Für die fachliche Weiterentwicklung der Handlungsfelder wäre aber aus unserer Sicht eine kritische Auseinandersetzung mit den jeweiligen Präventionsverständnissen erforderlich, wie sie in dem Gutachten für den 12. DPT entwickelt wurde. Als ein positives Beispiel dafür wären z. B. die aktuellen Debatten um das Verhältnis von Verhinderungs- vs. Ermöglichungslogik, wie sie zuletzt im Rahmen des 16. Kinder- und Jugendberichts geführt worden sind, und auch die Diskussionen um Resilienz, Befähigung etc. zu nennen.

Der durch das Gutachten von Wiebke Steffen herausgearbeitete jugendtheoretische Blick auf Delinquenz im Kindes- und Jugendalter und die Bedeutung der pädagogischen Ausrichtung der auf Kinder und Jugendliche bezogenen Präventionsstrategien konnte sich im Großen und Ganzen¹⁰ in den Fachdiskursen (leider nicht immer in den medialen Diskursen) weiter etablieren. Diesen Weg gilt es auch in der Zukunft fortzusetzen.

Insgesamt hat der Präventionstag 2007 einen wichtigen Bezugspunkt für die fachliche Weiterentwicklung der Prävention von Delinquenz im Kindes- und Jugendalter geliefert. Sein Potential ist bis heute nicht ausgeschöpft.

KURZ UND KNAPP

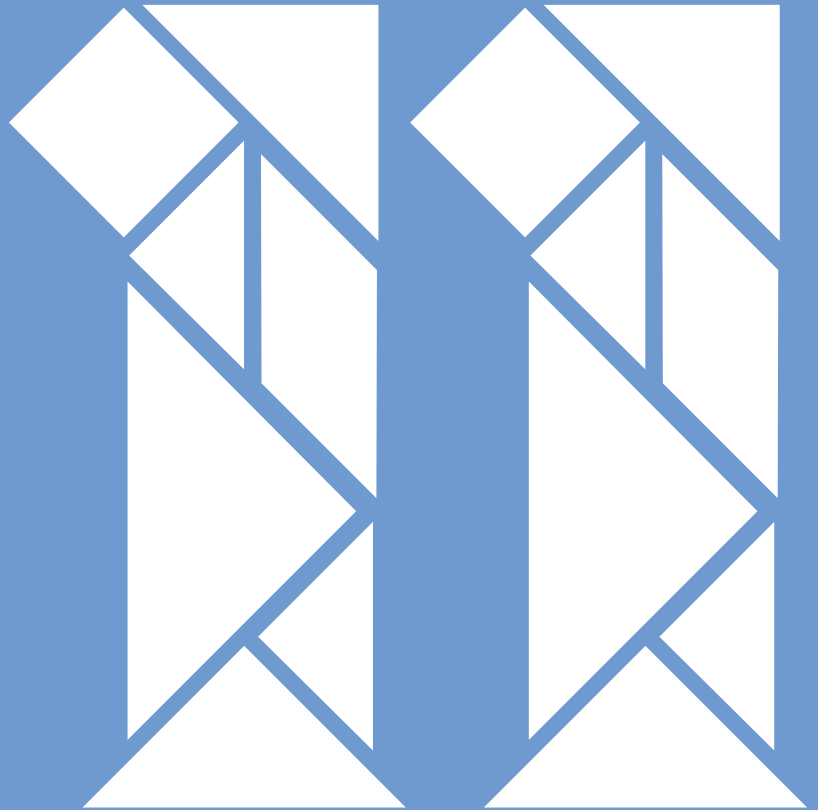
- » 3.525 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 40 aus 14 Staaten
- » 1. Annual International Forum (AIF)
- » Dialogforum im World Café Format
- » 94 Vortragsbeiträge
- » 163 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen, Poster)
- » Bühnenveranstaltungen
- » Kinder-, Jugend- und Elternuniversität
- » Filmforum





NÜRNBERG

≡ *Sport und Prävention*



8./9. MAI 2006



Der 11. Deutsche Präventionstag wurde am 8. & 9. Mai 2006 im CongressCenter Nürnberg durchgeführt.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber übernahm die Schirmherrschaft des Kongresses.

Dieser war befasst mit dem Schwerpunktthema „Sport und Prävention“. Hierzu wurde eine zusätzliche Aktionsfläche angeboten und rege genutzt. Der Abendempfang fand im Historischen Rathausaal und der Ehrenhalle der Stadt Nürnberg statt.

„Sport und Prävention“ oder „Prävention und Sport“?

Einleitung

„Sport und Prävention“ oder „Prävention und Sport“? Was spitzfindig anmuten mag, ist vielmehr Ausdruck dessen, dass in diesem Arbeitsfeld zwei Handlungsansätze recht ambivalent miteinander verbunden sind, die jeweils durch eine hochwirksame Eigenlogik geprägt sind. Aus Sicht der Prävention steht die Frage im Vordergrund, ob Sport und wenn ja, wie Sport im jeweiligen Problembereich präventiv wirkt. Für die Akteur*innen im Sport steht das Medium „Sport“ selbst und sein sozialer Kontext an erster Stelle. Auch hier gibt es das Bewusstsein, dass, mit einem entsprechend inszenierten Sportangebot, präventive Wirkungen entfaltet werden können. Sport kann in diesem Sinne also präventiv wirken, es ist aber nicht seine primäre Aufgabe.

Als Mitarbeiterin der Deutschen Sportjugend und Referentin des Netzwerks „Sport & Politik für Fairness, Respekt und Menschenwürde“¹ sowie als Experte für Kinder- und Jugendarbeit im Sport erlauben Sie uns zu versuchen, den Brückenschlag zwischen den beiden Bereichen und Perspektiven auszuleuchten.

Prävention und Sport

Sport im Allgemeinen kann für das Tätigkeitsfeld der Gesundheits- oder Gewaltprävention² ein hochattraktiver Schlüssel für eine wirksame Arbeit sein. So können wohl nahezu alle Zielgruppen über den Sport oder durch den Sport angesprochen und erreicht werden. Die enorme Vielfalt sportiver Praxen, realisiert in einer ebenso großen Vielfalt sozialer Settings, eröffnet allen Interessierten einen Zugang zum Sport, über jede Alters- oder andere soziale und personelle Grenzen hinweg. Gerade die soziale und organisatorische Struktur des Sports ist mannigfaltig – ob Anbieter*innen auf dem freien Markt oder gemeinnütziger, organisierter Vereinssport mit rund 27,8 Millionen Mitgliedschaften oder in loser Absprache selbstorganisiert – für jede Vorliebe ist ein Angebot vorhanden und im sozialen Nahraum erreichbar. Körperliche Aktivitäten (nach vereinbarten und anerkannten Regeln) – also sportliche Handlungen – haben zudem einen Wert an sich. Mit dem Blick auf junge Menschen ist der Ausdruck über den eigenen Körper zentral für die meisten Jugendkulturen. „So verwundert es einen auch nicht, dass in der Sozialen Arbeit, in der Präventionsarbeit wie in der Jugendarbeit schlechthin, sport-, körper- und bewegungsbezogene Konzepte zunehmend an Bedeutung gewinnen.“³



Nina Reip

Leiterin der Geschäftsstelle Netzwerk Sport & Politik für Fairness, Respekt und Menschenwürde bei der Deutschen Sportjugend (dsj)



Martin Schönwandt

ehemaliger Geschäftsführer der Deutschen Sportjugend (dsj)

Diese Qualitäten von Sport sind den Akteur*innen im Präventionssektor wohlbekannt. Davon zeugen die Angebote, die sich von Gesundheitskursen bis Gewaltpräventionsprogramme erstrecken. Dabei ist die Präventionsperspektive jeweils, je nach Ausgangsproblem, auf eine spezifische Ausprägung des Sports fokussiert, zum Beispiel auf den Sport als Mittel zum Schutz vor Krankheiten und Sucht oder vor sexualisierten Übergriffen und anderen Formen von Gewalt. Mit Blick auf mögliche Zielgruppen laufen Kinder und Jugendliche dieser Logik nach tendenziell Gefahr, übergewichtig oder gewalttätig zu werden. Erwachsene Menschen werden in diesem Sinne als potenzielle Täter*innen in den Blick genommen.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die präventive Perspektive generell aus Problemlagen abgeleitet und mithin sicherheits- und defizitorientiert ist. Die politische Agenda und thematischen Konjunkturen prägen oftmals die Präventionslandschaft, auch auf Grund struktureller Abhängigkeiten.

Natürlich gehört zur staatlichen Fürsorgepflicht der Bundesrepublik Deutschland, die Bewohner*innen des Landes zu schützen, sie bedarfsgerecht zu fördern und zu unterstützen, Teilhabe zu ermöglichen, Ungleichheiten zu begegnen und insgesamt ein sicheres Umfeld zu schaffen. Dies ist auch im Sinne des gemeinnützigen, organisierten Sports, der selbst auch Träger der unterschiedlichsten Präventionsprogramme ist. Die staatlich aufgelegten Präventionsprogramme sind neben der jeweilig immanenten Zielstellung, beispiels-

weise dem Schutz vor einer Überzahl an Herz-Kreislaufkrankungen in der Bevölkerung, auch oftmals zu einer wichtigen Finanzquelle für die Trägerorganisationen geworden. Statt zeitlich begrenzter Maßnahmen sind sie nun ein Dauerrepertoire beim Umgang mit gesellschaftlichen Missständen.

Präventive Arbeit ist meist in hauptberufliche Strukturen eingebunden. Manche Sportvereine bieten beispielsweise professionelle Gesundheits- und Rehakurse an. Andere Sportvereine können, vor allem wenn sie rein ehrenamtlich getragen werden und sich nicht auf Präventionsarbeit in ihren verschiedenen Facetten spezialisiert haben, nicht die jeweiligen Qualitätskriterien einer guten, präventiven Arbeit verbindlich einhalten. Dennoch bietet Sport in seinem Selbstverständnis viel mehr als (Primär-) Prävention. Und Prävention ist mehr als nur „Fußballspielen“.

Die mit dem Sport verbundenen Optionen sind im Präventionsbereich oftmals nicht im Blick, könnten sich aber erschließen, wenn man dem Gedanken Raum geben würde, dass sich Lösungen für Probleme in der Regel nicht aus der Struktur der Probleme entwickeln lassen. Insofern liegt im Einfallsreichtum und der sozialen Verankerung des vereins- und verbandsorganisierten Sports noch viel unentdecktes Potenzial für jede präventive Praxis, die allerdings nur in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit realisiert werden kann. Diese Zusammenarbeit braucht dabei einen klaren Blick auf die spezifischen Gegebenheiten, Funktionslogiken und Zwänge.

Daraus kann so eine gemeinsame Arbeit auf Augenhöhe und ein Ausgleich von vorhandenen Ressourcen der jeweiligen Akteur*innen erwachsen. Eine solche Kooperation zwischen beispielsweise Sozialer Arbeit und Sportvereinen kann dann freiwillig ehrenamtlich Engagierte entlasten, Sportexpertise teilen und hauptamtliche Mitarbeiter*innen der Sozialen Arbeit (neue oder andere) Zugänge zu Zielgruppen ermöglichen oder gesellschaftliche Räume eröffnen. Denn Sportvereine sehen sich als Teil der Zivilgesellschaft mit jenen gesellschaftlichen Phänomenen konfrontiert, die in ihrem Sozialraum auftreten. Nicht alle Vereine haben das nötige Rüstzeug, auf sämtliche, sie betreffende Herausforderungen eine passende Antwort zu finden. Oder es fehlt die Zeit, eine intensive Beziehungsarbeit im Sinne einer professionellen Sozialen Arbeit über das übliche

und gelebte Maße hinaus im Erwachsenenbereich zu betreiben. Die Präventionsarbeit oder Soziale Arbeit haben diese Ressourcen bereits aufgebaut, ist dies doch Kern ihrer Arbeitsfelder.

In Bezug auf Kinder- und Jugendarbeit sind mancherorts sogenannte Bildungslandschaften entstanden, also kommunale Räume, in denen Politik, Verwaltung, Kita, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Prävention, Sportvereine und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen wie THW, Kirche, Freiwillige Feuerwehr, Kultur etc. eng im Sinne eines guten Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen zusammenarbeiten.⁴ Auch ein solches Format zeigt, dass von einem Miteinander vor Ort alle profitieren, wenn sie ihre Tätigkeitsfelder, Eigenlogiken und Ressourcen wahrnehmen und anerkennen und es entsprechende



etablierte Räume zum gemeinsamen Austausch gibt.

Sport und Prävention

Dem Sport innewohnend ist der Blick auf die Potenziale derjenigen, die ihn tragen, ihn organisieren und ausüben. Nur so kann ein gewisser Leistungsanspruch erfüllt werden, der nicht zwingend Spitzensport zum Ziel haben muss, sondern auch auf die allgemeine sportliche und personelle Entwicklung der Sporttreibenden abzielen kann. Ob der Sport als präventive Maßnahme durchgeführt, durch kommerzielle Anbieter*innen offeriert oder im Sportverein als Teil einer gemeinnützigen, organisierten Sportlandschaft in Deutschland angeboten wird, macht hier keinen Unterschied. Der Blick auf die Potenziale von Sportler*innen und des Sports selbst bedeutet im Umkehrschluss allerdings nicht, dass der Sport selbst frei wäre von problematischen Einstellungen und Handlungen. Sexualisierte Gewalt, exklusive Gesinnungsgemeinschaften, Heteronormativität oder extreme Formen von Körperoptimierung sind (auch) hier, beispielhaft aufgeführt, zu finden. Sport trägt somit beide Anteile in sich, die Potenziale und ein destruktives Verhalten.

Der Sport steht, wie viele andere Lebens- und Lernorte auch, in einem großen Spannungsfeld zwischen unterschiedlichen Formen der individuellen Lebensgestaltung, den Anforderungen an ein gelingendes Zusammenleben im Sozialraum und der Abgrenzung von menschenunwürdigem Verhalten. Der gemeinnützige, vereins- und verbandsorganisierte Sport ist sich dessen bewusst

und sucht gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteur*innen aktiv und mit großem Einfallsreichtum nach passenden Antworten.

Idealerweise wirkt der Sportverein also als eigenständiger, nicht-formaler Lern- und Lehrkontext mit freiwilligem Charakter und als Ort des demokratischen und sozialen Miteinanders. Der gemeinnützige, organisierte Sport ist dabei der größte zivilgesellschaftliche Akteur in der Bundesrepublik Deutschland. Es gibt bundesweit rund 90.000 Sportvereine; vereinfacht gesagt finden wir nahezu in jeder Kommune und in jedem städtischen Quartier mindestens einen Sportverein. Sportvereine sind dabei individuell zusammengesetzte Wahlgemeinschaften. Die Gesamtheit des gemeinnützigen, organisierten Sports ist dabei hochgradig differenziert und vielfältig. Im bundesdeutschen Querschnitt werden alle gesellschaftlichen Phänomene und individuelle Lebensentwürfe in den Sportvereinen zu finden sein.

Sportverbände und -vereine haben in erster Linie das Ziel, das (gemeinsame) Sporttreiben im gesellschaftlichen Raum auf Grundlage eines allgemeingültigen Wertekanons zu ermöglichen. Das ist die Basis aller Sportvereine und -verbände; aus diesem Grund werden sie auch als gemeinnützig anerkannt. So manche Sportvereine existieren bereits seit Jahrzehnten, teilweise seit über 100 Jahren, trotz immer neuer Herausforderungen mit denen die meist ehrenamtlich getragenen Strukturen umgehen müssen. Die auf den ersten Blick profane Intention des gemeinsamen Sporttreibens verfolgen Sportvereine folglich mit einem hohen Maß an



Flexibilität und Anpassungsfähigkeit. Ob die in den 1980er-Jahren entstandene Fitnesskultur oder der Sommer der Migration im Jahr 2015 – Sportvereine und -verbände haben sich den neuen gesellschaftlichen Bedarfen und Notwendigkeiten gestellt und wirksame Antworten über Leuchtturmprojekte hinaus in ihrer alltäglichen Arbeit entwickelt. Die sich stets wandelnde Jugendkultur, die so neue Sportarten, individuelles Sporttreiben im öffentlichen Raum und Digitalisierung schafft und verankert, ist dabei eine treibende Kraft.

Mit gesondertem Blick auf das Verhältnis von Kinder-/Jugendsport und Prävention kann festgestellt werden, dass Kinder- und Jugendarbeit im Sport in hohem Maße Sozialisation und Ermöglichung von Selbstwirksamkeitserfahrungen bedeutet. Auch die Anerkennung der Expertise von jungen Menschen, das Aufgreifen der für sie relevanten Themen, die Schaffung eines kommunikativen Alltags und die

Förderung der Persönlichkeitsentwicklung gehören zu einer guten Kinder- und Jugendarbeit: „Gemeinsame sportliche Aktivitäten stärken [...] das soziale Verhalten und sie bieten Möglichkeiten, Werte wie Vielfalt und Respekt zu vermitteln und Toleranz zu fördern.“⁵ In dieser komplexen pädagogischen Arbeit im Sport würde eine reine Gesundheits- oder Sicherheitsperspektive zu kurz greifen. Im Gegenteil, die Kinder- und Jugendarbeit im Sport darf, soll und muss weit gedacht werden. Sie ist ein Ermöglichungs- und Lernraum, über das formale Bildungsverständnis hinaus, und aus diesem Grund so wertvoll. Jugendkultur wird demgemäß als Ressource anerkannt und nicht als ein mögliches Problemfeld.

Kinder- und Jugendarbeit im Sport begleitet die Heranwachsenden in einer Gesellschaft, die komplexer wird. Nicht erst die Corona-Pandemie zeigt die hohen Leistungserwartungen, unklare Perspektiven und Strukturen für die



Lebensplanung, schnellere Zeitläufe oder die Herausforderung digitaler Kommunikationsräume. Als eine Antwort darauf können junge Menschen im Sport und durch den Sport partizipativ und selbstorganisiert ihre Erfahrungsräume gestalten, Selbstwirksamkeit erfahren, Spaß haben sowie personale und soziale Kompetenzen erwerben. Welchen Wert dies hat beziehungsweise welche Konsequenzen eine pandemiebedingte Stilllegung des Kinder- und Jugendsports haben kann, wird in der kommenden Zeit wahrscheinlich ersichtlich. Verschiedene Studien zur Lage bestätigen bereits die zusätzliche psychische Belastung und den Bewegungsmangel.⁶

Die Sportstrukturen sind in der Fläche wertvolle Träger für ein gemeinschaftliches Miteinander und sie sind Stützen der Gesellschaft. Sie dienen vor allem der aktiven, freudvollen Lebensgestaltung – und können dabei präventiv wirken, müssen aber nicht zwingend Orte der Prävention sein.

Fazit: Und nun? Gelingensbedingungen undhaltungsfragen

Um die Potenziale von Sport auch zukünftig nutzen zu können, braucht es in den beiden Sphären „Sport“ und „Prävention“ ein gutes, gemeinsames Verständnis über das, was durch und mit Sport leistbar ist. Weiterhin vermeidet eine passgenaue Förderung von Sport eine Überforderung der Akteur*innen und Strukturen, also der ehrenamtlich Engagierten in den Sportvereinen.

Einige Ansätze hierzu können sein:

- Die Herausforderungen der Corona-Pandemie müssen gerade nach der Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen in den Blick genommen werden, denn es wurde einmal mehr festgestellt: Gemeinsame (öffentliche) Räume für Bewegung und Begegnung sind für ein gutes gesellschaftliches Miteinander



grundlegend. Fehlen diese, sind gesellschaftliche Spannungen vorherzusehen. Nach Rücknahme der Maßnahmen braucht es einen starken Fokus auf die Personengruppen und Strukturen, die besonders unter den Kontakteinschränkungen gelitten haben. Darunter fallen insbesondere Kinder und Jugendliche, Menschen in prekären Lebenssituationen, ältere Menschen sowie Sportvereine oder andere Orte der Begegnung und des (sozialen) Lernens (z. B. offene Jugendarbeit, Viertel-Cafés, Volkshochschulen, ...). Dabei wird es politisch und gesellschaftlich einen langen Atem brauchen. Kurzzeitprogramme können die Folgen abmildern, bergen aber die immanente Gefahr der Überforderung der ehrenamtlich getragenen Strukturen und sie sind durch wenig Nachhaltigkeit gekennzeichnet.

- Sport hat präventive Wirkungen und Präventionsprogramme sind wichtige Maßnahmen zur Begegnung gesellschaftlicher Schief lagen. Die Gesundheitsprävention beispielsweise wurde in der Corona-Pandemie oftmals als (einziges) Argument angeführt, den Sportbetrieb wieder aufzunehmen. Die Kraft des Sports ist nicht von der Hand zu weisen und wird hiermit zurecht anerkannt. Der gemeinnützige Sport hat aber nicht (nur) eine Feuerwehrfunktion und er geht über das üblicherweise engere Verständnis von Präventionskonzepten weit hinaus. Die oftmals politische Forderung an den gemeinnützigen, organisierten Sport, Präventionsarbeit im Sinne von „Gefahrenabwehr“ zu leisten, sollte mindestens skeptisch gesehen werden. Der Sport ist der professionelle Ansprechpartner für die

Belange der Sporttreibenden. Seiner Funktionslogik nach braucht es weniger Kurzzeitmaßnahmen und viel mehr die Anerkennung und Förderung der strukturellen Arbeit. Wer in der Corona-Pandemie nur auf die individuelle, gesundheitsfördernde Wirkung des Sports abzielt, verkennt die Gesamtleistung von Sport und Sportvereinen. Den Fokus auf den Kinder- und Jugendsport richtend kann in diesem Kontext festgestellt werden, dass Sport- und Bewegungsmöglichkeiten in noch stärkerem Maße für ein gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen als wertvoller und selbstverständlicher Beitrag beim Ausbau von Ganztagschulen, bei der Qualitätsdiskussion für Kindertagesstätten, beim Städtebau und bei der Verkehrsplanung systematisch mitgedacht werden sollte.

- In manchen Regionen, in denen vor Ort keine Kirchengemeinde, keine Schulen und Kitas, Ladenlokale, Arztpraxen und Behörden mehr existieren, ist der Sportverein, vielleicht neben der Freiwilligen Feuerwehr, die letzte organisierte und erreichbare Struktur des Gemeinwesens. Die Sportvereine übernehmen diese Rolle, sie kann ihnen aber nicht allein überlassen werden. Im Sinne der gleichwertigen Lebensverhältnisse braucht es eine Verantwortungsübernahme durch die Politik, diese Räume aktiv zu füllen. Dabei geht es auch um den öffentlichen Nahverkehr, denn oftmals braucht es das hohe Engagement von Eltern oder privat organisierten Fahrdiensten, damit Kinder und Jugendliche bestimmte Sportangebote, die vor Ort nicht (mehr) durch den Sportverein geleistet werden, erreichen können.



- Qualitativ hochwertige Prävention in der gemeinnützigen, organisierten Sportlandschaft sollte idealerweise zeitlich begrenzte Maßnahmen umfassen, um Menschen oder Gruppen zu unterstützen, aus schwierigen Lagen herauszukommen. Eine dauerhafte Aufgabe kann dies flächendeckend eher nicht sein. Dabei kann die hauptberufliche Struktur der Präventionslandschaft immer dann ihre wirksame Kraft entfalten, wenn die jeweiligen Bedarfe und Arbeitsweisen in Sport und Präventionssektor gegenseitig anerkannt werden. Dies verbessert gleichermaßen den Zugang in die Sportstrukturen – der Schlüssel für externe Anbieter*innen. Umgekehrt können Sportvereine von den hauptberuflichen Ressourcen und von der spezifischen Fachkompetenz der Sozialen Arbeit und der Präventionsprojekte profitieren.
- Neben der gemeinnützigen, organisierten Sportstruktur gibt es ebenso Angebote mit Sportbezug im freien Markt oder digitalen Raum. Diese Orte sind unter anderem für junge Menschen hochattraktiv. Eine professionelle, pädagogische Begleitung wird dort allerdings nicht durchweg garantiert. Junge Menschen werden hier mit antidemokratischen, gewaltvollen oder ungesunden Erlebnissen konfrontiert. Oftmals finden sie selbstständig Antworten des Umgangs. Dennoch dürfen diese Angebote keine Vakuum-Räume unserer Gesellschaft sein. Hier braucht es eine besonders gute Zusammenarbeit und Verantwortungsübernahme von Politik, Präventionsarbeit, sozialer Arbeit und Zivilgesellschaft, die bisher weitgehend fehlt.
- Der Sport leistet viel. Mit seiner überwiegend ehrenamtlichen Organisationsstruktur ist die Ressourcenfrage zentral. Nicht alle gut gemeinten Anforderungen an die Sportvereine werden von ihnen auch automatisch übernommen. Diese Erwartung entbehrt der Anspruchsgrundlage. Sportvereine handeln auf der Basis des Mitgliederwillens in eigener Verantwortung und im sozialen Kontext. Sehr wohl kann man sie aber in partnerschaftlicher Zusammenarbeit für eine Mitwirkung an Programmen gewinnen. Dafür wäre es hilfreich, die Grundlage für die alltägliche Arbeit der Sportorganisationen abzusichern und kontinuierlich zu verbessern. Anders als die Vereins-ebene, stehen hier die Sportverbände in einer anderen Verantwortung, die auch bereits weitgehend übernommen wird. Die bundesweiten Sportdachverbände, die Landessportbünde und viele der Sportfachverbände bieten Präventionsprogramme mit verschiedenen inhaltlich-konzeptionellen Ausrichtungen an und setzen sich mit gesellschaftlichen Herausforderungen aktiv auseinander. Hierbei ist also grundlegend zu unterscheiden, welche Strukturebene mit welchen Anforderungen adressiert ist.
- Die Kinder- und Jugendarbeit im Sport erkennt junge Menschen als starke Persönlichkeiten an, die bei der Bewältigung ihrer Sozialisationsaufgaben begleitet und unterstützt werden. Mit dieser Haltung werden Potenziale sichtbar gemacht, ohne vor den möglichen Gefahren die Augen zu verschließen. Diese vertrauensvolle Einstellung zum Menschen auf Grundlage eines klaren Wertekanons ist somit

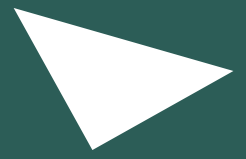
nicht blauäugig, sondern hochgradig gewinnbringend, auch bei dem Umgang mit gesellschaftlichen Herausforderungen.

Nun, „Sport und Prävention“ oder „Prävention und Sport“? Ganz salomonisch: beides! Wichtig ist dabei die Anerkennung von Expertise, Arbeitsweise und Strukturen des jeweiligen Bereiches. Dies geschieht idealerweise in einem engen, fachlichen Austausch zwischen den Akteur*innen aus Sport und Präventionsarbeit sowie aus Politik und Sozialer Arbeit. Ein wichtiges Forum hierzu bietet jährlich der Deutsche Präventionstag, bei dem sich die Deutsche Sportjugend seit dem Jahr 2005 aktiv in den Dialog mit anderen Teilnehmenden begibt und seit dem Jahr 2012 Partnerin ist. Solche Formen des Fachaustausches gilt es weiterhin bewusst zu suchen und durchzuführen. Der nächste Schritt ist dann die Umsetzung vor Ort.

KURZ UND KNAPP

- » 2.222 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
davon 37 aus 14 Staaten
- » 83 Referierende
- » 49 Vortragsbeiträge
- » 123 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen)
- » Eventbühne
- » Aktionsfläche „Sport und Prävention“
- » Filmforum
- » 3. DPT-Kinder- und Jugenduniversität





≡ *Gewaltprävention im
sozialen Nahraum*

NÜRNBERG

6./7. JUNI 2005



Am 6. & 7. Juni 2005 war das Convention Center der Messe Hannover Veranstaltungsort des 10. Jahreskongresses.

Er stand unter der Schirmherrschaft des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff.

Das Schwerpunktthema lautete „Gewaltprävention im sozialen Nahraum“.

In diesem Rahmen wurde auch die „Anerkennungsmedaille in Gold der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes“ für besondere Verdienste der Kriminalprävention verliehen.

Das Schwerpunktthema des 10. Deutschen Präventionstages lautete „Gewaltprävention im sozialen Nahraum“. Herr Prof. Dr. Thomas Bliesener, Sie haben dort einen Vortrag mit dem Titel „Gewalt und Aggression in der Forschung“ gehalten. Der Untertitel war, wie man Verhalten beobachtet, das nicht gesehen werden soll. Dieser Vortrag fand statt im Rahmen der zweiten sogenannten Kinderuniversität. Wie schätzen Sie die Wirkung und auch die Wirksamkeit einer solchen Kinderuniversität im Rahmen von Kriminal- und Gewaltprävention ein?

» Die Wirkung von Kinderuniversitäten auf die Kriminalprävention, die halte ich für sehr überschaubar, wenn überhaupt erkennbar. Das war sicher auch nicht das Ziel dieser Kinderuniversität, sondern das Ziel war letztendlich, Kinder und junge Menschen an Wissenschaft und überhaupt an Prävention heranzuführen. In Erinnerung habe ich sehr viele, sehr wache und offene Kinderaugen, die mit großem Interesse meinem und auch den Vorträgen der Kolleginnen und Kollegen gefolgt sind. Vielleicht ist es uns gelungen, den einen oder die andere für diese Themen und vielleicht sogar für Wissenschaft zu begeistern und wenn das erreicht wurde, dann ist es schon genug.

**Prof. Dr. Thomas Bliesener**

*Direktor des Kriminologischen
Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) und
Professor für interdisziplinäre kriminologische
Forschung der Universität Göttingen*

Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. gibt es schon seit 1979 und wenn Sie persönlich, jetzt gemeinsam mit dem Deutschen Präventionstag, auf 25 Jahre Gewalt- im Kriminalprävention zurückblicken, wie hat sich aus Ihrer Perspektive das Fachgebiet verändert? Welche Ziele wurden erreicht?

» Ein Ziel, das sicherlich erreicht wurde, ist eine breite Akzeptanz einerseits in der Bevölkerung andererseits aber auch in der politischen Entscheidungspraxis, dass Prävention hilfreich ist, dass Prävention nützlich ist, dass Prävention lohnenswert ist, weil teure Spätfolgen vermieden werden können. Was ich daneben feststelle ist, dass sich die Prävention gewandelt hat, insbesondere was die einzelnen Themen angeht. Zu Beginn dieser Kampagnen war der Präventionsgedanke sehr stark von einem Anstieg, insbesondere des Anstieges der Jugendkriminalität und der Gewaltkriminalität geprägt. In der Zwischenzeit sind andere Phänomene in den Vordergrund gerückt worden. Da hat sich Prävention regelmäßig angepasst und hat neue Themen aufgegriffen, wie. z.B. Radikalisierung / Extremismus als ein Stichwort, das in der letzten Dekade vermehrt aufgekommen ist. Das wird auch eine Charakteristik der Zukunft sein, dass Prävention sich immer den Gegebenheiten anpasst und den aktuellen Problemlagen.

2005 lautete das Schwerpunktthema „Gewaltprävention im sozialen Nahraum“. Was ist denn damals der Anlass gerade für diese Themensetzung gewesen? Worum drehte sich die Debatte im Wesentlichen?

» Damals war die Jugendkriminalität, auch im öffentlichen Raum, auf öffentlichen Plätzen, ein großes Thema. Dem wollte man in der Prävention begegnen und es wurden verschiedene Ansätze entwickelt, die auf dem 10. Deutschen Präventionstag vorgestellt wurden.

Der 10. Deutsche Präventionstag war selbst quasi ein Meilenstein. Bei diesem zehnten Jubiläum war zum ersten Mal die Teilnehmerszahl auf über 3.000 Personen angestiegen. Wie schätzten Sie damals die Stellung und Weiterentwicklung des noch recht jungen Jahreskongress ein?

» Aus meiner Sicht war das damals nicht absehbar. Es gab bis dahin schon eine gute Entwicklung für den Deutschen Präventionstag. Mir sind auch Vertreter des Präventionstages persönlich bekannt und ich schätze diese Personen sehr. Ich weiß, dass sie damals schon mit sehr viel Verve und Energie an der Weiterentwicklung des Deutschen Präventionstages gearbeitet haben, Visionen für die Zukunft entwickelt und verfolgt haben. Insofern hatte ich damals schon ein gutes Gefühl und die weitere Entwicklung hat diese Erwartungen durchaus gestützt und gestärkt.

Wenn wir auf das Jahr 2021 zurückkommen, was sind denn aus Ihrer Sicht aktuell wichtige Themen oder auch Herausforderungen für die Prävention?

» Nachdem sich die Jugendkriminalität doch weitgehend normalisiert oder stabilisiert hat und sie bis auf wenige Phänomene heute kein so prominentes Thema mehr ist, ist in den letzten Jahren vor allem die Radikalisierung junger Menschen in den Vordergrund getreten. Hier hat es in den letzten Jahren verstärkt Entwicklungen gegeben, das Phänomen zu verstehen und zu erklären, sowie auch die Phänomene vorhersagen zu können. Aus diesen Erklärungsmodellen sind Präventionskonzepte entwickelt und umgesetzt worden. Nun geht es auch darum, diese Präventionskonzepte oder diese Präventionsangebote zu evaluieren, zu verbessern und für Qualitätssicherung zu sorgen, damit die hier eingesetzten Mittel effizient und effektiv eingesetzt werden.



In Ihrem Zwischenruf, den Sie im letzten Jahr mit Erich Marks aufgezeichnet haben, sagten Sie, Schule sei nicht mehr nur der Ort der Wissensvermittlung, sondern auch der Erziehung im Sinne einer Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung. Lange Zeit waren Schulen nun vor allem mit der Pandemiebekämpfung beschäftigt und konnten sich nicht mehr so darum kümmern, Kinder und Jugendliche zu stärken und soziale Kompetenzen zu vermitteln. Wie stellt sich Ihrer Meinung nach aktuell die Lage dar? Können Schulen wieder präventiv agieren oder steht noch immer eher die Pandemiebekämpfung oder Schadensbegrenzung im Fokus?

» Soweit ich das beobachten und einschätzen kann, habe ich den Eindruck, dass tatsächlich die Schulen im Moment mit der Schadensbegrenzung und der Aufarbeitung der Schäden, die durch die Pandemie entstanden

sind, mehr als ausgelastet sind. Ich glaube, dass wir verstärkt die Schulen selbst stärken und unterstützen müssen, damit sie diese Aufgabe bewältigen können und damit sie dann auch wieder zu den eigentlichen Kernaufgaben kommen. Das sind einerseits die Wissensvermittlung und andererseits eben auch die Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten haben wir gesehen, dass die Schere auseinander geht, dass viele Kinder zu Hause in ihrer Persönlichkeits- und Kompetenzentwicklung nicht hinreichend gefördert werden. Diese Aufgabe muss mehr und mehr von den Schulen übernommen werden. Dafür muss die Schule Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen, muss Zeit und Personal bekommen, um das zu bewältigen zu können. Mein Eindruck ist, dass gerade auch in diesem Bereich während der Coronapandemie die Lücke zwischen den vielen, vielen Kindern und Jugendlichen, die in der Familie und in ihrem





familiären Umfeld gut versorgt sind, und denjenigen, bei denen Defizite in der Versorgung in diesen Bereichen vorliegen, dass diese Kluft, diese Schere immer weiter auseinander gegangen ist.

Welche strategische Ausrichtung würden Sie rückblickend und auch als Ausblick für die nächsten 25 Jahre Präventionsarbeit in Deutschland oder auch in Europa empfehlen?

» Als Ausblick würde ich mir wünschen, dass wir in der Prävention doch stärker die Evaluation als Möglichkeit sehen, zu prüfen, wo wir uns verbessern können. Bislang wird Evaluation häufig noch als Nagelprobe, auch als Bedrohung erlebt. Aber das ist Evaluation nicht und das soll sie auch nicht sein. Wir brauchen vermehrt Überlegungen darüber, wie wir bestimmte Phänomene präventiv angehen können. Dazu braucht es ein Verständnis der

Prozesse, es braucht eine Entwicklung von Maßnahmenketten. Das heißt, ich muss mir bei einzelnen Phänomenen überlegen, wenn ich dieses Phänomen angehen möchte, was will ich denn eigentlich erreichen, was sind meine Teilschritte und wie kann ich diese Teilschritte erreichen, durch welche Maßnahmen kann ich welche Veränderungen erzielen. Dann muss die nächste Frage sein: Gelingt das dann auch? Gelingt es denn wirklich mit meinen Maßnahmen, diese Teilschritte zu erreichen, um dann insgesamt tatsächlich auch das Phänomen anzugehen. In dem Bereich brauchen wir noch ein größeres Verständnis für die zugrunde liegenden Prozesse einerseits, aber auch eine größere Bereitschaft, das eigene Tun auf den Prüfstand zu stellen, um die Frage zu klären, wo kann ich noch besser werden.

Möchten Sie zum Deutschen Präventionstag noch ein abschließendes Resümee oder Fazit geben?

» Die Arbeit des Deutschen Präventionstages hat mich nahezu seit Anbeginn meiner wissenschaftlichen Karriere begleitet. Ich habe die Arbeit des Deutschen Präventionstages beobachtet und gelegentlich an den Veranstaltungen teilgenommen. Ich habe immer mit großer Freude, auch mit ein bisschen Bewunderung beobachtet, wie es gelingt, tatsächlich die verschiedensten Akteure in diesem Bereich in gemeinsamen Veranstaltungen zu versammeln, sie gemeinsam a jour zu setzen über den Stand der Forschung, über den Stand der Wissenschaft, aber eben auch über den Stand der Entwicklungen in der Praxis, Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen zusammenzuführen und gemeinsam Strategien zu entwickeln und über das weitere Vorgehen zu beraten. Ich finde den Deutschen Präventionstag eine wunderbare und großartige Einrichtung und wünsche ihm, dass er weiterhin so viel Erfolg hat, wie in den vergangenen 25 Jahren.

KURZ UND KNAPP

- » 3.457 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
- » 98 Referierende
- » Festvortrag von Dr. Ursula von der Leyen
- » 48 Vortragsbeiträge
- » 141 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Sonderausstellungen)
- » Eventbühne
- » Filmforum
- » Kinderuni





*Kommunale
Kriminalprävention*



STUTTGART

17./18. MAI 2004



Der 9. Deutsche Präventionstag wurde am 17. & 18. Mai 2004 im Kultur- und Kongresszentrum Liederhalle in Stuttgart durchgeführt.

Die „Kommunale Kriminalprävention“ bildete das Schwerpunktthema des unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Erwin Teufel stehenden Kongresses in Baden-Württemberg.

Gratulation dem Deutschen Präventionstag sowie Erich Marks und seinem Team zum 25-jährigen Bestehen und zu einer Erfolgsgeschichte. Vor Corona besuchten zuletzt über 3.000 Interessierte die wichtigste europäische und weltweit größte Fachveranstaltung für Kriminalprävention. Begonnen hatte alles 1995 in Lübeck. Stuttgarts damaliger Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster, ein Präventionsmann der ersten Stunde, war so überzeugt, dass er in einem Brief an den damaligen baden-württembergischen Innenminister Dr. Thomas Schäuble eine dauerhafte Bewerbung Stuttgarts für den Präventionstag für überlegenswert hielt. Stuttgart war schließlich im Jahr 2004 Austragungsort zum damals hochaktuellen Thema „Kommunale Kriminalprävention“. Die Stadt Stuttgart selbst sah sich in dieser Zeit an der Spitze der Bewegung¹, vor allem mit dem bundesweit ersten „Haus des Jugendrechts“, das 1999 eröffnet wurde². Inzwischen sind viele dieser Häuser entstanden und stellen nach wie vor eines der bekanntesten best practice Beispiele aus den Anfängen der Kommunalen Kriminalprävention dar. Vorbild waren die New Yorker Nachbarschaftsgerichte als Teile des amerikanischen community policing, das die Bewegung der Kommunalen Kriminalprävention in Deutschland Anfang der 1990er Jahre stark befruchtet hat.

**Dr. Martin Schairer**

*Bürgermeister der Stadt Stuttgart a.D. und
Gründungsvorsitzender des Deutsch-Europäi-
schen Forums für Urbane Sicherheit e.V.
(DEFUS)*

Was war?

1. Baden-Württemberg

Auf dem 9. Deutschen Präventionstag vom 17. bis 18. Mai 2004 in Stuttgart schilderte der damalige Landespolizeipräsident Erwin Hetger die Anfänge der Kommunalen Kriminalprävention (KKP) in Baden-Württemberg sehr selbstbewusst aus dem Blickwinkel der Polizei. Denn es war jedenfalls in Baden-Württemberg die Landespolizei, die Anfang der 1990er Jahre die Einführung der Kommunalen Kriminalprävention systematisch aufgebaut und gefördert hat³. Der Ansatz der Kommunalen Kriminalprävention wurde Ende 1993 in vier baden-württembergischen Modellstädten wie Calw, Freiburg, Ravensburg und Weingarten im Praxistest auf Herz und Nieren geprüft. Denn die Skeptiker aus der Kommunalpolitik fürchteten, dass die Polizei sich zurückzieht und ihre Aufgaben aus ihrem Bereich an die Rathäuser abtritt. Besonders überzeugend war damals, dass die Oberbürgermeister der Pilotstädte (zu nennen ist der damalige OB Vogler aus Ravensburg) sich als engagierte Multiplikatoren zu Fürsprechern der Kommunalen Kriminalprävention machten und die Bedenken in den Behörden und im Stadtrat für die Idee gewinnen konnten. Sensibles Vorgehen war damals das Gebot der Stunde. Auf dem Präventionstag

in Stuttgart schilderte der Präsident des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg, Franz-Hellmut Schürholz, dass einzige damalige Vorgabe lediglich die sehr allgemeine Zielsetzung war, „in möglichst enger Zusammenarbeit von öffentlicher Verwaltung, Bürgerschaft, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden und der Polizei das objektive Kriminalitätsgeschehen, aber auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu analysieren und geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der örtlichen Sicherheitslage wie auch des Sicherheitsempfindens zu entwickeln und umzusetzen“. Die Geschäftsführung sollte immerhin bei der Kommune liegen. Die Polizei hielt sich zurück, sie sollte sich nur „beratend“ und „impulsgebend“ einbringen im Rahmen der örtlichen Sicherheitsanalyse, durch Feststellung von Kriminalitätsbrennpunkten und bei der Entwicklung von Ansätzen für Präventionsmaßnahmen⁴. Wie neu und unbearbeitet die Wege damals waren, zeigt sich in der vorsichtigen Beschreibung der Erfolgsbilanz: Man habe „gute Ergebnisse“ dort erzielt, wo die kommunalen Verwaltungsspitzen die Federführung übernahmen und die Kommunale Kriminalprävention zur eigenen Angelegenheit machten.

Aus diesen Erfahrungen heraus hat sich das Landespolizeipräsidium im Innenministerium Baden-Württemberg an die Aufgabe gemacht, die Kommunale Kriminalprävention landesweit einzuführen. Dabei wurden mit den Kommunalverbänden weitere Multiplikatoren gewonnen – eine damals geniale Idee! Beim Städte-, Landkreis- und Gemeindetag stieß man auf offene Ohren. Deren konstruktive Grundhaltung war die Basis für den erfolgreichen Prozess der Einführung der

Kommunalen Kriminalprävention. Schließlich wurde im Frühjahr 1997 eine „Empfehlung zur landesweiten Umsetzung der Kommunalen Kriminalprävention an alle Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte“ vereinbart. Dies war der Beginn einer dynamischen Erfolgsgeschichte. Beim Präventionstag in Stuttgart konnte der LKA-Präsident von 530 Projekten in über 300 baden-württembergischen Städten, Gemeinden und Landkreisen berichten. 1997 seien es noch wenige 43 gewesen. Die Projektleitung war schon in 44 % der Fälle direkt bei den Kommunen und Landkreisen angesiedelt. Den Schlusspunkt der Verantwortungsübertragung auf die Kommunen setzte dann die baden-württembergische Verwaltungsreform. Mit der gemeinsamen Rahmenvereinbarung wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2005 die Kommunale Kriminalprävention dort verortet, wo sie bis heute hingehört, als dauerhafter kommunaler Planungsgegenstand bei den Bürgermeister- und Landratsämtern.

Dabei darf ein Missverständnis nicht aufkommen, das auch damals beim Stuttgarter Kongress betont wurde: Kommunale Kriminalprävention ist und bleibt auch ein Herzstück der polizeilichen Sicherheitsphilosophie. Dies erklärt sich aus der subsidiären, gesetzlichen Stellung der Polizei als eine rund um die Uhr erreichbare Hilfsinstanz und Gewährleisterin der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die Polizei will sich mit ihrer Kompetenz und ihrem Sachverstand einbringen, ohne deshalb andere aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Eine gute Polizeiarbeit zeichnet sich darin aus, stets „vor die Lage“ zu kommen. Wörtlich übersetzt heißt Prävention genau dies: „Zuvorkommen“. Und genau deshalb muss eine richtige

Gesamt-Sicherheitsstrategie immer zwei Hauptsäulen beinhalten: Konsequente Repression und ursachenorientierte Prävention. Dies wurde in den 1980er Jahren zuerst mit dem Thema „bürgernahe Polizei“ und in den frühen 1990er Jahren durch das amerikanische community policing neu entdeckt. Steigende Jugendkriminalität, Zuwanderung, Globalisierung und eine anspruchsvollere Bürgergesellschaft taten ihr Übriges. Die Philosophie des italienischen Rechtsphilosophen Cesare Beccaria (1738-1794) wurde ebenso wieder entdeckt wie Franz von Liszt (1851-1919), der Begründer der deutschen soziologischen Strafrechtsschule, der sagte, „die beste Kriminalpolitik ist eine gute Sozialpolitik“. Gepaart mit der Erkenntnis, dass die Mehrheit der Delinquenten dort ihre Straftaten begehen, wo sie leben und wohnen, dass gute kommunale Rahmenbedingungen, Integration, Bildung und Arbeit das Abgleiten junger Menschen am besten verhindern, trat die Kommune verstärkt in den Blick.

2. Die Stuttgarter Sicherheitspartnerschaft

Der damalige Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster erklärte sofort nach seiner Wahl im Jahre 1997 die Kommunale Kriminalprävention zur Chefsache. Die Bewältigung der Jugendkriminalität brannte auf den Nägeln. Seine Philosophie⁵ war, „Sicherheit ist nicht nur eine Aufgabe der Polizei, Sicherheit geht uns alle an und ist deshalb eine gemeinsame Aufgabe. Wir brauchen die Trias, eine Gemeinschaftsinitiative von Polizei, Rathaus und Bürgerschaft.“ Der Stuttgarter Oberbürgermeister sah sofort die Win-Win-Situation, die sich für einen Kommunalpolitiker auftrat: Eine Verbesserung der objektiven Sicherheit und vor allem

des subjektiven Sicherheitsempfindens bedeutet einen Standortvorteil für seine Stadt. Er durfte sich bestätigt fühlen. In den folgenden Jahren war Stuttgart bei den damals beliebten Städterankings stets mit an vorderster Stelle, vor allem auch wegen der sehr guten objektiven und subjektiven Sicherheit, die mit Hilfe der im zwei Jahres Rhythmus stattfindenden Bürgerumfrage abgefragt wurde⁶. Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger Stuttgarts fühlt sich – übrigens bis heute – in Stuttgart sicher bzw. sehr sicher.

Die Schwachstellen waren im Jahr 1997 schnell erkannt. Keine gemeinsamen Strategien und Ziele von Polizei und Stadt, lange Bearbeitungszeiten durch verschiedene Behörden, keine Koordination von Verfahrensabläufen, d.h. eine Behörde wartet auf die andere. Misstrauen einzelner Behörden untereinander wurde festgestellt (z.B. Sozialarbeiter*innen, Drogenberater*innen, Polizeibeamt*innen). Es gab kaum Austausch von Daten, zum Teil aus Gründen des Datenschutzes. Die Konzeption speiste sich aus den amerikanischen und skandinavischen Erfahrungen: Wehret den Anfängen, keine Verwahrlosung des öffentlichen Raums, mehr Sauberkeit, Schaffung einer neuen Qualität der Zusammenarbeit durch gemeinsam definierte Ziele, vernetztes und gemeinsames Vorgehen der Behörden, neue Qualität durch Verknüpfung von professionellem Handeln und bürgerschaftlichem Engagement, ursachenorientierte Bekämpfung von Kriminalität und Bekämpfung der Kriminalität dort, wo sie entsteht (dezentraler Ansatz). Diese Ansätze sind inzwischen Standard, werden nach wie vor überall vertreten und sind stark verwissenschaftlicht und systematisiert worden⁷.

Zentrales Anliegen war der Aufbau effizienter Strukturen. Gemeinsam mit der Stuttgarter Polizei und der Stuttgarter Bürgerschaft hat die Stadtverwaltung zentrale und dezentrale Präventionseinrichtungen aufgebaut und Kooperationen geschlossen.

Eine Zentrale Lenkungsgruppe unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters und des Polizeipräsidenten lenkt die Kommunale Kriminalprävention.

Stadt: Für die Stadtverwaltung wurden sämtliche Bürgermeisterreferate, Ämter und Eigenbetriebe zur Kommunalen Kriminalprävention „verpflichtet“. Eine Stabsstelle zur Koordination der Sicherheitspartnerschaft beim Bürgermeisteramt wurde gegründet und mit einem vom Polizeipräsidenten abgeordneten Polizeibeamten besetzt und von der Stadt bezahlt. Sicherheitsbeiräte in allen 23 Stadtbezirken wurden gegründet und den Bezirksbürgermeister*innen unterstellt.

Polizei: Ein Sachbereich Kriminal- und Verkehrsprävention beim Polizeipräsidenten Stuttgart wurde eingerichtet. Die Fachdezernate der Kriminalpolizei und die Dienststellen der Schutzpolizei wurden auf die Kommunale Kriminalprävention ausgerichtet. Sämtliche Polizeireviere wurden mit speziell geschulten sogenannten Präventionsbeamten besetzt.

Bürgerschaft: Der Förderverein „Sicheres und Sauberes Stuttgart“ mit einem Unternehmer als Vereinsvorsitzenden wurde gegründet. Der Verein sammelt Geld für Präventionsprojekte und initiiert selbst mit Hilfe eines Geschäftsführers eigene Projekte. Bürgerschaftliche Kooperationspartner wie Sozialdienste, kirchliche Dienste, Bürgervereine in allen Stadtbezirken, Banken, Versicherungen usw. werden förmlich einbezogen. Stand 2021 existieren in Stuttgart über 100 Sicherheitspartner.

Auch die Umsetzung der Konzeption „Stuttgarter Sicherheitspartnerschaft“ wurde festgelegt. Durch



die Lenkungsgruppe erfolgt eine jährliche Festlegung der Ziele und Maßnahmen. Auf eine intensive Zusammenarbeit der jeweils beteiligten Behörden untereinander, auf Steuerung und Benchmarking in allen Stadtbezirken wird Wert gelegt. Dies alles soll in einem jährlichen Präventionsbericht niedergelegt werden. Die Stadt verpflichtete sich, alle zwei Jahre in Bürgerumfragen die subjektive Sicherheitslage nach wissenschaftlichen Kriterien zu überprüfen. Alle zwei Jahre wird ein Präventionspreis durch eine Jury verliehen. Das Preisgeld wird von einer Versicherung gespendet.

In dem Präventionsbericht werden die definierten Handlungsfelder und deren Projekte dargestellt. Themen waren anfangs neben Jugendkriminalität und Integration vor allem auch der Zusammenhang von Sicherheit und Sauberkeit. Die viel bespöttelte, weil an die schwäbische Kehrwoche erinnernde Stuttgarter Initiative „Lets putz Stuttgart“ sollte das Sicherheits- und Sauberkeitsgefühl sowie das Umweltbewusstsein vor allem bei Kindern und Jugendlichen verbessern. Sie läuft immer noch erfolgreich im bald 25. Jahr und hat inzwischen Nachahmer gefunden. Die Sauberkeit wird als „die kleine Schwester der Sicherheit“ beschrieben, ein Bild, das bei der Bevölkerung ankommt.

3. Fazit

Als Fazit kann festgestellt werden: Die objektive und subjektive Sicherheitslage hat sich seit 1997 stetig verbessert. Baden-Württemberg und Stuttgart liegen im Ranking der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) stets auf den vorderen Plätzen nach Bayern und zwei bayerischen Großstädten. Die Bürgerumfragen

ergeben immer beste Werte. Auch in den Zeiten des Terrors blieb die Sicherheitslage stabil. So konnte die Studie des Statistischen Amtes der Stadt Stuttgart⁸ im Jahr 2018 feststellen: „Die sprunghaft gestiegene Sorge über Terroranschläge, das Gefühl der Bedrohung durch Terrorismus in der Bevölkerung, wie es in zahlreichen bundesweiten Meinungsumfragen zum Ausdruck kommt, schlägt sich nicht im lokalen subjektiven Sicherheitsgefühl nieder.“

Die Sicherheitsarchitektur und damit auch die Kommunale Kriminalprävention haben sich in Stuttgart bis heute als stabil erwiesen. (Dies liegt sicher auch an den guten Rahmenbedingungen, die eine wirtschaftlich gesunde Metropolregion, wie die Stuttgarter Region, zu bieten hat.) Ein weiterer Aspekt der vorliegenden Studie befasst sich mit dem lokalen Sozialkapital in Stuttgart und seinen Stadtbezirken. Bekanntlich wird in der Kriminalitätsforschung der Nachbarschaft in der Wohngegend in Bezug auf die Kriminalitätsfurcht der Bewohner*innen Bedeutung beigemessen⁹. Für Stuttgart kann ein sehr hohes lokales Sozialkapital innerhalb der Nachbarschaften nachgewiesen werden.

Die Erfahrungen von über 20 Jahren Kommunale Kriminalprävention in Stuttgart kann man wie folgt zusammenfassen¹⁰:

- Die Kommunale Kriminalprävention muss Chefsache sein, sonst gelingt sie nicht.
- Die Institutionalisierung der Kommunalen Kriminalprävention ist für den Erfolg von elementarer Bedeutung.
- Kommunale Kriminalprävention funktioniert nur gemeinsam, behördenübergreifend und vernetzt.



- Es müssen Ziele definiert und Strategien entwickelt werden auf der Grundlage der Sicherheitsanalysen von Polizei und Kommune.
- Prävention muss frühzeitig und langfristig eingesetzt werden.
- Dort wo Kriminalität entsteht, muss sie auch bekämpft werden (dezentraler vor Ort-Ansatz).
- Die jungen Menschen müssen einbezogen werden, bei ihnen kann langfristig die beste Wirkung erzielt werden.
- Die Qualität der Projekte ist entscheidend, nicht der gute Wille und die Quantität.
- Die Kommunale Kriminalprävention muss personell und finanziell gut ausgestattet werden. Sie ist aufwändig.
- Die Kommunale Kriminalprävention bedarf der Erfolgskontrolle.

Was wird?

1. Bestandsaufnahme 2018 - 2020

Betrachtet man die aktuellen Bestandsaufnahmen über den Zustand der Kommunalen Kriminalprävention in Deutschland, so bietet sich ein differenziertes, aber im Ergebnis positives Bild.

Die Fortschreibung der Bestandsaufnahme der Kommunalen Kriminalprävention von 2007 auf den Stand von 2018 im Forschungsbericht des Nationalen Zentrums Kriminalprävention (NKZ) lässt zuerst einmal Zweifel aufkommen. Dort wurde ein Gremienrückgang in ländlichen Gebieten und ein Gremienausbau in urbanen Räumen festgestellt. Die Umfragen ergaben einen Rückgang von 1.000 Gremien im Jahr 2007 auf 600 Gremien im Jahr 2018, also eine

Reduzierung um 40 %¹¹. Aber schon immer existierte die Reflexion zu den Fragen, ob denn konzeptionell das Richtige getan wird und ob Kommunale Kriminalprävention auch effektiv funktioniert¹². Auch ist die Erkenntnis nicht unbekannt, dass Kommunale Kriminalprävention in den Kommunen häufig nicht als genuine Aufgabe verstanden wird. Sie wird vielmehr als ein Nebenprodukt der sonstigen Aufgabenerfüllung wahrgenommen. Auch war der Schwerpunkt der Gremienbildung schon immer in den Flächenländern Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen. Dies hat für sich aber noch keine große Aussagekraft über den Zustand der Kommunalen Kriminalprävention in Deutschland.

Interessanter ist die Feststellung im Bericht von Verena Schreiber¹³, welche qualitative Veränderungen der Präventionsarbeit und des Verständnisses von Sicherheit sich abzeichnen. Viele Gremien, so Schreiber, die anfänglich noch mit dem enger formulierten Ziel antraten, Kriminalität zu reduzieren und das Sicherheitsempfinden zu stärken, plädierten heute für ein umfassenderes Präventionsverständnis und wollten sich daher auch nicht mehr ausschließlich als „Kriminal“ Präventionsräte verstanden wissen. So schlage auch das Deutsche Forum für Kriminalprävention vor, die Kommunale Kriminalprävention perspektivisch stärker zu einen „integrierten Sozialraumkonzept“ zu entwickeln.

Verfolgt man den Verlauf der abschließenden Podiumsdiskussion¹⁴ beim Tübinger Symposium am 11. Februar 2020, so wird dieses umfassende Präventionsverständnis bestätigt und sogar noch übertroffen. Kommunale Kriminalprävention wird

durch die aktuellen Herausforderungen angereichert durch die Forderung, die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Vielfalt zu berücksichtigen¹⁵. Ein Denken in neuen Kategorien sei vonnöten, um auch all jene zu erreichen, die sich von der Globalisierung abgehängt fühlten. Die Marginalisierung und Diskriminierung betroffener Bevölkerungsgruppen seien zu beachten und einzubeziehen, und zwar nicht als passives Ziel. Die Bevölkerungsgruppen sollten vielmehr eine aktive Rolle in der Gestaltung urbaner Sicherheitspolitik spielen. Rita Haverkamp rückte die kommunalen Wege zur Balancierung (trans)nationaler gesellschaftlicher Ängste und der gemeindlichen Gestaltung „eines guten Lebens“ in den Mittelpunkt der Erörterung. Damit wird der „Well-Being“ Ansatz der OECD als Qualitätskriterium Kommunalen Kriminalprävention eingeführt und weitet die Aufgaben der Kommunen aus. Damit beginnt verstärkt der Blick über die kommunalen und nationalen Grenzen. Anna Rau vom Deutsch-Europäischen Forum für Urbane Sicherheit (DEFUS) erwähnt verschiedene Faktoren, die maßgeblich für ein „gutes Leben“ sind, wobei der Sicherheit eine zentrale Rolle zukomme. In Kanada werde mit den Kommunen ein „Well-Being and Community Safety“ Ansatz verfolgt.

Als weiteres Beispiel erweiterten Denkens wird die Rockefeller Foundation genannt, die programmspezifisch die Resilienz von Städten analysiert hat – mit dem Ergebnis, dass chronische Stressfaktoren, wie etwa Gewalt oder Arbeitslosigkeit, die Möglichkeiten von Städten auf unvorhergesehene Krisen und Ereignisse zu reagieren, stark beeinträchtigten. Genannt werden einige europäische Städte wie Rotterdam, Athen und Paris, die sogenannte „Resilienzbeauftragte“ ein-

gestellt haben. Sie sollen die dortige Resilienzstrategie umsetzen und koordinieren. Dabei ist allerdings kritisch zu fragen, ob das Modethema Resilienz nicht alten Wein (Sicherheit- und Katastrophenvorsorge) in neue Schläuche (Resilienzstrategien und -beauftragte) gießt.

Überhaupt hat man den Eindruck, dass das „Beauftragtenwesen“ mit der Komplexität der Aufgabenbereiche zunimmt und die Gremien der Kommunalen Kriminalprävention dann schwächen kann, wenn die Beauftragten gerne außerhalb des KKP Systems angesiedelt werden. Neuestes Beispiel ist der sogenannte Nachtbürgermeister bzw. Nachtbeauftragter, in der Regel eine Koordinierungsstelle für das Nachtleben, z.B. in Stuttgart, Mannheim, Heidelberg und Mainz. Im Stuttgarter Projekt wird das Ziel beschrieben, die Interessen von Clubs, Bars, Anwohnenden und Stadtverwaltung besser aufeinander abzustimmen¹⁶. Die Koordinierungsstelle arbeitet behördenübergreifend, muss sich aber eng mit der Polizei und den Ordnungsbehörden ebenso wie Jugendamt und anderen Stellen der Jugendfürsorge abstimmen. Dies ist eigentlich eine originäre Aufgabe einer Koordinierungsstelle für Kommunale Kriminalprävention.

2. Herausforderungen und Megathemen der Zukunft

Dennoch kann man beruhigt feststellen, dass die Institutionen und Gremien der Kommunalen Kriminalprävention, was die thematischen Herausforderungen betrifft, auf der Höhe der Zeit sind. Erich Marks stellt in seiner aktuellen Betrachtung zur Entwicklung der Kommunalen Kriminalprävention auf dem Tübinger Sympo-



sion im Februar 2020 fest¹⁷: Kommunale Kriminalprävention ist ein Ongoing Prozess, sie stellt sich den aktuellen Herausforderungen, bringt Partner zusammen und denkt global. Den Beweis am Puls der Zeit zu sein tritt Erich Marks mit seiner Mannschaft mit der Auswahl der Themen des jährlichen Präventionstages seit Jahren an. Auch die sogenannten Megathemen der Zukunft werden gesehen und angesprochen.

Einige wichtige Beispiele sind zu nennen, die frühzeitig erkannt worden sind und jetzt nachhaltig, ernsthaft und effektiv bearbeitet werden müssen:

- Bildung, Erziehung und Krise COVID 19 – DPT 2021 Schwerpunktthema „Prävention orientiert“ und „Kölner Erklärung“.
- Die digitale Herausforderung – DPT 2020 Schwerpunktthema „Smart Prevention – Prävention in der digitalen Welt“.
- Demokratiegefährdung – DPT 2019 Schwerpunktthema „Prävention und Demokratieförderung“.
- Extremismus – DPT 2018 Schwerpunktthema „Gewalt und Radikalität – Aktuelle Herausforderungen für die Prävention“.
- Zuwanderung und Integration – DPT 2017 – Schwerpunktthema „Prävention & Integration“.

Diese neuen Themen, einschließlich der Bewältigung terroristischer Lagen, lassen sich nicht mehr lokal bewältigen. Im Zeitalter der Globalisierung, des Klimawandels, der Zuwanderung und der digitalen Welt löst sich die Trennung von innerer und äußerer Sicherheit, von urbanen Lösungen und internationaler Bewältigung immer mehr auf. Der Mehrwert des kommunalen Handelns darf aber bei diesen Megathe-

men nicht vernachlässigt werden. Die Formel¹⁸ lautet: Global denken, kommunal handeln. Das ist moderne Kommunale Kriminalprävention.

3. Ausblick/Nacharbeiten

Beim Ausblick darf der Blick auf die Folgen der COVID Pandemie auf unsere Gesellschaft und unsere urbane Sicherheit nicht fehlen. In der Kölner Erklärung des 26. Deutschen Präventionstages in Köln ist dieses Zukunftsthema angesprochen. Der Deutsche Präventionstag betont in der Kölner Erklärung¹⁹, dass die Prävention in Krisenzeiten richtungsweisender Ratgeber und Orientierungspunkt sein kann und betont die aus präventiver Sicht notwendigen Eckpunkte für

- Orientierung in der aktuellen Krisensituation
- Orientierung im Hinblick auf die Gestaltung der Zukunft
- Notwendige Um- und Neuorientierung.

Damit ist das Programm für eine Anpassung der Kommunalen Kriminalprävention in Zukunft genauso geschrieben, wie das Programm für die nächsten Präventionstage.

Eine Herausforderung für die Kommunale Kriminalprävention ist nach wie vor die nachhaltige Überzeugungsarbeit im Stadtrat/Gemeinderat, bei den eigenen Behörden und in der Bürgerschaft. Stets muss dafür geworben werden, dass Vorsorgeprojekte im Bereich der Sicherheit sich langfristig auszahlen. Insoweit muss an der Information und Überzeugung unablässig gearbeitet werden, um deutlich zu machen, welche Bedeutung eine kontinuierliche und nachhaltige professionelle und wis-

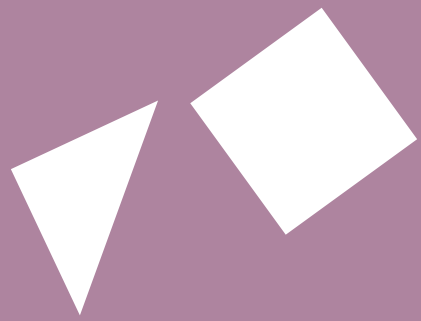
senschaftlich gestützte Präventionsarbeit hat. Das ist nicht einfach bei jahrelang guter Sicherheitslage, da sinkt das Problembewusstsein. Politischer und sachlicher Fortschritt wird dann häufig erst durch schlechte Meldungen verursacht. So war es auch bei der sogenannten Stuttgarter Krawallnacht vom 20. auf 21. Juni 2020²⁰, die Defizite von Streetwork in der Innenstadt aufdeckte. Die Mehrheit des Stadtrates hatte einige Jahre zuvor die dringliche Bitte nach einer Verlängerung der Streetwork in der Innenstadt ohne große Begründung abgelehnt. Endlich ist beschlossen worden, dass die Stuttgarter Erfindung, das Haus des Jugendrechts, auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt wird. Bisher war die Ausdehnung an den klassischen Hürden gescheitert: Wenig Problembewusstsein durch gute Statistiken, mangelnde Finanzierung, Streit über Zuständigkeiten und das unbequeme Gehen neuer ungewohnter Wege in der Sachbearbeitung.

Schließlich ist festzustellen, dass sich die Polizei aus Gründen anderer wichtiger Aufgaben (Demonstrationen, Terrorschutz und digitale Straftatenverfolgung u.a.) aus dem Thema der Kriminalprävention teilweise zurückziehen muss. Dies ist zu bedauern, da die Polizei mit ihrer Fachkompetenz und Autorität einen unverzichtbaren Bestandteil der Kommunalen Kriminalprävention darstellt. An dem professionellen Ausbau der Kommunalen Kriminalprävention auf den Schultern der kommunal Verantwortlichen geht deshalb kein Weg vorbei²¹.

KURZ UND KNAPP

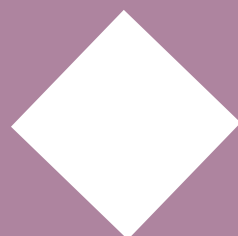
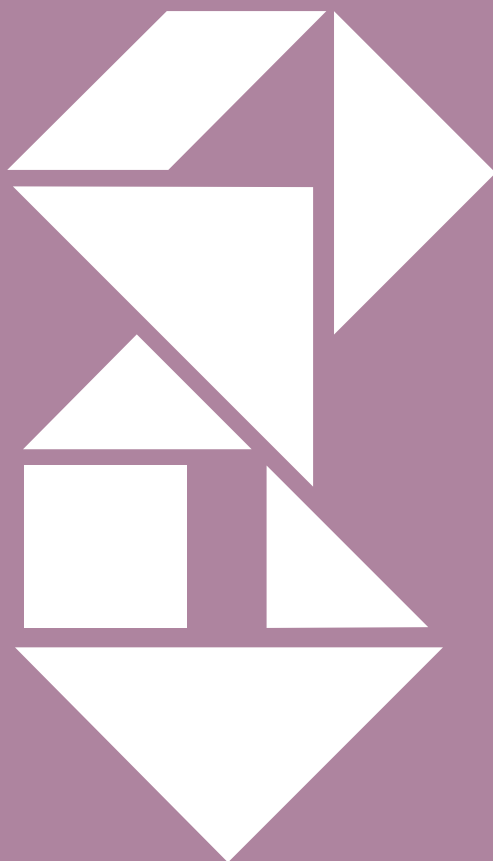
- » 1.985 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
- » 158 Referierende
- » 32 Vorträge und 18 Workshops
- » Eventbühne
- » 121 Infostände
- » Präventionsmeile
- » Kinderuniversität

HANNOVER



≡ *Migration –
Kriminalität – Prävention*

28./29. APRIL 2003



Die Messestadt Hannover stellt mit ihrem Convention Center am 28. & 29. April 2003 erstmalig den Veranstaltungsort für den Deutschen Präventionstag.

Als Schirmherr fungierte der niedersächsische Ministerpräsident und spätere Bundespräsident Christian Wulff.

Das Schwerpunktthema lautete „Migration – Kriminalität – Prävention“.

Erich Marks Erfinder, Antriebsmotor und Chef des Deutschen Präventionstages

25 mal Deutscher Präventionstag – diese stolze Zwischenbilanz einer in Deutschland beispiellosen Kongressgeschichte zum Thema der Kriminalprävention und angrenzender Präventionsbereiche kann man nur nachvollziehen, wenn man den Erfinder, den Antriebsmotor, den Chef des Unternehmens ins Visier nimmt: Erich Marks.

Ich bin ihm erstmals 1978 begegnet. Carmen Thomas hatte ihre großartige WDR-Radiosendung „Hallo Ü-Wagen“ in und vor den Geschäftsräumen des „Kreis 74 – Straffälligenhilfe Bielefeld“ angeboten. Eingeladen hatte sie der Pädagogik-Student Erich Marks. Er war damals Vorsitzender des Vereins Kreis 74. Marks hatte ihn bereits 1972 noch als Oberstufenschüler mit dem Ziel gegründet, in Bielefeld haupt- und ehrenamtlich Strafgefangene und Straftlassene zu betreuen. Der Verein verfügte u.a. über eine Wohngemeinschaft für Straftlassene sowie eine beachtliche Zahl von ehrenamtlichen Helfer*innen, die sich unter dem Motto „Straffälligenhilfe ist Bürgersache“ engagierten. Erich Marks wollte nun mit Hilfe

von Carmen Thomas Unterstützung für den Verein und die Straffälligenhilfe einwerben und so dessen Aktionsradius deutlich erweitern. Mich hatte man zu der Sendung eingeladen, weil ich fünf Jahre vorher eine bundesweit agierende Bürgerinitiative gegründet hatte, die Zeitungsabonnements für Gefangene vermittelte. Zudem hatte ich in München als Vorsitzender des Vereins BRÜCKE einen Modellversuch gestartet, mit dem wir als Alternative zum Einsperren ambulante Maßnahmen nach dem Jugendstrafrecht erprobten.

Und so begann an diesem Donnerstag eine Freundschaft, aus der sich über mehr als vier Jahrzehnte hinweg immer wieder konstruktive Ideen für unser gemeinsames Interesse an der Prävention von Kriminalität entwickelt haben. Die erste Chance hierfür bot sich zwei Jahre später. Der Münchner BRÜCKE-Modellversuch hatte sich gut entwickelt. Die Medien brachten positive Berichte. Daraufhin wurde ich von Dr. Angela Kulenkampff, einer Jugendschöffin aus Köln, Anfang 1980 dazu eingeladen, in ihrer Wohnung vor einem kleinen Kreis von interessierten Freund*innen über das Projekt zu berichten. Schnell wurde man sich dann einig, in Köln ebenfalls so einen Modellversuch zu starten. Aber ein wichtiges Element fehlte. Frau Kulenkampff fragte mich, ob ich eine Art Zwillingbruder kenne, der das Projekt in Köln



Prof. Dr. Christian Pfeiffer

Autor und Präventionsforscher; ehemaliger Niedersächsischer Justizminister und langjähriger Direktor des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen e.V. (KFN)

leiten könnte. Ich schlug ihr spontan Erich Marks vor und fragte fünf Minuten später telefonisch bei ihm an, ob er diese Aufgabe übernehmen wolle. Er sagte sofort zu.

Erich Marks stand damals einerseits unmittelbar vor dem Abschluss seines Studiums der Pädagogik und Psychologie an der Universität Bielefeld und wartete andererseits auf den Start seines Zivildienstes. Beides hat ihn aber nicht daran gehindert, schon in unserem Telefonat klar zu signalisieren, dass er diese spannende Aufgabe gerne übernehmen möchte. Wenige Wochen später war er bereits in Köln gelandet. Noch im selben Jahr wurde er Gründungsgeschäftsführer der Brücke Köln. Gemeinsam konnten wir dann in den nächsten Jahren mit Unterstützung der Deutschen Jugendgerichtsvereinigung (DVJJ) dazu beitragen, dass sich unser Konzept der ambulanten Maßnahmen in der jugendstrafrechtlichen Praxis bundesweit verbreitete und eine große Zahl von Folgeprojekten entstand.

Neben der gemeinnützigen Arbeit, der Betreuungsweisung und dem sozialen Trainingskurs kam später noch der Täter-Opfer-Ausgleich hinzu. All dies hat schließlich dazu beigetragen, dass der großartige Ministerialrat Horst Viehmann im Bundesjustizministerium die Gunst der Stunde nutzen konnte und die Weichen dafür stellte, dass die in den Projekten inzwischen bundesweit gesammelten Erfahrungen 1990 in einer ersten Reform des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) ihren Niederschlag fanden.

Sehr bald hat dann mit der Deutschen Bewährungshilfe (DBH) eine bundesweit tätige Organisation das große Talent von Erich Marks entdeckt, im sozialpädagogischen Bereich des Strafrechts kreativ und effektiv tätig zu werden. 1983 wurde er für 17 Jahre ihr Bundesgeschäftsführer. In diese Zeit fallen auch mehrere Gründungen und Etablierungen von neuen Fachorganisationen durch Erich Marks, u.a. die Bundesarbeitsgemeinschaft Straffälli-



genhilfe (BAG-S), der Forum Verlag Godesberg (FVG), das DBH-Bildungswerk, die Deutsche Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe (DVS), der Verein zur Förderung von Arbeitsinitiativen (FAF), das Servicebüro für Täter-Opfer-Ausgleich und Konfliktschlichtung, der Verein WAAGE Köln und PROBAT – Institut für Projektarbeit.

Etwas zeichnete Erich Marks schon damals aus – über die eigenen Grenzen zu schauen, sich international darüber zu informieren, welche Wege man in anderen Ländern bei der Bekämpfung und der Prävention von Kriminalität geht. So richtig ausgelebt hat er diesen Wunsch aber erst in der nächsten Station seiner nebenberuflichen Aktivitäten: seiner Initiative 1995 den ersten Deutschen Präventionstag ins Leben zu rufen. Und so konnte er dann mit dieser Veranstaltung ein Thema in den Mittelpunkt rücken, das ihm persönlich ein großes Anliegen war: „Kommunale Kriminalitätsverhütung – ein europäischer Erfahrungsaustausch“.

Auch ihn faszinierte damals schon die pragmatisch-vernünftige Herangehensweise der Nordeuropäer*innen, wenn es darum geht, Polizei, Sozialarbeit, kommunale Arbeitgeber, Sportvereine, Kirchen, Staatsanwaltschaft, regionale Stiftungen und die Justiz an einen Tisch zu bringen und gemeinsam nach Wegen dafür zu suchen, wie man vor Ort Kriminalität verhüten kann. Damit der Weg für die vor allem aus dem Norden erwarteten internationalen Gäste nicht zu weit ist, hatte Erich Marks die wunderbare Stadt Lübeck als Austragungsort gewählt. Da konnte nichts mehr

schief gehen. Der erste Deutsche Präventionstag wurde ein voller Erfolg.

Bis 2000 folgten fünf weitere, die jedes Mal mit steigenden Teilnehmerszahlen aufzeigten, dass Erich Marks hier wirklich ein Kongresskonzept entwickelt hat, dass die Menschen begeisterte: eine gelungene Mischung von Plenarveranstaltungen mit Top-Referierenden aus dem In- und Ausland und ein attraktives Angebot von kleinen und mittelgroßen Veranstaltungen zu einer Vielzahl von Themen, die die Menschen wirklich interessierten. Doch für ihn selber wurde zunehmend deutlich, dass die Arbeit in der DBH ihm zu wenig Spielraum dafür ließ, die ständig wachsenden Aufgaben der Organisation eines Kongresses zu bewältigen, an dem inzwischen jedes Jahr mehr als 2.000 Menschen teilnahmen. Erich Marks brauchte einen neuen Arbeitgeber, dem es ein Anliegen war, die Kriminalprävention in Deutschland voranzubringen.

Erneut bewährte sich wieder einmal unsere Freundschaft. Ich war im Dezember 2000 zu meiner eigenen Überraschung plötzlich von Ministerpräsident Sigmar Gabriel zum Justizminister Niedersachsens berufen worden. Zudem hatte er mir auf meinen Wunsch hin die Zuständigkeit für die Kriminalprävention übertragen, die normalerweise beim Innenministerium liegt. Doch was tut man dann, wenn man als Kriminologe die Chance erhält, endlich einmal praktisch zu erproben, was man in zig Vorträgen und Vorlesungen gepredigt hat. Ich suchte nach pragmatisch machbaren Lösungen, auf lokaler Ebene die Profis der Kriminalitätsbekämpfung

für eine konstruktive Zusammenarbeit bei der Prävention von Straftaten zu motivieren. Und wer war hier mein erster Gesprächspartner? Natürlich Erich Marks. Ihn hatte ich sofort angerufen, als mich die Anfrage für den neuen Job erreichte. Und natürlich sprühte er nur so vor Ideen, wie man hier vorgehen sollte. Die letzte Hürde, die wir jetzt noch bewältigen mussten, war allerdings schwierig.

Auf einmal ging es mir wie dem Boss eines Fußballvereins, der Zinedine Zidane verpflichten möchte. Der Ruf von Erich Marks hatte sich in der Szene bundesweit verbreitet. Sein Marktwert war gestiegen. Zudem hatte er gerade bei einem neuen Verein unterschrieben: als Gründungsgeschäftsführer der im Jahr 2000 vom Bundesinnenministerium und Bundesjustizministerium gegründeten Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK). Ihn dort loszueisen war nicht einfach. Aber zum Glück hatte Erich Marks eine Art Ausstiegsklausel. Und so gelang es dann doch, ihn Anfang 2002 nach Hannover in das Justizministerium zu holen. Gemeinsam stärkten wir zunächst den 1995 gegründeten Landespräventionsrat Niedersachsen (LPR), der seitdem überall im Land zum Motor der Gründung von kommunalen Präventionsräten wurde. Bis zum Jahr 2019 hat Erich Marks den LPR als Geschäftsführer nachdrücklich geprägt und zu einer weit über die Grenzen des Bundeslandes bekannten und geachteten Arbeitseinheit mit einem über 20-köpfigen Team ausgebaut. Zentrale von ihm in diesen Jahren initiierte Projekte sind beispielsweise die Beccaria-Standards, die Grüne Liste Prävention sowie verschiedene Qualifizierungs- und Qualitätsinitiativen.

Doch dann kam der nächste Schritt. Nach und nach baute Erich Marks zusammen mit seiner Frau Karla Marks ein Team von engagierten Expert*innen der Kriminalprävention auf, die gemeinsam mit ihm 18 weitere Deutsche Präventionstage auf die Beine stellten. Die zentralen Kongressthemen zeigen, dass sie dabei das Spektrum der Fragen beständig erweiterten, die man in den Mittelpunkt rückte. Die zunächst vor allem bei jungen Menschen stark ansteigende Gewalt wurde ebenso Thema wie die Gewaltprävention im sozialen Nahraum oder die Integration von Migrantinnen und Migranten. Man entdeckte die Bürgerstiftungen und andere Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements als Partner der Prävention und rückte zu Recht auch die Bildung in den Mittelpunkt eines Kongresses. Die Ökonomie der Prävention zeigte auf, dass Prävention sich rechnet. Aber auch die politische Radikalisierung in verschiedenen Gruppen unserer Gesellschaft wurde zum Thema und zuletzt die Prävention in der digitalen Welt.

Angesichts dieser eindrucksvollen Breite von Themen und der sich in den unverändert hohen Teilnehmerezahlen dokumentierenden, hohen Attraktivität des Deutschen Präventionstages fragt man sich, wie dieser Erfolg zu erklären ist. Natürlich spielt hier dieses großartige Team eine wichtige Rolle, das mit seiner interdisziplinären Zusammensetzung, seiner fachlichen Qualität und seiner breiten Erfahrung die beständige Qualität des Angebots sicherstellt. Aber man kommt nicht daran vorbei, dass Erich Marks der Dreh- und Angelpunkt des Unternehmens ist. Diese Rolle

füllt er nun schon seit 25 Jahren stets überzeugend aus, weil er in seiner Person mehrere Qualitäten vereinigt.

Die wichtigsten sind dabei seine mitmenschliche Wärme, die damit verbundene Empathie, sein Humor und seine Ausstrahlung von Verlässlichkeit und Geradlinigkeit. Die Menschen vertrauen ihm, fühlen sich von ihm angenommen und verstanden. Weil Erich Marks im Gespräch auch ein guter Zuhörer ist, bringt er so optimale Voraussetzungen dafür mit, seine Gegenüber für eine Zusammenarbeit zu motivieren – ganz gleich, ob das potentielle Referierende sind, Staatsanwält*innen, die er für die Zuweisung von Bußgeldern motivieren möchte, Journalist*innen, bei denen er Interesse für ein Thema wecken will, Abteilungsleiter*innen, mit denen er über einen staatlichen Zuschuss verhandelt, oder Lehrende, die er als Teilnehmende des Kongresses gewinnen möchte.

Aber zwei wichtige Qualitäten kommen noch hinzu. Zum einen seine nicht enden wollende Neugierde auf neue Erkenntnisse der Forschung aus all den Bereichen, die für das Verhalten der Menschen wichtig sind – angefangen von der Medizin über die Sozialwissenschaften bis dahin, wie Ernährung unser Denken und Handeln beeinflusst. Zum anderen beeindruckt er seine Gegenüber durch Offenheit und Toleranz. Man traut sich im Gespräch mit ihm auch Gedanken und Vorschläge einzubringen, die nicht dem Mainstream entsprechen. Und so gelingt es ihm seit 1995 immer wieder aufs Neue, die Menschen für den inzwischen weltweit größten Jahreskongress für Kriminalprävention, den Deutschen Präventionstag, als Partner oder Teilnehmende zu gewinnen.

Diese großartige Leistung dokumentiert sich auf eindrucksvolle Weise in Zahlen. So registrierte der DPT bei seiner ersten Veranstaltung



insgesamt 168 Teilnehmende. Schon bei dem zehnten Kongress waren es mit 1.907 mehr als elfmal so viel. Und bei den letzten fünf lagen die Zahlen jeweils zwischen 2.500 und 3.000. Etwas war aber von Beginn an ein Markenzeichen des Deutschen Präventionstages – seine internationale Orientierung. Schon 1995 in Lübeck kamen 18 der 168 teilnehmenden Personen aus elf Staaten (Belgien, Dänemark, Estland, Großbritannien, Litauen, Niederlande, Polen, Russland, Schweden, Tschechien und Ungarn). Inzwischen wurden mehr als 2.500 internationale Gäste aus mehr als 80 Staaten und aus allen Kontinenten registriert. Das wiederum ist auch die Folge davon, dass das Programm des DPT seit 2007 durch das englischsprachige Annual International Forum (AIF) ergänzt wird. Und in der Mediathek wurden inzwischen mehrere Tausend ausgewählte Vorträge und Medien in deutscher und englischer Sprache publiziert.

Hinzu kommt, dass dem Deutschen Präventionstag seit 2012 ein weiteres Bein gewachsen ist, das inzwischen schon beachtliche Leistungskraft und Ausdauer vorweisen kann: das DPT Institut für angewandte Präventionsforschung (DPT-I). Es kooperiert mit anderen Organisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen. Es organisiert den an Prävention orientierten Dialog zwischen Wissenschaft, Politik, Verwaltung, Verbänden und Zivilgesellschaft. Und schließlich informiert es den DPT und seine Partnerorganisationen über die Ergebnisse und den Stand der Präventionsforschung.

Angesichts all dieser Aktivitäten kann es nicht überraschen, dass der Deutsche Präventionstag offenkundig Wirkung erzielt hat. Die Tatsache, dass die polizeilich registrierte Kriminalitätsbelastung Deutschlands pro 100.000 der Wohnbevölkerung in den letzten 25 Jahren um 22 % abgenommen hat, ist nicht von allein gekommen. Natürlich gab es zwischenzeitlich hier auch kleine Ausschläge nach oben und unten. Aber insgesamt betrachtet ist das ein klarer Trend. Und er betrifft nicht etwa nur die Diebstahlsdelikte oder andere Fälle leichter bis mittelschwerer Straftaten. Auch die Gewaltkriminalität hat pro 100.000 der Bevölkerung seit 1995 um ein Fünftel abgenommen. Und hier gilt sogar, wie ich in meinem 2019 erschienenen Buch „Gegen die Gewalt“ im Vergleich der jeweilig registrierten Höchststände zur aktuellen Lage aufzeigen konnte, eine für viele Menschen sicher überraschende These: Je schwerer die Gewalt – umso stärker der Rückgang. Am deutlichsten fällt er beim Sexualmord aus, am schwächsten bei der gefährlichen/schweren Körperverletzung. Und die Analyse der Daten zeigt auf, in welchem starkem Ausmaß diese positiven Trends auch eine Folge eines ausgeprägten Wandels der elterlichen Erziehungskultur sind: Mehr Liebe – weniger Hiebe.

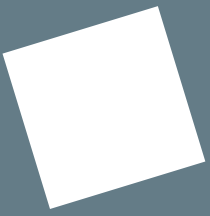
Und noch etwas verdient Beachtung. Das Risiko, Opfer eines Wohnungseinbruchs zu werden, hat in den letzten 25 Jahren um fast zwei Drittel abgenommen (-65,2 %). Hinzu kommt, dass die Quote der erfolgreichen Einbrüche in den letzten 25 Jahren von 71 % auf 55 % gesunken ist. Beide Trends haben eine gemeinsame Basis. Sie liegt in Präventionsan-

strengungen von Polizei, Medien und Handwerk, die die Menschen erfolgreich darüber aufgeklärt haben, wie man Fenster und Türen besser sichert und dass die Aufmerksamkeit von Nachbarschaft vor Einbruch schützt. Sie beruhen aber auch darauf, dass es in Deutschland seit 1995 ein Forum gibt, derartige Präventionsstrategien offensiv bekanntzumachen. Die insgesamt so positive Kriminalitätsentwicklung unseres Landes sollte man auch als eine Folge dieser 25 Präventionstage interpretieren. Seit 1995 haben sich dort mehr als 50.000 Menschen interessiert und konstruktiv mit der Frage auseinandergesetzt, wie man Kriminalität optimal bekämpfen und verhüten kann. Und anschließend haben sie in ihren jeweiligen Arbeitsbereichen und sozialen Netzwerken die dort gewonnenen Erkenntnisse weitergegeben. „Kriminalprävention beginnt im Kopf“ lautete schon vor 25 Jahren eine zentrale These von Erich Marks. Und wo er recht hat, hat er recht.

KURZ UND KNAPP

- » 1.269 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
- » 73 Beiträge zu verschiedenen Vortragsforen
- » 110 Referierende
- » 75 Infostände
- » Eventbühne

≡ *Entwicklungen in
Gesellschaft und Politik
– Herausforderungen für
die Kriminalprävention*



DÜSSELDORF

26. BIS 28. NOVEMBER 2001



Gleich noch ein zweites Mal kam der Deutsche Präventionstag zu seinem dann 7. Jahreskongress in das Congress Center Düsseldorf.

Vom 26. bis 28. November 2001 fanden sich die Präventionsfachleute hier zum Schwerpunktthema „Entwicklungen in Gesellschaft und Politik – Herausforderungen für die Kriminalprävention“ zusammen.

Diesmal übernahm der Saarländische Ministerpräsident Peter Müller die Schirmherrschaft.

Deutscher Präventionstag (DPT) und Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) als Partner in den Handlungsfeldern der Prävention

Einführung

Die Gründung der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) im Jahr 2001 war Ausdruck einer Entwicklung, die damit begonnen hatte, dass sich seit 1990 kommunale Präventionsräte bildeten, auf Länderebene korrespondierende Koordinierungsgremien entstanden und nicht zuletzt seit 1995 jährliche Präventionskongresse zur konstanten Plattform eines bundesweiten Diskurses zur Kriminalprävention in Deutschland wurden¹.

Im Gründungsjahr des DFK konnte bereits der 7. Deutsche Präventionstag (DPT) in Düsseldorf stattfinden und die Arbeit des DFK inspirieren. Zudem war die Stiftung Partnerin des Kongresses geworden. Die auf nationaler Ebene durchgeführte stetig anwachsende Veranstaltung bot (und bietet) seither mit einem jeweils gewählten Schwerpunktthema Gelegenheit, aktuelle und grundsätzliche Fragen der Kriminalprävention und ihrer Wirksamkeit zu erörtern sowie Partner in der Präventionsarbeit zusammenzuführen. Für die Stiftung eine gute Anknüp-

**Stefan Daniel**

Jurist, geschäftsführender Vorstand und Leiter der Geschäftsstelle der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)

**Wolfgang Kahl**

Kriminalbeamter, Mitarbeiter der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) und Chefredakteur der Zeitschrift "forum kriminalprävention"

fungsmöglichkeit, gemeinsam mit dem DPT zentrale Aufgaben in einem noch vergleichsweise neuen kriminal- bzw. gesellschaftspolitischen Handlungsfeld zu gestalten.

Für beide Akteure gab es nicht immer hinreichend gesicherte Rahmenbedingungen für eine kontinuierliche Fortentwicklung ihrer Strukturen und Arbeitsmöglichkeiten, so dass Unterstützungen immer wieder neu insbesondere mit staatlichen Geldgebern auch auf Bundesebene ausgehandelt werden mussten, etwa um 2012 über das DFK die Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement an der Eberhard Karls Universität in Tübingen zu etablieren oder 2016 die Forschungsstelle „Nationales Zentrum für Kriminalprävention“ beim DFK einzurichten. Trotzdem sind seither Fortschritte und Dynamik immer wieder spürbar.

Der Beitrag zur Festschrift anerkennt mit viel Respekt und großer Freude, wie der DPT die Veranstaltungen von einer kriminalpräventiven Fachtagung im kleineren Kreis zu einem umfassenden, national wie international anerkannten Kongress für verschiedene Handlungsfelder der Prävention und Förderung ausbauen sowie um eine Vielzahl von weiteren Wissenstransferformaten (z.B. DPT-Dokumentation, Tägliche Präventionsnews, DPT-Map oder digitale Prävi-nare) ergänzen konnte.

Nachfolgend werden die programmatischen Leitlinien von DPT und DFK gegenüber- und ihre Gemeinsamkeiten herausgestellt. Es folgt eine Übersicht zu den Kooperationsformaten, die im Laufe der Zeit zugenommen haben und auf eine noch stärkere Verzahnung in den kommenden Jahren hinweisen. Zentrale Aussagen aus bedeutsamen Kongresserklärungen zeigen sodann, wie die übereinstimmende Programmatik in konkrete Forderungen einmündete und runden das Bild ab.

Programmatik der zentralen gesamtgesellschaftlichen Präventionsakteure auf Bundesebene

DFK und DPT gehen von der zentralen kriminologischen Erkenntnis aus, dass Ursachen von Kriminalität zumeist nicht durch repräsentative Maßnahmen von Justiz und Polizei beseitigt werden können, sondern dass dafür präventive Ansätze in einer großen Bandbreite von einer Vielzahl unterschiedlicher staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure sinnvoll und notwendig erscheinen.

Im **DPT-Leitbild** heißt es: „Der Deutsche Präventionstag wurde 1995 als nationaler jährlicher Kongress speziell für das Arbeitsfeld der Kriminalprävention begründet. Von Beginn an war es das Ziel, Kriminalprävention ressortübergreifend, interdisziplinär und in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen darzustellen und zu stärken. Nach und nach hat sich

der Deutsche Präventionstag auch für Institutionen, Projekte, Methoden, Fragestellungen und Erkenntnisse aus anderen Arbeitsfeldern der Prävention geöffnet, die bereits in mehr oder weniger direkten inhaltlichen Zusammenhängen stehen. [...] Der Kongress wendet sich insbesondere an alle Verantwortungsträger der Prävention aus Behörden, Gemeinden, Städten und Kreisen, Gesundheitswesen, Kinder- und Jugendhilfe, Justiz, Kirchen, Medien, Politik, Polizei, Präventionsgremien, Projekten, Schulen, Sport, Vereinigungen und Verbänden, Wissenschaft und alle anderen Interessierten. Der Deutsche Präventionstag will als jährlich stattfindender nationaler Kongress:

- aktuelle und grundsätzliche Fragen der verschiedenen Arbeitsfelder der Prävention und ihrer Wirksamkeit vermitteln und austauschen,
- Partner in der Prävention zusammenführen,
- Forum für die Praxis sein und Erfahrungsaustausch ermöglichen,
- Internationale Verbindungen knüpfen und Informationen austauschen helfen,
- Umsetzungsstrategien diskutieren,
- Empfehlungen an Praxis, Politik, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiten und aussprechen.“

Die **Stiftung DFK** sieht sich im Sinne einer Vision als „das unabhängige Zentrum der gesamtgesellschaftlichen Prävention in Deutschland. Sie übernimmt eine Leitfunktion in sozialen, ethischen, interkulturellen und erzieherischen Fragen im Interesse einer sicheren, kriminalitätsarmen und lebenswerten Gesellschaft, in der jeder Einzelne wie alle Institutionen verantwortlich zur Vermei-

„dung von Risiken und zur Gestaltung des Zusammenlebens beitragen.“

Im **DFK-Leitbild** heißt es sodann: *„Die Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention*

- sieht gesamtgesellschaftliches, auf Nachhaltigkeit angelegtes Wirken als unabdingbare Voraussetzung für eine effektive Reduzierung von Kriminalität und Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit an; Kernanliegen ist es, Prävention als Aufgabe in der Verantwortung jedes Einzelnen und aller Institutionen zu etablieren.
- versteht sich als kompetentes Bindeglied zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik und fördert die Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Präventionsakteure.
- bezieht Position im Zusammenhang mit präventionsrelevanten Fragestellungen im Kontext der inneren Sicherheit und vertritt diese konsequent nach außen.
- widmet sich proaktiv präventionsrelevanten Fragestellungen und stellt dabei Handlungsfelder übergreifende Themen in den Mittelpunkt.
- setzt sich für eine Stärkung der Erziehungskompetenz von Familien, Kindertagesstätten und Schulen ein.
- trägt dazu bei, dass Präventionsansätze und Einwirkungsmöglichkeiten sowie technische Prävention aufeinander abgestimmt den vielfältigen Entstehungsbedingungen und Wirkungszusammenhängen von Kriminalität Rechnung tragen.“

Beide programmatischen Bekenntnisse stellen heraus, dass Kriminalitätsprävention nicht nur im Handlungsfeld der öffentlichen Sicherheit und ihrer unmittelbaren Agenturen zu verorten

ist. Vielmehr ist eine große Zahl von staatlichen und gesellschaftlichen Partnern beteiligt, um Entstehungsbedingungen, Wirkungszusammenhänge und Dynamik von Kriminalität sowie auch anderer problematischer Verhaltensweisen (z.B. Mobbing, Sucht) zuvorzukommen. Damit einher geht das Selbstverständnis, dass Prävention in eine offene, demokratische, freiheitliche und soziale Gesellschaft eingebettet ist und repressive wie präventive Sicherheitsbemühungen an rechtsstaatlichen Grenzen haltmachen müssen, weshalb ein alles kontrollierender Präventionsstaat abzulehnen ist.

DPT und DFK betonen die Notwendigkeit guter Kooperation für den Erfolg des Zusammenwirkens, eine in der Praxis nicht immer einfache Aufgabe angesichts im Detail unterschiedlicher Interessen, Handlungslogiken, Herangehensweisen und Ressourcen. Das Zusammenspiel von Politik, Praxis und Wissenschaft wird beiderseits stark betont.

Evidenzorientierung bei der Qualität von Präventionsarbeit wird zwar nicht ausdrücklich erwähnt, wohnt aber dem gemeinsamen Paradigma wissenschaftlicher Fundierung von Strategien und Praxiskonzepten inne.

Prävention ist von vielfältigen Rahmenbedingungen abhängig, die von politischen Entscheidungsgremien und -trägern etwa in Form von Gesetzen, Verordnungen, Institutionalisierungen, Kooperationsvereinbarungen und finanziellen Absicherungen gestaltet werden. DPT und DFK wollen die Bundespolitik in die Verantwortung nehmen

und beraten diese etwa beim institutionellen Ausbau der Prävention oder bei der Planung und Bewilligung von Projektförderungen sowie im Hinblick auf gesetzgeberische Vorhaben.

Darüber hinaus sind beide Institutionen in vielfältiger Weise mit internationalen Partnern vernetzt, beispielsweise mit dem Europäischen Netzwerk für Kriminalprävention (EUCPN) oder dem Europäischen Forum für urbane Sicherheit (EFUS), um auf diesem Wege einen Beitrag hin zu einem europäischen Präventionsverständnis zu leisten und praktisches Wissen zu einzelnen Präventionsvorhaben weiterzugeben.

Zusammengefasst zeigen die Leitbilder von DPT und DFK, dass Prävention weit über sicherheitsbehördliche bzw. polizeiliche Herangehensweisen hinausgeht und besonderer Kooperation bedarf.

DPT und DFK als Kooperationspartner

Von Anbeginn unterstützt das DFK den jährlichen Kongress mit einem finanziellen Beitrag, in den letzten Jahren aus Fördermitteln des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV). Weiterhin ist das DFK als ständiger Veranstaltungspartner im Programmbeirat des DPT vertreten. Der DPT-Geschäftsführer wiederum unterstützt den DFK-Vorstand in der Funktion eines Beisitzers. Neben diesen formalisierten Kooperationen lebt die Zusammenarbeit der Institutionen jedoch insbesondere von

gegenseitiger Wertschätzung, einem gemeinsamen Präventionsverständnis, wechselseitiger Beratung und einem gelebten Austausch.

DFK als Partner der jährlichen Präventionstage

Bei den Kongressen ist das DFK stets mit einem Informationsstand vor Ort und präsentiert die Arbeitsergebnisse in Printformaten (z.B. mit der Zeitschrift „forum kriminalprävention“, zahlreichen Fachbroschüren und Handreichungen) oder in Vorträgen und Projektsots, aber auch im Gespräch, wozu ausgiebig Gelegenheit etwa bei den Abendveranstaltungen geboten wird. Aus Sicht des DFK sind aus der Kongresshistorie einige Programmbeiträge hervorzuheben:

- 9. DPT 2004 in Stuttgart: Workshop zum Thema „Hass und Gewalt – Neue Wege in der Prävention“, bei dem die Forschungsergebnisse und Empfehlungen aus dem Projekt „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere junge Menschen“ vorgestellt und diskutiert wurden.
- 10. DPT 2005 in Hannover: Expertenworkshop zum Thema „Ältere und pflegebedürftige Menschen als Opfer von Gewalt im sozialen Nahraum und Präventionserfordernisse“.
- 13. DPT 2008 in Leipzig: Workshop „Bürgerengagement in der kommunalen Kriminalprävention – Beiträge aus der aktuellen Forschung zu Konzeption, Wirklichkeit und Entwicklungsmöglichkeiten“, bei dem DFK und ausgewiesene Expertinnen und Experten ihre aktuelle empirische Forschung vorstellten und diskutierten.



© Oliver Weber

- 15. DPT 2010 in Berlin: Vortrag „Impulse für das kommunale Präventionsmanagement“ und Diskussion zur Fortentwicklung des Handlungsfeldes.
- 16. DPT 2011 in Oldenburg: Präsentation des Antimobbing-Programms „Fairplayer“ als Angebot für Sekundarschulen in Kooperation von DFK, Deutscher Bahn AG und Freier Universität Berlin.
- 18. DPT 2013 in Bielefeld: Podiumsgespräch des DFK-Sachverständigenrates „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“ und Präsentation des gleichnamigen Leitfadens für die pädagogische Praxis.
- 19. DPT 2014 in Karlsruhe: Vortragsreihe und Diskussionsrunde mit dem Titel „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention als Kooperationsstrategie“.
- 21. DPT 2016 in Magdeburg: Vortragsreihe „Präventive Herausforderungen bei der Integration von Flüchtlingen“.
- 25. DPT 2020 virtuell: Prävinar – Mobbingprävention als Thema der Lehrkräfteausbildung.

In den beispielhaft genannten Formaten spiegeln sich unter anderem die Prinzipien Aktualität, kriminal- und gesellschaftspolitische Relevanz, Wissenschaftlichkeit und Praxisorientierung sowie nicht zuletzt der Kooperationsgedanke wider.

Mehr Kooperation wagen im Projekt „Entwicklungsförderung und Gewaltprävention für junge Menschen“

Nachdem sich die Stiftung bereits unmittelbar nach ihrer Gründung, beginnend mit dem Projekt „Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige – insbesondere: junge Menschen“ (2001-2006), intensiv mit Fragen



der Gewaltprävention beschäftigt hatte, nahm sie diesen thematischen Schwerpunkt im Jahre 2010 erneut auf und verfolgt seitdem das Ziel, theoretisches Wissen und praktisches Know-how der Fachkräfte in Kitas und Schulen sowie bei der sozialen Arbeit vor Ort zu verbessern und dabei ein breites Spektrum von gedruckten, digitalen und personalen Formaten gemeinsam mit dem DPT und anderen Partnern anzubieten sowie auf ihre Wirksamkeit und Praxistauglichkeit hin überprüfte Konzepte und Programme zu empfehlen.

Im Herbst 2012 startete das DFK-Projekt „Entwicklungsförderung & Gewaltprävention für junge Menschen“ mit der Gründung eines wissenschaftlichen Sachverständigenrates, der gemeinsam mit dem Projektteam der Geschäftsstelle den damaligen Sachstand zur entwicklungsorientierten Gewaltprävention in Deutschland analysierte sowie strategische und operative Lösungsansätze ableitete².

Zum Gremium gehören Prof. Dr. Andreas Beelmann (Jena), Dr. Christian Böhm (Hamburg), Prof. Dr. Thomas Görge (Münster), Frederick Groeger-Roth (Landespräventionsrat Niedersachsen, Hannover), Prof. Dr. Friedrich Lösel (Cambridge/Erlangen-Nürnberg), Prof. Dr. Siegfried Preiser (Berlin), Prof. Dr. Herbert Scheithauer (Berlin), Prof. Dr. Christiane Spiel (Wien), Prof. Dr. Ulrich Wagner (Marburg), Prof. Dr. Andreas Zick (Bielefeld) sowie als Gast Prof. Dr. Rita Haverkamp (Tübingen) – und natürlich ist auch der Geschäftsführer des DPT Erich Marks einer der vom DFK ausgewählten Expertinnen und Experten.

Diese empfahlen der Stiftung und ihren Kooperationspartnern unter anderem einen Ausbau des Wissenstransfers, wobei sich dieser nicht nur auf die explizite Empfehlung effektiver Programme konzentrieren, sondern sie in den Kontext zentraler Aspekte wie wissenschaftliche Fundierung, Zielgruppenauswahl,



Setting, Timing, Intensität, Methoden, Didaktik und besondere Rahmenbedingungen stellen solle. Es gelte insbesondere, die Voraussetzungen und Unterstützungsmöglichkeiten für eine gelingende Implementierung von Präventionskonzepten bzw. -programmen in den Handlungsbereichen der pädagogischen Institutionen sowie des sozialen Hilfesystems bekannt(er) zu machen und deren Akteure durch entsprechende Fortbildungsangebote zu befähigen. Implementierungsprozesse gelte es zu überprüfen und die Implementierungsqualität durch entsprechende Standards und Rahmenbedingungen dauerhaft zu sichern.

In der Folge hat das DFK – abgestimmt mit dem DPT – eine Reihe von Produkten und Formaten entwickelt, um diesen Herausforderungen gerecht zu werden:

- Leitfaden Entwicklungsförderung und Gewaltprävention (2013, Neuauflage 2018)
- Qualitätskriterien zur Beurteilung von Projekten und Programmen der Gewaltprävention (2013)
- Internetportal „Wegweiser Prävention“ mit Programmempfehlungen (in Kooperation mit der „Grünen Liste Prävention“ des Landespräventionsrates Niedersachsen sowie dem Deutschen Präventionstag) und zahlreichen Implementierungshilfen für die praktische Arbeit insbesondere im schulischen Bereich (2014)
- jährliche Kompendien mit aktuellen Beiträgen aus Forschung und Praxis (2014 bis 2016)
- Förderung zahlreicher Modellprojekte (in jüngerer Zeit beispielsweise: Entwicklung einer universitären Lehrveranstaltung zur Mobbingprävention [2019-2020] sowie Entwicklung und

Erprobung einer Multiplikatorenschulung für das Programm zur Förderung von Akzeptanz, Respekt, Toleranz & Sozialer Akzeptanz PARTS [2020-2021])

- Gründung und kontinuierliche Fortführung eines Qualitätszirkels schulische Gewaltprävention (seit 2016)

Als Zwischenergebnis kann festgehalten werden, dass sich die Transparenz zu wirksamen Präventionsansätzen deutlich verbessert hat und dass auch die Hilfestellungen zur Implementierung sichtbare Konturen bekommen haben. Dennoch: Es zeigt sich, dass die Hindernisse für eine strukturiert bzw. systematisch ausgebaute und kontinuierliche Präventionsarbeit noch lange nicht überwunden sind. DFK und DPT konnten hier erste wichtige Impulse geben, die jedoch noch nicht in einer gemeinsamen Strategie von Bund, Ländern, Kommunen und Zivilgesellschaft eingebettet sind, auch wenn es beispielsweise auf Bundesebene im aktuellen Koalitionsvertrag (der 19. Wahlperiode) heißt: *„Wir treten für eine evidenzbasierte Kriminalpolitik ein“*.

So hat beispielsweise das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) als Zuwendungsgeber der beim DFK im Jahre 2016 eingerichteten Arbeitsstelle Nationales Zentrum für Kriminalprävention (NZK) mittlerweile beschlossen, deren Finanzierung nicht über den 31. Dezember 2021 hinaus fortzusetzen und damit von einer Stärkung der nationalen Präventionsstrukturen (jedenfalls jenseits der Extremismusprävention, die stattdessen in einem neu einzurichtenden „Bundesinstitut Qualitätssicherung“ vorangebracht werden soll) Abstand genommen.

Auch die unter Beteiligung von DPT und DFK gestartete „Initiative Gesamtgesellschaftliche Gewaltprävention (IGG)“ (www.gewalt-praevension.info) fand auf politischer Ebene bislang wenig Gehör. Von dieser war die Bundesregierung 2019 dazu aufgerufen worden, *„gemeinsam mit Ländern und Kommunen, mit freien Trägern, mit einschlägigen Institutionen und Organisationen aus dem Bereich der Gewaltprävention, mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen einer konzertierten Aktion eine Strategie für die Entwicklung gesamtgesellschaftlicher Gewaltprävention zu erarbeiten. Diese soll in ein bundesweit angelegtes Handlungskonzept münden, das – angepasst an die jeweiligen Umstände vor Ort – in den nächsten Jahren umgesetzt wird.“* Eine Vertreterin des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat den von der IGG entwickelten und von rund 250 Fachleuten unterzeichneten „Neuköllner Aufruf“ zwar entgegengenommen, ein Aufgreifen des Anliegens ist allerdings bislang nicht ersichtlich geworden.

DFK und DPT werden hiervon unbeeindruckt ihre Kooperation für mehr systematische und evidenzorientierte Präventionsarbeit in Deutschland fortsetzen, derzeit insbesondere mit Unterstützung des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) im nachfolgend beschriebenen Projekt „Communities That Care / CTC“.

Bundesweite Implementierung der Rahmenstrategie „Communities That Care (CTC)“

In Kooperation mit dem Landespräventionsrat Niedersachsen und dem DPT setzt sich das DFK langfristig dafür ein, einen bundesweiten Transfer von „Communities That Care“ (CTC) sicherzustellen. CTC ist eine in den USA entwickelte, erstmals vom Landespräventionsrat Niedersachsen implementierte Rahmenstrategie, die Kommunen bei der bedarfsgerechten, wirksamen und nachhaltigen Präventionsarbeit anleitet, um auf diesem Weg positive Rahmenbedingungen für ein sicheres und gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu schaffen. Auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse über Risiko- und Schutzfaktoren für jugendliches Problemverhalten werden Kommunen im Rahmen der CTC-Strategie befähigt, individuelle, evidenzbasierte Langzeitstrategien zu entwickeln und umzusetzen.

2018 hat das DFK zunächst die Entwicklung eines didaktischen Fortbildungskonzeptes zur weiteren Verbreitung von CTC durch den DPT finanziell gefördert. 2019 wurde das Schulungskonzept ergänzt, digitalisiert und auf einer Onlineplattform zur Verfügung gestellt.

Ziel des gemeinsamen Projektes ist es nunmehr, mittels einer zentralen CTC-Transferstelle, die Fortbildungsmaßnahmen konzipiert und durchführt, bundesweit CTC-Standorte langfristig und effektiv mit ihren jeweiligen individuellen Bedarfen zu beraten, begleiten und fortzubilden.

Die CTC-Transferstelle ist eine Kooperation von DFK und DPT, die schrittweise ausgebaut wird. Im Projektzeitraum 2021 bis 2024 sollen zahlreiche Bundesländer befähigt werden, CTC als Präventionsstrategie in eigenen Kommunen zu implementieren und zu verankern.

Die kriminalpolitischen Erklärungen der Veranstaltungspartner der Deutschen Präventionstage

Wie gezeigt werden konnte, arbeiten DPT und DFK nicht nur als reine Fachgremien, sondern nehmen ebenso an kriminal- und gesellschaftspolitischen Debatten teil. Seit dem 12. DPT in Wiesbaden werden vom DPT und seinen Veranstaltungspartnern, darunter dem DFK, jährlich Empfehlungen und Appelle formuliert, die sich – angeregt von der Kriminologie und angrenzenden wissenschaftlichen Disziplinen – zur Ver-

besserung der Rahmenbedingungen für die Prävention in erster Linie an die Politik richten.

Bereits die **Wiesbadener Erklärung 2007** beim 12. DPT („Starke Jugend – starke Zukunft“) setzt hier erste Akzente:

„[...] Der DPT appelliert an die Verantwortlichen in Medien und Politik, [...]

- die erzieherische Grundhaltung der kriminalpräventiven Initiativen und Programme zu unterstützen sowie
- die vielfältigen Kooperationen zwischen den verschiedenen Handlungsfeldern im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Verständnisses von Kriminalprävention zu fördern.

Der DPT hält es für äußerst wichtig, dass Daten zur Jugendkriminalität bzw. Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter auf wissenschaftlicher Basis und unter intensiver Einbeziehung der Erfahrungen der Fachpraxis umfassend dargestellt und diskutiert werden. [...]“



In der **Hannoveraner Erklärung 2009** zum 14. DPT („Solidarität leben – Vielfalt sichern“) heißt es dann:

„[...] Der Deutsche Präventionstag appelliert an die Verantwortlichen in der Politik und in den Medien sowie in zivilgesellschaftlichen Gruppierungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene: [...]

- *gerade den jungen Menschen, die sich nicht nur am Rande der Gesellschaft fühlen, sondern es auch sind, Zugehörigkeit zu vermitteln, sie zu integrieren und nicht – etwa durch repressive Maßnahmen – weiter auszuschließen und auszuzugrenzen; [...]*

Mit der **Karlsruher Erklärung 2014** anlässlich des 19. DPT („Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“) wird es sehr konkret:

„[...] Der Deutsche Präventionstag fordert nachdrücklich die schon lange überfällige Kurskorrektur der Kriminalpolitik hin zu Kriminalprävention und weg von einer sich lediglich repressiver Mittel bedienenden Kriminalpolitik und hält [...] die Schaffung eines organisatorisch, personell wie finanziell zumindest ausreichend ausgestatteten Nationalen Zentrums für Kriminalprävention (NZK) für dringend erforderlich, ggf. durch den Ausbau der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) zu einem solchen Zentrum sowie unter Einbeziehung der Expertise maßgeblicher Institutionen und Forschungseinrichtungen. [...]

In der **Magdeburger Erklärung 2016** beim 21. DPT („Prävention und Freiheit. Zur Notwendigkeit eines Ethik-Diskurses“) wird die Bedeutung der mittelbaren Prävention erläutert:

„[...] Indirekte präventive Strategien, Programme und Maßnahmen etwa der Jugend-, Familien-, Gesundheits-, Sozial-, Bildungs- oder Arbeitsmarktpolitik, haben zwar nicht das Ziel und die Motivation, kriminalpräventiv zu wirken, sind aber für die Kriminalprävention unverzichtbar. Denn eine sozialstaatliche Absicherung der verschiedenen sozialen Risiken kann dabei helfen, Kriminalität und Kriminalitätsfurcht entgegen zu wirken. Kriminalpräventive Arbeit kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie in eine sozial gerechte Gesellschaftspolitik – Lebenslagenpolitik – eingebettet ist. [...]

Und der virtuelle 25. Jubiläums-DPT („Smart Prevention – Prävention in der digitalen Welt“) stellt in der **Kasseler Erklärung 2020** nochmals klar:

„[...] Die politische Auseinandersetzung ist populistischer, kompromissloser und aggressiver geworden, extremistisches Gedankengut findet ungefiltert Verbreitung. Einseitiges Setzen auf Überwachungstechnologien entzieht sozialen Präventionsmaßnahmen auch die finanzielle Basis. Smarte Technologien in der Präventionsarbeit unterliegen den Gefahren von Vereinfachung, falschen Verdächtigungen sowie Diskriminierungen. Unkontrollierte Datenakkumulation gefährdet Persönlichkeitsrechte und Datenschutz. [...] „Smart Prevention“ als Vision bedeutet strategisches Handeln, ausgehend von den Ursachen und Entstehungs-

bedingungen von Gewalt und Kriminalität und geleitet von einem Wissen über die Wirkungen und Nebenwirkungen von Präventionsansätzen. Sie zielt auf die gesellschaftliche Wohlfahrt und stellt sich der gewalt- und kriminalitätsfördernden Entwicklung sozialer Ungleichheit sowie Totalitarismen entgegen [...]“

Die Zusammenschau zentraler Passagen der 2007 begonnenen kriminal- und gesellschaftspolitischen Erklärungen zeigt die Herausbildung und Verstetigung eines in die freiheitliche und soziale Gesellschaftsordnung eingebetteten Handlungsfeldes „Prävention“, das sich im neuen Jahrzehnt kontinuierlich weiterentwickeln sowie neue Allianzen und Formate hervorbringen wird. DPT und DFK werden diesen Prozess nach Kräften gemeinsam unterstützen und gestalten.

KURZ UND KNAPP

- » 1.226 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
- » 88 Referierende
- » 63 Vortragsbeiträge in 10 Foren
- » 80 Ausstellungsbeiträge (Infostände)
- » Eventbühne

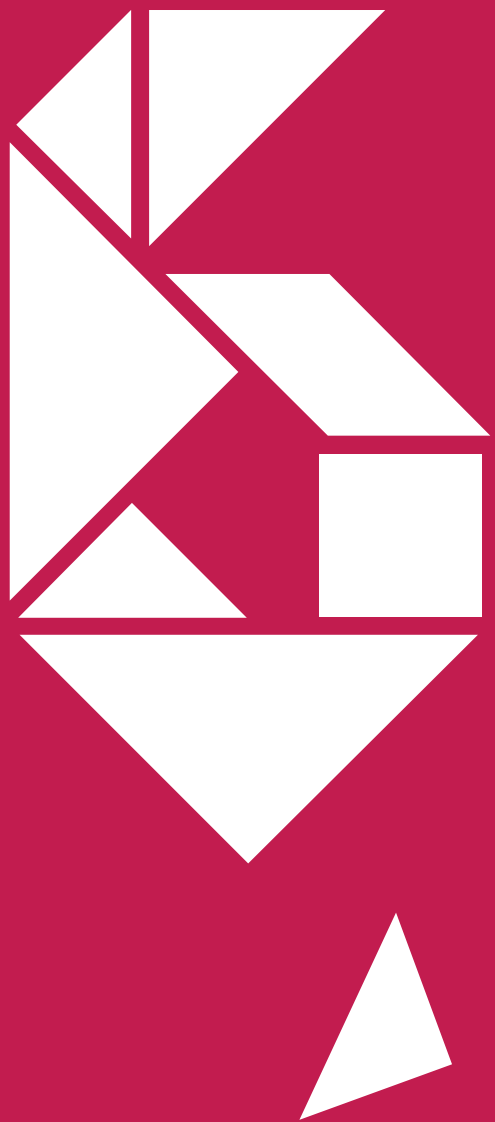


DÜSSELDORF

13./15. NOVEMBER 2000



≡ *Gewalt – ein Phänomen
unserer Gesellschaft!?*



Am 13. & 15. November 2000 tagte der 6. Deutsche Präventionstag in der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt Düsseldorf.

Unter der Schirmherrschaft von Ministerpräsident Wolfgang Clement wurde das Kongressthemma: „Gewalt – ein Phänomen unserer Gesellschaft!?“ im Congress Center Düsseldorf in diversen Foren und Workshops erörtert.

25 Jahre Deutscher Präventionstag

Gewalt und Gewaltprävention – Facetten im Spiegel der 25 Jahre

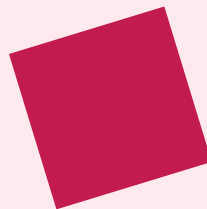
Zwischen dem 1. Deutschen Präventionstag (DPT) in Lübeck 1995 und dem 25. DPT im Jahr 2020, der erstmals digital stattfinden musste (und ansonsten in Kassel stattgefunden hätte), liegen 25 Jahre, in denen sich nicht nur die Kriminalprävention in Deutschland, sondern auch einzelne Themen grundlegend gewandelt haben. Im Rückblick ließen sich viele Aspekte in ganz verschiedener Herangehensweise beleuchten. Hier soll weder eine Chronik der Themen und Vorträge, noch eine detaillierte Betrachtung einzelner relevanter Deliktsbereiche nach Inhalt und erreichten Fortschritten in der evidenzbasierten Kriminalprävention nach Phänomenen erfolgen, obwohl das reizvoll wäre. Diese Herausforderung einer wissenschaftlich tiefgehenden Betrachtung einzelner Kriminalitätsphänomene kann und soll hier nicht geleistet werden. Jedoch sticht bei der rückblickenden Betrachtung das immer relevante Thema der Gewalt und der Gewaltprävention in unterschiedlicher Weise hervor.

Bevor es zum 1. DPT, der 1995 in Lübeck unter dem Oberthema „Kommunale Kriminalprävention“ stattfand, kam, lohnt es sich, die damaligen gesellschaftlichen Entwicklungen zu betrachten. In den Jahren nach der Wiedervereinigung kam es zu einem erheblichen Anstieg der Kriminalität vor allem in den neuen Bundesländern. Es ging hier um zahlreiche Phänomene, von dem Anstieg der Eigentumskriminalität, insbesondere dem Diebstahl von Kraftfahrzeugen und Wohnungseinbruchsdiebstahl über die breit debattierte Jugendkriminalität und insbesondere Jugendgewalt, Taten im öffentlichen Raum, aber auch ganz erheblichen Vorfällen der Wirtschaftskriminalität (Stichwort Treuhandverfahren). Die im Umbruch und Neuaufbau befindlichen Strafverfolgungsbehörden der neuen Bundesländer waren in den ersten Jahren den Herausforderungen durch Kriminalität nicht gewachsen. Zudem nutzten zahlreiche tatbereite Personen auch aus den alten Bundesländern die günstigen Gelegenheiten zur Begehung von Straftaten aller Art gerade in den neuen Bundesländern. Hinzu kam der Wegfall der Ost-West-Blöcke mit einer neuen Durchlässigkeit von Ländergrenzen, die auch Migrationsbewegungen zur Folge hatten. Ganz besonders ist der Anstieg der Gewalt in diesen Jahren mit zahlreichen Höhepunkten in Art und Ausmaß rechtsgerichteter oder rechtsextremistischer Gewalt hervorzuheben.



Prof. Dr. Britta Bannenberg

Juristin und Präventionsforscherin; Professur für Kriminologie der Universität Gießen



1991 Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen, 1992 neue Höhepunkte registrierter rechtsextremistischer (Gewalt)Vorfälle, 1993 Solingen. Nicht nur die neuen Bundesländer waren vom Anstieg des Rechtsextremismus betroffen, einzelne Vorfälle waren jedoch besonders herausragend und in der Medienwirkung nicht zu unterschätzen. Gründungen von Kameradschaften und rechten Gruppen, Gewalt im öffentlichen Raum auch aus anderen Gründen sowie Probleme mit Aussiedlerinnen und Aussiedlern und russischstämmigen Jugendlichen beförderten den Anstieg von Kriminalität und Gewalt, aber auch die damalige Popularität des Gedankens der Kommunalen Kriminalprävention. In zahlreichen Kommunen versuchten Polizei und Kommunen gemeinsam mit vernetztem Vorgehen den Phänomenen Einhalt zu gebieten. Diese Themen beherrschten die ersten Deutschen Präventionstage und es sollte bis zum Jahr 1999 dauern, bis der 5. DPT in Hoyerswerda stattfand (unter dem Thema: „Gesamtgesellschaftliche Prävention, Projekte, Entwicklungen, Perspektiven“).

In diesen Jahren nach der Wiedervereinigung erfuhr die Idee der Kommunalen Kriminalprävention einen starken praktischen Schub, es wurden zahlreiche kriminalpräventive Gremien gegründet, so dass um das Jahr 2000 herum von über 2.000 kriminalpräventiven Gremien in Kommunen ausgegangen wurde. Diese waren häufig von der Polizei initiiert und getragen, es gab aber auch ein gegenseitiges Bemühen von Polizei und Kommunen um Vernetzung, Austausch und Problemlösungen. Sicherheit durch Kriminalprävention war in diesen Jahren von

der Praxis bestimmt. Die ersten Präventionstage thematisierten praktisch relevante Themen, jedoch war zur damaligen Zeit die Frage nach der Wirksamkeit von kriminalpräventiven Maßnahmen noch selten Thema. Der Sherman-Report oder Maryland-Report aus dem Jahr 1997 (Sherman, L.W., Gottfredson, D., MacKenzie, D., Eck, J., Reuter, P., & Bushway, S.: Preventing Crime: What works, what doesn't, what's promising. Washington D.C.) war ein Auftakt zur Frage nach Wirkungen kriminalpräventiver Forschung, der Methoden in den Vordergrund stellte und international Folgen hatte. Für Deutschland waren zunächst eher zurückhaltende Versuche festzustellen, evidenzbasierte Kriminalprävention zur Kenntnis zu nehmen, und insbesondere ist es bis heute schwierig, methodisch als wirksam oder unwirksam anerkannte Maßnahmen in der Praxis bekannt zu machen. Die Ergebnisse etwa der Campbell Collaboration sind noch immer nicht breit bekannt, auch nicht die zusammenfassenden Analysen etwa von Weisburd, Farrington und Gill: „What Works in Crime Prevention and Rehabilitation“ aus dem Jahr 2016 oder Zusammenstellungen wie „Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland“ von Walsh, M., Pniewski, B., Kober, M. und Armbrorst, A., aus dem Jahr 2018. Der Präventionstag griff die Thematik immer wieder in zahlreichen Vorträgen auf. Die Praxisforen und Projektdarstellungen sind aber immer – in einem überaus beachtlichen Umfang – Schwerpunkt des Kongresses gewesen.

Der Terroranschlag vom 11. September 2001 veränderte die Sichtweisen auf Gewalt- und

Kriminalitätsprobleme und hatte nicht nur Umstrukturierungen bei der Polizei zur Folge, sondern auch Wahrnehmungen von Gewaltproblemen. Die Fokussierung auf den islamistischen Terror wirkt bis heute. Für die Kriminalprävention setzte ein praktischer Wandel ein, der bei den Präventionstagen ebenfalls spürbar war. Auf der kommunalen Ebene gingen die lokalen Bemühungen um Kriminalprävention und Vernetzung deutlich zurück. Diese Folgen sind heute sichtbar. Die Kontakte auf der regionalen Ebene zwischen Polizei, kommunalen Vertretern und Vertretern aus Vereinen und Zivilgesellschaft sind nicht mehr selbstverständlich, die Zahl der kommunalen kriminalpräventiven Gremien sank und die Zusammenarbeit wurde schwieriger. Das Thema Sicherheit und Sicherheitsgefühl blieb relevant, das Wissen um regionale Möglichkeiten der Gegenwirkung und Prävention nahm jedoch ab. Zudem gab es Gewaltvorfälle, die man Jahre zuvor für unmöglich gehalten hatte. Amoktaten an Schulen, die mit der Tat in Erfurt am 26.4.2002 (16 Tote, Suizid des Täters) erstmals in das deutsche Bewusstsein gerieten (und der Vorbildtat an der Columbine High-School am 20.4.1999 in Littleton, Colorado folgten), brachten eine ganz neue Form von Gewalt hervor. Die Medienaufmerksamkeit der seltenen Taten war enorm und es gab Folgetaten (etwa die Amoktat in Winnenden und Wendlingen am 11.3.2009 mit 15 Todesopfern und dem Suizid des 17-jährigen Täters), die insbesondere bei einer hohen Zahl von Todesopfern und Verletzten wiederum breit berichtet wurden und zahlreiche Bemühungen um Erforschung und Prävention nach sich zogen.

Im Jahr 2011 kam es nicht nur zu einer monströsen Tat in Norwegen, die diesmal von dem erwachsenen Täter Anders Breivik in Oslo und auf der Insel Utoya begangen wurde (77 Todesopfer und zahlreiche Verletzte) und weltweit Aufmerksamkeit erregte. Die Tat verdeutlichte auch, dass nicht nur der islamistische Terror zu einem Problem geworden war, sondern auch der rechtsextremistische Terror neue Entwicklungen hervorbrachte. Für Deutschland wurde dies durch das im gleichen Jahr bekannt gewordene Auffliegen des rechtsterroristischen NSU deutlich. Am 4.11.2011 brannte ein Wohnmobil in Eisenach und die beiden Täter Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos wurden tot aufgefunden. Beate Zschäpe wurde festgenommen. Unerkannt hatte sich eine rechtsterroristische Kleingruppe über Jahre im Untergrund aufgehalten, neun Migranten und eine Polizeibeamtin ermordet und zahlreiche weitere schwere Gewaltdelikte, Mordversuche und Banküberfälle begangen. Unterstützt wurde die Terrorgruppe von Angehörigen einer rechtsextremistischen Szene. Staatliche Behörden gaben kein gutes Bild ab, wie die zahlreichen Untersuchungsausschüsse und Parallelen zu aktuellen Rechtsextremisten bis heute zeigen. Für die Kriminalprävention veränderten sich die Themen und insbesondere der Islamismus mit den Ausreisebewegungen von jungen Menschen in die Kriegsgebiete des Islamischen Staates brachte das Thema Radikalisierung und Deradikalisierung auf. Die Dominanz der zahlreichen Projekte mit einem Schwerpunkt auf Themen der Deradikalisierung war auch auf den Präventionstagen sichtbar. Die Konzentration auf die Thematik bewirkt nicht unbedingt

einen Fortschritt für die Beurteilung der Wirksamkeit der zahlreichen Maßnahmen und Bemühungen. Die Evaluation ist aus verschiedenen Gründen schwierig.

Die letzten zehn Jahre waren von Themen geprägt, die Sicherheit und Sicherheitsgefühl in Kommunen sowie die Folgen der Flüchtlings- und Zuwanderungsbewegungen nach Europa in den Vordergrund stellten. Der starke Zustrom von Flüchtlingen insbesondere im Jahr 2015 brachte nicht nur Herausforderungen für die Integration und Prävention mit sich, sondern führte zu einem erheblichen Gewaltanstieg auch bei schweren Delikten und Extremismus aus allen Richtungen. Letztlich bilden sowohl der islamistische Extremismus, der Rechtsextremismus, aber auch der wieder erstarkende Linksextremismus eine toxische Mischung mit Aufschaukelungsbewegungen, die zahlreiche kriminalpräventive Fragen aufwirft. Erinnert sei an den Terrorakt des Anis Amri in Berlin, in jüngster Zeit an die Tat in Christchurch am 15.3.2019, bei der ein Rechtsextremist 51 Menschen getötet hat und die Tat live mit einer Head-Cam in das Internet übertragen hat. Dies inspirierte den rechtsextremistischen Täter von Halle/Saale, der am 9.10.2019 den gleichen Versuch unternahm, das Tatgeschehen live zu übertragen. In Hanau tötete am 19.2.2020 ein psychisch kranker Täter mit rechtsextremistischen Ansichten neun Menschen. Am 24.2.2020 fuhr ein Mann ohne erkennbare ideologische Motivation in einem Rosenmontagsumzug mit seinem PKW in die feiernde Menschenmenge und verletzte über 100 Menschen. Diese schweren Gewaltdelikte

durch einzeln handelnde bzw. Einzeltäter sind selten, aber sie haben Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl, weil von dem Täter unbekannte Menschen attackiert werden. Es kann also grundsätzlich jedermann treffen. Dadurch werden aber auch Extremisten aus allen Richtungen weiter in ihren hasserfüllten und feindseligen Gedanken gestärkt.

Die letzten Jahre waren außerdem von Anstiegen hasserfüllter Abwertungen im Internet sowie der Gewalt gegen Amtsträger und Beschäftigte in Behörden geprägt. Standen zunächst eher Angriffe auf Polizeibeamtinnen und -beamte und Einsatzkräfte (Feuerwehr, Rettungsdienste) im Fokus, wird mittlerweile deutlich, dass Beschäftigte in zahlreichen Behörden mit Kundenkontakt unter Anfeindungen, sinkendem Respekt, Aggressionen bis hin zu gewalttätigen Angriffen zu leiden haben. Die Corona-Pandemie mit ihren wirtschaftlichen und sozialen Folgen trägt nicht zur Entspannung bei, sondern lässt Gewaltanstiege in den nächsten Jahren erwarten.

Der Deutsche Präventionstag stellt als nationales Praxisforum eine Institution dar, die mittlerweile nicht mehr hinwegzudenken ist. Im Laufe der 25 Jahre spiegelten sich in den Themen und Projektdarstellungen die gesellschaftlichen Veränderungen. Im Jahre 1995 konnte man sich noch nicht vorstellen, dass ein jährlicher Kongress eine solche Bedeutung erlangen würde.



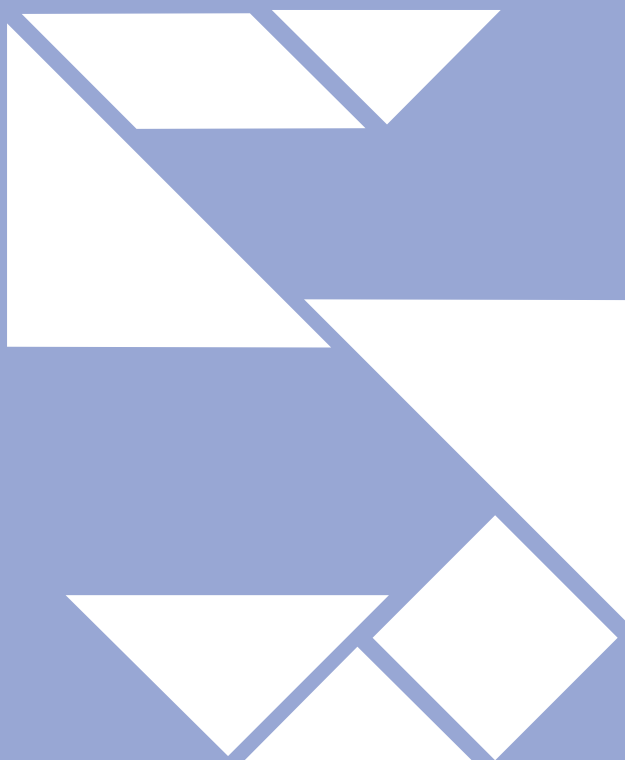
KURZ UND KNAPP

- » 1.214 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
- » 61 Referierende
- » 57 Vortragsbeiträge in 6 Foren und 10 Workshops
- » 84 Ausstellungsbeiträge (Infostände)
- » Theatervorführungen)

≡ *Gesamtgesellschaftliche
Kriminalprävention –
Projekte, Entwicklungen,
Perspektiven*



HOYERSWERDA
2./3. NOVEMBER 1999



Die sächsische Stadt Hoyerswerda war am 2. & 3. November 1999 Austragungsort des 5. Deutschen Präventionstages.

„Gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention – Projekte, Entwicklungen, Perspektiven“ – dies war das Oberthema, zu dem sich die Präventionsfachleute in der dortigen Lausitzhalle austauschten.

1999 – Im Jahr der Aufbrüche und Erwartungen an die Zukunft

Der Deutsche Präventionstag 1999 in Hoyerswerda hatte ein weiteres Mal das Kongress-thema „Gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention“. Nach dem Kongress in Bonn sollten Projekte, Entwicklungen und Perspektiven im Vordergrund stehen.

Zu dieser Zeit forschte ich im Rahmen eines europäischen Projektes zu Fragen der Alltagsbewältigung von Armut in randstädtischen Neubausiedlungen und innerstädtischen Altbaugebieten. Soziale Polarisierung und die räumliche Abbildung von Armut war und ist eine der Herausforderungen, für die Antworten gesucht wurden. Gewalt und Kriminalität ist vor diesem Hintergrund mit Fragen nach sozialen Ursachen und Ungleichheit verbunden.

Hoyerswerda stand für mich zu dieser Zeit für eine stärker werdende rechtsextreme und gewalttätige Kultur. Die Ausschreitungen von Hoyerswerda von 1991 mit rassistisch motivierten Übergriffen hatten sich tief im Gedächtnis eingeprent. Gleichzeitig stand die Stadt auch für demokratische Kräfte, die sich dem entgegenstellen wollten und die Frage, wie sie unter-

stützt werden können. Ebenso stand die Region mit Hoyerswerda-Neustadt und Schwarze Pumpe für den postindustriellen Umbruch und die Herausforderungen diesen zu gestalten.

1999 ist aber auch das Jahr der Einführung des Euros in Deutschland und des Umzugs der Regierung von Bonn nach Berlin. Der Beginn der sogenannten „Berliner Republik“. In vielfacher Hinsicht ein Jahr mit vielen Aufbrüchen und Erwartungen an die Zukunft.

Kriminalität und Gewalt ist eine Frage des sozialen Zusammenlebens, die alle in der Gesellschaft betrifft und einer „Kultur des Hinsehens“ bedarf. In diesem Verständnis ist Kriminalitäts- und Gewaltprävention eine Querschnittsaufgabe unterschiedlicher Fachressorts und Professionen. Dabei ist die Koordination und Vernetzung von Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft sowie der Präventionsarbeit durch Schule, Politische Bildung, Jugendhilfe, Soziale Arbeit, Integrationsarbeit, Stadtentwicklung, Kultur, Sport, Justiz, Polizei und Opferhilfe eine zentrale Aufgabe.

Aufgrund verschiedener Handlungslogiken und Eigenständigkeit der Beteiligten kommen Bündnissen, Runden Tischen und Räten eine besondere Bedeutung zu, die verschiedenen



Ingo Siebert

Sozialpädagoge, Stadtsoziologe und Präventionsmanager; Leiter der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Akteurinnen und Akteure zu koordinieren. So stand beim 5. Deutschen Präventionstag u.a. die Kommunale Prävention auf der Agenda. Ein Ansatz, der eng mit der Idee der Gesamtgesellschaftlichen Gewaltprävention verbunden ist, denn Gewalt- und Kriminalprävention sollte frühzeitig beginnen, Risikofaktoren verringern und die Expertise „vor Ort“ einsammeln. Neben der Frage der Entwicklung von kriminalpräventiven Räten, städtebaulicher Prävention stand in dieser Zeit die Rolle von Videoüberwachung zur Diskussion.

Ursachen von Gewalt und Kriminalität kommen in diesem gesamtgesellschaftlichen Verständnis von Prävention eine wichtige Bedeutung zu. Durch Prävention sollen mögliche Risikofaktoren für kriminelles und Gewaltverhalten gemindert und Schutzfaktoren gestärkt werden. Bei Programmen, Strategien und Maßnahmen, die die Verhinderung bzw. die Reduktion von Gewalt zum Ziel haben, müssen gesamtgesellschaftliche Entwicklungen in den Blick genommen werden.

Ich will auf drei Meta-Entwicklungen hinweisen, die für mich für die Entwicklung der Präventionsarbeit für das Jahr 1999 rückblickend von großer Bedeutung sind:

Erstens ging das erste Jahr rot-grüner Bundesregierung zu Ende. Eine zentrale Debatte dieser Zeit war die Frage, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist und sich die Migrationspolitik auf die Frage ausrichtet, dass die meisten Menschen nicht wieder in ihr Herkunftsland zurückgehen, sondern Bürgerinnen und

Bürger der Bundesrepublik sind. Am 15. Juli 1999 hatte die rot-grüne Bundesregierung eine Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes beschlossen, die einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik einleitete. Nun galt auch in Deutschland das „Geburtsortsprinzip“.

Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund hatten nun nach 8 statt 15 Jahren einen Anspruch, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen. Außerdem wurde unter anderem die doppelte Staatsangehörigkeit möglich. Begleitet wurde die Diskussion allerdings durch eine starke rassistische und populistische Kampagne der Gegnerinnen und Gegner eines neuen Staatsbürgerschaftsrechts. Dennoch gelang ein wichtiger Schritt zur Partizipation von eingewanderten Bürgerinnen und Bürgern und damit weitreichende Veränderungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen.

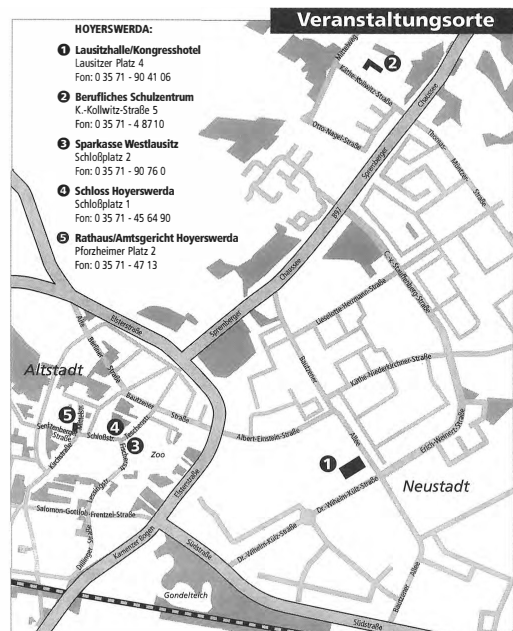
Zweitens feierte die Bundesrepublik 10 Jahre Mauerfall und friedliche Revolution in der ehemaligen DDR. Eine Feier mit Ambivalenzen. Für viele Menschen in den sogenannten „Neuen Bundesländern“ wurde deutlich, dass sich die hohen Erwartungen an die Wiedervereinigung nicht oder nur in geringem Maße erfüllen sollten. Die neue Bundesrepublik hatte ein starkes Problem der Anerkennung der Lebensleistungen der ostdeutschen Bevölkerung. Besonders bitter war die Bilanz der ersten zehn Jahre nach der Friedlichen Revolution für die Bürgerbewegung in der DDR. Sie hatte zentralen Anteil an den Veränderungen und der Öffnung der DDR. Zehn Jahre später mussten die Aktivistinnen und Aktivisten feststellen, dass sie und ihre

Ideen von Demokratie an den Rand gedrängt wurden. Zu einer systematischen gesellschaftlichen Diskussion der Forderungen nach weitreichenden politischen Bürgerrechten aus den Erfahrungen der Revolution 1989 von den Bürgerbewegungen und der Opposition am Zentralen Runden Tisch der DDR ist es nie gekommen.

Dennoch ist das Instrument des „Runden Tisches“ kaum mehr aus den Beteiligungsverfahren in Deutschland wegzudenken. Der Runde Tisch ist Teil einer demokratischen Kultur geworden, wenn es darum geht, Lösungen in Kontexten mit vielen unterschiedlichen Interessen sowie Akteurinnen und Akteuren aus unterschiedlichen Organisationskulturen zu finden.

Drittens wissen wir heute, dass das Jahr 1999 der Beginn des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) war – eine neonazistische terroristische Vereinigung in Deutschland, die zur Ermordung von Menschen mit Migrationshintergrund aus rassistischen und rechtsextremen Motiven gebildet wurde. Vor diesem Hintergrund müssen die Debatten in dieser Zeit um Strategien und Ansätze zur Prävention von Gewalt im Kontext von Rechtsextremismus betrachtet werden.

1999 wandelt sich langsam die Wahrnehmung, dass das Thema Rechtsextremismus kein reines Jugendphänomen war, sondern eine gesamtgesellschaftliche Wirkung. Die 1990er Jahre der Nachwende haben mit „Baseballschlägerjahre“ in der aktuellen Nachbetrachtung einen Begriff aus der Opferperspektive bekommen.



Karte der Veranstaltungsorte des 5. DPT in Hoyerswerda



Es war eine Zeit, die vor allem für Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete, Punks, Obdachlose und andere Gruppen von einer Atmosphäre der Angst geprägt war.

In vielen Städten und Orten haben lokale Politik und Behörden die Taten verharmlost und die alltägliche Bedrohung negiert. Mit dem Begriff der „rechten Hegemonie / Dominanz“ wurde eine Stimmung aus Angst, Anfeindung und Gewalt in vielen Orten in Deutschland beschrieben. Wichtig ist, dass es auch in diesen Jahren mutige Menschen gab, die gegen die rechtsextreme Gewalt protestierten und sich mit den Betroffenen solidarisierten.

Eine zentrale Frage der Gewaltprävention war, wie die demokratische Kultur in der Kommune systematisch und partizipativ gestärkt werden kann. Lokale integrierte Handlungsstrategien betrachten Rechtsextremismus als Angriff auf die demokratische Kultur und nehmen die gesamte Kommune zum Ausgangspunkt ihrer Gegenstrategien. Eine nachhaltige Stärkung von demokratischen Potenzialen in der Kommune kann demnach nicht durch viele punktuelle und voneinander losgelöste Einzelaktivitäten erreicht werden, sondern durch langfristig angelegte, integrierte lokale Handlungskonzepte. Dieser Gedanke sollte sich in den folgenden Jahren und Jahrzehnten in entsprechenden Bundesprogrammen wiederfinden.

Gesamtgesellschaftliche Prävention ist ein roter Faden der Deutschen Präventionstage in den vergangenen 25 Jahren. Die drei Meta-Entwicklungen aus dem Jahr 1999 machen aus

meiner Sicht deutlich, dass die Themen Beteiligung, Anerkennung und demokratische Kultur wichtige Ressourcen für die gesellschaftliche Gewalt- und Kriminalitätsprävention sind. Nimmt man diesen Faden auf, ergeben sich für die aktuellen Debatten drei wichtige Anforderungen:

- 1.** Wir brauchen einen weiten Gewaltbegriff. Prävention beschränkt sich nicht auf körperbezogene Gewalttaten und Körperverletzungen, sondern umfasst z. B. auch Diskriminierung und Mobbing sowie Phänomene im digitalen Raum (Hassrede, Cyberstalking, Verbreitung extremistischer Weltbilder).
- 2.** Gewaltpräventive Ansätze sind im Sinne eines Abbaus sozialer Benachteiligung mit individueller und sozialräumlicher Entwicklungsförderung verbunden. In der heterogenen und vorwiegend urbanen Gesellschaft sollte Gewaltprävention und Antidiskriminierung eng zusammengedacht werden. Gewalt verdichtet sich in bestimmten Quartieren und in stark frequentierten öffentlichen Räumen.
- 3.** Prävention gehört in die Regelstrukturen, in denen bereits jetzt vielfältige Maßnahmen und Angebote der Gewaltprävention umgesetzt werden. Modellprojekte sollten immer mit dem Ziel verbunden sein, die Regeldienste in diesem Sinne zu stärken und darüber hinaus zu verändern.

KURZ UND KNAPP

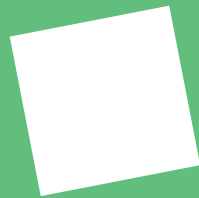
- » 610 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
- » 100 Referierende
- » 25 Vorträge und 21 Workshops
- » 76 Ausstellungsbeiträge (Infostände, Infomobile, Film, Poster)
- » Theater- und Musikveranstaltungen
- » Streetballturnier



*Gesamtgesellschaftliche
Kriminalprävention*



BONN



25./27. NOVEMBER 1998



Der 4. Deutsche Präventionstag fand vom 25. bis 27. November 1998 erneut im Gustav-Stresemann-Institut in Bonn statt.

Das Kongressthema lautete „Gesamtgesellschaftliche Kriminalprävention“.

Im März 1995 beschloss das niedersächsische Landeskabinett die Gründung des Niedersächsischen Landespräventionsrates. Die erklärten Ziele waren „zum einen das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und zum anderen das Kriminalitätsaufkommen zu verringern“. In der konstituierenden Sitzung unter Federführung des Innenministeriums wurde ich zur (ehrenamtlichen) Vorsitzenden gewählt.

Es folgten Jahre mit intensiven, zum Teil auch heftigen Auseinandersetzungen mit und zu den vielfältigen Fragen und Themen der Prävention. Mit jeder Vorstandssitzung, mit jeder Vollversammlung, mit jeder Kommission, mit jedem Projekt und mit jeder öffentlichen Veranstaltung habe ich, haben wir neue Erkenntnisse gewonnen, unseren Blick in die Zukunft geschärft und um angemessene Antworten auf die erkannten Gefährdungen und Herausforderungen gerungen. Oft führten die Antworten und Erkenntnisse aus den Veranstaltungen und Projekten zu neuen, nicht weniger brennenden und aufregenden Fragen und anschließenden Projekten, um Antworten und Lösungen zu finden.

Ein wichtiger Lern-Ort für Prävention war der jährlich stattfindende Deutsche Präventionstag. Die dort verhandelten vielfältigen Themen, die

**Sigrid Maier-Knapp-Herbst**

Präventionspolitikerin; ehemalige Präsidentin der Klosterkammer Hannover und Vorsitzende des Landespräventionsrates Niedersachsen (LPR)

vorgestellten Ergebnisse aus den verschiedenen Forschungen und Forschungsbereichen, die Erfahrungen aus anderen Ländern und Kontinenten und schließlich die Vielfalt der persönlichen Begegnungen waren jeweils eine große Bereicherung, Ansporn und Anregung für unsere Arbeit auf Landesebene.

Der Anlass für die Gründung des Landespräventionsrates waren die zunehmende Jugendkriminalität Anfang der 90er Jahre und die entsprechenden Forschungsergebnisse des Kriminologischen Forschungsinstitutes sowie der politischen Wille, präventiv und proaktiv tätig zu werden. Wir haben aber sehr schnell erkannt, dass diese Verengung nicht zielführend war.

Und von Anfang an war klar, dass nichts mehr so weitergehen konnte, wie es einmal war, dass es auf die anstehenden Herausforderungen – vor allem Arbeitslosigkeit, aber auch Zuwanderung aus ganz unterschiedlichen Kulturen und mit sehr unterschiedlichen Beweggründen – keine fertigen und einfachen Antworten (mehr) gibt – weder für den Einzelnen noch für die Gesellschaft noch für die Politik. Angesichts dieser Entwicklung und auf Grund der Erfahrung, dass sowohl die Systeme als auch die zu lösenden Probleme nicht nur globaler, sondern auch komplexer wurden, haben



wir Kriminalprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden, als Haltung im täglichen Umgang der Menschen miteinander und als gemeinsame Verantwortung von Politik und Verwaltung, von Justiz und Polizei, von Jugendhilfe, Schule und Sport. Wir sahen die Notwendigkeit, Rahmenbedingungen und Strukturen und Verhaltensweisen zu entwickeln, die uns „verpflichten“, zu argumentieren und zuzuhören, statt mit Steinen zu schmeißen, die uns „verpflichten“, ruhig und offen neue Wege zu gehen und Konsense zu suchen, statt uns hinter Vorurteilen zu verschanzen, die uns „verpflichten“, nicht in Repressionen auszuweichen, wo Hilfe notwendig ist. Damit haben wir Prävention sehr weit gefasst und als gemeinsame Aufgabe der Zivilgesellschaft definiert. Wir verstanden sie als eine Aufgabe, die nicht an irgendwen oder irgendeine Institution delegiert werden kann, für die nicht die Politik, nicht Vater Staat oder Mutter Stadt ausschließlich zuständig sind, sondern die uns alle und jeden einzelnen angeht. Prävention bedeutete für uns, mit wachen Augen, kühlem Kopf, klarem Verstand und heißem Herzen die Gegenwart sehen und verstehen zu wollen. Prävention bedeutete für uns, Visionen für die Zukunft zu entwickeln, Leben und Alltag in der Gegenwart zu gestalten, Verantwortung zu übernehmen und damit Not, Sucht und jede Form von Gewalt, Extremismus und Fremdenfeindlichkeit zu verhindern, Vorurteile und Intoleranz abzubauen und der Angst zu begegnen.

Angefangen haben wir mit der Auseinandersetzung um Wirtschaftskriminalität. In diesem Zusammenhang haben wir auch die Frage

gestellt, wer ist eigentlich sozial schwach? Jener der seine Erträge neben den zulässigen und verabredeten Wegen generiert, der sein Geld schwärzt und ins Ausland transferiert, der seine Steuern trickreich reduziert und damit (zu) wenig zum Aufbau und zur Erhaltung der allgemeinen Infrastruktur beiträgt? Oder der, der keine Arbeit hat, oder nicht arbeiten kann, der seine Wohnung nicht bezahlen kann, der seinen Kindern keine Chancen, keine Hilfe und keine Unterstützung geben kann, der keine Kraft hat, sein Leben zu leben? Die Diskriminierung von Menschen, die unterprivilegiert und in prekären Verhältnissen leben, als „sozial schwach“ hielten wir jedenfalls – und halte ich noch immer – für falsch.

Wir haben die Sicherheit in der Stadt, auf öffentlichen Plätzen und in Wohnanlagen analysiert und diskutiert und erörtert, weil wir davon ausgingen, dass Menschen sich nur dort beheimaten und wohlfühlen können, wo sie sich sicher fühlen – nicht nur in der Familie, in der ich angenommen bin, in der Nachbarschaft, wo ich so leben darf, wie ich will und den Nachbarn so leben lassen kann wie er will, sondern auch als Sicherheit in der Stadt, in der ich der ich gerne unterwegs bin.

Die sichere Stadt, haben wir definiert, ist nicht die total gesicherte und rund um die Uhr bewachte Stadt, sondern die lebendige Mischung von Öffentlichem und Privatem, von sehen und gesehen werden, von Neugier und Verantwortung. Es ist die gepflegte Stadt, die phantasie- und liebevoll gestaltete und damit unverwechselbare Stadt, also eine Stadt, in der

man sich zuhause und wohlfühlen kann, auf die man gerne achtet und in der Zerstörung sich verbietet. Zu einer und in eine sichere Stadt gehören eindeutige Spielregeln, eine verlässliche öffentliche Ordnung und Raum für Arme und Reiche, für Alte und Junge, für Einheimische und Zugewanderte.

Wir haben uns intensiv mit der Gewalt von Jugendlichen beschäftigt – von Einheimischen und Zugewanderten. In einer Kommission, auf Tagungen und in Arbeitskreisen sind wir den Ursachen nachgegangen und auch der Frage, was brauchen Kinder und Jugendliche, um zu friedensfähigen und gewaltfreien Menschen heranzuwachsen, und wie können Kinder und Jugendliche lernen, dass Gesetze allgemeingültig sind, dass ihre Einhaltung nicht in die Beliebigkeit des Einzelnen gestellt ist, auch wenn sie im Kleinen wie im Großen anderes erleben, anderes vorgelebt kriegen? Wir fragten: Wie sollen sie Normen und Werte, wie Respekt und Toleranz, Ehrlichkeit und Verlässlichkeit leben lernen, wenn sie diese selbst nie erfahren? Wie sollen sie lernen, Konflikte gewaltfrei zu lösen, Interessen und Wünsche angemessen durchzusetzen, wenn sie Gewalt erleben und keiner ihnen sagt, was angemessen ist, wie es ohne Gewalt geht?

Wir haben über Schule nachgedacht und Visionen entwickelt, wie sie sein könnte und müsste, damit Kinder und Jugendliche sich darin willkommen und wohlfühlen, was sie bräuchten, um gerne lernen und ihre Stärken entwickeln zu können. Anlässe für die Auseinandersetzung waren auch der Amoklauf in der Schule in

Erfurt und ein Ergebnis der PISA-Studie, nämlich die Wahrnehmung der Schülerinnen „Willkommen bin ich nicht – wichtig bin ich nicht“. Jeder zweite Schüler, jede zweite Schülerin äußerte das Gefühl, dass die Eltern, die Lehrer:innen sich nicht dafür interessieren, was das Kind / der Jugendliche denkt und fühlt, was er kann und will und wo er Hilfe benötigt und wünscht. Andererseits hat die damalige Shell-Studie ergeben, dass die befragten Jugendlichen überwiegend positiv gestimmt sind und optimistisch in die Zukunft schauen. Diese unterschiedlichen Wahrnehmungen der Jugendlichen und die wahrgenommen unterschiedlichen Lebenschancen haben unsere Diskussionen und Überlegungen geprägt.

Denn: wer nicht willkommen ist, kann nicht willkommen heißen. Wer nicht gesehen, nicht wahrgenommen, nicht wertgeschätzt wird, kann sein Gegenüber, den Mitmenschen nicht sehen, wahrnehmen und nicht wertschätzen. Und wer nicht verwurzelt ist, kann nicht lernen und auch nicht seinen Weg und seinen Platz im Leben und in der Gesellschaft finden. Das heißt, Schule sollte immer mehr sein als ein Ort der Wissensvermittlung!

Wir haben uns im Rahmen eines großen Symposiums mit dem Thema Gewalt gegen Frauen auseinandergesetzt und wichtige Impulse gesetzt für die Gesetzgebung, aber auch für Beratungs- und Hilfsangebote für misshandelte und bedrohte Frauen. Eng mit diesem Thema verbunden war immer ein offener und genauer Blick auf das Aufwachsen und die Entwicklung von Jungen und jungen Männern. Mit wel-



chem Bild für einen Mann wachsen sie auf? Wer lehrt sie, mit ihrem Körper, ihren Wünschen, ihrer Kraft umzugehen? An wem können sie sich orientieren und wie können sie ihre je eigene Identität entwickeln und damit Sicherheit gewinnen? Und immer galt unsere Aufmerksamkeit auch den Opfern.

Ich habe Prävention immer als vorausschauendes Handeln verstanden. Ich habe Prävention immer verstanden als Sorge dafür, dass die Menschen, dass Alte und Junge, Kinder und Erwachsene sich wohl fühlen – in ihrer Haut, in ihrer Umgebung, in unserer Gesellschaft und in unserem Land. Das heißt, Prävention ist Empowerment, Stärkung und Aktivierung individueller und gesellschaftlicher Ressourcen und Kräfte zur Verbesserung der Lebensbedingungen und Lebenschancen. Es war mir wichtig, dass Angst nicht überhandnimmt – die Angst, nicht angenommen zu werden, keinen Platz zu finden, keine Zukunft zu haben, die Angst, unwichtig für andere zu sein. „Angst frisst Seele auf“ und löst Gewalt aus, Angst bereitet den Boden für Gefühle der Unsicherheit und des Ausgeliefertseins, Angst gefährdet den inneren Frieden, der ohnehin z. Z. auf wackligen Beinen steht, weil die Chancen erkennbar ungleich verteilt sind zwischen Alt und Jung, Zugereisten und Einheimischen, weil Populisten die Sehnsucht nach einfachen Antworten (scheinbar) befriedigen und weil uns nicht zuletzt ein bisher unbekanntes, gefährliches und unsichtbares Virus bedroht. Und Angst macht empfänglich für Verschwörungstheorien und Populismus.

So war der Gedanke der Prävention in allen meinen beruflichen Stationen Teil meiner Arbeit. Immer ging es neben dem Tagesgeschäft auch darum, aktuelle Ereignisse und Entwicklungen zu analysieren und daraus entstehende Risiken zu erkennen, Ressourcen zur Bewältigung von Krisen aufzubauen und für die Entspannung von Konflikten zu nutzen und eine Vision für die Zukunft zu entwickeln.

Als Referentin in einer Landtagsfraktion war es unter anderem meine Aufgabe in den Bereichen Schule und Hochschule, Migration und Integration, Datenschutz und Kultur, aktuelle Probleme und Fragestellungen wahrzunehmen, zu analysieren und mögliche Strategien zur Bewältigung in der Gegenwart und Verhinderung in der Zukunft zu erarbeiten. Meine Aufgabe war dafür erforderliches Material und notwendige Informationen zu sammeln, auf deren Basis die Abgeordneten und Politiker:innen eine sach- und fachgerechte Entscheidung würden fällen können. Die Herausforderung dabei war und ist, dass Prävention heißt, in langen Linien zu denken, zu entscheiden und zu handeln – dass aber langfristige Maßnahmen sich nur selten in Wählerstimmen für die kommende Wahlperiode auszahlen.

Als Dezernentin für Jugend und Soziales war ich nicht nur verantwortlich, die aktuelle Not der Kinder und Jugendlichen und der Hilfeempfänger:innen zu lindern und die dafür geeigneten Hilfen sicherzustellen und die dafür aufgewandten Mittel zu verantworten. Ich war auch verantwortlich dafür, Strukturen und Hilfen zu entwickeln und zu schaffen, die die Not

möglichst verhindern und die die Menschen befähigen, sich selbst zu helfen. Auch hier war die Voraussetzung, die Probleme und Konflikte der Gegenwart zu erkennen und wahrzunehmen, die zukünftigen Belastungen möglichst genau einzuschätzen und mit all diesen Erkenntnissen Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen, um Schaden möglichst abzuwenden oder wenigstens zu reduzieren.

Dafür haben wir die Zusammenarbeit der verschiedenen „Player“ auf kommunaler Ebene ausgebaut und entsprechende Strukturen entwickelt. Wir haben einen kommunalen Präventionsrat gegründet, Stadtteilkonferenzen durchgeführt und niedrigschwellige, stadtteilorientierte Hilfen entwickelt, wir haben ermutigt und unterstützt und wertgeschätzt – die Menschen, die der Hilfe bedurften, die Kolleg:innen der verschiedensten Professionen und die Ehrenamtlichen.

Sozial- und Jugendhilfe sind gesetzliche Aufgaben und Ausgaben. Die hohen Ausgaben in diesem Bereich sind auch Investitionen für unsere Gesellschaft. Sie vermeiden – sofern klug und Notwendig eingesetzt – Kosten in der Zukunft. Im Übrigen haben diese Mittel eine hohe Umwegrentabilität: jeder Euro, der in diesem Bereich ausgegeben wird, geht in den wirtschaftlichen Kreislauf – für Miete, Nahrung und Kleidung, für Bildung und Ausbildung, für Gehälter der Mitarbeiter:innen, die damit ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familien bestreiten und die Steuern und Sozialbeiträge bezahlen.

Als Verantwortliche für eine große und traditionsreiche Stiftung war ich verantwortlich dafür, den Stiftungszweck – die Förderung von Bildung, Wohlfahrt und geistlicher Auseinandersetzung mit und in der Welt – langfristig, verlässlich und umfassend zu erfüllen. Dafür mussten wir – und wollte ich – die inhaltliche Arbeit der Stiftung auf die gesellschaftlichen Entwicklungen und Bedürfnisse ausrichten – was eben auch heißt, diese zu erkennen und sich auf sie einzulassen, Perspektiven, neue Antworten und leistungsfähige Strukturen zu entwickeln und manches Vertraute aufzugeben. Die Herausforderung bei der Erstellung der Eröffnungsbilanz war deshalb u.a., die aktuellen Anforderungen zu definieren und sie in die Zukunft fortzuschreiben, Risiken zu erkennen und entsprechende Rücklagen einzustellen, damit das Stiftungsvermögen erhalten und gesichert bleibt und mit den Erträgen daraus der Auftrag der Stiftung erfüllt werden kann.

Vor 10 Jahren habe ich nach 15 Jahren den Vorsitz des Landespräventionsrates abgegeben. Es war eine gute Zeit mit vielen Herausforderungen und sehr unterschiedlichen Themen. Wir haben immer wieder unsere innere Struktur und Arbeitsweise überprüft und an veränderte Anforderungen angepasst. Wir haben die Zusammenarbeit der Geschäftsstelle mit dem Rat, in dem die Ministerien des Innern und der Justiz, sowie das Kultus- und das Sozialministerium, die Polizei, verschiedene Verbände und Institutionen auf Landesebene und vor allem auch die Kommunen vertreten waren, und mit mir als ehrenamtlicher Vorsitzenden intensiviert und professionalisiert.

In dieser Zeit ist die Geschäftsstelle mehrfach umgezogen, weil sie parallel zu den Themen und Aufgaben gewachsen ist und weil die Zuständigkeit vom Innenministerium zum Justizministerium verlagert wurde. Dabei habe ich es in all den Jahren als sehr positiv und vorteilhaft erlebt, dass dieser Landespräventionsrat nicht in die Hierarchie eines Ministeriums eingebunden, sondern nur zugeordnet war. Dadurch mussten wir nicht auf tagespolitische Überlegungen Rücksicht nehmen, hatten eine große Freiheit in der Wahl und Art der Bearbeitung der Themen und konnten mit allen verantwortlichen Partner:innen in den verschiedenen Stellen der Landesverwaltung ohne Umwege kooperieren. Dabei war in all den Jahren der Kontakt und die Rückkopplung zur Hausspitze immer konstruktiv und vertrauensvoll.

Seither hat sich Vieles geändert, verändert und weiterentwickelt. Neue Fragen, Probleme und Aufgaben sind dazugekommen, neue Erkenntnisse sind gewonnen, die Analysen sind genauer und die Maßnahmen komplexer, aber auch passgenauer geworden. Mir scheint auch, dass die Erkenntnis zugenommen hat, dass Prävention notwendig ist, dass es Sinn macht zu handeln „bevor die Hütte brennt“ und auch die Erkenntnis, dass sich Prävention nicht nur gesellschaftlich, sondern auch finanziell rechnet, wenngleich nicht sofort.

In die Zukunft denken, über die Wahlperiode hinaus handeln und die erforderlichen Mittel und Ressourcen zur Verfügung stellen, ist dennoch immer noch nicht einfach. Wir haben es gerade im Laufe der aktuellen Pandemie erlebt

und leidvoll erfahren, wie schwer es fällt, vorzudenken, wie wenig die Politik und die Verwaltungen, wie wenig auch die Bürger:innen auf die Möglichkeit einer Pandemie, auf diese Krise vorbereitet waren, wie wenig wir vorgesorgt haben – obwohl wir viel gewusst haben, fast alles hätten wissen können.

Prävention heißt in die Zukunft denken und vorsorglich und vorausschauend handeln. Prävention ist eine Haltung, die abhängig ist von unserem Menschenbild, von unserem Weltbild, von unserem Demokratieverständnis ist und abhängig davon auf welches Wissen, auf welche Erkenntnisse wir uns einlassen – einlassen wollen und einlassen können. Prävention ist eine Herausforderung und sie ist nicht einfach. Und immer muss Prävention die empfindliche Balance von Freiheit und Sicherheit austarieren.

Aber Prävention ist nicht nur nötig, sondern auch möglich und erfolgreich, wenn wir bereit sind zu forschen, Expertise und Fachlichkeit zu respektieren, die Erkenntnisse klar zu benennen, zu veröffentlichen und den öffentlichen Diskurs dazu zu führen. Dafür müssen wir (wieder) lernen, respektvoll und wertschätzend zu diskutieren, zu streiten und zu ringen um das, was wahr und wahrhaftig, was schön und wertvoll, was richtig und was falsch ist. Und: wir sollten uns nicht scheuen, Fehler zu benennen und aus den gemachten Fehlern zu lernen. Und weil Prävention handeln in und für die Zukunft bedeutet, müssen wir gemeinsam klären, wie diese Zukunft aussehen soll und welche Visionen wir haben und verwirklichen wollen.

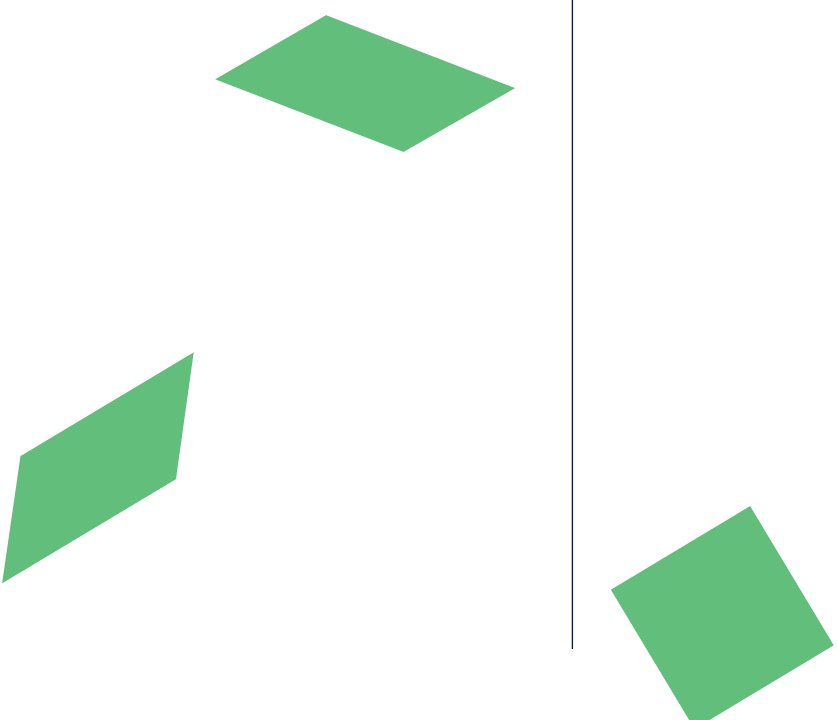
Prävention lebt von der Vielfalt, von interkultureller Kompetenz, von dem Respekt vor dem Gegenüber, vor der jeweiligen Fachlichkeit, lebt von der Eigen- und Anderheit von Frauen und Männern, von Einheimischen und Zugewanderten, von Glaubenden und Ungläubigen. Und Prävention setzt voraus, dass wir bereit sind, Schwerpunkte zu setzen, Kompromisse zu machen, Mehrheiten zu akzeptieren und Minderheiten zu schützen.

Das Motto des diesjährigen ökumenischen Kirchentages fasst das alles wunderbar zusammen:

Genau hinschauen – entschieden durchblicken
– mutig losgehen

KURZ UND KNAPP

- » 314 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
- » 34 Referierende
- » 6 Arbeitskreise





BONN

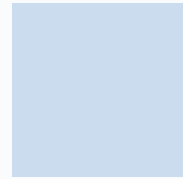
5./7. MAI 1997

≡ *Entwicklungen der
Kriminalprävention in
Deutschland*



Vom 5. bis 7. Mai 1997 wurde der 3. Deutsche Präventionstag im Bonner Gustav-Stresemann-Institut durchgeführt.

Er stand unter dem weitgefassten Oberthema „Entwicklungen der Kriminalprävention in Deutschland“.



Es war einmal ...

... ein Polizist in Graz | Österreich, der wollte bei Gewalt nicht mehr zu spät kommen! Er wollte rechtzeitig(er) da sein, Kinder und Frauen schützen, um Gewalt nicht nur zu „verwalten“; und dieser Polizist war und bin ich!

Bereits in den 80er Jahren leitete ich eine Polizeiinspektion in Graz mit hohen Zahlen von „familiärer Gewalt“! Das österreichische Rechtssystem verlangte von uns, erst dann festnehmen zu dürfen, wenn ein mit mindestens einjähriger Freiheitsstrafe bedrohtes Delikt vorlag.

Die Delikte „Körperverletzung“ und „Sachbeschädigung“ waren mit einer sechsmonatigen Freiheitsstrafe bedroht und erst bei dem Delikt „gefährliche Drohung“ lag eine einjährige Freiheitsstrafe vor; mit folgender Einschränkung. Dieses Delikt war – wenn es in der Familie begangen wurde – ein „Ermächtigungsdelikt“, d.h. die bedrohte Frau musste eine „Ermächtigung“ dazu unterschreiben, was viele Frauen aus den verschiedensten Gründen ablehnten.

Daraus entstand bei mir eine Art von Hilflosigkeit und auch die Frage „Warum bin ich Polizist geworden, wenn ich Gewalt praktisch nur verwalte?“

Damit wollte ich mich nicht zufrieden geben, begab mich auf die Suche nach Lösungsansätzen und das Schicksal half kräftig mit!

New York und community policing

Zu dieser Zeit besuchten in einem Winter zwei New Yorker Polizisten – Jimmy und Kenneth – Graz. Ihre Großeltern hatten in der Nähe gelebt und sie wollten ihre Wurzeln kennenlernen. Ich traf auf sie und lud sie zu einer Weihnachtsfeier der Polizei ein. Wir hatten noch nie New Yorker Polizisten persönlich getroffen und so war unser aller Interesse an ihrer Arbeit sehr groß.

Das wiederum führte zu einer Einladung von Jimmy und Kenneth, nach New York zu kommen und die Polizei kennen zu lernen. Bereits ein Jahr später flog ich mit Edi – einem Kollegen und Freund – nach New York und wir erlebten ein intensives „Polizei-Programm“, bei dem ich auch mit dem Begriff „community policing“ in Berührung kam.



Günther Ebenschweiger
Initiator und Geschäftsführer des Österreichischen Präventionskongresses und Präsident des Österreichischen Zentrums für Kriminalprävention

Das Dezernat Prävention

Zuhause setzte ich mich mit diesem Begriff intensiv auseinander und fand über das Internet heraus, dass es im deutschen Bundeskriminalamt ein „Dezernat Prävention“ gab. Ich nahm per Mail Kontakt auf und es dauerte nicht lange, bis mir „Kollege“ Jürgen Becker antwortete und auf Grund meines Interesses an (Kriminal-)Prävention mich 1997 zum „3. Deutschen Präventionstag“ nach Bonn einlud.

Zu dieser Zeit war die Polizei in Österreich nach „Sicherheitswache“ (uniformierte Polizei) und Kriminalpolizei (zivile Polizei) strikt getrennt. Ich war bereits (Wach-)Kommandant – wie sich das damals nannte – bei der Sicherheitswache und so durfte ich mich als uniformierter Polizist nicht mit Prävention beschäftigen. Das wurde mir in den folgenden Jahren auch vom Ministerium verboten.

Also setzte ich mich in den Zug

Also setzte ich mich als Günther Ebenschweiger völlig unbedarft in den Zug und fuhr nach Bonn zum „3. Deutschen Präventionstag“. Ich kannte niemanden, fiel aber durch meine Sprache sofort auf, wurde sehr herzlich empfangen und konnte erstmals die „KollegInnen“ Jürgen Becker, Jörg Bässmann und Kathrin Obert persönlich kennenlernen.

Für mich war es wie im „Schlaraffenland“, mein Herz schlug höher, denn ich erlebte hervorragende Vortragende und eine Ausstellung zu Präventionsaktivitäten, wie ich sie mir in meinen Träumen nicht hätte vorstellen können.

Ich wurde aktiv

Für mich war klar, ich musste aktiv werden und so ging ich von Stand zu Stand, stellte mich vor und schüttelte viele Hände. Auf eine Frage konnte ich keine Antwort geben: „In welcher Funktion sind Sie hier, Hr. Ebenschweiger?“ Als österreichischer Polizist durfte ich nicht hier sein, also blieb nur zu sagen; als Günther Ebenschweiger, Polizist und an Prävention Interessierter aus Graz, Österreich?

In den vielen folgenden Deutschen Präventionstagen erlebte ich immer wieder sehr viel Unterstützung der deutschen Präventionsakteure und immer einen besonderen Moment: Wenn ich ankam, wurde ich schon von weitem mit den Worten „Der Österreicher ist wieder da!“ herzlich begrüßt, umarmt und gefragt „Was gibt es Neues?“

Dazu konnte ich nicht viel antworten, weil Österreich ist bis heute ein Land geblieben, das – um ein Beispiel von Erich Marks zu nehmen – dem Feuer, der Reparatur von Gewalt und Kriminalität und somit dem Feuerlöscher näher steht, als dem Brandschutz: der Prävention.

Mein Weg zur Prävention

- a.** Meine Koffer waren bei dieser und vielen anderen Heimreisen viel zu klein, für alle Bücher, Forschungen, Spiele, uuu.; d.h. ich nahm bei den folgenden DPT's immer den größten Koffer nimmt;
- b.** Jörg Bässmann und Susanne Babl schickten mir die Mappe „Kriminalprävention in Deutschland und Europa – Akteure, Modelle und Projekte – Ausgewählte Dokumente aus dem Infopool Prävention.“ Diese 161 angeführten Projekte wurden in den kommenden Monaten und Jahren zur wichtigsten Lektüre; auch im Urlaub;
- c.** um nicht immer „nur“ als Günther Eben-schweiger auftreten zu müssen, gründete ich das „Österreichische Zentrum für Kriminalprävention – Verein für Gewaltprävention und Gesundheitsförderung“; der Verein ist gemeinnützig, die ExpertInnen arbeiten ehrenamtlich;
- d.** wir starteten mit „Mein Körper gehört mir“, das Präventionsprogramm gegen sexuellen Kindesmissbrauch in Österreich und haben heute (2021) über 350.000 Kinder, PädagogInnen und Eltern erreicht – mein Dank gilt Anna Pallas und Reinhard Gesse für die Erlaubnis und die jahrzehntelange Freundschaft, die daraus entstanden ist und
- e.** 2008 wurde von mir der 1. Österreichische Präventionspreis mit einer riesigen Anteilnahme von Projekten ins Leben gerufen.

Die Erkenntnis daraus war, dass das Engagement der Österreicherinnen und Österreicher sehr groß, die Qualität von Prävention allerdings sehr klein war. So hatten nur ganz wenige der eingereichten „Präventionsprojekte“ eine Zielformulierung.

Wie also sollte es weitergehen?

Erich Marks und ich waren uns natürlich auf den vergangenen Deutschen Präventionstagen schon mehrfach begegnet, hatten uns freundschaftlich und inhaltlich ausgetauscht; und waren uns näher gekommen.

So fragte ich Erich Marks – zu diesem Zeitpunkt noch per Sie – ob wir uns zum Thema „Österreich und die Prävention“ treffen könnten; und er kam 2008 mit Karla zu mir nach Hausmannstätten und wir „plauderten“ über eine gemeinsame Zukunft.

Der „Österreichische Präventionskongress“ war gedanklich geboren und der 1. Kongress wurde bereits 2009 Realität.

Aus dieser gemeinsamen Zukunft wurde mit Erich Marks eine Freundschaft und: er wurde, war und ist es noch heute mein Mentor, wenn es um Fragen zur Prävention und diesem Umfeld geht.



Erich Marks und seine Vision

Erich Marks hat mit seiner Vision und dem Deutschen Präventionstag eine Vision geschaffen, um Menschen viel Leid zu ersparen.

Nach Paul Watzlawick „Wer als Werkzeug nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel“ wurden mit dieser unglaublichen von ihm initiierten und deutschen Initiative Werkzeuge geschaffen, die die Qualität sichern und die tägliche Präventionsarbeit unterstützen.

Laotse sagt: „Selbst eine Reise von tausend Meilen beginnt mit dem ersten Schritt“ und die ersten 25 Jahresschritte sind erfolgreich gegangen worden.

Prävention ist aber etwas „Lebendiges“, also etwas, das sich mit der Politik, der Gesellschaft, der Globalisierung und ganz besonders mit den Menschen auf diesem Planeten Erde mitentwickeln muss.

Beim Marathon nicht aufgeben

Wir haben das Ende der tausend Meilen noch lange nicht erreicht und befinden uns auch in der (Kriminal-)Prävention – ich würde sagen – im ersten Drittel eines Marathons.

Wir brauchen daher weiterhin ganz viel Kreativität, Visionen, Forschungen, Praxisbezug – ich sage immer, wir müssen die Hemdärmel auf-

stricken – und Finanzierung, um dieses „Pflänzchen“ (Kriminal-)Prävention weiter zu stärken, an die sich ändernden Realitäten anzupassen und Schritt für Schritt dem Ziel – auch den Feuerlöscher nicht mehr zu brauchen –, entgegenzulaufen.

Mein Traum wurde Realität

Als der „Österreicher“ bedanke ich mich bei Erich Marks und allen, die mitgeholfen und mitgewirkt haben, dieses für die Welt einzigartige Programm über so viele Jahre mitzutragen, mitzufinanzieren und mitzuunterstützen; denn damit konnte ich meinen Wunsch – besser meinen Traum – rechtzeitig(er) da zu sein und ganz besonders Kinder und Frauen vor Gewalt zu schützen erst realisieren!



KURZ UND KNAPP

- » 209 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
- » 31 Referierende
- » 6 Arbeitsgruppen



HILTRUP

≡ *Entwicklungen der
Kriminalprävention in
Deutschland*





1./3. JULI 1996

Der zweite Jahreskongress fand in den Räumlichkeiten der Polizei-Führungsakademie (heute: Deutsche Hochschule der Polizei) in Hilstrup bei Münster statt.

Die Veranstaltung dauerte vom 1. bis 3. Juli 1996.

Das Kongressthema zielte auf den Praxisaustausch: „Kriminalprävention – Programme und Projekte in der Praxis“.

Wenn Sie an die Veranstaltung zurückdenken, was ist Ihnen als besonders kennzeichnend nachhaltig in Erinnerung geblieben?

» 1996 war der 2. DPT eine fast familiäre Veranstaltung. Ich glaube, insgesamt waren es nicht mal 200 Kongressteilnehmende, wovon sich die meisten aus der Präventionsarbeit in Bund und Ländern bereits kannten.

Gleichwohl wurde mir damals bewusst, dass es ein jährliches Meeting der Kriminalpräventions-schaffenden in Deutschland braucht. Weil damals viele Präventionspioniere zuhause in ihren Dienststellen und Behörden noch in der Präventionsdiaspora unterwegs waren, war ein DPT als Ideenbörse, als Markt der Möglichkeiten, als Best Practice Börse und als moralisch-fachliche Frischzellenkur einmal im Jahr eine notwendige Erfindung.

Gleichgesinnte konnten sich dort austauschen, gegenseitig in ihren Präventionsaktivitäten und -ideen unterstützen und bestärken. Das tat gut und half die 12 Monate bis zum nächsten DPT als Einzelkämpfer durchzustehen.



Thomas Rüttler

*Leitender Kriminaldirektor
Leiter der Kriminalpolizeidirektion Karlsruhe
1995-2000 Geschäftsführer des Programms
Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und
des Bundes (ProPK)*

Wir blicken gemeinsam auf 25 Jahre Gewalt- und Kriminalprävention zurück. Wie hat sich dieses Fachgebiet in dieser Periode insgesamt verändert? Was wurde erreicht? Lassen sich rückblickend Konjunkturen bestimmter Debatten erkennen?

» Seit 20 Jahren bin ich nicht mehr direkt in der Kriminalprävention tätig, sondern als Leiter einer Kriminalpolizei auf die Erfolge der kriminalpräventiven Tätigkeit unserer Präventionsprofis angewiesen. Deshalb habe ich mit Freude beobachtet, dass sich die Präventions- und Repressionsakteure über die Jahre insofern angenähert haben, als allen bewusst wurde, dass Repression und Prävention zwei Seiten einer Medaille sind.

Dieses Bewusstsein ist mittlerweile endlich auch bei den Streifen- und Ermittlungsteams angekommen. Heute sind sich diese bewusst, dass sie bei ihrer Tätigkeit sowohl repressiv wie auch präventiv wirken.

Der 2. DPT hatte das Schwerpunktthema Kriminalprävention – Programme und Projekte in der Praxis. Was ist damals nach Ihrer Einschätzung der Anlass für diese Themensetzung gewesen? Worum drehte sich die Debatte im Wesentlichen?

» Es ging damals um die Etablierung des Handlungs- und Politikfeldes „Kriminalprävention“ im Wettbewerb mit anderen Handlungs- und Politikfeldern der Daseinsvorsorge. Insofern ging es erst einmal darum, sich als Präventionsakteur gegenüber den Etablierten in der Daseinsvorsorge zu legitimieren und die Frage zu beantworten, warum es neben Schule, Stadt, Polizei, Justiz u.a. der Disziplin Kriminalprävention überhaupt bedarf.

Das mittlerweile anerkannte Verständnis von Kriminalprävention als das aktive Zusammenwirken vieler gesellschaftlicher Kräfte und Disziplinen mit dem Ziel, Kriminalität als gesellschaftliches Phänomen oder als individuelles Ereignis zu verhindern, zu mindern oder in ihren Folgen gering zu halten, war noch nicht entwickelt.

Die Debatte erfolgte entlang der durch die Eröffnungsreden, die Vorträge und Diskussionen, die Podiumsdiskussion und die Gesprächsrunden gesetzten fachlichen Akzente. Diese wurde damals aber noch nicht thematisch gebündelt. Es gab auch noch keine themenzentrierte Schwerpunktsetzung, die in eine entsprechende Erklärung hätte münden können. Wie gesagt, es war der zweite Kongress dieser Art und Veranstalter und Programmbei-

rat waren noch auf der Suche nach dem richtigen Format und einer adäquaten Wirkung in Richtung Medien, Öffentlichkeit, Politik, Fachlichkeit und Wissenschaft.

Was sind aus Ihrer Sicht die aktuell wichtigen Themen und Herausforderungen für die Prävention?

» Die Argumente sind ausgetauscht. Jeder weiß, dass beim Erkennen prekärer Lebens- und Familienverhältnisse und beginnendem devianten Verhalten die Einflussmöglichkeiten noch gegeben und zu vergleichbar günstigen Kosten machbar sind.

Verstetigen sich allerdings prekäre Lebens- und Familienverhältnisse und deviantes Verhalten, kommen Hilfen oftmals nicht mehr an und verpuffen. Kriminelle Karrieren sind dann vorgezeichnet.

Was nach 25 Jahren immer noch nicht überall erreicht ist, ist eine enge Verzahnung der Handlungsfelder Familie, Erziehung, Schule, Ausbildung und Gesundheit mit der Kriminalprävention. Denn die Kriminalprävention ist kein isoliert zu betrachtendes Aufgabenfeld der Kommunen, Kreise, Verbände, Schulen oder der Polizei.

Kriminalpräventives Verwaltungshandeln ist auch keine neue Disziplin, keine neue Aufgabe, kein neues eigenständiges Ressort – es ist der Teil des Verwaltungshandelns, das kriminalpräventive Wirkungen erzielen soll. Es bedarf daher Überlegungen zu einer nachhaltigen Imple-

mentierung der Kriminalprävention als interdisziplinäre und integrative Querschnittsfunktion im Behördenhandeln von Kreisen, Städten und Gemeinden, Polizei, Justiz, Schulen und Verbänden.

Welche strategische Ausrichtung würden Sie abschließend für die nächsten 25 Jahre Präventionsarbeit in Deutschland und Europa empfehlen?

» Überwindung von Zuständigkeitsdenken und Ressortegoismen

Kriminalprävention gilt vielerorts leider immer noch als Steckenpferd oder Fleißaufgabe von einzelnen und ist nicht überall integraler Bestandteil des Verwaltungsverständnisses und -handelns.

Kunden von Verwaltungsdienstleistungen sollten aber in den behördlichen Anlaufstellen von Schule, Jugend/Familie, Frauen, Senioren, Soziales, Verkehr, Straßenbau, Wohnungsbau, Wirtschaftsförderung, Gesundheit/Sport, u.a. heute jeweils auf Ansprechpersonen treffen, die in ihrem Verwaltungshandeln parallel immer auch kriminalpräventive Aspekte mitdenken, aufgreifen, entsprechende Hilfen anbieten oder Projekte initiieren.

Ganz nebenbei: Eine solche ganzheitlich gedachte und verstandene Verwaltung wäre schlanker, überschaubarer und effizienter. Denn sie stellt die Kunden in den Mittelpunkt der Betrachtung und an die Stelle zuvor evtl. gegenläufiger Verwaltungsentscheidungen, die

durch Zuständigkeitsdenken und Ressortegoismen verursacht wurden, treten integrierte und zielgerichtete Entscheidungen, die staatliche und kommunale Daseinsvorsorge für Bürger und Bürgerinnen und Wirtschaft aus einer Hand ermöglichen.

Eine optimierte Zusammenarbeit der Akteure in Schule, Familien- und Erziehungshilfe, öffentlicher und freier Jugendarbeit mit Polizei und Justiz würde darüber hinaus einen Perspektiv- ja sogar einen Paradigmenwechsel, weg von der Aufgabenorientierung hin zur Wirkungsorientierung eröffnen.

Eine solche Betrachtungsweise könnte bei Bündelung und Zielorientierung der bisher in Fach- und Sonderbehörden (zersplittert und oft nur als Nebenprodukt) erbrachten Dienstleistungen mit kriminalpräventiven Wirkungen verborgene Leistungspotenziale freisetzen. Diese, durch das klassische Verwaltungsverständnis nicht erschließbare Kosten- und Personalreserven, könnten die Grundlage für die Implementierung einer „Staatlich-Kommunalen Sicherheitspolitik“ bilden.

Um dies erreichen zu können sollte Kriminalprävention von allen staatlichen, kommunalen und freien Trägern als die Summe der Entscheidungen und Handlungen mit kriminalpräventiven Wirkungen und als interdisziplinäre und integrative Querschnittsaufgabe auf Ebene der Kreise, Städte und Gemeinden, bei Polizei und Justiz verstanden werden.

Verwaltungshandeln ist kein Selbstzweck. Schulbehörde, Jugendamt, Sozialamt, Gesundheitsamt, Straßenverkehrsbehörde, Straßenbauamt, Bauplanungsamt u.a. erfüllen Aufgaben, die dem einen Zweck dienen: „Schaffung und Erhaltung geordneter und verlässlicher Lebensgrundlagen“ oder anders gesagt, der Daseinsvorsorge. Unter diesen Begriff lässt sich auch das Ziel „Sicherheit“ subsumieren.

Nur, wenn Sicherheit i.S.v. Schaffung und Erhaltung einer sicheren und verlässlichen Lebensgrundlage in einer bestimmten Raumschaft als strategisches Ziel einer Behörde ausgegeben wird, können Vorgesetzte, Mitarbeitende und Partner ihre kriminalpräventiv und repressiv wirkenden Beiträge konsequent auf dieses Ziel ausrichten und deren Wirkungen evaluieren.

Entscheidend ist eben nicht, dass die Verwaltung handelt, sondern dass dieses Handeln auch Wirkung erzielt. Bejaht man, dass Sicherheit zu den wichtigsten Grundbedürfnissen des Menschen gehört und tragendes Element seiner Lebensqualität ist, dann sollte das Produkt Sicherheit nicht länger ein Schattendasein im Rahmen staatlichen und kommunalen Verwaltungshandelns führen, sondern zum eigenständigen und priorisierten Planungsgegenstand und Dienstleistungsprodukt im Handeln der Kreise, der Städte und Gemeinden, der Polizei und der Justiz erhoben werden.

» Ausrichtung des Behördenhandelns auf das Ziel „Sicherere Lebensgrundlagen“

Trotz wohlwollender Bewertung der beachtenswerten Maßnahmen und Projekte der

Kommunalen und Polizeilichen Kriminalprävention, sind diese immer noch nicht überall fester Planungsgegenstand staatlichen und kommunalen Verwaltungshandelns und der Kommunalpolitik. Kriminalprävention unterliegt immer noch der Dispositionsfreiheit der jeweiligen Behörden- und Dienststellenleiter und ist nicht verpflichtender Bestandteil des behördlichen Alltagshandelns.

Präventionsräten, -vereinen, Projektgruppen, Quartiersbeiräten u.a. fehlt oftmals die demokratische Legitimation und das Budgetrecht. Ihre Beschlüsse haben lediglich empfehlenden Charakter. Soll Verwaltungshandeln nachhaltige kriminalpräventive Wirkung erzielen bedarf es des ganzheitlichen Ansatzes, einer „Staatlich-kommunalen Sicherheitspolitik“.

Dies erfordert:

- eine klare politische Zielsetzung,
- die umfassende behördeninterne und behördenübergreifende Vernetzung der Prävention unter Einbindung aller Präventionsträger und -strukturen,
- die Ausrichtung des Verwaltungshandelns beim Kreis, den Städten und Gemeinden, der Justiz und der Polizei auf das gemeinsame Ziel „Schaffung und Erhaltung einer sicheren und verlässlichen Lebensgrundlage“.

» Revitalisierung des Bürgerwillens und des Gemeinsinns

Eine nachhaltig wirkende Strategie der Verhinderung von Kriminalität als Teil einer staatlich-kommunalen Sicherheitspolitik muss der Ursachenvielfalt Rechnung tragen.

Dies erfordert ein übergreifendes, integratives Gesamtkonzept. Verhinderung von Kriminalität und besonders die Kriminalprävention ist daher eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die nicht nur die Politik, die Polizei, staatliche, kommunale und nichtstaatliche Stellen, die Wirtschaft, die Medien, sondern gerade auch die Bevölkerung selbst Verantwortung tragen und ihre spezifischen Beiträge hierzu leisten müssen.

So verstandene Kriminalprävention umfasst die Gesamtheit aller staatlichen und privaten Bemühungen, Programme und Maßnahmen, die Kriminalität als gesamtgesellschaftliches Phänomen oder als individuelles Ereignis verhüten, mindern oder in ihren Folgen geringhalten sollen.

In der aktuellen Coronasituation hat sich erneut gezeigt, wie fragil unser gesellschaftlicher Konsens doch ist. Zukunftsängste, Verschwörungstheorien, Rückzug ins Private, Preisgabe öffentlicher Räume und Zuschauermentalität machten sich verstärkt breit. Soziales und ehrenamtliches Engagement gehen zurück, soziale Kontrolle finden nicht mehr statt, das Sicherheitsgefühl ist oft nachhaltig negativ beeinträchtigt.

Es besteht die Gefahr, dass die Angst vor Kriminalität, Krankheit, Verlust des Arbeitsplatzes, u.a. bei Bürgerinnen und Bürgern als größere Probleme angesehen werden als die tatsächlichen negativen Auswirkungen dieser Phänomene.

Der Mensch ist als soziales Wesen auf vielfältige soziale Kontakte angewiesen. Vitale

Gemeinwesen zeichnen sich durch Verantwortungsbereitschaft, Verantwortungsübernahme und durch ein gesundes Maß an sozialer Kontrolle aus. Man kennt sich und hilft sich gegenseitig. Ein solches Gemeinwesen, eine solche Nachbarschaft schaffen günstige Voraussetzungen gegen Kriminalität und stellen damit einen Standortvorteil gegenüber anderen Raumschaften dar.

Auf kommunaler Ebene kann Kriminalprävention besonders wirksam mit zielgerichteter Projektarbeit betrieben werden, da Kriminalität überwiegend örtlich entsteht und erlebt wird. Die örtlich relevanten Verantwortungsträger, insbesondere staatliche und kommunale Stellen, Polizei, Justiz, Medien, Schulen, Kirchen, Vereine, Verbände und vor allem die Bürgerinnen und Bürger selbst, als Erziehungspersonen, Hausbesitzer, Grundstückseigentümer u.a. – müssen mit ihrer Fachlichkeit, ihren Erfahrungen, Wünschen, ihrer Kritik und ihrem Elan in kriminalpräventive Projekte einbezogen werden. Eine Institutionalisierung der Bürgerbeteiligung durch kriminalpräventive Räte, Projektgruppen, Sicherheits- und Ordnungspartnerschaften, periodische Sicherheitskonferenzen u.a. ist anzustreben.

Ziel dieser Maßnahmen muss sein, Betroffene zu Beteiligten zu machen und nicht über, sondern miteinander zu reden.

In dem Maße, wie sich Behörden und Dienststellen, Polizei und Justiz für Bürgerinnen und Bürger und Institutionen öffnen, ihre spezifischen Kenntnisse, Erkenntnisse und Konzept-



vorschläge einbringen und dem kreativen Wettbewerb von Ideen aussetzen, in diesem Maße kann Bürgersinn und Bürgeraktivität revitalisiert und in eine strategische Allianz gegen Kriminalität einbezogen werden.

» Strukturierung – Einrichtung eines landkreisweiten Netzwerkes

Die Ursachen von Kriminalität liegen sowohl in der Persönlichkeit des Täters, den sozialen Lebensbedingungen als auch den vorhandenen Tatgelegenheitsstrukturen begründet. Der soziale Präventionsansatz zielt auf die Verhinderung von Straftaten durch verbesserte Erziehung, Wertevermittlung und Bildung, Verhinderung von Defiziten in der Persönlichkeitsentwicklung und Beseitigung sozialer Mängellagen bzw. die Vermeidung von erneuter Straffälligkeit. Der situative Präventionsansatz hat die Reduzierung von Tatgelegenheiten zum Ziel.

Alleinige Prävention oder alleinige Repression sind unter dem Blickwinkel staatlich-kommunaler Sicherheitspolitik stets unzureichend. Beides sind zwei Seiten einer Medaille bzw. Aufgaben, die zwar unterschiedlich ansetzen aber dem gleichen Ziel dienen.

Geboten ist eine ausgewogene Kombination von repressiven und präventiven Elementen. Dabei geht die Prävention der Repression naturgemäß zeitlich voraus (Vorbeugen ist besser als heilen) und sollte schon aus Kostengründen (1 € zu 7 €) und der Verpflichtung, Sach- und Personenschäden möglichst zu vermeiden, auch inhaltlich vorgehen.

Bei Kreisen, Städten und Gemeinden, der Polizei, der Staatsanwaltschaft, den Gerichten, Vereinen, Verbänden u.a. müssen parallele Strukturen und Verantwortlichkeiten für die staatlich-kommunale Sicherheitspolitik aufgebaut werden. Erst dadurch wird eine Synchronisation und Ausrichtung des Behörden- und Privathandelns auf das gemeinsame Ziel „Schaffung und Erhaltung einer sicheren und verlässlichen Lebensgrundlage“ erreicht.

Auch in allen anderen Behörden und Dienststellen, Vereinen, Verbänden und bei den Bürgerinnen und Bürgern muss ein Perspektivwechsel weg von der Aufgabenorientierung hin zur Wirkungsorientierung erreicht werden. Es muss das Prinzip vermittelt werden, jedes Gemeinwesen hat die innere Sicherheit und die sozialen Netzwerke, die sie sich verdient. Damit diese Synchronisation auch in eine problemorientierte Projektarbeit einmünden kann, sind verbindliche Zusammenarbeitsstrukturen zu entwickeln.

So können Präventionsräte und -vereine nur schwerlich selbst Träger der staatlich-kommunalen Sicherheitspolitik sein. Denn diese muss demokratisch legitimiert sein. Sehr wohl kann der Verein jedoch als Problemerkennner und -vermittler, als Finanzier oder Projektpartner fungieren. Entscheidungen mit Bindungswirkung müssen jedoch durch die demokratisch legitimierten Gremien oder staatlichen und kommunalen Behörden erfolgen.

In dem aufgezeigten Paradigmenwechsel stecken ungeahnte Potenziale. Nicht nur inhaltliche, sondern auch klimatische. Viele beschwören die gute alte Zeit und das damals wesentlich bessere soziale Klima. Doch nur sehr wenige tun heute etwas dafür. Durch eine klare politische Zielsetzung und die kommunikative Vermittlung des strategischen Zieles „Schaffung und Erhaltung einer sicheren und verlässlichen Lebensgrundlage“ kann eine Revitalisierung und Bündelung des Bürgerwillens erreicht, soziales Miteinander neu gestiftet und dadurch das Gemeinwesen sehr positiv stimuliert werden. In diesem Vorgehen stecken ungeheure Potenziale, Chancen und Möglichkeiten.

» Systematisierung und Professionalisierung

Polizeiliche und Kommunale Kriminalprävention sind Arbeitsfelder mit noch vergleichsweise geringer Regelungsdichte. Dies wird häufig durch persönliches Engagement ausgeglichen, was sehr oft zu kreativen und innovativen Problemlösungen, Konzepten und Projekten führt.

Zur Schonung der polizeilichen und behördlichen Ressourcen, zur Professionalisierung, Effizienzsteigerung, Nachvollziehbarkeit und Nachhaltigkeit der Präventionsarbeit ist jedoch eine Systematisierung und Standardisierung erforderlich:

- Systematisierung und Standardisierung von Verfahren (Prävention/Repression) als Leitlinie für die staatlich-kommunale Sicherheitspolitik mit dem Ziel „Sicherer Raumschaften“

- standardisiertes aufeinander aufbauendes konzeptionelles Vorgehen:
 - Lagebild
 - Auswertung, Analyse, Bewertung, Zielbildung
 - Projektantrag, Projektplanung (Vorstudie, Potentialanalyse, Kostenprognose, Evaluation)
 - Genehmigung des Projekts und des Finanzbedarfs
 - Konzepterarbeitung (Beteiligung von Betroffenen, Partnern und der Zielgruppe)
 - Konzeptgenehmigung durch alle Partner
 - Umsetzung
 - Evaluation
 - Fortsetzung, ggf. Änderung/Einstellung des Konzepts/Projekts
- zur Verhinderung von Aktionismus und zur Gewinnung von Planungs-, Budget- und Handlungssicherheit sollte eine Jahresplanung in Abhängigkeit von der Kriminalitätslage (Brennpunkte, Täterstruktur, Opferstruktur, örtliche Problemlagen), den Ressourcen und Schwerpunktsetzungen erfolgen
- die staatlich-kommunale Sicherheitspolitik muss ihre Legitimation durch den Kreisrat/die Gemeinderäte, Recht und Gesetz erhalten
- strategische Ebene sollte ein Lenkungsgremium (Präventionsrat) auf Ebene des Bundeslandes, des Kreises, der Städte und Gemeinden sein
- die problemorientierte Projektarbeit sollte vor Ort unter Einbindung der Betroffenen und der örtlichen Verantwortungsträger erfolgen



eine zentrale Koordinations- und Clearingstelle führt die Geschäfte der Lenkungsgruppen und der Projektgruppen, sorgt als Backoffice durch Strukturierung, Standardisierung und Evaluation für die Qualitätssicherung, plant, konzipiert und koordiniert übergreifende Projekte und deren dezentrale Umsetzung, sie ist Motor, Ideengeber und zentraler Dienstleister in Sachen „Schaffung und Erhalt einer sicheren und verlässlichen Lebensgrundlage“

Ohne Strukturierung, Systematisierung und Professionalisierung wird keine Verbindlichkeit und damit keine Nachhaltigkeit erreicht. Wenn jeder Mitarbeitende im Landratsamt, in den Städten und Gemeinden, bei Polizei und Justiz, in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern u.a., aber auch jeder Handwerksmeister und Gewerbetreibende und jeder Bürger / jede Bürgerin erkennt, dass er / sie einen persönlichen Beitrag zur Verbesserung der Sicherheit in seiner / ihrer Raumschaft leisten kann, dann wird deutlich, welche Potenziale, welche Synergien freigesetzt werden können.

All die Genannten leisten bereits heute ihre persönlichen Beiträge mit kriminalpräventiven Wirkungen. Es bedarf daher keiner neuen Lehre, keiner neuen Ressorts und Sachbereiche. Strukturierung und Systematisierung des Bestehenden und dessen Ausrichtung auf das gemeinsame Ziel „Schaffung und Erhalt einer sicheren und verlässlichen Lebensgrundlage“, ist der Schlüssel zum Erfolg.

» Dienstleistungsorientierung

Staatliches und kommunales Behördenhandeln muss sich legitimieren und wird von Bürgerinnen und Bürgern schon lange nicht mehr als Selbstzweck akzeptiert. Spätestens seit den Milliardenkosten zur Bekämpfung der Corona-Pandemie werden modernes Management, wirtschaftlicher Mitteleinsatz und Wirkungskontrolle erwartet.

Gerade durch einen Perspektivwechsel weg von der Aufgabenorientierung hin zur Wirkungsorientierung und der Ausrichtung des Verwaltungshandelns auf das Ziel „Schaffung und Erhalt einer sicheren und verlässlichen Lebensgrundlage“ können die Präventionsakteure verdeckte Leistungspotenziale erschließen und sich als Partner für Sicherheit positionieren.

Wenn der Ansatz einer staatlich-kommunalen Sicherheitspolitik vom Kreis, den Städten und Gemeinden, von Polizei und Justiz konsequent umgesetzt und tragfähige Zusammenarbeitsstrukturen geschaffen werden, ermöglicht dies eine alle Verwaltungsbereiche umfassende Dienstleistungs- und Serviceorientierung für Bürgerinnen und Bürger.

Jedes Gemeinwesen hat das Sicherheitsniveau, das es sich verdient. Es sind deshalb die politisch Verantwortlichen und demokratisch legitimierten Gremien gefordert, durch die Formulierung und Umsetzung eines gemeinsamen politischen Willens, die Ausrichtung des Behördenhandelns und des Handelns Privater auf das

gemeinsame Ziel „Schaffung und Erhaltung einer sicheren und verlässlichen Lebensgrundlage“ auszurichten.

Resümee

Gäbe es den Deutschen Präventionstag nicht, müsste man ihn schleunigst erfinden. Idee, Konzept und Umsetzung bleiben das Verdienst von Erich Marks, der heute noch die Geschicke des DPT lenkt, verantwortet und weiterentwickelt.

Wo sonst sollte das oben Gesagte und weitere vielversprechende Präventionsideen und -konzepte vorgestellt, breit erörtert, auf seine Machbarkeit hin überprüft und in einer Schlusserklärung als Hinweis, Anregung oder Forderung an die Politik zusammengefasst einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden?

Der Deutsche Präventionstag hat sich in 26. Jahren zu einem Brennglas der Kriminalprävention in Deutschland gemausert. Ohne das jährliche (analoge/digitale) Zusammentreffen von vielen Präventionsakteuren wäre es um die Präventionslandschaft in Deutschland noch ärmer bestellt.

Weiter so DPT!

Wenn man deine Anfänge kennt und sieht, was aus dir geworden ist, geht immer noch mehr!

KURZ UND KNAPP

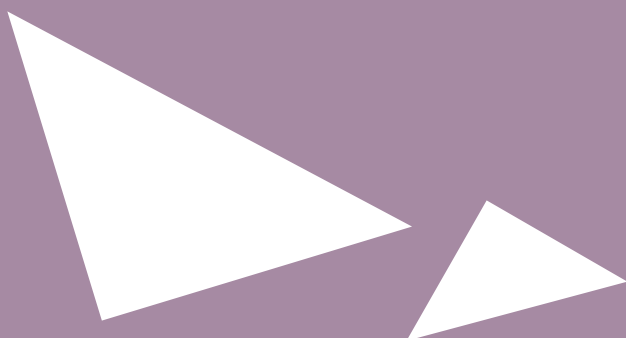
- » 195 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
- » 35 Referierende
- » Eröffnungsvortrag „Zum Stand der Kriminalprävention in Europa“ von John Graham
- » Eröffnungsvortrag „Welt-Perspektive: Erfolgreiche Projekte im internationalen Austausch“ von Prof. Dr. Irvin Waller
- » 6 Arbeitskreise
- » Podiumsdiskussion



≡ *Kommunale
Kriminalitätsverhütung –
ein europäischer
Erfahrungsaustausch*

LÜBECK

14./16. SEPTEMBER 1995



Die erste Veranstaltung – noch zu klein, um schon als Kongress bezeichnet zu werden – wurde ganz im Norden, in Lübeck, Schleswig-Holstein, durchgeführt.

Dieser Auftakt war vom 14. bis 16. September 1995 in den Räumlichkeiten des Hotels Scandic Crown.

Bereits international gedacht stand der 1. Deutsche Präventionstag unter dem Thema „Kommunale Kriminalitätsverhütung – ein europäischer Erfahrungsaustausch“.

Der Deutsche Präventionstag in seiner Entstehungsgeschichte und Entwicklungsdynamik¹

Im Folgenden will ich exemplarisch und zugleich bewusst fragmentarisch aus einer Fülle von langen Entwicklungslinien der Entfaltung von nichtstaatlichen Aktivitäten und Einrichtungen, die auf „Wiedereingliederung“ bezogen bzw. gerichtet waren, einige in Auswahl knapp beleuchten, dies eingeflochten in die Vorgeschichte und die Entwicklungsgeschichte meiner eigenen Einbindung in die Verläufe. Beides soll ausgerichtet sein auf den Fokus der allmählichen Entfaltung und Verkörperung eines übergreifenden Präventionskonzepts, in dessen „Raum“ sich staatliche Institutionen und private Vereinigungen bzw. Verbände innovativ und (auch in derzeitiger Tendenz) produktiv annähern sowie hin und wieder sogar auf konkrete kooperative Initiativen und Projekte von einiger Dauer einlassen.

Erfahrungen und Tätigkeiten in Vereinen und Verbänden der Straffälligenhilfe, die den Weg zum Deutschen Präventionstag ebneten

1. Die Entwicklung begann für mich während meiner Professorenzeit in Hamburg mit der Bundestagung 1979 des damals noch als „Deutsche Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe e.V.“ (DBH) firmierenden Vereins in Lüneburg, nachmalig neu organisiert und umbenannt in „DBH e.V. – Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik“. Zur Teilnahme und einem Vortrag eingeladen hatte mich der damalige Bundesgeschäftsführer Günter Obstfeld. Er verfügte über sehr lange Praxiserfahrung als einer der ersten Bewährungshelfer der Bundesrepublik Deutschland im Erprobungsprogramm des Bundesministerium der Justiz (damals noch in Bonn) ab 1951, getragen vom eigens zu diesem Zweck gegründeten „Verein Bewährungshilfe e.V.“ in Bonn-Bad Godesberg.

Günter Obstfeld war auf mich bzw. meine Schriften aufmerksam geworden und wollte mich für den Verein gewinnen, wovon ich allerdings nicht die geringste Vor-Ahnung hatte. Wie ich nachmalig über viele Jahre hin-



Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
emeritierter Kriminologieprofessor der
Universität Tübingen; DPT-Kongresspräsident
und Gründungsvorsitzender der Deutschen
Stiftung für Verbrechenverhütung und
Straffälligenhilfe (DVS)

weg als sein „Chef“ miterleben durfte, war er ein fachlich sehr kompetenter Praktiker und Organisator von Tagungen und Gremien, sowie zugleich vom persönlichen Gespür her ein gewiefter „Menschenfischer“. Auf sein Lob über meine Tagungsbeiträge folgte die für mich immer noch unverfängliche Frage, ob ich nicht mal als Gast an einer Vorstandssitzung teilnehmen möchte. Mit meiner spontan bejahenden Antwort hatte er mich schon „am Haken“. Das Weitere ist hier nicht erörterungsbedürftig. Jedenfalls trat ich noch im Verlauf der Tagung dem Verein bei, wurde in die weiteren Aktivitäten mit einbezogen, und auf der Bundestagung 1982 der DBH zum Vorsitzenden gewählt. In dieser Funktion blieb ich bis 2009 tätig. Als Günter Obstfeld ankündigte, im Verlauf des Jahres 1983 die Geschäftsführung niederlegen zu wollen, war der Vorstand herausgefordert, rasch eine Nachfolgerin bzw. einen Nachfolger aus den jüngeren Generationen zu finden.

Am Ende des auf die öffentliche Ausschreibung folgenden Beratungsverfahrens fiel die Wahl auf den Bewerber Erich Marks, der in seiner bis dahin letzten Position hauptamtlich als Geschäftsführer der Jugendhilfeeinrichtung „Brücke Köln“ tätig gewesen war. Mit ihm verbindet mich seither, also nunmehr bereits über 38 Jahre hinweg, in etlichen Vereinigungen und zahlreichen lokalen, regionalen und nationalen Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten erprobt und gefestigt, eine auf festes Vertrauen und gegenseitige Anregung aufbauende Zusammenarbeit.

Was er in der Einleitung seines Beitrags zur Festschrift aus Anlass meines 70. Geburtstags 2013 formuliert hat, kann ich hier (eben aus meiner spiegelbildlichen Position heraus) mit leichter Modifikation knapp acht Jahre später bekräftigen: Diese erfreuliche und sehr enge Zusammenarbeit war und ist in einen stets freundschaftlichen, kreativen und effizienten Rahmen eingebunden. In zahllosen guten Gesprächen (von Kurztelefonaten bis zu ausgiebigen Beratungen oder Diskussionen im direkten persönlichen Beisammensein) bzw. bei Gelegenheit der Gestaltung von Gremiensitzungen oder Terminen bei Ministerien und anderen Institutionen konnten und können wir uns auf eine fast intuitive Kommunikation verlassen. Und wir lernten voneinander, auch bei noch so viel Freude über Etabliertes oder akut Gelungenes nicht stehen zu bleiben, sondern „präventiv“ weiter zu denken, und d.h. neue Ideen zu ventilieren, diese wenn und sobald als möglich in konkrete Planungen einzupflegen, darüber hinaus aber langfristige Visionen zu entwickeln oder aus anderen Quellen aufzugreifen bzw. – wie ich dies sozusagen schon immer zu formulieren pflege – die „Dinge gären zu lassen“!

Ergänzend wichtig zu wissen ist folgendes: Zu den bundesweit wirksamen Innovationen dieser DBH gehörte im Jahr 1991 die Einrichtung eines „Servicebüros für Täter-Opfer-Ausgleich“ (kurz: TOA-Servicebüro), finanziell gefördert anfänglich durch die Länder und den Bund, auf Dauer dann allein durch den Bund, vertreten durch das BMJV. Die DBH widmete sich danach einer inneren Umgestaltung. Auch äußerlich

sichtbar wurde die Reform mit der schon erwähnten Umbenennung in einen „DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik“, sowie der Verlegung des Verbandssitzes von Bad Godesberg nach Berlin, sowie der Verlagerung der Bundesgeschäftsstelle nach Köln in ein eigenes Haus.

2. Der „Verein Bewährungshilfe“ von 1951 war eingebunden gewesen in die Gründung des „Bundeszusammenschlusses für Straffälligenhilfe“ (BZ) im Jahr 1953 auf der bei Bad Godesberg gelegenen Teilruine Godesburg, mit Eintragung als e.V. ins Vereinsregister in 1954. Er war damals ein kleiner Spieler im Feld gewesen, verglichen mit den Landesverbänden der Bewährungs- und Straffälligenhilfe und den noch einflussreicheren bundesweiten Wohlfahrtsverbänden, darunter die Caritas und die Diakonie. Das alsbald danach gegründete „Bundeshilfswerk für Straffällige“ (BHW) widmete sich unter anderem intensiv der Unterstützung bedürftiger deutscher Gefangener im Ausland.

3. Im Jahr 1958 wurde der BZ umgestaltet und firmierte von da an als „Bundesverband der Straffälligenhilfe“ (BVSt). Danach gab es wiederholte Veränderungen und Erneuerungen im Feld der tertiären Prävention, stets unter Beteiligung der nunmehrigen „Deutschen Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe“ (DBH). Das Bundeshilfswerk für Straffällige wurde erneuert und firmierte ab 1986 im Kurztitel als BHW-S. Beide Institutionen gerieten gegen Ende der 1980er Jahre in eine strukturelle Krise. Als erste Folge planten und ver-

einbarten die Partner des bisherigen BVSt eine neue Struktur mit einem zeitgemäßen bundesweiten Arbeitsprogramm.

Die neue Richtung wurde nach außen sichtbar gemacht durch die Gründung des Vereins der „Bundesarbeitsgemeinschaft für Straffälligenhilfe e.V. (BAG-S)“ im Jahr 1990 in Bonn-Bad Godesberg, mit dem Selbstverständnis als „überverbandlicher bundesweiter Fachzusammenschluss“. Vonseiten des DBH wirkte vor allem Renate Engels mit, die dann auch für einige Jahre als Vorsitzende fungierte. Sie war in Personalunion damals, und bis zu Ihrer Verrentung durchgehend, auch Leiterin des DBH-Bildungswerkes, und konnte ihre Erfahrungen schließlich ehrenamtlich als Leiterin des Organisationsteams der ersten Kongresse des Deutschen Präventionstages (s.u.) fruchtbar mit einbringen.

4. Nachdem sich in den folgenden Jahren durch einige Veränderungen des gesamten „Umfeldes“ ergeben hatte, dass das Bundeshilfswerk weder im deutschen noch im europäischen Raum weiterhin eine eigenständige Aufgabe verwirklichen noch eine klare Funktion innehaben konnte, waren alle Beteiligten und Betroffenen am Ende der Ansicht, dass dieses BHW-S aufgelöst werden müsse. In diesem Zusammenhang stellten sich dann zwei Folgefragen: Erstens die akute Frage, wie das Restvermögen rechtlich einwandfrei gesichert werden könne, und zweitens die gestalterische Frage nach einer für die Zukunft tragfähigen Zielbestimmung durch eine neue Institution.

Es galt, diese Institution perspektivisch in einem breiten Aktionsfeld zu positionieren: Angefangen bei dem (Jugend-)Strafrecht, weiter über die Stufen der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung, der Bewährungshilfe, des Strafvollzugs, bis zu der bedingten Entlassung (auch mit Bewährungsunterstellung), der Entlassung nach vollständiger Verbüßung einer Strafe bzw. Maßregel der Besserung und Sicherung, bei Bedarf zudem gefolgt durch Unterstützungsmaßnahmen der (freien) Straftatlosenhilfe sowie der Jugendhilfe, in der Sache verbunden mit dem Anliegen der Rückfallverhinderung, bzw. positiv gewendet, der sozialen (Wieder-)Eingliederung, auch der Rehabilitation. Aus (nicht allein) meiner damaligen Sicht konnte alles dies übergreifend sowie die Perspektive verändernd in Rahmen des Konzeptes der primären, sekundären und tertiären Kriminalprävention am besten verwirklicht werden.

5. Die letzten Stufen der Gremienberatungen wurden einer kleinen Arbeitsgruppe übertragen. Dazu gehörte der Präsident des BVSt, Theodor Prinzing (in seiner letzten hauptberuflichen Position bis 1988 Präsident des Landgerichts Tübingen), sowie, in Gesamtvertretung der mitgliederstarken sowie besonders finanzkräftigen Verbände und Vereinigungen der süddeutschen/südwestdeutschen Straffälligen- und Bewährungshilfe, Kurt Rebmann als Vorsitzender des württembergischen Verbandes mit Sitz in Stuttgart und schließlich vonseiten der DBH neben mir selbst Erich Marks als Bundesgeschäftsführer.

6. Kurt Rebmann hatte sich nach dem RAF-Mord an Generalbundesanwalt Siegfried Buback im Jahr 1977 aufgrund reiflicher eigener Überlegungen, entgegen den hohen Bedenken in seinem privaten Umfeld bzw. dem Rat vieler Mitstreiter*innen im Feld der Straffälligenhilfe, zum Antritt als neuer GBA bereit erklärt, und damit die vergleichsweise sehr sichere und im Kern der Funktionen ruhige Position in Stuttgart als Ministerialdirektor im Justizministerium des Landes Baden-Württemberg aufgegeben.

Nebenbei, aber in einiger Hinsicht doch auch zeitgeschichtlich bedeutsam, sei hier ein weiterer Aspekt kurz skizziert: Rebmann galt damals in weiten Kreisen der allgemeinen bzw. medialen Öffentlichkeit als „Hardliner“ der Strafverfolgung und Rechtspolitik. Wie ich bei meinen eigenen fachlichen Tätigkeiten erlebte, nicht nur (aber doch besonders) nördlich des oft so bezeichneten kriminalpolitischen Äquators (mit Trennung durch die „Mainlinie“), war die Vorstellung weit verbreitet, „so einer“ könne ernsthaft und kundig eine moderne Straffälligenhilfe weder befürworten, geschweige denn engagiert mitgestalten. Ich selbst erlebte ihn als Mann mit hohem Pflichtgefühl, dem Anschein nach und wahrscheinlich auch wirklich furchtlos, mit sehr schneller Auffassungsgabe, der Fähigkeit zur klaren Strukturierung bei Vorträgen und Beratungssitzungen, sowie Entscheidungsfreude. Hin und wieder tippte er in persönlichen Unterhaltungen das Etikett des Hardliners von sich aus an, um schließlich in sprachlich leichten Variationen mit dem Spruch (beispielsweise mir gegenüber) zu schließen:

„Kerner, es ist wichtig zu richten, aber nicht weniger wichtig, dann auch wieder aufzurichten!“

Wenn man ihn von einer guten Sache hatte überzeugen können, war er bei den Ersten, die sich energisch und auch mit beachtlicher finanzieller Hilfe für deren Verwirklichung einsetzte. Ohne die Unterstützung des von ihm geleiteten Württembergischen Landesverbandes (und parallel auch des Badischen Pendants, mit Reiner Haehling von Lanzenauer als Vorsitzendem) hätte beispielsweise das flächendeckende DBH-Qualifikationsprogramm von 1990 bis 1996 für neu einzustellende (und aus den Regionen stammende) Angehörige der Sozialen Dienste der Justiz in allen neuen Bundesländern wohl gar nicht durchgeführt werden können, jedenfalls nicht in dem erreichten Umfang und mit dem gleichen Erfolg.

Gründung einer eigenen Stiftung als u.a. anfängliche direkte Trägerin des Deutschen Präventionstages

1. Im vorliegenden Rahmen schälte sich als eine solche „gute Sache“ am Ende der vielen Beratungen der Plan heraus, eine gemeinnützige und operative Stiftung bürgerlichen Rechts zu gründen, mit einem geschäftsführenden Vorstand, einem Kuratorium und einem Stiftungsrat. Einig war sich die Kerngruppe mit den jeweils zu Einzelsitzungen beigeladenen weiteren Teilnehmenden dahingehend, dass diese Stiftung die ganze Breite der mit Delin-

quenz, Kriminalität und Strafe verbundenen Fragen und Problemen sowie Abhilfemöglichkeiten in den Blick nehmen sollte. Über den genauen Namen war man sich nicht ganz so schnell einig. Nachgerade der vor allem im Schrifttum beliebt gewordene Begriff der „Kriminalprävention“ fand keine allgemeine Gegenliebe. Am Ende einigte man sich auf den Kompromiss, den Anfangspunkt mit der „Verbrechensverhütung“ und den Schlusspunkt mit der „Straffälligenhilfe“ zu setzen. Die demgemäß gegründete „Deutsche Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe“ (DVS) wurde im März 1993 von der Stiftungsbehörde des Landes Nordrhein-Westfalen als juristische Person anerkannt und konnte damit ihre Arbeit mit Sitz in Köln aufnehmen.

2. Für mich als Vorsitzenden des Geschäftsführenden Vorstands (bis heute) war wichtig zu erleben, dass alle Mitglieder der Organe „erster Generation“ langjährige Erfahrungen in ihrem jeweiligen Herkunftsbereich, auch in Leitungsfunktionen, hatten und dies durchweg positiv und produktiv in die Beratungen und Beschlüsse mit einbrachten.

3. Ganz zentral für mich und die Sache im laufenden Betrieb war und blieb in diesem Umfeld bis heute Erich Marks als Geschäftsführer der DVS. Da wir beide bereits aus langjähriger Leitungstätigkeit im DBH-Fachverband für Soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik bestens miteinander vertraut waren und, wie oben schon angesprochen, auch einander im Planen und Handeln stets vertrauten, war die Entfaltung des konkreten Stiftungsbetriebs eine

in der Substanz durchgehend herausfordernde sowie arbeitsintensive Angelegenheit, die wir jedoch intellektuell und emotional im Regelfall selbst in Stress-Situationen als positiv erlebten.

4. Als „Motor“ der DVS von Anfang an und in jeder Hinsicht hatte Erich Marks (auch) mich davon überzeugt, dass zu den auf Dauer angelegten Kernaufgaben dieser noch jungen Stiftung auch und vor allem das „Zusammenbringen“ von Aktiven bzw. Engagierten in allen Bereichen einer thematisch und institutionell weit verstandenen Kriminalprävention gehören müsse. Als nicht notwendig einzige, aber doch zentrale Zielvorstellung schälte sich heraus, regelmäßige (und wenn irgend möglich sogar jährliche) Tagungen zu veranstalten.

5. Mit Blick auf den Titel solcher Tagungen erschien es auch mir (aus der wissenschaftlichen Befassung mit der Materie heraus) wichtig, das „Kriminale“ in der Kriminalprävention begrifflich nicht in den Vordergrund zu stellen. Dies einfach auch deswegen, weil einzelne strafrechtswidrige Handlungen (und im hartnäckigen Fall deren Einbindung in ganze Lebensläufe) mit Umständen zusammenhängen, deren Wirken bereits weit vor dem „Einsatz“ der Strafverfolgungsorgane begonnen hat, und die nach amtlicher Auffälligkeit als „Delinquenz“ bzw. „Kriminalität“ und ggf. Sanktionierung / Bestrafung erneut fundamentale Bedeutung bekommen, namentlich für Rückfallverhinderung, Resozialisierung und Rehabilitation. Im Ergebnis waren sich alle Beteiligten der DVS dahingehend einig, dass ein „Deutscher Präventionstag“ institutionalisiert werden solle.

Ferner war man sich einig, über die Grenzen Deutschlands hinaus Kontakte zu knüpfen und diese möglichst dauerhaft zu festigen, zunächst bevorzugt mit Blick auf die an Deutschland angrenzenden Staaten bzw. Regionen.

6. Für den konkreten Weg zum dann am Ende auch offiziell so bezeichneten „Ersten Deutschen Präventionstag“ in Lübeck 1995 erwies es sich als äußerst hilfreich, dass Erich Marks schon im Vorfeld für präventiv thematisierte Fortbildungsveranstaltungen gute und enge Kontakte nach Schleswig-Holstein geknüpft hatte. Namentlich hatte er zahlreiche Vorgespräche mit verschiedenen Gremien und deren Vertreter*innen sowie Geschäftsführenden gehabt und mir darüber berichtet.

Zu nennen ist in diesem Zusammenhang vor allem der „Rat für Kriminalitätsverhütung Schleswig-Holstein“ mit den Innenministern Hans Peter Bull und dann Ekkehard Wienholtz an der Spitze. Für mich persönlich bedeutsam erwies sich, sozusagen auf der Arbeitsebene, insoweit der Kontakt mit Jörg Ziercke, dem damaligen Abteilungsleiter im Innenministerium. Denn später, als er Präsident des Bundeskriminalamts wurde, fand ich in ihm während der Mitwirkung an den dortigen Initiativen und Veranstaltungen auch in präventiver Hinsicht einen bestens kundigen und verlässlichen Kooperationspartner, nicht zuletzt in der Vorbereitung meiner Gesamtmoderation der BKA-Jahrestagungen von 2010 bis 2013.

Sodann ist der „Kriminalpräventive Rat“ der Freien und Hansestadt Lübeck zu erwähnen,

unter der Leitung der mir damals ebenfalls noch nicht bekannten Innensenatorin (und ehemaligen Oberstaatsanwältin) Dagmar Pohl-Laukamp. Als dritte Institution war schließlich die in Hilstrup bei Münster gelegene „Polizeiführungsakademie“ des Bundes und der Länder (nachmalig „Deutsche Hochschule der Polizei“ DHS) beteiligt, zu der ich bereits vorher etlichen fachlichen Kontakt gehabt hatte, vertreten durch den mir von daher schon bekannten Leiter der Forschungsabteilung Dr. Joachim Jäger.

Die formelle „Zündung“ für den Start des nunmehrigen Langfristunternehmens datiert auf den 20. Februar 1995. Auf der dritten DVS-Vorstandssitzung in Stuttgart beschloss die Gremienvertreter unter meinem Vorsitz folgendes: „Gemeinsam mit dem Kriminalpräventiven Rat der Hansestadt Lübeck und weiteren Kooperationspartnern wird die Stiftung vom 14. bis 16. September 1995 in Lübeck den ersten Deutschen Präventionstag veranstalten. Ein zweiter Präventionstag soll 1996 in enger Kooperation mit der KrimZ und ggf. mit dem BMJ veranstaltet werden. Sofern sich das Konzept von nationalen Präventionstagen und -kongressen bewährt, wird perspektivisch die jährliche Veranstaltung vergleichbarer Veranstaltungen unter der Federführung der Stiftung erwogen“.

7. Der Begriff der „nationalen Präventionstage und -kongresse“ war hier und bei allen Kooperationspartnern konzeptionell als inklusiv verstanden worden, im engeren Kern ganz Deutschland umfassend, darüber hinaus im ersten Ring die europäischen Staaten, breit verstanden.

Dokumentarisch deutlich wurde dies, mit fundamentaler Bedeutung bis heute, in den Begrüßungsworten von Lübecks Innensenatorin Dagmar Pohl-Laukamp, hier in ihrer Eigenschaft als Tagungsleiterin. Sie bezog sich auf viele Vorbereitungsgespräche mit Herbert Jäger, insbesondere auf dessen „Vision“ in zweifacher Hinsicht: Erstens „die Ausbreitung der kriminalpräventiven Idee und des kriminalpräventiven Wirkens in der Bundesrepublik Deutschland auf allen Ebenen, nämlich in den Städten und Gemeinden, in den Ländern, im Bund und in Europa“; zweitens auch auf „die Wichtigkeit eines Erfahrung- und Gedankenaustausches europäischer Städte und Gemeinden zum Thema Kriminalitätsverhütung“. Folgerichtig lautete das Thema des 1. DPT:

„Kommunale Kriminalitätsverhütung – ein europäischer Erfahrungsaustausch“. Dem entsprach die tatsächliche Zusammensetzung der Tagungsteilnehmenden, in einer insgesamt von heute aus gesehen mit rund 170 Personen fast familiären Veranstaltung: Über die quasi Nachbarstaaten Dänemark und Niederlande hinaus waren, hier in alphabetischer Reihung gelistet, Repräsentanten anwesend aus England, Estland, Litauen, Polen, Russland, Schweden, Tschechien und Ungarn.

8. Meinen Eröffnungsvortrag mit dem Titel „Ansätze und Grenzen praktischer Kriminalprävention – eine strukturelle Analyse“ kündigte Frau Pohl-Laukamp mit der Nebenbemerkung an, dass ich die Teilnehmerschaft „mit neuen Erkenntnissen herausfordern und überraschen“ werde, so wie sie das von allen meinen Vorträgen gewohnt sei. Erich Marks gab

dem Ganzen bei seiner rückblickenden Würdigung im Jahr 2013 eine leicht andere Färbung dahin gehend, dass in meinen Darlegungen noch eine „vorsichtige kriminalpräventive Zurückhaltung“ durchgeschienen habe.

In der Tat lässt sich der von ihm dafür als Beleg herausgegriffene folgende Satz dahingehend interpretieren: „Die derzeitige Konjunktur des Redens über Kriminalprävention mag durchaus einen Beigeschmack des Modischen haben. Die Sache selbst ist es wert, kontinuierlich ernst genommen und in praktischen Versuchen getestet sowie konzeptionell weiterentwickelt zu werden“.

Entwicklung und Entfaltung der nach Lübeck folgenden Präventionstage

An dieser Stelle sei gleich vorweg erwähnt, dass die DVS aus etlichen organisatorischen, finanziellen und rechtlichen Gründen heraus alsbald nach dem 1. DPT in Lübeck eine 100%ige Tochtergesellschaft als gGmbH mit Namen „DPT-Deutscher Präventionstag“ gründete, die ab dann als dauerhafte Trägerin der alsbald zu vertablen nationalen Kongressen anwachsenden einzelnen Präventionstage fungierte.

1. Als objektiv äußerst segensreichen und mich subjektiv durchweg beeindruckenden Faktor habe ich das sich nach und nach verbreitende und differenzierende Konzept erlebt, eine Kerngruppe von „ständigen (institutionellen) Partnern“ des DPT zu bilden und in nach-

haltiger Interaktion zu festigen, darüber hinaus eine zusätzliche Gruppe von je aktuellen lokalen bzw. regionalen bzw. landesweiten Partnern für die Mitplanung, ggf. sogar Mitfinanzierung und jedenfalls bei Bedarf und Fähigkeit auch Mitgestaltung eines einzelnen DPT.

2. Objektiv als äußerst zielführend und subjektiv anregend bis manchmal aufregend, stets aber als lehrreich habe ich die später explizit als solche bezeichnete Einrichtung des „Programmbeirats“ erlebt. Gemäß dem in Veranstalterkreisen geläufigen Motto „Nach dem Kongress ist vor dem Kongress“ setzte (und setzt sich nach wie vor) die Gruppe der Beteiligten aus Mitgliedern zusammen, die stets an Präventionstagen mitarbeiten und Dauererfahrung einbringen können, zudem aus Mitwirkenden des aktuellen Jahreskongresses, und schließlich aus Vertreter*innen aller Institutionen, die zentral mitentscheidend für die Planung und die Finanzierung sowie Gestaltung des kommenden DPT sind. Von den Planungsgrundlagen bis zur Themenfindung und Begutachtung von Vorschlägen für Einzelveranstaltungen des Kongresses sowie schließlich verbindlicher Aufgabenverteilung war es nach meinem Eindruck stets sehr hilfreich bis konkret fruchtbar, wie die etwaigen anfänglich unterschiedlichen Erfahrungen, auch divergierenden Erwartungen zur Ausgestaltung und inhaltlichen Vorstellungen sich schrittweise (und manchmal auch ganz plötzlich) zu gemeinsamen Strömungen verdichteten.

3. Wichtig für die Gremien der DVS und für mich auch ganz persönlich war von Anfang an und ist es bis heute als später auch ausdrücklich so bezeichneter „Kongresspräsident“ geblieben, Grenzen aller Art zu überwinden und Aktive der verschiedensten Arbeitsfelder der Prävention in einem gut strukturierten aber zugleich inhaltlich/thematisch offenen Forum des Erfahrungs- und Meinungsaustauschs zusammen zu bringen.

4. Schon der 1. DPT in Lübeck hatte (auch) zu meiner Freude gezeigt, dass es möglich ist, amtliche Institutionen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene jeweils auch „ressort-übergreifend“ mit ins sprichwörtliche Boot zu bringen. Über die organisatorische und kommunikative Kern-Funktion von Erich Marks und zugleich seine Arbeitskraft und hohe Belastungsfähigkeit hinaus erwies es sich für die weiteren Deutschen Präventionstage als hilfreich, dass die Gremienmitglieder der DVS ihrerseits lokal, regional oder überregional tragende Kontakte zu amtlichen Institutionen hatten und außerdem in freien Vereinigungen bzw. Verbänden der Straffälligenhilfe bzw. Sozialen Strafrechtspflege engagiert waren.

5. Zugleich konnte aufgrund solcher Kontakte und Erfahrungen das „grenzüberschreitende“ Anliegen mit gefördert werden. Waren dies, wie oben schon angesprochen, beim 1. DPT 1995 insbesondere Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen aus Anliegerstaaten bzw. an Schleswig-Holstein direkt angrenzende Regionen und ausgewählten anderen Staaten gewesen (insgesamt 10), so erweiterte sich das

Spektrum nach und nach auf ganz Europa bis schließlich auf Staaten auf anderen Kontinenten (insgesamt bis deutlich über 40).

6. Hin und wieder konnte ich selbst meine vielen und vielfältigen internationalen wissenschaftlichen und institutionellen Verbindungen schon bei der Planung mit einbringen. Ganz wichtig war für mich dann aber die (auch im Einzelfall sehr persönliche) Mitbetreuung der ausländischen Mitwirkenden und Gäste vor Ort, und zudem die Teilnahme an speziellen Sitzungen bis hin zu eigenen Vorträgen (meist) auf Englisch. Erich Marks war auch hier der zentrale Motor von Anfang an, insbesondere für die Einrichtung einer bis heute von ihm gepflegten mehrsprachigen „Internetdokumentation Deutscher Präventionstag“ (1995, mit mir als weiterem Herausgeber) und für die Ausgestaltung der fremdsprachigen Beiträge in besonderen Workshops und Foren des in sich gebündelten jeweiligen „Annual International Forum“ (AIF) ab dem 12. DPT 2007 in Wiesbaden, jeweils gefolgt, über die Internetdokumentation hinaus, durch Veröffentlichung der wichtigsten fremdsprachigen Beiträge in eigenen Sammelbänden. Von den anderen „Betreuenden“, die sich um die Personen und Aktivitäten der AIF nachhaltig verdient gemacht haben, und mit denen ich aufgrund langer persönlicher Kontakte sowie institutionellen Kooperation verbunden bin, seien hier Burkhard Hasenpusch und Marc Coester hervorgehoben.

7. Am Anfang war es für die Gremien und Kooperationspartner der DVS und des DPT sozusagen „kein Thema“, dass die einzelnen



Tagungen/Kongresse kein übergreifendes Generalthema hatten. Entsprechende Monita kamen indes bald von außen, auch mir gegenüber persönlich, namentlich von wissenschaftlicher Seite, dort ausgeprägt von Vertreter*innen der Sozialwissenschaften, in meinem eigenen Hauptgebiet, der Kriminologie gerade vonseiten der kritischen Kriminolog*innen.

Gerade im ganz engen Kreis der direkt Verantwortlichen wurden entsprechende Hinweise nicht in sich als unwichtig oder gar als falsch bewertet. Insbesondere in vielen direkten oder telefonischen Gesprächen mit Erich Marks stand von Anfang an und über die ersten DPT hinweg jedoch die folgende Einschätzung und Einstellung im Vordergrund:

Zum einen waren es die staatlichen und kommunalen Institutionen im Regelfall nicht gewohnt, über ihren Zuständigkeitsbereich und über das formal (oder rechtlich) Bindende hinaus auch konzeptionell und inhaltlich fruchtbare Kooperationen zu entwickeln und jedenfalls in der Tendenz einheitlich fortzuführen. Wissenschaftlich hat, am Rande erwähnt, Niklas Luhmann dazu mit seiner Systemtheorie bahnbrechendes für das genaue Verständnis geleistet.

Zum anderen hatten private (gemeinnützige) Vereine und Verbände entweder unterschiedlich ausgeprägte Distanz „zum Staat“ bzw. unterschiedlich gestaltete Tätigkeitsbereiche in der „Nähe“ oder eben „Ferne“ zu staatlichen Institutionen und Funktionen.

Schon bei den weithin so bezeichneten „justiznahen“ privaten und regelmäßig gemeinnützigen Vereinigungen waren die Unterschiede mitunter je nach regionaler Herkunft oder sachlicher Schwerpunktsetzung und nicht zuletzt ihrer „Finanzkraft“ ganz beachtlich. Im Kern das Gleiche, jedoch von der Ausprägung her mitunter (sehr) Andere, zeigte sich bei den weithin so bezeichneten „freien“ Vereinigungen bspw. der Wohlfahrtspflege oder der Jugendhilfe.

Opferhilfevereinigungen brachten wiederum andere Grundorientierungen und Programme ins Spiel, von der Größe her besonders beachtlich der WEISSE RING. Schließlich nahmen lokale oder manchmal schon in die Breite wirkende Gruppierungen bzw. Initiativen nach (bspw.) Art von sog. Graswurzelbewegungen an Zahl und Gewicht zu.

8. Höchst anschaulich waren für mich persönlich teils spontane, teil gezielte Beobachtungen von Kolleginnen und Kollegen aus der Wissenschaft, die ihrerseits Mitglieder von gemeinnützigen Vereinigungen „im Feld“ oder sogar dortige Funktionsträger waren. Besonders engagierte unter ihnen standen gerade zu Beginn der ersten Deutschen Präventionstage je nachdem mit verschränkten Armen oder kritisch zusammengezogenen Augenbrauen vor den Eingangstüren des Einschreibungsgebäudes, um zu sehen und zu gewichten, „wer denn da alles“ so ankam und mitmachen wollte.

9. Hier wie sonst auch merklich auffällig (und auch mir gegenüber öfters ausdrücklich vorgetragen) war, wie kritisch die Mitwirkung „der Polizei“ betrachtet wurde, namentlich neben den schon genannten Vertreter*innen aus der Wissenschaft die Institutionen und Aktiven aus dem Jugend- und Sozialbereich. Von drastischeren Worten hier abgesehen war gerade der Begriff der „Dominanz“ verbreitet. Rein quantitativ betrachtet konnte ich solche Wahrnehmungen bzw. Einschätzungen im Ansatz nachvollziehen.

Abgesehen davon, dass „Uniformierte“ der Vollzugspolizei einfach schon quasi automatisch auffallen, war und ist bis heute die hohe auch fachliche Sichtbarkeit der Polizeien aus den Bundesländern und Kommunen jedoch qualitativ betrachtet mehreren gut objektivierbaren Umständen geschuldet. Zum einen sind alle Einrichtungen des polizeilichen Vollzugsdienstes (hier vordringlich Schutzpolizei und

Kriminalpolizei) als einzige staatliche Institutionen an 365 Tagen im Jahr und dabei „rund um die Uhr“ im Rahmen ihrer formal bestimmten Aufgaben auch faktisch damit konfrontiert, konkrete Hilfe in akut gewordenen „sozialen Problemlagen“ oder individuellen Notfällen leisten zu müssen. Zum anderen waren vielerorts, mit unterschiedlichen Bezeichnungen von Land zu Land, bei der Polizei bereits thematisch einschlägige Stellen geschaffen worden, als anderswo noch gar nicht richtig und strikt zielführend darüber nachgedacht wurde. Am Rande sei, was die Kinder angeht, die bereits als „klassisch“ imponierende Verkehrserziehung durch geschulte Polizeibeamt*innen in Schulen erwähnt. Die sozusagen „geballte fachliche Präsenz“ der Polizeien aus den Veranstaltungsstädten, aus den Bundesländern und aus dem Bund wurde allen Beteiligten und Besuchern durch „ProPK“ verdeutlicht, d.h. das bis in die Gegenwart auf vielen Ebenen jenseits des DPT



wirkende Programm „Polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes“.

Anekdotisch zum gegenseitigen „Beriechen“ und allmählichen „Näherkommen“ der Teilnehmenden aus verschiedenen, gelegentlich in mehrfacher Hinsicht „weit auseinander liegenden“ Präventionsbereichen, aber als Beispiel auch in der Sache lehrreich, sei eine Aktion von Vertreter*innen der Dienste im (Jugend-)Strafvollzug auf einem der Präventionstage herausgehoben. Sie hatten eine originale „Gefängniszelle“ älteren Datums aus einer inzwischen renovierten Justizvollzugsanstalt in ihrem Bereich der DPT-Ausstellung aufgebaut. Interessent*innen konnten sie nicht nur besichtigen, sondern sich auch wenigstens kurz darin „einsperren“ lassen. Der Besucherandrang war groß, auch vonseiten der anderen Aussteller, und von Jugendhelferinnen bis Polizist*innen fühlten sich viele angeregt, mit den Vertreter*innen dieses starken Symbols der tertiären Prävention zum (nicht selten) ersten Mal in ihrem Leben ins entspannte Gespräch zu kommen.

10. Mit wachsender Teilnehmerzahl der Präventionstage wurden nicht nur Planung und Vorbereitung, sondern gerade auch die konkrete Durchführung bzw. Ausgestaltung jedes einzelnen DPT zu einer mächtigen Herausforderung für alle Verantwortlichen bzw. im Kernbereich Aktiven. Ich selbst war, von Mitwirkung in bspw. Gremiensitzungen, an ausgewählten Einzelveranstaltungen, Pressekonferenzen, Rundgängen mit hochrangigen Besucher*innen und Auftritten bei gesonderten Treffen von Fachgruppen abgesehen, vom

anstrengenden Tagesgeschäft (das bei manchen schon sehr früh begann und erst sehr spät aufhörte) befreit. Es brauchte viele Freiwillige für den Kongressbetrieb als solchen, für die Information von Teilnehmenden sowie die Betreuung von Gästen. Insoweit fand ich es sehr erfreulich miterleben zu können, dass aus den mitveranstaltenden Kommunen selbst sowie aus dort ansässigen Institutionen stets hohe Kooperationsbereitschaft bestand und umgesetzt wurde, darunter im Regelfall auch unter Einbeziehung von Studierenden diverser Fachbereiche der örtlichen Universitäten und/oder anderen Hochschulen.

11. Wie jede(r) Kundige weiß, will und wird ein großer Kongress ohne ein effizient und effektiv agierendes Kongressbüro nicht gedeihen. Unter den vielen, die ich im Lauf der Jahrzehnte kennen und schätzen lernen durfte, hebe ich an dieser Stelle stellvertretend und mit Dank an sie und alle nicht Genannten nur die beiden „Dauer-Leiterinnen“ des DPT-Kongressbüros hervor: In den Anfangsjahren Renate Engels, die im Hauptberuf in der DBH-Geschäftsstelle unter anderem die Funktion der Leiterin des DBH-Bildungswerkes in Köln innehatte, und später (bis zu ihrem viel zu frühen Tod im Dezember 2019) Karla Marks, die im Alltagsgeschäft als erste hauptberufliche Kraft in der eigenständig gewordenen DPT-Geschäftsstelle in Hannover wirkte. Beide Damen vereinten in je eigener Färbung dieselben ganz wichtigen Fähigkeiten für das Gelingen von großen Kongressen: Neben freundlicher Zuwendung zu Mitveranstaltern, Teilnehmenden und Gästen

im Außenverhältnis, dann im „Hintergrund“ bzw. bildlich gesprochen in der „Hitze der Kongressküche“ eine Kombination von hoher Konzentration, ruhiger Hand und zudem Ausstrahlung von Ruhe gegenüber der „Bürobesatzung“ und den in den Hallen und Veranstaltungsräumen tätigen Freiwilligen (von erfahrenen Praktiker*innen bis zu jungen Student*innen), sodann Koordination von Terminen mit Pressevertreter*innen und Ausstellenden sowie bekannten Teilnehmenden, und insgesamt Ausdauer und Durchhaltevermögen auch bei unvermeidlich auftretenden Krisensituationen.

12. Mit Auswirkung ab dem 8. Deutschen Präventionstag 2003 verdient schließlich eine weitere Entwicklung bzw. beachtliche Neuerung herausgestellt zu werden. Mit Erich Marks und mir war damals auch ein paar anderen Mitstreitenden die Einsicht gereift, dass nun die Zeit reif geworden sei, um jeden DPT unter ein schon anfänglich von Dritten angeregtes bis angemahntes Leitthema zu stellen. Dies nicht dergestalt, dass das ganze Kongressgeschehen daraufhin planerisch ausgerichtet werden und vor Ort konzentriert sein sollte, sondern dahingehend, dass zentrale Elemente des Kongresses dieses Thema fokussieren sollten. Zur Fokussierung vom Vorfeld bis in die Jahre nach dem Kongress hinein sollte unter anderem die Präsentation eines thematisch einschlägigen Kongressgutachtens gehören. Persönlich hervorheben will ich hier zwei Wissenschaftlerinnen, mit denen ich auch fachlich sowie in anderen Gremien/Institutionen nahe verbunden war bzw. noch bin.

Zunächst ist dies Britta Bannenbergh, hauptberuflich schon des längeren und auch gegenwärtig Kriminologie-Professorin in Gießen; am längsten verbindet mich mit ihr die Zusammenarbeit in der „Forschungsgruppe Täter-Opfer-Ausgleich“ (u. a. wichtig für die Erarbeitung der Konzeption und dann die Begleitung der bundesweiten „Täter-Opfer-Ausgleichstatistik“, gefördert vom BMJV); sodann gab und gibt es immer wieder gemeinsame Aufgaben und Kontakt im Rahmen der „Kriminologischen Gesellschaft“ (wissenschaftliche Vereinigung deutscher, österreichischer und schweizerischer Kriminologen). Sie erstellte für den 8. DPT das erste Kongressgutachten zum bis heute aktuellen und nach wie vor bzw. immer wieder streitigen (Leit-)Thema „Migration – Kriminalität – Prävention“.

Sodann ist dies Wiebke Steffen. Wir hatten uns sozusagen schon im „Assistenten-Status“ während meiner ersten beruflichen Phase in Tübingen (am Institut für Kriminologie) spätestens ab 1968 kennengelernt. Sie war als gelernte Soziologin damals im international bedeutsamen „Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht“ in Freiburg angestellt und der von Günther Kaiser gegründeten „Forschungsgruppe Kriminologie“ zugeordnet. Für mich fachlich besonders bedeutsam war ihre Mitwirkung an dem umfangreichen MPI-Forschungsprojekt zur Stellung und Rolle der Staatsanwaltschaft im Prozess der Strafverfolgung und zugleich „Ausfilterung“ von Fällen und Beschuldigten durch andere Entscheidungen als der Beantragung eines Strafbefehls bzw. der Erhebung einer Anklage beim Gericht mit dem Ziel einer Hauptverhandlung. Dies hing

auch mit meinem eigenen Dissertationsvorhaben, mit dem (im späteren Buch-Haupttitel so bezeichneten) Thema „Verbrechenswirklichkeit und Strafverfolgung“ zusammen. Fortlaufend hatten wir dann gute Gelegenheit zum Gedankenaustausch und Diskussionen bei Gelegenheit der jährlichen „Südwestdeutschen kriminologischen Kolloquien“, die damals reihum vor allem in oder im Umkreis von Freiburg, Heidelberg und Tübingen stattfanden. Im Rahmen des DPT wurde sie, mit großem Einsatz und sehr klugen Texten, die Gutachterin für die Schwerpunktthemen ab dem 12. DPT in Wiesbaden 2007, mit dem konkreten Schwerpunktthema „Starke Jugend – Starke Zukunft“, wobei sie ihr Gutachten besonders fokussierte auf die kritische kriminologisch-sozialwissenschaftliche Perspektive von „Jugendkriminalität und ihre Verhinderung zwischen Wahrnehmung und empirischen Befunden“. Ihr letztes Gutachten verfasste sie zum 19. DPT 2014 in Karlsruhe mit dem Generalthema „Prävention braucht Praxis, Politik und Wissenschaft“. Ihre eigene Titulierung für das Gutachten konzentrierte die analytische Perspektive auf „Kriminalprävention braucht Präventionspraxis, Präventionspolitik und Präventionswissenschaft“. Danach musste sie wegen einer schweren Erkrankung Rolle und Funktion der Kongressgutachterin aufgeben. Sie konnte zu auch meiner Freude noch für gut vier weitere Jahre an der einen oder anderen Veranstaltung teilnehmen oder sonst mit uns in Kontakt treten. Gerade als ich zu der Einschätzung gekommen war, nun gehe es wieder aufwärts im Gesundheitsprozess, trat ein starkes Rezidiv ihrer Erkrankung auf, der sie im Juli 2017 für mich konkret gänzlich unverhofft erlag.

Ausblick

Mit diesem 25. Deutschen Präventionstag in Kassel ist eine subjektiv für mich und in den Dimensionen sowie Implikationen auch objektiv noch nicht absehbare „Wende“, vielleicht sogar in Teilen auch „Ruptur“ eingetreten. Die Planungen und konkreten Verhandlungen zwischen vielen institutionellen Beteiligten sowie direkten Beratungen gleich im Anschluss an den 24. DPT 2019 in Berlin liefen rasch und gut sowie vielversprechend an, im Kernbereich behandelt und gesteuert von der ständigen Geschäftsstelle der „DPT – Deutsche Präventionstag gGmbH“ in Hannover unter der Leitung von Erich Marks und Claudia Heinzemann, und auch die Arbeit des Programmbeirates ging voran, bis hin zu gemeinsamen Sitzungen direkt in Kassel vor Ort, schließlich der Lektüre und Bewertung der Bewerbungen für Vorträge oder auch eigenständiger Gestaltung von Einzelveranstaltungen während des Kongresses. Und dann schlug, bildlich gesprochen, der Blitz der Coronapandemie ein. Ich war fortlaufend über den Gang der Planungen, Verhandlungen und Aktivitäten informiert und konnte vor allem informell meine Eindrücke und Anregungen einbringen, hatte aber generell sozusagen Dispens von den anstrengenden konkreten Tätigkeiten bis zum Kongressbeginn. Am bemerkenswerten technischen Gelingen, guten inhaltlichen Durchführen und am Ende auch schönen Erfolg des Kasseler virtuellen Präventionstages haben viele Interne und Externe mitgewirkt, denen ich sowohl von meiner Position her als auch ganz persönlich von Herzen danke. Wie es weitergehen wird, steht für mich sozusagen in den Ster-

nen. Sicher bin ich mir im Gegenwärtigen nur, ganz ungeschützt gesagt und gewagt, dass es in einer Übergangszeit bis zur jedenfalls grundsätzlichen Kontrolle über die Pandemie und damit der Wende hin zur einer für die Menschen im ganz direkten Kontakt und Miteinander eines lebendigen Kongresses vor allem Erich Marks mit seinem Team und den DPT-Partnern gelingen wird, Idee und Praxis der Präventionstage auf Bundesebene mit internationaler Ausstrahlung fruchtbar, effizient und effektiv am Leben zu halten.

Wie lange mir nach meinem 77. Geburtstag im Dezember 2020 noch Kraft und Durchhaltevermögen für ein fortlaufend aktives Wirken in der Kriminologie als Wissenschaftler und Forscher, sowie für ein Mitwirken zum Weitergedeihen der (Kriminal-)Prävention in Policy und Praxis gegönnt sein werden, stehe dahin. Eng verbunden bleiben will ich beiden „Wirk-Bereichen“ jedenfalls, so lange es mir möglich sein und (vor allem meinem Umfeld) zugleich angemessen erscheinen wird.

KURZ UND KNAPP

- » 168 Kongressteilnehmende und Besucher*innen
- » 26 Referierende
- » Eröffnungsvortrag „Ansätze und Grenzen praktischer Kriminalprävention – eine strukturelle Analyse“ von Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner
- » 4 Arbeitskreise
- » Gesprächsrunde und Abschlussdiskussion
- » Gesamte Konferenz wurde simultan gedolmetscht (englisch)

Endnoten:

Julia von Weiler — „Digitaler Kinderschutz im Zeitalter des digitalen Exhibitionismus – Eine (un-)lösbare Herausforderung?“

- 1 <https://www.tz.de/welt/erfolgreiche-razzia-gegen-paedophilen-netzwerk-aschersleben-zr-3526413.html>
- 2 <https://www.wlz-online.de/panorama/interpol-jagt-sex-erpresser-5468812.html>
- 3 https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Spade
- 4 https://de.wikipedia.org/wiki/Sebastian_Edathy
- 5 <https://www.n-tv.de/politik/Edathy-Affaere-Kinderschuetzer-wollen-Nacktbilder-verbieten-article12296591.html>
- 6 <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/selfies-von-kindern-als-paedokriminelle-handelsware-12849419.html>
- 7 https://www.iwf.org.uk/sites/default/files/inline-files/IWF_study_self_generated_content_online_011112.pdf
- 8 <http://www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf13/JIMStudie2013.pdf>
- 9 Internationales Zentralinstitut für das Jugend- und Bildungsfernsehen: Grunddaten Kinder und Medien 2013
- 10 <https://de.wikipedia.org/wiki/Elysium>
- 11 https://de.wikipedia.org/wiki/Staufener_Missbrauchsfall
- 12 <https://www.test.de/Spiele-Apps-im-Test-Alles-andere-als-kindgerecht-5197290-0/>
- 13 <https://www.nytimes.com/interactive/2019/12/07/us/video-games-child-sex-abuse.html?smid=pl-share>
- 14 <https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/panorama/sexueller-missbrauch-in-online-spielen-wie-gaming-chats-zunehmend-paedokriminelle-anlocken/25312262.html>
- 15 https://de.wikipedia.org/wiki/Missbrauchsfall_Lügde
- 16 https://de.wikipedia.org/wiki/Missbrauchskomplex_Bergisch_Gladbach
- 17 <https://www.zdf.de/nachrichten/panorama/kinderpornografie-darknet-boystown-104.html>
- 18 https://www.deutschlandfunk.de/cybergrooming-online-chats-und-spiele-als-einfallstor-fuer-724.de.html?dram:article_id=477289
- 19 <https://www1.wdr.de/nachrichten/westfalen-lippe/ein-jahr-missbrauchskomplex-muenster-102.html>
- 20 <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/kriminalitaet/cybergrooming-wie-taeter-sich-im-netz-an-kinder-ranmachen-zeigt-die-doku-gefangen-im-netz-17407340.html>



- 21** Livingstone, S., Carr, J. & Byrne, J. (2015): *One in three: Internet governance and children's rights* (Global Commission on Internet Governance. Paper Series: NO. 22. 2015). Im Internet: https://www.cigionline.org/sites/default/files/no22_2.pdf
- 22** Twenge, J. M. (2017): *iGen. Why today's super-connected kids are growing up less rebellious, more tolerant, less happy and completely unprepared for adulthood*. New York: Atria Books.
- 23** Innocence in Danger e.V. (2018): *Versorgung von Mädchen und Jungen, deren Missbrauchsabbildungen (Kinderpornografie) bzw. Sextingabbildungen digital verbreitet werden und notwendige Lehren für eine gute Prävention an Schulen* (https://www.stoppt-sharegewalt.de/wp-content/uploads/2019/06/2018-2015_Studie2_IID_AKM.pdf)
- 24** Maschke, S.; Stecher, L. (2017): *Sexualisierte Gewalt in der Erfahrung Jugendlicher*. Öffentlicher Kurzbericht. http://www.speak-studie.de/assets/uploads/kurzberichte/201706_Kurzbericht-Speak.pdf
- 25** MiKADO. *Missbrauch von Kindern: Aetiologie, Dunkelfeld, Opfer*. Forschungsprojekt der Universität Regensburg, gefördert vom BMFSFJ. Webseite zum MiKADO-Projekt. Im Internet: <http://www.mikado-studie.de/index.php/home.htm> (derzeit nicht abrufbar).
- 26** Internet Watch Foundation (2018): *Trends in Online Child Sexual Exploitation: Examining the Distribution of Captures of Live-streamed Child Sexual Abuse*. Cambridge.
- 27** Hochrechnung basierend auf MiKADO und der ARD/ZDF Onlinestudie 2015.
- 28** MiKADO. *Missbrauch von Kindern: Aetiologie, Dunkelfeld, Opfer*. Forschungsprojekt der Universität Regensburg, gefördert vom BMFSFJ. Webseite zum MiKADO-Projekt. Im Internet: <http://www.mikado-studie.de/index.php/home.htm> (derzeit nicht abrufbar).
- 29** Bauer Media Group (2016): *Bravo Dr. Sommer Studie 2016*. München: Bauer Media Group.
- 30** Ditch the Label (2017): *The Annual Bullying Survey 2017*. Brighton: Ditch the Label. Im Internet: <https://www.ditchthelabel.org/wp-content/uploads/2017/07/The-Annual-Bullying-Survey-2017-1.pdf> (Zugriff: 10.02.2020).

Irvin Waller — From Punishment To Prevention: Beyond Science To Secrets For Ending Violent Crime

- 1** Waller, Irvin: *Mehr Recht und Ordnung! - oder doch lieber weniger Kriminalität?* (Titel der englischen Originalausgabe: *Less law, more Order: the truth about Reducing crime*), herausgegeben im Auftrag des Deutschen Präventionstages von Burkhard Hasenpusch und Erich Marks, Mönchengladbach 2011
- 2** Waller, Irvin, *Science and Secrets of Ending Violent Crime*, New York City, Rowman and Littlefield, 2019

Wilhelm Heitmeyer — Zur Notwendigkeit von Konstanten in der Vielfältigkeit. Kleine Anmerkungen zum großen Jubiläum

- 1** Heitmeyer/Freiheit/Sitzer (2020): *Rechte Bedrohungsallianzen*, S. 266-280, (Suhrkamp)
- 2** Strobl/Lobermeier/Heitmeyer (Hrsg.) (2012): *Evaluation von Programmen und Projekten für eine demokratische Kultur*, (Springer)

Christian Lüders, Bernd Holthusen — Kriminalitätsprävention im Jugendalter Eine Bilanz im Horizont des 12. Deutschen Präventionstags

- 1** Besonders zu erwähnen ist die DPT-Universität, die z. B. auf dem 12. DPT spezifische Vorträge für Kinder, Jugendliche und Eltern angeboten hat. Gezielt wurden Kinder und Jugendliche, teils ganze Schulklassen zu Vorträgen und zur Ausstellung eingeladen.
- 2** Selbstverständlich kann hier mehr als ein Vierteljahrhundert Präventionstage in ihrer vielfältigen Gesamtheit und ihrer dynamischen Entwicklung unter der Perspektive von Jugend zu würdigen, allenfalls ansatzweise eingelöst werden und ist mit allerlei Risiken verbunden. Nicht nur die über die Jahre beständig wachsende Zahl der Teilnehmenden, der Vorträge und Workshops, der Kooperationspartner, der Informationsstände und der Ausbau des Rahmenprogramms macht die Sache unübersichtlich; auch die Form und die Ausgestaltung des Präventionstags wurde – nahezu im jährlichen Rhythmus – kontinuierlich weiterentwickelt. Fortwährend hat der Präventionstag neue Formate erprobt und sich gleichsam jedes Jahr immer wieder an einem anderen Ort neu erfunden.
- 3** Stand 25.07.2021 unter <https://www.praeventionstag.de/nano.cms/dpt-map>. Insgesamt finden sich auf DPT-Map nach Angabe des Präventionstags am selben Tag 16.332 Datensätze auf 4.481 unterschiedlichen Webseiten. Damit gibt es zwar zahlreiche Einträge zum Thema Jugend, diese machen allerdings in Anbetracht der Gesamtzahlen nur einen kleineren Anteil aus. Am gleichen Ort finden sich zum Stichwort „Jugendhilfe“ 144 Maßnahmen und Projekte, 87 Fachorganisationen, 49 Personen und 139 aktuelle Nachrichten.
- 4** Nach aktuellen Planungen soll der nächste, 27. Deutsche Präventionstag im Jahr 2022 erneut als Schwerpunktthema das Kindes- und Jugendalter fokussieren. Ob zu diesem Anlass die jugendtheoretische Perspektive des 12. DPT wieder aufgegriffen wird, ist zum Zeitpunkt der Manuskripterstellung offen.
- 5** Auf dem 12. DPT wurde ein wissenschaftliches Gutachten sowie die darauf aufbauende Abschlusserklärung als integrales Element des Präventionstags etabliert. Vgl. https://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=1103&datei=15_F222-1103.pdf
- 6** Vgl. https://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=1106&datei=18_F223-1106.pdf



- 7 <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verschaeftes-jugendstrafrecht-muessen-schluss-machen-mit-bestimmten-lebensluegen-1488268.html>
- 8 Ergänzend und wie zur Bestätigung zitiert in diesem Sinne Erich Marks in seiner Eröffnungsrede Sokrates und Shakespeare (Marks 2008).
- 9 In diesem Zusammenhang wenig überraschend ist, dass sich im Wahlprogramm der AfD für die Bundestagswahl 2021 die Forderung nach der Absenkung Strafmündigkeitsalters auf 12 Jahre sowie die ausnahmslose Anwendung des Erwachsenstrafrechts für Heranwachsende (ebd. S. 78) findet. Auch die Unionsparteien fordern in ihrem Regierungsprogramm beschleunigte Jugendstrafverfahren und die regelmäßige Anwendung des Erwachsenenstrafrechts für Heranwachsende (ebd. S. 122).
- 10 Eine Ausnahme bildet der Bereich der politischen Radikalisierung.

Nina Reip, Martin Schönwandt — „Sport und Prävention“ oder „Prävention und Sport“?

- 1 Weitere Informationen: www.dsj.de und www.sportundpolitik.de
- 2 Prävention wird in diesem Text in einer engen Lesart verstanden. Den Autor*innen ist sehr bewusst, dass Primärprävention auch oftmals mit Demokratielernen oder anderen Konzepten des sozialen Lernens gleichgesetzt wird und dass Akteur*innen im Präventionssektor eine umfassendere Haltung zu den Zielgruppen haben.
- 3 Gunter A. Pilz: Sport und Gewaltprävention, Institut für Sportwissenschaft, Leibniz Universität Hannover 2011.
- 4 Vgl. Prof. Dr. Ahmet Derecik, Sportverein als Sozialraum im Sozialraum, Frankfurt am Main 2019, https://www.sportundpolitik.de/fileadmin/user_upload/dsj_sport_politik_praesentation_web__1__fin.pdf
- 5 Deutsche Sportjugend: Arbeitshilfe zur inhaltlichen Gestaltung von KJP-Maßnahmen, Frankfurt am Main 2020.
- 6 Vgl. u. a. COPSy Studie der Child Public Health am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (2020), MoMo-Studie des KIT und der PHKA (2020).

Martin Schairer — Kommunale Kriminalprävention – Was war? Was kommt?

- 1 Martin Schairer, Zehn Wege zu einer sicheren Stadt – das Stuttgarter Sicherheitskonzept, Die Polizei, 2006, S. 65 ff.
- 2 Martin Schairer, Das „Haus des Jugendrechts“ in Stuttgart, Gedächtnisschrift für Rolf Keller, S. 254 ff., Mohr/Siebeck, Tübingen, 2003

- 3** Erwin Hetger, *Kommunale Kriminalprävention- Netzwerke für mehr Sicherheit*; aus: Bannenberg, Coester, Marks (Hrsg.) *Kommunale Kriminalprävention. Ausgewählte Beiträge des 9. Deutschen Präventionstages 17. und 18. Mai 2004 in Stuttgart*, Forum Verlag Godesberg 2005, S. 197 ff.
- 4** Franz-Hellmut Schürholz, *Eingangsstatement des Präsidenten des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg am 17. Mai 2004 beim 9. Deutschen Präventionstag in Stuttgart, zum Workshop Kommunale Kriminalprävention – Erfolgsfaktoren und Perspektiven des Vor-Ort-Ansatzes*, in: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.), *Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2004*, S. 5 f.
- 5** Wolfgang Schuster, *Stuttgarter Sicherheitspartnerschaft – i-nse.org*.
- 6** Schairer/Schöb/Schwarz, „*Öffentliche Sicherheit in Stuttgart – Das Sicherheitsgefühl ist so wichtig wie die Kriminalstatistik. Ergebnisse der Bürgerumfragen von 1999-2009*, *Kriminalistik*, 2010, S. 705 ff.
- 7** Zum neuesten Stand siehe Beiträge in: Rita Haverkamp und Franca Langlet, *Auf den Spuren der Kommunalen Kriminalprävention in Deutschland*, Symposium am 11. Februar 2020, *Tübinger Schriften und Materialien zur Kriminologie*, Hrsg. Kinzig/Kerner, Band 44, Tübingen 2020
- 8** Monatsheft 02/2018 Hrsg. LHS Stuttgart, Statistisches Amt, Eberhardstr.39, 70173 Stuttgart, S. 28 ff. www.stuttgart.de/statistik-infosystem
- 9** Studie aaO (Endnote 8) S. 55 f.
- 10** Martin Schairer, aaO (Endnote 1) S. 65 f.
- 11** Verena Schreiber, unter Mitarbeit von Lena Münch und Jens Schreiber, *Kommunale Kriminalprävention in Deutschland 2018 – Fortschreibung einer Bestandsaufnahme 2007*, Hrsg. Nationales Zentrum Kriminalprävention, Bonn 2019
- 12** Wolfgang Kahl, aaO (Endnote 7) S. 75
- 13** aaO (Endnote 11) S. 8
- 14** Franca Langlet aaO (Endnote 7) Podiumsdiskussion – „Auf den Spuren der kommunalen Kriminalprävention in Deutschland: Anfänge – Etablierung – Perspektiven in Wissenschaft und Praxis“ S. 93 ff.
- 15** Anna Rau, aaO (Endnote 7) S. 108
- 16** *Konzeption der Scene Vertretung Club Kollektiv e.V. Stuttgart*, URL: <https://www.clubkollektiv.de/> (Zugriff vom 1.6.2021); *Hendrik Meier ist erster Nachtbürgermeister Deutschlands*: URL: <https://www.spiegel.de/karriere/mannheim-student> (Zugriff vom 31.5.2021)
- 17** Erich Marks, *Die Entwicklung der kommunalen Kriminalprävention in Deutschland – aus der Praxis*. S. 15 ff. in: *Tübinger Symposium* (Endnote 7).
- 18** Erich Marks aaO (Endnote 7 und 17) S. 36
- 19** *Kölner Erklärung des 26. Deutschen Präventionstages*, URL: https://www.praeventionstag.de/html/download.cms?id=1174&datei=Koelner-Erklaerung_26DPT_final-1174.pdf (Zugriff 1.6.2021)



- 20** Wikipedia „Stuttgarter Krawallnacht“, Krawallnacht Juni 2020: Aufarbeiten nicht nur Strafen. URL: <https://www.stuttgart.de/service/aktuelle-meldungen/april-2021/krawallnacht-2020-aufarbeiten-nicht-nur-strafen.php> 30.4.2021
- 21** Martin Schairer, *Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger*, aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.) *Sicher leben in Stadt und Land, Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages am 16. und 17. April in München*, Forum Verlag Godesberg, 2013, S. 297-302

Stefan Daniel, Wolfgang Kahl — Deutscher Präventionstag (DPT) und Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) als Partner in den Handlungsfeldern der Prävention

- 1** Zu den näheren Hintergründen der Stiftungsgründung vgl. Daniel in: Walsh, Pniewski, Kober, Armbrorst (Hrsg.): *Evidenzbasierte Kriminalprävention in Deutschland*; Wiesbaden: Verlag Springer VS.
- 2** Die Meilensteine im Projekt *Entwicklungsförderung & Gewaltprävention* werden von Kahl in: Walsh, Pniewski, Kober, Armbrorst (Hrsg.): *Evidenzbasierte Kriminalprävention in Deutschland*; Wiesbaden: Verlag Springer VS, näher beschrieben.

Hans-Jürgen Kerner — Der Deutsche Präventionstag in seiner Entstehungsgeschichte und Entwicklungsdynamik

- 1** Eine ausführliche Fassung dieses Beitrages ist auf der DPT-Webseite zum 25. Jubiläum veröffentlicht (www.praeventionstag.de/go/festschrift). Der Beitrag ist im Kern durch zwei meiner institutionellen Positionen beeinflusst: Vorsitzender der „Deutschen Stiftung für Verbrechenverhütung und Straffälligenhilfe“ (DVS), und Kongresspräsident der jeweiligen konkreten örtlichen Veranstaltungen des „Deutschen Präventionstages“ (DPT). Auf einen Fußnotenapparat und andere Elemente, die bei einem genuin wissenschaftlichen Beitrag üblich wären, wird bewusst verzichtet. Für Interessenten sei auf die PDF-Versionen meiner Vita und meines Schriftenverzeichnisses verwiesen (zugänglich auf der Homepage des Tübinger Instituts für Kriminologie bzw. der Juristischen Fakultät).

Literatur:

Gisela Mayer — „Mehr Prävention – weniger Opfer“ 18. Präventionstag, 2013 in Bielefeld

- Barton, Stephan (2012): *Strafrechtspflege und Kriminalpolitik in der viktimären Gesellschaft. Effekte, Ambivalenzen und Paradoxien*, in: Barton, Stephan/ Kölbel, Ralf (Hrsg.): *Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos
- Barton, Stephan/ Kölbel, Ralf (Hrsg.) (2012): *Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos
- Bauer, Joachim (2020), *Fühlen was die Welt fühlt*, München
- Bauer, Joachim (2011), *Schmerzgrenze*, München
- Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner (2014): *Bielefelder Erklärung*, aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.): *Mehr Prävention – weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages, 22. und 23. April 2013 in Bielefeld*, Forum Verlag Godesberg GmbH 2014, Seite 5-10
- Görgen, Thomas (2012): *Zum Stand der internationalen viktimologischen Forschung*. In: Barton/ Kölbel (Hrsg.), S. 89-109.
- Maercker, Andreas (2006), *Opfererfahrungen im Kontext. Soziale Bedingungen für psychische Spätfolgen*, In: WEISSER RING (Hrsg.), *Opfer bleibt Opfer? Dokumentation des 16. Opferforums Berlin*, Baden-Baden : Nomos
- Reemtsma, Jan Philipp (2006): *Was sind eigentlich Opferinteressen? Überarbeitetes Manuskript einer Ansprache anlässlich des 25-jährigen Jubiläums des WEISSEN RINGS in Hamburg*. die neue polizei 03/2006, S. 16-18
- Schlink, Bernhard (2005), *Vergewisserungen. Über Politik, Recht, Schreiben und Glauben*
- Steffen, Wiebke (2012): *Polizeiliches Verhalten bei Opfern von Sexualstraftaten am Beispiel der Opfer von Vergewaltigungen und sexuellen Nötigungen*, in Barton, Stephan/ Kölbel, Ralf (Hrsg.): *Ambivalenzen der Opferzuwendung des Strafrechts. Zwischenbilanz nach einem Vierteljahrhundert opferorientierter Strafrechtspolitik in Deutschland*. Baden-Baden: Nomos
- Steffen, Wiebke (2014): *Gutachten für den 18. Deutschen Präventionstag: Mehr Prävention – weniger Opfer*, aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.): *Mehr Prävention – weniger Opfer. Ausgewählte Beiträge des 18. Deutschen Präventionstages, 22. und 23. April 2013 in Bielefeld*, Forum Verlag Godesberg GmbH 2014, Seite 51-122



Weigend, Thomas (2010): Die Strafe für das Opfer? – Zur Renaissance des Genugtuungsgedankens im Straf- und Strafverfahrensrecht. RW – Heft 1 2010, S. 39-57.

Irvin Waller — From Punishment To Prevention: Beyond Science To Secrets For Ending Violent Crime

Canadian Municipal Network for Crime Prevention, *Making Cities Safer: Action Briefs for Municipal Stakeholders* (<http://safercities.ca/evidence-on-crime-prevention>)

Waller, Irvin, *Rights for Victims of Crime: Rebalancing Justice*, New York City, Rowman and Littlefield, 2010

www.irvinwaller.org (blog and twitter feed on preventing crime and victim services)

World Health Organization, *INSPIRE*, Geneva (https://www.who.int/violence_injury_prevention/violence/inspire-package/en/)

World Health Organization *A global knowledge platform for preventing violence* <https://bit.ly/3md9syr>

Christian Lüders, Bernd Holthusen — Kriminalitätsprävention im Jugendalter Eine Bilanz im Horizont des 12. Deutschen Präventionstags

Arbeitsstelle Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention (2021): *Zahlen-Daten-Fakten: Jugendgewalt. Aktualisierung Mai 2021* München: DJI. Verfügbar über: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/jugendkriminalitaet/Broschuere_ZDF_2020-05_final.pdf (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)

Bannenberg, Britta (2003): *Migration – Kriminalität – Prävention. Gutachten zum 8. Deutschen Präventionstag*. In: Kerner, Hans-Jürgen; Marks, Erich. (Hrsg.): *Internetdokumentation Deutscher Präventionstag*. Hannover. Verfügbar über: URL: https://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=158&datei=Gutachten_8_DPT_F199-158.pdf (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2001): *Erster Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin, Juli 2001. Verfügbar über: https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PeriodischerSicherheitsbericht/periodischersicherheitsbericht_node.html (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)

Bundesministerium des Innern/Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2006): *Zweiter Periodischer Sicherheitsbericht*. Berlin, November 2006. Verfügbar über: https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PeriodischerSicherheitsbericht/periodischersicherheitsbericht_node.html (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (2021): *Zweiter Bericht der Bundesregierung über Arbeit und Wirksamkeit der Bundesprogramme zur Extremismusprä-*

- vention. Berlin, Juli 2021. Verfügbar über: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/zweiter-bericht-der-bundesregierung-ueber-arbeit-und-wirksamkeit-der-bundesprogramme-zur-extremismuspraevention-1948570> (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)
- Deutscher Bundestag (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. BT-Drucksache 18/11050. Berlin 01.02.2017. Verfügbar über: <http://pdok.bundestag.de/> (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)
- Deutscher Bundestag (2020): 16. Kinder- und Jugendbericht. Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter. BT-Drucksache 19/24200. Berlin 11.11.2020. Verfügbar über: <http://pdok.bundestag.de/> (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)
- Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner (2008): Wiesbadener Erklärung des 12. Deutschen Präventionstages: Starke Jugend – Starke Zukunft. In: Marks, Erich/Wiebkke, Steffen (Hrsg.): Starke Jugend – Starke Zukunft. Ausgewählte Beiträge des 12. Deutschen Präventionstages. Mönchengladbach, Forum Verlag Godesberg, S. 317-322. Verfügbar über: https://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=1103&datei=15_F222-1103.pdf (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)
- Deutsches Jugendinstitut (2011): Mythos Prävention. Chancen und Grenzen von Prävention. DJI-impulse – das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts, Heft 2 Verfügbar über: <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/forschungsmagazin-dji-impulse/dji-impulse-2011.html> (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)
- Holthusen, Bernd (2020): Prävention – ein verlockendes Konzept mit Nebenwirkungen. Kritische Anmerkungen. In: Kaplan, Anne/Ross, Stefanie (Hrsg.): Delinquenz bei jungen Menschen. Ein interdisziplinäres Handbuch. Festschrift zur Emeritierung von Prof. Dr. Philipp Walkenhorst. Wiesbaden: Springer VS, S. 355-368.
- Holthusen, Bernd/Hoops, Sabrina (2011): Kinder- und Jugendkriminalitätsprävention. Zwischen Mogelpackung und Erfolgsmodell. In: DJI-Impulse - das Bulletin aus dem Deutschen Jugendinstitut. Heft 2, S. 12-14. Verfügbar über: <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/forschungsmagazin-dji-impulse/dji-impulse-2011.html>
- Holthusen, Bernd/Hoops, Sabrina/Lüders, Christian/Ziegleder, Diana (2011): Über die Notwendigkeit einer fachgerechten und reflektierten Prävention. Kritische Anmerkungen zum Diskurs. In: Deutsches Jugendinstitut (2011): Mythos Prävention. Chancen und Grenzen von Prävention. Heft 2 DJI-impulse – das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts. München, S. 22-25. Verfügbar über: <https://www.dji.de/veroeffentlichungen/forschungsmagazin-dji-impulse/dji-impulse-2011.html> (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)
- Kahl, Wolfgang (2012): „Eine gute Sozialpolitik ist die beste Kriminalpolitik“. In: Forum Kriminalprävention, Heft 2, S. 26-27



- Lindner, Werner (1999): „Zero Tolerance“ und Präventionsinflation – Jugendliche und Jugendarbeit im Kontext der gegenwärtigen Sicherheitsdebatte. In: *deutsche jugend*, 47. Jg. , S. 153-162.
- Linder, Werner/Freund, Thomas (2001): Der Prävention vorbeugen? Zur Reflexion und kritischen Bewertung von Präventionsaktivitäten in der Sozialpädagogik. In: Freund, Thomas/Lindner, Werner (Hrsg.): *Prävention – Zur kritischen Bewertung von Präventionsansätzen in der Jugendarbeit*. Opladen, Leske und Budrich 2001, S. 69-96.
- Lüders, Christian/Holthusen, Bernd (2008): Gewalt als Lernchance – Jugendliche und Gewaltprävention. In: Marks, Erich/Wiebke, Steffen (Hrsg.): *Starke Jugend – Starke Zukunft. Ausgewählte Beiträge des 12. Deutschen Präventionstages*. Mönchengladbach, Forum Verlag Godesberg, S. 153-172. Verfügbar über: https://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=1103&datei=15_F222-1103.pdf (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)
- Marks, Erich (2008): „Starke Jugend – Starke Zukunft“ – Zur Eröffnung des 12. Deutschen Präventionstages am 18. Juni 2007 in Wiesbaden, S. 1-7. Verfügbar über: <https://www.praeventionstag.de/nano.cms/vortraege/id/221> (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)
- Scheerer, Sebastian (1978): Der politisch-publizistische Verstärkerkreislauf. Zur Beeinflussung der Massenmedien im Prozess strafrechtlicher Normgenese. In: *Kriminologisches Journal*, 10. Jg., Heft 3, S. 223-227.
- Steffen, Wiebke (2008): Gutachten zum 12. Deutschen Präventionstag am 18. und 19. Juni 2007 in Wiesbaden. In: Marks, Erich/Wiebke, Steffen (Hrsg.): *Starke Jugend – Starke Zukunft. Ausgewählte Beiträge des 12. Deutschen Präventionstages*. Mönchengladbach, Forum Verlag Godesberg, S. 233-272. Verfügbar über: https://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=1103&datei=15_F222-1103.pdf (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)
- Steffen, Wiebke (2012): „Bildung – Prävention – Zukunft“. Lern- und Lebensräume von Kindern und Jugendlichen als Orte von Bildung und Gewaltprävention. In: Marks, Erich/Wiebke, Steffen (Hrsg.): *Bildung – Prävention – Zukunft. Ausgewählte Beiträge des 15. Deutschen Präventionstages*. Mönchengladbach, Forum Verlag Godesberg, S. 39-104. Verfügbar über: <https://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=468> (zuletzt abgerufen am 31.07.2021)

